Termine	Zählkarte Blatt:	Justizprüfungsamt Berlin Ja — Nein übersandt Blatt:	Mitteilungen nach Nrn. ..... Mi. Stra Benötigt werden Abschriften von: .....

Bd. XV

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht Berlin~~ Kammergericht

Strafsache

gegen

Landesarchiv Berlin

B Rep. 57

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01
Nr.: 337

Verteidiger: Vollmacht Bl.:

RA

wegen

Haftbefehl Bl. – aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl. Entscheidung Bl.

Revision Bl. Entscheidung Bl.

Strafvollstreckung im Vollstreckungsheft – Bl.

Strafnachricht Bl.

Weggelegt: 1982 Blatt:

Aufzubewahren: - dauernd - bis 19

Geschichtlich wertvoll? - Ja - Nein

R55/23

Ss

Ks Ls

TAR. 123.63

AU 52 neu

Fabrik Stolzenberg 12000 4. 77

RSHA

STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG

DER LEITENDE OBERSTAATSANWALT

Aktenzeichen: 147 Js 45/67
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Hamburg, den 2.10.1979
Fernsprecher 34 97- 2133 (Durchwahl)
Behördennetz 9.43 „

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg
Postfach 30 52 21 · 2000 Hamburg 36

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Lewishamstr. 1

1000 Berlin 12

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am - 9. OKT. 1979
mit Anl. ~~Blatts.~~ ~~Bd. Akten~~

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen STRIPPEL UND ANDERE
wegen Mordes (NSG);

Bezug: Dortige Mitteilung vom 20.9.1979
- 1 AR 123/63 (RSHA) -

Sehr geehrter Herr Hölzner!

Für Ihre Mitteilung mit Anlagen verbindlichen Dank.

Um eine eventuelle Dienstreise konkret planen zu können, bitte ich um Mitteilung, ob ich in den dortigen Vorgängen erwarten kann:

a) Dokumente im Hinblick auf Exekutionsbefehle an Konzentrationslager aus dem Jahre 1945,

b) nähere Angaben über die von HÖSS im WVHA 1945 bearbeiteten Einzelfälle,

c) konkrete Aussagen ehemaliger Angehöriger des RSHA oder des WVHA im Hinblick auf die Tötung der 20 jüdischen Kinder, an denen Dr. Heißmeyer Versuche mit Tbc-Erregern vorgenommen hatte,

d) dokumentarische Unterlagen oder Aussagen im Hinblick auf diesen besonderen Fall von medizinischen Versuchen an Menschen,

e) irgendwelche Beispiele einer Erteilung des Exekutionsbefehls bezüglich der Opfer von Menschenversuchen unmittelbar an einen SS-Arzt (Standortarzt, Arzt der Versuchsdurchführung).

SITZ: SIEVEKINGPLATZ 3 (STRAFJUSTIZGEBÄUDE) 2000 HAMBURG 36 · FERNSPRECHER 34 97-1 TELEX 2 162 235
2 162 235 jbhh d

Ferner würde ich eine Auskunft über den Umfang des durchzusehenden, also allenfalls fündigen Materials benötigen.

Zum Befehlsweg RSHA-WVHA-KL gehe ich zur Zeit von der Darstellung aus, die HÖSS gegenüber den alliierten Untersuchungsbehörden am 15.4.1946 gegeben hat. Danach sind die Exekutionsbefehle originär immer vom RSHA erteilt worden. Es gab aber zwei Möglichkeiten der Befehlsdurchgabe:

a) die Übersendung des Originalbefehls an das WVHA, das den Befehl in diesem Fall per FS an das KL durchgab;

b) die unmittelbare Erteilung des Befehls per FS an das KL unter Benachrichtigung des WVHA.

Im vorliegenden Fall soll der Name HÖSS im FS gestanden haben. Das spricht für den Befehlsweg a).
Die Version, daß die Tötung der Kinder nicht dem KL-Kommandanten PAULY, sondern dem Standortarzt im KL Neuengamme unter bloßer Benachrichtigung des Kommandanten befohlen worden sei, ist lediglich als Einlassung PAULYS im Verfahren vor dem britischen Militärgericht mit Auswirkung für die Beweislage gegen STRIPPEL zu erörtern.

Mit kollegialem Gruß

(Duhn)
Oberstaatsanwalt

GENERALDIREKTION DER STAATLICHEN ARCHIVE BAYERNS

Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns
Postfach 240 · 8000 München 22

JUSTIZBEHÖRDEN 10.10.79-8-10 4. BERLIN-MOABIT

Staatsanwaltschaft b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 10. OKT. 1979
mit Anl. Blatts Bd. Akten

Generalstaatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
~~Turmstraße 91~~

~~1000 Berlin 21~~

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen	Telefon (089) 2198-	Zimmer-Nr.	München
		2238a/340-1.7	484 oder 2198-1	229	4.10.1979

Akten der Gestapostelle Würzburg

Im Rahmen des vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus seit 1973 durchgeführten Projekts "Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933 - 1945" hat die bayerische Archivverwaltung die Aufgabe, einschlägiges staatliches Schriftgut nachzuweisen und zu erschließen. In diesem Zusammenhang wurden im Laufe der letzten Monate die im Staatsarchiv Würzburg verwahrten Akten der ehemaligen Gestapostelle Würzburg eingehend erschlossen. Es handelt sich hierbei um etwa 18 000 Personen- und um einige wenige Sachakten. Die Überlieferung ist jedoch keineswegs vollständig. Der Verbleib des größten Teils der Sachaktenregistratur und eines erheblichen Teils der Personenakten (vor allem über Personen mit den Anfangsbuchstaben A-G) ist nicht bekannt. Es ist damit zu rechnen, daß im Zusammenhang mit Kriegs- und Nachkriegsereignissen erhebliche Verluste eingetreten sind.

Die im Staatsarchiv Würzburg liegenden Gestapoakten werden in einer ausführlichen Bestandsanalyse, die in einigen Monaten in der Archivinventarreihe "Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933 - 1945" erscheinen soll, der interessierten Forschung vorgestellt.

-/-

Das Staatsarchiv Würzburg hat der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns mitgeteilt, daß auch bei der Generalstaatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin einige versprengte Gestapoakten verwahrt werden. Damit im Vorwort der erwähnten Bestandsanalyse möglichst vollständig die Überlieferungssituation dargestellt werden kann, wäre ich dankbar, wenn Sie mir nähere Einzelheiten über die bei Ihnen liegenden Gestapoakten mitteilen könnten. Ein entsprechender Hinweis wird dann in unserem Archivinventar veröffentlicht werden.

Mit freundlichen Grüßen
I.V.

Dr. Nusser
Ltd. Archivdirektor

1 AR 123/63

Vfg.

1. Zu schreiben:

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
Hamburg
z.Hd. Herrn
Oberstaatsanwalt Duhn
Postfach 30 53 21

2000 Hamburg 36

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen S t r i p p e l u.a.
wegen Mordes (NSG)

Bezug: Schreiben vom 2. Oktober 1979

Sehr geehrter Herr D u h n ,

auf Ihre vorbezeichnete Anfrage wird mitgeteilt, daß Ihnen über die mit hiesigem Schreiben vom 20. September 1979 mitgeteilten Erkenntnisse hinausgehende Einzelheiten nicht angegeben werden können. Der bisherige Sachbearbeiter, Herr Oberstaatsanwalt H ö l z n e r , ist inzwischen an eine andere Dienststelle versetzt worden. Die hier vorliegenden Akten der Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) sowie 1 Js 18/65 (RSHA) haben einen derartigen Umfang, daß ich mich zur Zeit nicht in der Lage sehe, die Vorgänge durchzusehen, um die von Ihnen gestellten Fragen beantworten zu können.

Ich muß es deshalb Ihrer Entscheidung überlassen, ob Sie die in Betracht kommenden Akten hier in Berlin persönlich auswerten wollen.

Hochachtungsvoll

(z.U.)

2. Zu schreiben:

An die
Generaldirektion der
Staatlichen Archive Bayerns
Postfach 2 40

8000 München 22

Betrifft: Akten der Gestapostellen Würzburg

Bezug: Dortiges Schreiben vom 4. Oktober 1979
- Aktenzeichen: 2238 a/340-1.7 -

Auf Ihre vorbezeichnete Anfrage wird mitgeteilt, daß hier keine "versprengten Gestapoakten" verwahrt werden. Soweit hier Dokumente von früheren Stapostellen Bestandteile von Verfahrensakten sind, handelt es sich überwiegend um (zumeist nicht beglaubigte) Ablichtungen aus anderen Archiven, insbesondere des Bundesarchivs in Koblenz, des Instituts für Zeitgeschichte in München, teilweise auch aus Archiven in Polen oder um Ablichtungen aus anderen Verfahrensakten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(z.U.)

3) 3 Mon.

Berlin 12, den 11. Oktober 1979

15/1

Kanzlei
Eingang am: 15. OKT. 1979
Gefertigt am: 15.10.79/Be.

2) 1 Schreiben
2) 1 Schreiben

ab (2e) 17. OKT. 1979

Sa

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen in Konzentrationslagern
bei der Staatsanwaltschaft Köln

6

Geschäfts-Nr.: 130 (24) Js 540/61 (Z)
Bitte bei allen Schreiben angeben!

5000 Köln, den 18.12.1979
Justizgebäude Krebsgasse 5-11
Fernruf (0221)
(bei Durchwahl 20211 . .)
Fernschreiber 08-881 483

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht in Berlin
Lewishamstr. 1

1000 Berlin 12 (Charlottenburg)

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht Berlin
Eing. am 27. DEZ. 1979
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Lehrer Wolfgang Otto u.a.
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord
(Beteiligung an der Ermordung Ernst Thälmanns im KL Buchenwald)
hier: Ermittlung gegen RSHA-Angehörige

In dem oben genannten Ermittlungsverfahren hat die Anzeigeerstatterin, Frau Irma Gabel-Thälmann, durch ihren Bevollmächtigten Prof. Dr. F.K. Kaul im Rahmen einer Beschwerdebegründung die Behauptung aufgestellt, die Ermordung Ernst Thälmanns habe im Zusammenhang mit Sanktionen und Maßnahmen aus Anlaß des Attentats auf Hitler vom 20.7.1944 gestanden und sei durch Angehörige des für diese Maßnahmen zuständigen Sonderkommandos des Reichssicherheitshauptamtes durchgeführt worden.

Es wird um Mitteilung gebeten, ob dort die Angehörigen dieses Sonderkommandos namentlich bekannt geworden sind, ob dort ein Ermittlungsverfahren gegen die Angehörigen dieses Sonderkommandos geführt worden ist, ob sich im Rahmen dieses Verfahrens Hinweise ergeben haben, daß die Ermordung Ernst Thälmanns im Zusammenhang mit den genannten Sanktionen gestanden haben und

von Angehörigen des Sonderkommandos veranlaßt oder durchgeführt worden sind.

Sollten die dortigen Unterlagen für eine umfassende Beantwortung zu umfangreich sein, wird um Mitteilung gebeten, ob die Auswertungsarbeiten in Berlin durch einen Angehörigen der hiesigen Zentralstelle durchgeführt werden können.

Im Auftrag
Dederichs
(Dederichs)
Staatsanwalt

von: Gerald Fleming
Senior Lecturer
University of Surrey
Dept. of Linguistic and
International Studies

Privatanschrift: 8
55 Golders Gardens
London, NW11 9BS
Tel. 01-458 2936

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 28. NOV. 1979
mit Anl. – Bl. Bd. Akten

16/21/1979

29/11 tel

Sehr geehrte Frau Staatsanwalt!

Im Rahmen meines allen kompetenten Bundesdeutschen Behörden genau bekannten Forschungsprojekts 'Adolf Hitlers persönliche Sicherheitsstaffel im Zweiten Weltkrieg – eine Beweisführung' (unterstützt von der Britischen Akademie, meiner Universität und der D.F.G. in Bonn) liegt mir daran gewisse Aspekte der Kompetenzen Befehlsgebung RSHA → Einsatzgruppen, RSHA → HSSPF mit Herrn Walter Brandenburg persönlich + forschungsmässig zu besprechen. Ich habe keinen Zweifel, daß Herr Brandenburg, gegen den bei dem Kammergericht Berlin mehrere Ermittlungsverfahren geführt und letztlich eingestellt wurden, mir bereit-

willig die erwünschten technischen Auskünfte geben würde, sobald ich mich mit ihm persönlich (wie mit einer grösseren Anzahl anderer ehemaliger Beamter) in Verbindung gesetzt habe. Weiterhin habe ich keinen Zweifel, dass Herr Brandenburg, der am 14.1.1942 auf Grund einer Vereinbarung zwischen SS Obergruppenführer Heydrich und Reichsminister Rosenberg als "Verbindungsführer zwischen dem R.S.H.A. und dem O[stministerium]" eingesetzt wurde, kompetent ist mir im Rahmen meines Forschungsauftrags weiterhin Klärendes mitzuteilen. Ich bitte Sie deshalb, sehr verehrter Herr Generalstaatsanwalt, mir die jetzige Adresse von Herrn Walter Brandenburg (geb. 30.4.1914 in Osnabrück) mitzuteilen, sodass ich mich mit diesem ehemaligen Schlüsselbeamten unverzüglich persönlich in

Verbindung setzen kann.

Mit gleicher

Zeit darf ich Sie bitten mir mitzu-
teilen ob sich unter den Akten der
inzwischen eingestellten Ermittlungsver-
fahren gegen Herrn Brandenburg Material
oder Aussagen und Dokumente befinden,
die mir im Rahmen meiner Forsch-
ungsaufgabe weitere Einsichten über
Befehlsgebung 'von oben', Hintergrund
Befehl/Weisung 'von höchster
Stelle' geben können, auf Grund
deren ich auch bei dem Kammer-
gericht Berlin einen Antrag auf
Akteneinsicht stellen sollte. —

Sowohl Herr Oberstaatsanwalt
Dr. Rückerl und Dr. Winter
in Ludwigsburg, wie auch der
leitende Oberstaatsanwalt bei der

Staatsanwaltschaft Hamburg, wie auch der leitende Ministerialrat im Bayerischen Justizministerium Dr. Froschauer, und der leitende Oberstaatsanwalt beim Landgericht II München, Herr Dr. Schmitt sind mit meinem Forschungsprojekt vertraut. Ebenso steht es Ihnen frei sich über mich und meine wissenschaftliche Tätigkeit und Arbeit bei folgenden Herren zu erkundigen, die gleichfalls mit meiner Untersuchung genauestens vertraut sind:

1. Herr Dr. Josef Henke, Oberarchivrat im Bundesarchiv, am 'Wöllershof' Koblenz
2. Herr Oberst Dr. Wiesecotte im Militärgeschichtliche Forschungsamt, Grünwaldstrasse 10-14, Freiburg i.Br.
3. Das Institut für Zeitgeschichte, München 19 Leonrodstr. 46b (Prof. Dr. Broszat)

Meine Forschung ist an hoher Stelle hier im Lande wie auch in anderen Ländern bekannt und als "grundsätzlich richtig" anerkannt. Sie genießt seit Dezember 1977 weitgehende starke Unterstützung. —

Ich bitte deshalb höflichst um Ihre persönliche Hilfe in der hier dargelegten Angelegenheit.

mit vorzüglicher Hochachtung

Gerald Fleming
Senior Lecturer

>>

Persönlich

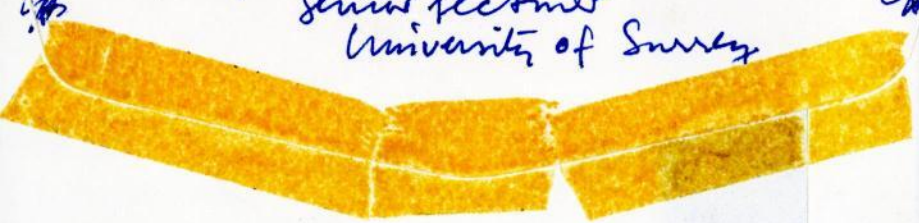
Dem Ihm Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

Kammergericht
Berlin 19

Witzlebenstr. 4

Express

Gerald Fleming
Senior Lecturer
University of Surrey



55 Golders Gardens
London N.W. 11

1 AR 123/63

11

Vh.

1.) Vermerk: Die letzte bekannte Anschrift des Walter Brandenburg stammt aus dem Jahre 1964; daher Ziff. 2.
— Sollte die jetzige Anschrift des W.B. zu ermitteln sein, ist diesem eine Abl. der Schr. des Herrn Fleming mit dem Anheimgeben zu übersenden, sie mit „ „ in Verbindung zu setzen [mit Abdruck der entspr. Schreiben an Herrn Fleming, dessen Bitte, ihm Dok. pp mitzuteilen, schon deshalb nicht entsprochen werden kann, weil die frühe Sachbearbeiter inzwischen mit anderen Arbeitsgebieten betraut sind und für einen nicht eingearbeiteten Dez. der Arbeitsaufwand nicht zu erbringen ist).

Eingang am 6. DEZ. 1979
Gefertigt am 6.12.79/Be

zu 3) 2 EMA-Anfr.

ab 6. DEZ. 1979

2.) Herrn AL IV
m.d.B.u.K. 5.12.79

3.) EMA-Anfrage betr. Walter Brandenburg, 30. April 1914 Osnabrück, an
a) EMA Berlin, letzte bekannte Anschrift: 1000-31, Brandenallee 31a
b) „ Bielefeld, „ „ „ : Bielefeld, Am Wellenbotten 8

4.) Frist 1 Monat 5/1 -5. DEZ. 1979

12

Staatsanwaltschaft
beim Kammergericht

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin
Amtsanwaltschaft Berlin

Lewishamstraße 1
1000 Berlin 12
Fernruf: 323 30 41
(Im Innenbetrieb: 933 833)

~~1 Berlin 21,~~ den 5. Dezember 1979
~~Turmstraße 91~~
~~Fernruf: 39 40 11~~, App.: 66
~~(Im Innenbetrieb 933)~~

Gesch.-Nr. 1 AR 123/63
Bitte bei allen Schreiben angeben.

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
des Walter Brandenburg,

geboren am 30. April 1914 in Osnabrück,
zuletzt wohnhaft in 4800 Bielefeld, Am Wellenkotten 8

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken und sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

STADT BIELEFELD
Hauptamt Poststelle
10. DEZ. 1979
Freiumschlag
Freikarte
Anlagen

Auf Anordnung
DPP
Justizangestellte

An das
Einwohnermeldeamt Bielefeld
4800 Bielefeld

A F Str. 370s ORK.
(Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts oder der Wohnung einer Person)

StAT 4 000 3. 75

Bes.

Stadt Bielefeld
Der Oberstadtdirektor
Einwohnermeldeamt

11. Dez. 1979

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 13. DEZ. 1979
mit Anl. ~~Blatts. Bd. Akten~~

U.

dem Einsender

zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

a) noch wie angegeben gemeldet — und wohnhaft —

b) am 19.12.68 nach 2900 Oldenburg, Edewechterlandstr. 91 verzogen.

Rückmeldung vom 24.12.68 liegt — ~~nicht~~ — vor.*)

c) am ..... lt. Auszugsmitt. v. ..... mit unbekanntem Verbleib verzogen.*)

d) konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden.*)

e) Notierung ist erfolgt.*)

*) Nichtzutreffendes streichen

Im Auftrage

Kanzlei
Eingang am: 14. DEZ. 1979
Gefertigt am: 14.12.79 Gr.
Zu 1) EMA

14. DEZ. 1979

1.) EMA - Auftrag nach Brandenburg (s. Vorseite) an EMA Oldenburg (s. oben)
2.) zur Akte 14. DEZ. 1979

13

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

~~Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin~~
~~Amtsanwaltschaft Berlin~~

Landshutstraße 1
1000 Berlin 12
Fernruf: 323 30 41
(im Innenbetrieb: 833 8331)

~~1 Berlin 21~~, den 14. Dezember 1979
~~Turmstraße 91~~
~~Fernruf: 39 40 11~~, App.: 66
~~(Im Innenbetrieb 933)~~

Gesch.-Nr. 1 AR 123/63 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben.

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
de s Walter B r a n d e n b u r g ,

geboren am 30. April 1914 in Osnabrück,
zuletzt wohnhaft in 2900 Oldenburg, Edewechter Landstraße 91,

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken und sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An das
Einwohnermeldeamt Oldenburg
2900 Oldenburg

Stadt Oldenburg (Oldb)
Melde- und Wahlamt
Eing.: 18. DEZ. 1979

Auf Anordnung

Justizangestellte

A F Str. 370s ORK.
(Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts oder der Wohnung einer Person)

StAT 4 000 3.75

bw

Go

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 27. DEZ. 1979
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

U.

dem Einsender

zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

X a) noch wie angegeben gemeldet — ~~und~~ wohnhaft —

b) am ..... nach ..... verzogen.

Rückmeldung vom ..... liegt — nicht — vor.*)

c) am ..... lt. Auszugsmitt. v. ..... mit unbekanntem Verbleib verzogen.*)

d) konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden.*)

e) Notierung ist erfolgt.*)

Oldenburg (Oldb), den 18. DEZ. 1979

Im Auftrage

Stadt Oldenburg (Oldb)
Der Oberstadtdirektor
Melde- u. Wahlamt

*) Nichtzutreffendes streichen

14

1 Mk 123.63 (Retour)

V.

mit 2 Exemplaren vom 27.12.79
b. Osec Mayer (mh)
mdl Pn w. V.

28/12.79

DER POLIZEIPRÄSIDENT IN BERLIN

ORD A 1 302

1000 BERLIN 42, DEN 11.12.1979
TEMPELHOFER DAMM 1 - 7
TEL.: (030) 699-2811

15

KAMMERGERICHT Briefannahme -7.-1.80 8-12 BERLIN

STAATSANWALTSCHAFT KAMMERGERICHT

1 AR 123/63

BETR.: AUSKUNFT AUS DEM BERLINER EINWOHNERDATENBESTAND

BRANDENBURG,
WALTER * 30.04.1914

Staatsanwaltschaft b.d. Kammergericht-Berlin Eing. am - 7. JAN. 1980 mit Anl. Blatts. Bd. Akten

EDEWECHTER LANDSTR. 091

2900 OLDENBURG

DIE VORSTEHENDE ADRESSE IST DIE ANSCHRIFT LT. ABMELDUNG

GEBURTSORT OSNABRÜCK

Gilt nicht für Behörden

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr!

Die umseitige Auskunft aus dem Melderegister wurde mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung gegeben. Für die sich daraus ergebende Form dieses Schreibens bitte ich um Ihr Verständnis.

Ferner bitte ich, folgendes zu beachten:

1. Das Melderegister ist kein öffentliches Register. Auskunft aus ihm wird anderen Personen als dem Betroffenen gemäß § 17 a des Gesetzes über das Meldewesen - Meldegesetz - in der Fassung vom 1. Juli 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin - GVBl. - S. 996), zuletzt geändert durch das Gesetz über den Datenschutz in der Berliner Verwaltung vom 12. Juli 1978 (GVBl. S. 1317) grundsätzlich nur über Namen, akademische Grade und Anschriften einzelner bestimmter Personen erteilt.

   Die Auskunft ist nicht zulässig, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß dem Betroffenen oder einer anderen Person aus der Auskunftserteilung eine Gefahr für Leben, Gesundheit oder die persönliche Freiheit erwachsen kann.

   Auskunft erhalten alle geschäftsfähigen Personen gegen Entrichtung der vorgeschriebenen Gebühren.

2. Für jede Auskunft über jede angefragte Person ist eine Gebühr von 2 DM im voraus zu entrichten. In besonderen Fällen, z. B. wenn Nachfragen oder Ermittlungen erforderlich sind oder die Auskunft mit längerer Sucharbeit verbunden ist, beträgt die Gebühr 4 DM. Die Gebühr ist auch dann zu entrichten, wenn die gesuchte Person nicht gemeldet ist oder nicht ermittelt wird oder die erteilte Auskunft bereits bekannt ist.
3. Die Auskunft aus dem Melderegister erfolgt ohne Gewähr dafür, daß die gesuchte Person in der genannten Wohnung auch tatsächlich wohnte oder noch wohnt.
4. Ist die gesuchte Person zur Zeit der Auskunftserteilung aus der in der Auskunft genannten Wohnung bereits verzogen, so kann die nicht mehr zutreffende Auskunft innerhalb von 14 Tagen nach dem Tage der Auskunftserteilung einmalig zur gebührenfreien Auskunftserteilung vorgelegt werden.
5. Über den Sitz von Firmen, Geschäften, Gewerbe- und Handelsbetrieben wird hier ein Nachweis nicht geführt. Auskunft darüber kann somit nicht erteilt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Polizeipräsident in Berlin
Referat Meldeangelegenheiten,
Paß- und Ausweiswesen

Im Auftrage

Lindner

1 AR (RSHA) 123/63

V/11.

16

1.) Fernschr. an: - 1 Lesedurchschr. -

<Bl. 6>

Betrifft: ((Bl. 6))

Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. Dezember 1979 - 130 (24) Js 540/61 (Z)

Ein Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige der Reichssicherheitshauptämter im Zusammenhang mit der Ermordung Ernst Thälmanns war hier nicht anhängig. Ich bedauere daher, die dortigen in Ihrem o.a. Schreiben gestellten Fragen nicht beantworten zu können.

Über ein mit der Tatausführung befasstes Sonderkommando des RSHA liegen uns keine Erkenntnisse vor.

2.) Fernschr.: - 1 Lesedurchschr. -

Herrn Walter Brandenburg, Edewechter Landstraße 91, 2900 Oldenburg - unter Beifügung einer Abschr. des Schr. zu 3.) -

Den gesuchten Herrn Brandenburg, unter dem Datum vom 26. November 1979 hat Herr Harald Fleming, University of Surrey, 55 Golders Gardens, London, NW 11 9BS, Telefon 01-458 2936, ein Schreiben mit folgendem Inhalt an mich gerichtet:

<< eingegangen wie Bl. 8 - 9 Rs >>

Nach meinen Erkenntnissen sind Sie mit dem in diesem Schreiben erwähnten Walter Brandenburg identisch. Ich habe Herrn Fleming Ihre Anschrift nicht bekanntgegeben. Vielmehr habe ich ihm ~~einige Informationen~~ mitgeteilt, daß ich Ihnen den Inhalt seines Schreibens sowie seine Anschrift mit dem Anheimgeben bekanntgeben werde, sich mit Ihnen in Verbindung zu setzen, sofern Sie dies selbst wünschen sollten. Ich stelle Ihnen hiermit anheim, dies zu tun. Eine Abschrift meines Vermerkes voll

(F) Schreiben vom dortigen Tage an Herrn Fleming füge ich bei.

(F)

-3-

3.) Zu vdr. :- 1 Lesedurchschrift und 1 Abdruck -

Mr. Gerald Fleming, University of Surrey
55 Gordon Gardens
London, NW 11 9BS
Großbritannien

Sehr geehrter Herr Fleming,

auf Ihr Schreiben vom 26. November 1979, mit dem Sie mich um Angabe der jetzigen Anschrift des Herrn Walter Brandenburg gebeten haben, teile ich Ihnen mit, daß ich Herrn Brandenburg ~~die gewünschte Auskunft~~ (sowie Ihre Adresse und Telefonnummer) [E] Ihres Schreibens mit dem Anheimgeben mitgeteilt habe, sich unmittelbar mit Ihnen in Verbindung zu setzen, sofern er dies wünscht. Ich bitte mich nach den Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren nicht in der Lage, Ihnen darüber hinaus die Anschrift des Herrn Brandenburg mitzuteilen.

[E] und eine Abschrift meines heutigen Schreibens an Sie

Ihre weitere Bitte, Ihnen mitzuteilen, ob sich hier "Material oder Aussagen und Dokumente befinden", die Ihnen Hinweise über Personen zu vermitteln könnten, kann ich schon deshalb nicht entsprechen, weil die früher mit diesen Sachgebieten befaßten Sachbearbeiter zur Zeit neben mit anderen Arbeitsgebieten befaßt sind und der entsprechende Arbeitsaufwand für einen nicht mit dem Sachgebiet vertrauten Sachbearbeiter nicht zu erbringen ist.

Hochachtungsvoll

Kanzlei
Eingang am: - 9. JAN. 1980
Erledigt am: - 8. JAN. 1980
Zu 1.) u. 2.) zu 1 Schr. 2 x

3.) 1 Schr. 3 x

zu 1
zu 2
zu 3
} ab m. Hdb
10. JAN. 1980

4.) Zu 2.) - 3.) m. d. U.
5.) Karteikarte wieder entnehmen
6.) - statt alter Fristen (15/1. = Bl. 5 KV und 5/1. = Bl. 11 KV) - Frist 6 Monate

ausgefertigt.

- 8. JAN. 1980

- Durchschrift -

8. Januar 1980

24

1 AR (RSHA) 123/63

An den
Leiter der Zentralstelle
im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von
nationalsozialistischen
Massenverbrechen in
Konzentrationslagern
bei der Staatsanwaltschaft Köln
Justizgebäude Krebsgasse 5-11
5000 K ö l n

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Lehrer
Wolfgang O t t o u.a.
wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord
(Beteiligung an der Ermordung Ernst Thälmanns
im KL Buchenwald)

Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. Dezember 1979
- 130 (24) Js 540/61 (Z) -

Ein Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes im Zusammenhang mit der Ermordung Ernst Thälmanns war hier nicht anhängig. Über ein mit der Tatausführung befaßtes Sonderkommando des RSHA liegen mir keine Erkenntnisse vor. Ich bedaure daher, die in Ihrem o.a. Schreiben gestellten Fragen nicht beantworten zu können.

N a g e l
Oberstaatsanwalt

N

- Durchschrift -

8. Januar 1980

24

1 AR (RSHA) 123/63

Herrn
Walter Brandenburg
Edewechter Landstr. 91

2900 Oldenburg

Sehr geehrter Herr Brandenburg,

unter dem Datum vom 26. November 1979 hat Herr Gerald F l e m i n g, University of Surrey, 55 Golders Gardens, London NW 11, 9 BS, Telefon 01-458 2936, ein Schreiben mit folgendem Inhalt an mich gerichtet:

"Im Rahmen meines allen kompetenten Bundesdeutschen Behörden genau bekannten Forschungsprojekts 'Adolf Hitlers persönliche Liquidierungsbefehle im zweiten Weltkrieg - eine Beweisführung' (unterstützt von der Britischen Akademie, meiner Universität und der DFG in Bonn) liegt mir daran gewisse Aspekte der damaligen Befehlsgebung RSHA → Einsatzgruppen, RSHA → HSSPF mit Herrn Walter Brandenburg persönlich forschungsmässig zu besprechen. Ich habe keinen Zweifel, daß Herr Brandenburg, gegen den bei dem Kammergericht Berlin mehrere Ermittlungsverfahren geführt und letztlich eingestellt wurden, mir bereitwillig die erwünschten technischen Auskünfte geben würde, sobald ich mich mit ihm persönlich (wie mit einer grösseren Anzahl anderer ehemaliger Beamter) in Verbindung gesetzt habe.

Weiterhin habe ich keinen Zweifel, dass Herr Brandenburg, der am 14.1.1942 auf Grund einer Vereinbarung zwischen SS Obergruppenführer Heydrich und Reichsminister Rosenberg als 'Verbindungsführer zwischen dem RSHA und dem Ostministerium' eingesetzt wurde, kompetent ist mir im Rahmen meines Forschungsauftrags weiterhin Klärendes mitzuteilen. Ich bitte Sie deshalb, sehr verehrter Herr Generalstaatsanwalt, mir die jetzige Adresse von Herrn Walter Brandenburg (geb. 30.4.1914 in Osnabrück) mitzuteilen, sodass ich mich mit diesem ehemaligen Schlüsselbeamten unverzüglich persönlich in Verbindung setzen kann.

16c

In gleicher Zeit darf ich Sie bitten mir mitzuteilen ob sich unter den Akten der inzwischen eingestellten Ermittlungsverfahren gegen Herrn Brandenburg Material oder Aussagen und Dokumente befinden, die mir im Rahmen meiner Forschungsaufgabe weitere Einsichten über Befehlsgebung 'von oben', Hinweise of Befehle/Weisungen 'von höchster Stelle' geben können, auf Grund derer ich auch bei dem Kammergericht Berlin einen Antrag auf Akteneinsicht machen sollte. -

Sowohl Herr Oberstaatsanwalt Dr. Rückerl und Dr. Winter in Ludwigsburg, wie auch der leitende Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Hamburg, wie auch der leitende Ministerialrat im Bayerischen Justizministerium Dr. Froschauer, und der leitende Oberstaatsanwalt beim Landgericht II München, Herr Dr. Schmitt sind mit meinem Forschungsprojekt vertraut. Ebenso steht es Ihnen frei sich über mich und meinen wissenschaftlichen Ruf und Arbeit bei folgenden Herren zu erkundigen, die gleichfalls mit meiner Untersuchung genauestens vertraut sind:

1. Herr Dr. Josef Henke, Oberarchivrat im Bundesarchiv, am 'Wöllershof[12], Koblenz
2. Herr Oberst Dr. Wieseotte im Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Grünwälderstrasse 10 - 14, Freiburg i.Br.
3. Das Institut für Zeitgeschichte, 8 München 19 Leonrodstr. 46 b (Prof. Dr. Broszat)

Meine Forschung ist an hoher Stelle hier im Lande wie auch in anderen Ländern bekannt und als "grundsätzlich wichtig" anerkannt. Sie geniesst seit Dezember 1977 weitgehende starke Unterstützung. -

Ich bitte deshalb höflichst um Ihre persönliche Hilfe in der hier dargelegten Anfrage.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Gerald Fleming
Senior Lecturer"

Nach meinen Erkenntnissen sind Sie mit dem in diesem Schreiben erwähnten Walter Brandenburg identisch.

Ich habe Herrn Fleming Ihre Anschrift nicht bekanntgegeben. Vielmehr habe ich ihm mitgeteilt, daß ich Ihnen den Inhalt seines Schreibens sowie seine Anschrift mit dem Anheimgeben bekanntgeben werde, sich mit ~~Ihnen~~ ihm in Verbindung zu setzen, sofern Sie dies selbst wünschen sollten. Ich stelle Ihnen hiermit anheim, dies zu tun.

16 d

Eine Abschrift meines Schreibens vom heutigen Tage an Herrn Fleming füge ich bei.

Hochachtungsvoll

Nagel
Oberstaatsanwalt

N

- Durchschrift -

8. Januar 1980

24

1 AR (RSHA) 123/63

Mr. Gerald Fleming,
University of Surrey
55 Golders Gardens

London, NW 11 9 BS
Großbritannien

Sehr geehrter Herr Fleming,

auf Ihr Schreiben vom 26. November 1979, mit dem Sie mich um Angabe der jetzigen Anschrift des Herrn Walter Brandenburg gebeten haben, teile ich Ihnen mit, daß ich Herrn Brandenburg den wesentlichen Inhalt Ihres Schreibens sowie Ihre Anschrift nebst Telefonnummer und eine Abschrift meines heutigen Schreibens an Sie mit dem Anheimgeben mitgeteilt habe, sich unmittelbar selbst mit Ihnen in Verbindung zu setzen, sofern er dies wünscht. Ich sehe mich nach den Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren nicht in der Lage, Ihnen darüber hinaus die Anschrift des Herrn Brandenburg mitzuteilen.

Ihrer weiteren Bitte, Ihnen mitzuteilen, ob sich hier "Material oder Aussagen und Dokumente befinden", die Ihnen Einsichten über Befehlsgebung pp vermitteln könnten, kann ich schon deshalb nicht entsprechen, weil die früher mit diesen Sachgebieten befaßten Sachbearbeiter seit Jahren mit anderen Arbeitsgebieten befaßt sind und der entsprechende Arbeitsaufwand für einen nicht mit dem Sachgebiet vertrauten Sachbearbeiter nicht zu erbringen ist.

Hochachtungsvoll

Nagel
Oberstaatsanwalt

N

Privatanschrift: 55 Golders Gardens, London NW11

17

UNIVERSITY OF SURREY

Tel. 4582936

Guildford Surrey GU2 5XH T 0483 71281 Telex 859331

12 - 1 - 1980

Vm.
z. d. A.
cy 18/1.

Department of Linguistic and International Studies

Betr. IAR (RSHA) 123/63

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt,

Haben Sie besten Dank für Ihr Schreiben vom 8. Januar 1980, in Antwort auf meinen Brief vom 26. November an Sie. Ich hoffe Herr Walter Brandenburg wird sich, auf Grund des wesentlichen Inhalts meines Briefes an Sie vom 26. November 1979, mit mir in Verbindung setzen, sobald er imstande sein mag meine Forschung über Hitlers persönliche Exekutionsbefehle (z. Bspe: Schutzhaft mit dem Hinweis "auf höchsten Befehl") fortzusetzen.

etwas weiterhin Klärendes beizutragen. -

Meine Frage über "Material oder Aussagen und Dokumente" in dem betreffenden Verfahren wurde von mir gestellt, um mich in die Lage zu versetzen abwägen zu können, ob ich daraufhin einen Antrag an die Hälfte stellen sollen, betreffend Erlaubnis zur Akteneinsicht, wie ich, im Rahmen meines, offiziellen Stellen, sowohl in der Bundesrepublik wie auch hier wohlbekannten Forschungsauftrags, - (von der Britischen Akademie und der DFG wie auch einer Schweizer Stiftung unterstützt), dies schon mehrmals getan habe, und diese Erlaubnis auch wiederholt erhalten habe. Ich ersehe aus Ihren freundlichen Zeilen, dass in diesem Falle ein derartiger Antrag jedoch nicht positiv beantwortet werden könte.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ronald Fleming
(Junior Lecturer)

Persönlich

[redacted]

10 -AM
14 JAN
1980

Herrn Oberstaatsanwalt Nagel

Staatsanwaltschaft bei dem
Kammergericht
Elßholzstr. 1
D-1000 Berlin 12

[redacted]

E. Hemmings

55 Cockers Gdns.
London NW11

Forschungsgruppe Toplitzsee
H. Riegel, 1. Vorsitzender
Barbarossaplatz 6
D-7500 Karlsruhe 1

18.4.1980

18

Gemeinsame Briefannahme 19.-4.80 09-10 Justizbehörden Charlottenburg

Staatsanwaltschaft b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 21. APR. 1980
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

An den Herrn
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht 1
Amtsgerichtsplatz 1
1000 Berlin 19

Betr.: Der Senator für Justiz - Az.: 4110 E - IV/A. 67.63 v. 13.12.65

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt,

der zum obigem Az. geführte Schriftsatz wurde, gem. schriftl. Bestätigung des Herrn Senators für Justiz, zuständigkeitshalber - mit der Bitte um weitere Veranlassung - Ihnen übersandt. Nachdem bis heute eine Antwort von Ihnen nicht vorliegt, sei nochmals auf diesen Vorgang verwiesen.

Zur Zeit unserer damaligen Eingabe (Nov. 65) wurde bekannt, dass der dam. Berliner Senator für Justiz, Herr Wolfgang Kirsch, sich an das Parlament wenden würde, um die Ermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft im Hinblick auf die Aufklärung des Komplexes "Reichssicherheitshauptamt - RSHA" zu verstärken.

Als Zentrale der Reichsleitung und ihrer exekutiven Macht bildete das RSHA den Schlüssel für die Auflösung einer Rechtsordnung, durch den es die Reichsleitung verstanden hat, ein ganzes Volk für Nichtwissen, Billigung oder Duldung von Verbrechen verantwortlich zu machen, ohne dass die Tatbestände als flagrante Verletzungen der Konventionen zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten verfolgt werden konnten.

Seit Verkündung der MAGNA CHARTA im Jahre 1215 in England bildet deren Inhalt

> das Postulat jeder Rechtswissenschaft aller Kulturstaaten indem die Unantastbarkeit des verbindlichen Grundsatzes der persönlichen Freiheit und der persönlichen Sicherheit Verpflichtung wurde.

Seit jenem 15. Juni 1215 hat die Rechtspflege diesen Grundsatz zu einem Gewissensgesetz erhoben - und wer dagegen verstösst - ist ein Gesetzesbrecher - trüge er auch eine Krone.

Die Frage, wie es möglich war, für die drei Gewalten: Legislative, Rechtsprechung und Exekutive - Menschen zu gewinnen, die wider besseres Wissen, gegen ihre Einsicht, gegen ihre Berufsethik und gegen ihr Gewissen sich dem Zwang beugten und zu Verfolgern wurden an denjenigen mit denen sie hätten Widerstand leisten müssen, - diese Frage der Beantwortung zuzuführen, ist eine Aufgabe der Zeitgeschichte und derer welche sich damit befassen - oder zu befassen haben.

> Nach der Auflösung der Diktatur und ihren verbrecherischen Einrichtungen waren die Verfolger entschlossen mit den Verfolgten zu überleben.

Dies aber war nur möglich durch die Schaffung der These von der Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes an den begangenen Verbrechen,

19

Verbrechen, welche unter Gewaltanwendung der Gestapo und SS und anderer NS-SD Gliederungen und strengster Schweigepflicht verübt wurden

und welche keine Justizbehörde verfolgen durfte.

Diejenigen aber, welche die Ausmaße jener Verbrechen gekannt haben, sind der These der Duldung und Billigung der NS-SS-Gewalttaten durch das gesamte deutsche Volk nie entgegen getreten.

F ü r s i e w ä r e d i e F ä l s c h u n g d e r Z e i t - g e s c h i c h t e e i n e w i l l k o m m e n e E n t l a s t - u n g d e s e i g e n e n G e w i s s e n s g e w e s e n, mit der sie die Wahrheit zum Schutz der eigenen Sicherheit unterdrückten und verfolgten.

Um eine Legendenbildung möglichst zu vermeiden, hat sich die Forschungsgruppe Toplitzsee die Aufgabe gestellt Archivmaterial des RSHA dort sicherzustellen wo deutliche Spuren es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vermuten lassen.

Durch eine Aufklärung über die Öffentlichkeit - mit Wissen und Billigung der zuständigen Behörden soll Licht getragen werden in die Verliesse des Schweigens durch welche das Regime seine Macht entfaltete und missbrauchte.

Diese Bemühungen

welche das Bekenntnis zum demokratischen Staat nur fördern und ihm von Nutzen sein können

werden gelegentlich von Interessen überschnitten, welche - wie uns scheint - der Zeitgeschichte eine andere Prägung verleihen wollen.

Dies ist offensichtlich möglich, da das RSHA über immense Geldmittel - in Milliardenhöhe - auf Chiffre-Konten in der Schweiz verfügte und denklich heute noch verfügt. Denn n a c h w e i s l i c h wurde das Washingtoner Abkommen umgangen oder teil-umgangen. Die Beweismittel hierzu sind, auf Wunsch, zu Ihrer Verfügung.

Dies,in etwa, sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt, war der Inhalt unseres Vortrages an den Herrn Senator für Justiz - Herrn Wolfgang Kirsch - .

Gedacht war diese Darstellung zur Ergänzung des Themas RSHA, welches von dem Herrn Senator für Justiz selbst aufgegriffen worden ist, mit dem Ziel der Vorlage des Komplexes RSHA beim Parlament.

Nachdem der Herr Senator für Justiz diesen Schriftsatz unter seinem AZ.: 4110 E - IV/A. 67.63 - zur weiteren Veranlassung Ihnen, sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt, überstellte

bitten wir um Auskunft darüber, was zu diesem Thema seitens Ihres Amtes - als zuständig hierfür erklärt, unternommen worden ist?

Mit freundlichen Grüssen

H. Roth

1 AR 123/63 (RSHA)

Gl.

20

1.) Per sdv. an :- 1 Lesemappe -

Herrn H. Rüpel,
Barbaroma platz 6, 7500 Karlsruhe 1

Sehr geehrter Herr Rüpel,

auf Ihr Schreiben vom 18. April 1980 teile ich Ihnen mit, dass die Beteiligung ehemaliger Angehöriger des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) an Mordtaten während des NS-Regimes bei der hiesigen ~~Behörde~~ Staatsanwaltschaft in den Jahren ab 1963 umfassend und erschöpfend geprüft worden ist. Aufgrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse sind insgesamt 33 Ermittlungsverfahren gegen mehrere hundert als Beschuldigte in Betracht kommende ehemalige RSHA-Angehörige eingeleitet und durchgeführt worden. In mehreren Verfahren ist nach Abschluss der Ermittlungen Anklage erhoben worden,

die zur Verurteilung der Betroffenen geführt haben, soweit diese der ihnen zur Last gelegten Taten überführt werden konnten.

~~Der Senator für Justiz ist~~

Die Öffentlichkeit ist hierüber durch die Presseorgane ausführlich unterrichtet worden. Ich bedauere, Ihnen weitere Einzelheiten auf Ihre persönliche Anfrage hin schon wegen der kaum überschaubaren Menge an Akten, Dokumenten und dergleichen nicht mitteilen zu können und hoffe, Ihnen mit den vorstehenden Auskünften geholfen zu haben.

Hochachtungsvoll (i. Vertr.)

2.) Die mehr Leserschaft zu 1.) zum letzten Aktenband

3.) Wieder vorlegen

23/4.80

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

23. April 1980

2171
976

20a

1 AR 123/63 (RSHA)

Herrn
H. Riegel
Barbarossaplatz 6

7500 Karlsruhe 1

Sehr geehrter Herr Riegel,

auf Ihr Schreiben vom 18. April 1980 teile ich Ihnen mit, daß die Beteiligung ehemaliger Angehöriger des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) an Mordtaten während des NS-Regimes bei der hiesigen Staatsanwaltschaft in den Jahren ab 1963 umfassend und erschöpfend geprüft worden ist. Aufgrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse sind insgesamt 33 Ermittlungsverfahren gegen mehrere Hundert als Beschuldigte in Betracht kommende ehemalige RSHA-Angehörige eingeleitet und durchgeführt worden. In mehreren Verfahren ist nach Abschluß der Ermittlungen Anklage erhoben worden, die zur Verurteilung der Betroffenen geführt haben, soweit diese der ihnen zur Last gelegten Taten überführt werden konnten.

Die Öffentlichkeit ist hierüber durch die Presseorgane ausführlich unterrichtet worden. Ich bedauere, Ihnen weitere Einzelheiten auf Ihre pauschale Anfrage hin schon wegen der kaum übersehbaren Menge an Akten, Dokumenten und dergleichen nicht mitteilen zu können und hoffe, Ihnen mit den vorstehenden Auskünften geholfen zu haben.

Hochachtungsvoll
Nagel
Oberstaatsanwalt

Be

Der Senator für Justiz

BERLIN

21

Senator für Justiz, Salzburger Straße 21-25, D-1000 Berlin 62

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am - 6. JUNI 1980
mit 2 Anl. Blatts. Bd. Akten

Gesch.Z. (bei Antwort bitte angeben)
4110 E - IV/A. 67/63

Tel. 783-1 / (Vermittlung) 783-App.-Nr. / (Durchwahl) (90) App.-Nr. (Intern)
App.-Nr.
3630

Datum
3. Juni 1980

Telex 182 872 justa d

Betr.: Ermittlungen gegen ehemalige Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wegen Mordes;
hier: Eingabe des Gerald Fleming, University of Surrey, vom 22. Mai 1980

Anlg.: 2 Schriftstücke

Die vorbezeichnete Eingabe übersende ich im Hinblick darauf, daß sich Ablichtungen der darin bezeichneten Transportliste bei den dort verwahrten Unterlagen befinden dürften, zu den dortigen Vorgängen mit der Bitte um Prüfung und weitere Veranlassung.

Eine Durchschrift der von mir erteilten Abgabenachricht ist ebenfalls beigefügt.

Im Auftrag
Hölzner

Beglaubigt
Verwaltungsangestellte

Ei

Privatanschrift: 55 Golders Gardens, London N.W.11

UNIVERSITY OF SURREY
Tel. 4582936
Guildford Surrey GU2 5XH T 0483 71281 Telex 859331
Department of Linguistic and International Studies

IV/A

Der Senator für Justiz
29. MAI 1980
Anlagen

27-V-1980

2/6.80

Sehr geehrter Herr Senator,

Ich schreibe Ihnen diese Zeilen im Rahmen meines Forschungsauftrags, von mehreren bekannten Stiftungen unterstützt, einschließlich die DFG im Jahre 1978, - zu Adolf Hitlers persönlichen Sonderauftrag während des Kriegsjahre. Diese Forschung ist auch in der Bundesrepublik bei allen kompetenten Instanzen bestens bekannt. Die mir von Seiten verschiedener deutscher Behörden, einschließlich Staatsanwaltschaften geleistete Hilfe in dieser mühevollen, immensen und grundsätzlich wichtigen, weil bis jetzt noch nicht geleisteten Arbeit darf ich als hervorragend bezeichnen, weshalb ich mich heute in einer prägnanten Angelegenheit mit der Bitte um Ihre baldige Hilfe an Sie, sehr geehrter Herr Senator, wende: Es handelt sich um Einsicht in eine Transportliste des RSHA aus der in ihrer Gesamtheit in Berlin vorliegenden sog. "Ost-Transporten" und zwar ist es die "Transportliste" für die 'Evakuierung' von 1000 Mitglieder der damaligen reichsdeutschen,

4110 E - IV/A 67/63 ?

d. h. Berliner Judengemeinde, die am 27. November 1941 nach Riga per Eisenbahn deportiert wurden, und die vor Riga am 30. November 1941 um 8.15 morgens erschossen wurden. —

Die relevante Dokumentation, einschließlich die Interrogationen des höchsten SS- (exekutiv-)Offiziers, des damaligen (später exekutierten) SS-Obergruppenführers Friedrich Jeckeln, HSSPF "Ostland" zu gegebener Zeit vorliegen mir vor, wie auch Auszüge aus Himmlers Notizen zu diesem Geschehen. Im Rahmen meiner als "grundsätzlich nötig und richtig" anerkannten Arbeit zu Hitlers persönlichen Sigrid-Befehlen (die ich nachweisen werde) ist es jetzt unerläßlich, daß ich insbesondere diese Gestapo/RSHA Transportliste vom 27. November 1941, von Berlin nach Riga einsehe. — Aus meiner Dokumentation ist mir bekannt, daß während des Prozesses gegen Otto Bovensiepen, in Berlin im Jahre 1970 im Saal 700 des Moabiter Kriminalgerichts, in einem Regal die gesamten, einzelnen "besagten Transportlisten der deportierten Berliner Juden als Anklagematerial vorlagen. — Ich weiß nicht, wo diese Listen heute aufbewahrt

2

UNIVERSITY OF SURREY

Guildford Surrey GU2 5XH T 0483 71281 Telex 859331

Department of Linguistic and International Studies

23

werden, weshalb ich mich an Sie wende, mit der Bitte um Einsicht in diese hier genannte Transportliste. Mein Interesse ergibt aus mir vorliegenden Notizen Himmlers betreffend diesen Transport von 1000 Juden von Berlin nach Riga am 27. November 1941, der in der Nacht vom 29. Nov. in Riga ankam und am 30. November. Früh morgens bis an einige Hundert Meter vor der Vernichtungsstätte fuhr, mit dem zeithistorisch bekannten Resultat. - Ich lege zu diesem Vorgang neue, zeithistorisch wesentliche Einsichten, auf Grund deren eine Einsicht in diese Liste forschungsmässig, der Genauigkeit und Überprüfung meiner Papiere wegen, unerlässlich ist.

Ich bitte deshalb um Ihre persönliche Unterstützung und danke Ihnen für Ihre Hilfe in dieser zeithistorisch wichtigen und weithin sehr geförderten Arbeit.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener

Gerald Fleming
(Senior Lecturer)

Der Senator für Justiz

Durchschrift

BERLIN

24

Senator für Justiz, Salzburger Straße 21-25, D-1000 Berlin 62

Per Luftpost!

Herrn
Gerald Fleming
55 Golders Gardens
London N.W. 11

London/England

Gesch.Z. (bei Antwort bitte angeben)

4110 E - IV/A. 67/63

Tel. 783-1 / (Vermittlung) 783-App.-Nr. / (Durchwahl) (90) App.-Nr. (Intern)
App.-Nr.
▽

3630

Datum
▽

Telex 182 872 justa d

3. Juni 1980

Sehr geehrter Herr Fleming!

Ihr Schreiben vom 22. Mai 1980, das Herrn Senator Meyer vorgelegen hat, habe ich, da die von Ihnen gesuchte Transportliste mir nicht vorliegt, der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Am Karlsbad 6 - 7, 1000 Berlin 30, übersandt, bei der sich Ablichtungen der fraglichen Liste befinden dürften und von der Sie weitere Nachricht erhalten werden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag
Hölzner

Ei

1 BAR 123/63

Kanzlei
Eingang am: 11. 6. 80
Gefertigt am: 12. Juni 1980

25

Vg.

1.) Fernschr. : - 1 Lesenswert -

an < wie Schr. des S. f. J. v. 3/6.80 >

Auf Ihr Schreiben vom 22. Mai 1980 an den Senator für Justiz und unter Bezugnahme auf dessen Schreiben vom 3. Juni 1980 an Sie muß ich Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß die Transportliste vom 27. November 1941 ~~in den beiliegenden Dokumenten~~ hier nicht vorliegt, sondern nur einige wenige Transportlisten ab Oktober 1942. Die Ermittlungen in den hier geführten Verfahren sind bereits zu Ende abgeschlossen. Möglicherweise sind ~~erst kürzlich~~ danach weitere Dokumente aufgefunden worden, so eventuell die von Ihnen gesuchte Liste. Hierüber müßte Ihnen der Internationale Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in 3548 Arolsen Auskunft geben können. Ich stelle Ihnen eine entsprechende Anfrage anheim.

Hochachtungsvoll Vg 10/6.80

2.) z.d.A.
3.) Wiedervorl.

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
3 AR 123/63

Durchschrift

10. Juni 1980

2155

25 a

Per Luftpost!

Herrn
Gerald Fleming
55 Golders Gardens
London N.W. 11

London/England

Sehr geehrter Herr Fleming!

Auf Ihr Schreiben vom 22. Mai 1980 an den Senator für Justiz und unter Bezugnahme auf dessen Schreiben vom 3. Juni 1980 an Sie muß ich Ihnen zu meinem Bedauern mitteilen, daß die Transportliste vom 27. November 1941 hier nicht vorliegt, sondern nur einige wenige Transportlisten ab Oktober 1942.

Die Ermittlungen in den hier geführten Verfahren sind bereits seit Jahren abgeschlossen. Möglicherweise sind erst danach weitere Dokumente aufgefunden worden, so eventuell die von Ihnen gesuchte Liste. Hierüber müßte Ihnen der Internationale Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in 3548 Arolsen Auskunft geben können. Ich stelle Ihnen eine entsprechende Anfrage anheim.

Hochachtungsvoll
N a g e l
Oberstaatsanwalt

Ho

Privatanschrift: 55 Golders Gardens, London NW 11

UNIVERSITY OF SURREY
Tel. 4582936
Guildford Surrey GU2 5XH T 0483 71281 Telex 859331
Department of Linguistic and International Studies

1 Beilage (Original)

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht
Eingang 10. JUNI 1980
Anl. Bd. Akten

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt,

Ich übersende Ihnen heute den hier eingegangenen ersten Bescheid betreffend meinen Antrag um Einsicht, bezw. Abschrift der Transportliste des Judentransports von Berlin nach Riga, der Berlin am 27. November 1941 verliess und am 29. November in Riga ankam.

Im Rahmen meines Forschungsauftrags über "Hitlers persönliche Sicherheitsbefehle", über welche mir nach 2½ Jahren intensiver Arbeit eine Anzahl neuer, grundsätzlich zeitkritisch verwertbarer Einsichten und Dokumente vorliegen (diese Forschung ist die erste dieser Art), ist es mir klar geworden, dass eine Einsicht in die hier genannte und noch vorhandene Liste jetzt unerlässlich geworden ist, da ich zu diesem Komplex gewisse Aussagen des damaligen Führers SS und Polizeifilms "Stand" Friedrich Jeckeln, besitze, die über dessen Empfang präzise Befehle des RFSS, zu mir bekannten Zeitpunkten und an mir bekannten Orten Klärung geben.

Wie Ihnen sehr bekannt, und wie ich in meinem Schreiben an den Herrn Senator der Justiz dargelegt habe - also in dem Ihnen inzwischen übersandten Schreiben vom 22. Mai 1980,

Vm.
1.) Vermerk: den verl. Schr. hat sich erledigt durch das hiesige Schr. Bl. 25 Bd. XV
2.) z. V.

18/6.

wurden die in jenem am 27. November 1941
transportierten Juden aus Berlin, die am 29.
November 41 abends in Riga ankamen, am
folgenden Morgen, um 8[15] vor Riga er-
schossen. Die diesbezügliche Dokumentation
liegt ebenfalls in meinem Archiv.

Ich bitte Sie deshalb, sehr geehrter
Herr Oberstaatsanwalt, im Rahmen meines
Forschungsauftrags, dessen Relevanz allen bundes-
deutschen Dienststellen bekannt ist, und
der wiederholt von diesen maximal unter-
stützt worden ist, um Einsicht in diese
hier genannte Transportliste (und mit ihr
direkt in Verbindung zu bringenden Papiere).

Sollte es unbedingt nötig sein zu
diesem Zweck nach Berlin zu kommen, so würde
ich dies tun. Ich bitte Sie jedoch höflichst,
falls Ihnen dies möglich ist, um Ablichtungen
des genannten Materials (wenn es nicht zu umfang-
reich ist), damit ich diese äussert mühevolle
Arbeit im Rahmen eines Mindestmasses unbedingt
nötiger Archivreisen vollenden kann.

Für Ihr Verständnis und Ihre mir nötige
und verständliche Hilfe, sehr geehrter Herr
Oberstaatsanwalt, bin ich Ihnen sehr dankbar
und verbleibe mit
vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
Gerald Fleming
(Senior Lecturer)

Der Senator für Justiz

BERLIN

Senator für Justiz, Salzburger Straße 21-25, D-1000 Berlin 62

Per Luftpost!

Herrn
Gerald Fleming
55 Golders Gardens
London N.W. 11

London/England

Gesch.Z. (bei Antwort bitte angeben)
4110 E - IV/A. 67/63
Tel. 783-1 / (Vermittlung) 783-App.-Nr. / (Durchwahl) (90) App.-Nr. (Intern)
App.-Nr.

3630
Datum
Telex 182 872 justa d

3. Juni 1980

Sehr geehrter Herr Fleming!

Ihr Schreiben vom 22. Mai 1980, das Herrn Senator Meyer vorgelegen hat, habe ich, da die von Ihnen gesuchte Transportliste mir nicht vorliegt, der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht, Am Karlsbad 6 - 7, 1000 Berlin 30, übersandt, bei der sich Ablichtungen der fraglichen Liste befinden dürften und von der Sie weitere Nachricht erhalten werden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag
Hölzner

DER SENATOR FÜR JUSTIZ · BERLIN ·

Beglaubigt
Verwaltungsangestellte

betreffend: Transportliste des Berliner Juden-Transports
Bitte um Ablichtungen der am 27. November 1941 von Berlin nach Riga abging.

Grund: Fahndungsauftrag zu Adolf Hitlers persönlicher Liquidierungsbefehlen während des Krieges

Verkehrsverbindungen: U-Bahnhof Bayerischer Platz, Bushaltestelle Rathaus Schöneberg

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. 16 R/

21. JULI 1980

Wv.

Frist 6 Monate

20/1

Wv 21/7.

28

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE

59 100326 R 540 BKZ 5553
(Bei Antwort dieses Zeichen und Personendaten des Versicherten erbeten)

Postanschrift:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte · Postfach · 1000 Berlin 88

Hauptverwaltung:
Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, Telefon (030) 865-1

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Lewishamstraße 1

1000 Berlin 12

Bd. XIV Bl. 223

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 24. JULI 1980
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Datum und Zeichen Ihres Schreibens
01.03.79 - 1 AR 123/63 - (RSHA)

Durchwahl-Nr.
(030) 865-22867

Datum
11. [illegible] 80

Ingetraud Smart geb. Rohde, geb. 10.03.26 in Berlin
wohnhaft: 88, Wyatt Road, Sutton Coldfield, West Midlands
B75 7ND

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir danken Ihnen für die mit Schreiben vom 01.03.79 erteilten Auskünfte. Aufgrund Ihrer sowie der Angaben der Versicherten hat es den Anschein, daß es sich hierbei um ein und dieselbe Person handelt. Da für die behaupteten Zeiten (für Mai 1942, von Juni 1943 bis April 1945) bisher keine Nachweise ermittelt werden konnten, bitten wir um Mitteilung, ob sich in Ihrem Besitz noch weitere Unterlagen befinden bzw. ob Sie uns nähere Einzelheiten geben können. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, daß uns eine Bestätigung von Frau Charlotte Greiner, geboren am 23.06.26 in Mannheim, hier vorliegt, die sowohl zur gleichen Zeit als auch auf derselben Dienststelle tätig war. Sofern für Frau Greiner Unterlagen ermittelt werden können, wollen Sie uns diese bitte übersenden.

Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen im voraus.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

(Konnopka)

V/A.

1.) Zu wv. an: <oben> - 1 Lesezeichen -
Betrifft: <oben>
Bezug: Dortiges Schreiben vom 11. Juli 1980 - ((oben)).
Über die Angaben mit Schreiben vom 1. März 1979 hinaus sind mir weitere Angaben nicht möglich.
Ich glaube mit der Feststellung, daß hier Ermittlungen der von ihnen gewünschten Art nicht systematisch gesammelt werden, sondern allenfalls im Rahmen sonstiger Recherchen, einiger Quittungsvordrucken beiläufig auffielen. Aus diesem Grunde kann ich auch keine weiteren Nachforschungen anstellen.
(W. Kopka)

Kanzlei
Eingang am: 25. JULI 1980
Erledigt am: 25.7.80 Go
Zu V/1 Gebr. 12 Dm. Gl. Sch/Ti

ab Sch 25.7

Bankkonten:
Nr. 10001601 Landeszentralbank in Berlin (BLZ = 10000000)
Nr. 1000310300 Bank f. Gemeinwirtschaft, Berlin (BLZ = 10010111)
Nr. 433044400 Bank f. Handel u. Industrie, Berlin (BLZ = 10080000)
Nr. 3500151800 Berliner Bank, Berlin (BLZ = 10020000)
Nr. 200100600 Berliner Commerzbank, Berlin (BLZ = 10040000)
Nr. 017845900 Berliner Disconto Bank, Berlin (BLZ = 10070000)
Nr. 70000781 BHF-Bank, Berlin (BLZ = 10020200)
Nr. 99000465 Berliner Volksbank-West, Berlin (BLZ = 10090000)
Nr. 099000701 Sparkasse der Stadt Berlin West (BLZ = 10050000)
Postscheckkonto: Berlin West Nr. 77000-106 (BLZ = 10010010)

1. 9106 2/79 300 000
(0227/79-1000)

1 AR 123/63 (RSHA)

2.) 3.) Zur Zeit

24/7.

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

24. Juli 1980

2171

1 AR 123/63 (RSHA)

An die

Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte
Postfach

1000 Berlin 88

Betrifft: Ingetraud S m a r t geb. Rohde,
geboren am 10. März 1926 in Berlin,
wohnhaft: 88, Wyatt Road, Sutton Coldfield,
West Midlands B 75 7 ND

Bezug: Dortiges Schreiben vom 11. Juli 1980
- 59 100326 R 540 BKZ 5553 -

Über die Angaben mit Schreiben vom 1. März 1979 hinaus sind mir weitere Angaben nicht möglich.

Ich erlaube mir den Hinweis, daß hier Erkenntnisse der von Ihnen gewünschten Art nicht systematisch gesammelt wurden, sondern allenfalls im Rahmen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren beiläufig anfielen. Aus diesem Grunde kann ich auch keine weiteren Nachforschungen anstellen.

Nagel
Oberstaatsanwalt

Go

U.S. Department of Justice

29

PBlack:sdp
146-2-47-265

Washington, D.C. 20530

23. Oktober 1980

Eingegangen am 3.11.80

Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Dr. Klingberg
Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht
Lewisheimstr.
Berlin-Charlottenburg
1000 Berlin 2

Sehr geehrter Herr Dr. Klingberg!

Im Anschluss an unser Ferngespräch vom 21. d.M. richte ich nun ein schriftliches Ersuchen an Sie. Das Office of Special Investigations (Dienststelle für Sonderuntersuchungen) im US-Justizministerium, das NSG-Sachen bearbeitet, hat eine Untersuchung gegen den amerikanischen Staatsbürger Otto Albrecht von Bolschwing eingeleitet. Als ehemaliger deutscher Staatsbürger steht dieser im Verdacht sich an NS-Gewalttaten beteiligt zu haben. Von 1936 bis 1939 war er als Vertrauensmann bei der Abteilung II 112 (Judenreferat) im damaligen SD-Hauptamt tätig. Unsere Dienststelle hat aus der DDR Urkunden bekommen, die den Betreffenden ziemlich schwer belasten. Bisher sind Urkunden aus der DDR nicht in der Vereinigten Staaten als Beweismittel in einem NSG-Verfahren verwendet worden. Daher möchte ich gerne erfahren: (1) ob Urkunden aus der DDR in irgendeinem NSG-Verfahren in der Bundesrepublik für zulässiges Beweismittel erklärt wurden; (2) ob die Verteidigung gegen die Einlassung von den aus der DDR stammenden Urkunden Einspruch erhoben hat; und (3) wie die Echtheit dieser Urkunden festgestellt wurde. Ich bitte auch um Auskunft über die Urkunden bzw. auch die Zeugen, die in dem NSG-Verfahren gegen Richard Hartmann eingelassen wurden bzw. aussagten. Hartmann war seinerzeit ein Mitarbeiter des Herrn v. Bolschwing in der Abteilung II 112.

Ihren Namen erhielt ich freundlicherweise von Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Hölzner, an den ich wiederum von dem als Leitenden Archivar beim Bundesarchiv in Koblenz tätigen Dr. Heinz Boberach weitergeleitet wurde. Ich wäre Ihnen äusserst dankbar, wenn Sie mir Auskunft über die folgenden Punkte geben könnten:

U-

bergelegen

h. Okk Leopal

mit 1 Ku 123/63

(Astra)

mdl q u w V

7./11.80

1. Haben Sie bei einem NS-Verfahren je aus der DDR stammende Urkunden als Beweismittel verwendet? Haben Sie von einem solchen Fall gehört? Welcher Fall, wer war der Angeklagte? Wer war der zuständige Staatsanwalt?

2. Welche Tatsachen bzw. Informationen wurden durch Verwendung der aus der DDR stammenden Urkunden festgestellt?

3. Hat der den Angeklagten vertretende Rechtsanwalt gegen die Einreichung der aus der DDR stammenden Urkunden Einspruch erhoben? Hat er z. B. wegen deren angeblichen Unechtheit Einspruch erhoben?

4. Hat das Gericht die aus der DDR stammenden Urkunden für zulässig erklärt? Hat sich das Gericht bei dem Urteil auf diese Urkunden voll oder teilweise verlassen? Wurde der Angeklagte für schuldig erklärt?

5. Wie hatte das Gericht feststellen lassen, dass die aus der DDR stammenden Urkunden echt waren? Wurden Handschriftvergleichungen gemacht? Wurde das Alter des Papiers bzw. auch der Tinte geprüft?

6. Gibt es ein Gerichtsurteil, das sich mit der Echtheit von Urkunden, die aus der DDR stammen, befasst? Könnten Sie uns bitte eine Photokopie von einem solchen Gerichtsurteil bzw. auch Beschluss schicken?

7. Wurde das Verfahren gegen Richard Hartmann bei der Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht in Berlin verfolgt? Wann fand das Verfahren statt? Wurde Hartmann schuldig gesprochen?

8. War der Angeklagte Hartmann wegen seiner Tätigkeit vom 1937 bis 1939 beim Amt II 112 (Judenreferat) im damaligen Sicherheitshauptamt (SD-HA) beschuldigt worden? Wurde das Referat II 112 im Hartmann-Verfahren überhaupt erwähnt? Wurde Otto Albrecht von Bolschwing erwähnt? Sagten irgendwelche Zeugen etwas zu diesem Thema während des Verfahrens aus? Wer? Wo befinden sie sich jetzt?

9. Könnten Sie uns mitteilen, ob Hartmann noch lebt und wo er wohnhaft ist? Wir möchten gerne mit ihm über das Thema von Bolschwing sprechen.

Für irgendwelche Hilfe, die Sie mir leisten könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Ich zeichne

mit vorzüglicher Hochachtung

Peter R. Black

Peter Black, Historian
Office of Special Investigations

Peter Black
U. S. DEPARTMENT OF JUSTICE
IMMIGRATION AND NATURALIZATION SERVICE
P.O. Box 28603
WASHINGTON, D. C. 20005

OFFICIAL BUSINESS
PENALTY FOR PRIVATE USE, $300

POSTAGE AND FEES PAID
IMMIGRATION AND NATURALIZATION SERVICE
JUS-433

U.S.MAIL

AIR MAIL

Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Dr. Klingberg
Generalstaatsanwaltschaft beim Kammergericht
Lewisheimstr.
Berlin-Charlottenburg
1000 Berlin 2
Federal Republic of Germany

AMERICAN REVOLUTION BICENTENNIAL 1776-1976

47

Die Sodalen sind Duplikatbände

aus 1 Jp 1.65 (v. Bophaumes u.a.)

Sdle

1 AR 123/63

31

Vfg.

1.) Vermerk:

Zu den in dem Schreiben des U.S. Department of Justice vom 23. Okt. 1980 S.1 Mitte Ziff.(1) bis (3) und S. 2 Ziff. 1. bis 6. aufgeworfenen Fragen hinsichtlich der Verwertung von " aus der DDR stammenden " Urkunden in hier geführten NS-Verfahren im Rahmen einer Gerichtsverhandlung habe ich folgende im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit mit entsprechenden Verfahren früher befassten Staatsanwälte angesprochen:
LOStA K l i n g b e r g und LOStA P a g e l,
OStA'in Bi l s t e i n und OStA'in B r ä u t i g a m,
die Herren OStA S e v e r i n, S e l l e, P r u t z,
F i l i p i a k, U. S c h m i d t, H ö l z n e r und
S z o s t a k sowie W o l k e.
Die Genannten konnten sich sämtlich an entsprechende Fälle nicht erinnern (dies gilt auch für mich). Soweit sich bei den Beweismitteln der einzelnen Verfahren überhaupt aus der DDR stammenden Urkunden befanden (d.h. NS-Dokumente im eigentlichen Sinn, nicht z.B. Sterbeurkunden pp), sind diese in einem Gerichtsverfahren nicht verwertet worden, zumindest ist ein derartiger Fall keiner der angesprochenen Personen erinnerlich.-Möglicherweise hängt es auch mit der anderen Ausgestaltung des deutschen im Verhältnis zum amerikanischen Recht zusammen, dass diese Frage in einer Hauptverhandlung nicht angesprochen worden ist und daher keinem Staatsanwalt mehr in Erinnerung ist.-

Wegen der Frage, ob das Schreiben vom 23. Okt. 1980 von hier aus unmittelbar beantwortet werden darf, habe ich mich am 17. Nov. fernmündlich mit Frau RR'in F i s c h e r, S.f.J., in Verbindung gesetzt.Der Bitte von Frau F i s c h e r entsprechend habe ich ihr am selben Tage formlos eine Abschrift des Schr. vom 23.Okt. übersandt. Auf fernmündliche Nachfrage vom 25. Nov. 1980 sagte mir Frau F i s c h e r, sie erwäge, anzuordnen, dass die Sache förmlich als Rechtshilfesache behandelt werden solle. Eine entsprechende Anordnung ist, wie Frau RR'in F i sch e r mir heute fernmündlich mitteilte, inzwischen ergangen und müsste uns in Kürze zugehen.

Wegen der in dem Schr. vom 23. Okt. 1980 weiterhin angespochenen Fragen Ziff. 7) - 9) zu Richard H a r t m a n n ist es erforderlich, die Akten zumindest teilweise auszuwerten. Frau JHS'in S c h i m m a c k als einzige mit der Ablage der RSHA-Verfahrensakten vertraute Geschäftsstellenbeamtin hat mir die entsprechenden Aktenteile jedoch bisher nicht vorlegen können, da sie seit mehr als 2 Wochen krankgeschrieben ist.

2.) Herrn LOStA Klingberg m.d.B.u.K. 10.12.80

3.) Frau JHS'in S c himmack-n.R.-
m.d.B.u.R.,
spätestens w.v. mit Eingang (Anordnung S.F.J.)

2u3 Zunächst HA 1 Ks 1/70 vorgelegt 16. Dez. 80 Schl

Berlin, den 9. Dezember 1980

2./ Vermerk: Frau Urlaubsvertr. HA. Uh. vom 9/12. noch kein Eingang 19/12.
1./ Vermerk: Ist. Langelütt bis zum 11.1.1981. 2./ Frau JHS'in Schimmack Genv. Vg. vom 9/12.80 Uh 10/12.80
L. OStA Kluge: Ord. Langelütt ist informiert 10.12.

1 AR 123/63

1 Ks 1/70 (RSHA)

32

V.

1) Vermerk:

a) Das Originalschreiben des US-Department of Justice vom 23. Oktober 1980 ist ebenso wie meine im Zusammenhang damit gefertigten Verfügungen zusammen mit dem letzten HA-Band z.Z. nicht auffindbar. Nach meiner ziemlich sicheren Erinnerung hatte ich den Vorgang vor Antritt meines letzten Urlaubs (am 19. Dezember 1980) per Fach der Geschäftsstelle zuleiten lassen. Dort ist er jedoch nach Angaben von Frau JHS Schimmack bisher nicht angelangt bzw. aufzufinden.

b) Von der Senatsverwaltung für Justiz - IV/C - habe ich eine Ablichtung des Schreibens vom 23. Oktober 1980 fernmündlich erbeten und erhalten.

Im übrigen hatten meine Verfügungen, die z.Z. nicht auffindbar sind, folgenden wesentlichen Inhalt:
Eine Ablichtung des Schreibens vom 23. Oktober 1980 hatte ich fernmündlicher Vereinbarung entsprechend dem Senator für Justiz - IV/C - z.H. von Frau Fischer zur Klärung der Frage übersandt, ob das Schreiben unmittelbar von hier aus beantwortet werden soll. - Hierauf bezieht sich Absatz 2 der Anordnung vom 7. Januar 1981. -
Wegen der in dem Schreiben angesprochenen Fragen zur Verwendung von DDR-Urkunden hatte ich fernmündlich folgende früher mit NS-Sachen befaßten Staatsanwälte angesprochen:

OStAin Bilstein, OStAin Bräutigam,
LOStA Klingberg, die OStAe Hölzner, U. Schmidt,
Prutz, Dr. Szostak, Stamer, Filipiak, Selle,
Hauswald, Severin, LOStA Pagel.

Übereinstimmend erklärten alle Angesprochenen, sich an Fälle nicht erinnern zu können, in denen diese Fragen eine Rolle spielten. Zwar wurden in verschiedenen Verfahren als Beweismittel auch (überwiegend beglaubigte Ablichtungen, jedenfalls keine Originale von) Urkunden vorgelegt, die im Wege der Rechtshilfe von der DDR hierher übersandt worden waren.

Zweifel an der Echtheit dieser Dokumente entstanden jedoch nicht. Auch haben Verteidiger in den einzelnen Verfahren - soweit den Angesprochenen erinnerlich - keine derartigen Zweifel geltend gemacht.
Herr OStA Müller wies noch auf die z.Z. laufenden VGH-Verfahren hin, in denen die DDR durch Übersendung von beglaubigten Dokumenten Rechtshilfe geleistet hat bzw. voraussichtlich noch leisten wird. Auch in diesen Verfahren, mit denen die Gerichte noch nicht befaßt sind, sind Zweifel an der Echtheit hierher übersandter beglaubigter Ablichtungen von Urkunden bisher nicht entstanden.

Damit beantworten sich die Fragen 1. bis 6. in dem Schreiben vom 23. Oktober 1980 jeweils ggfs. einschließlich Unterfragen negativ. Zu den Fragen 7. bis 9. gilt:

Zu Frage 7. vgl. Anklageschrift vom 17. Dezember 1969 aus Bd. LXXXV Bl. 29 ff d.A. nebst Urteil vom 17. Dezember 1970 (s. Urteilsband).

Zu Frage 8. ist von mir noch der 1.111 Seiten lange Vermerk über das Ergebnis der Ermittlungen nach dem Stand vom 30. April 1969 auszuwerten, der in der Anklageschrift vom 17. Dezember 1969 in Bezug genommen ist. Weiter sind noch die Personenkarteien auszuwerten und letztlich die früheren staatsanwaltschaftlichen Sachbearbeiter gezielt zu befragen.

Zu Frage 9. verhält sich auch im selben Sinn das Rechtshilfeersuchen der US-Botschaft vom 20. Oktober 1980. Insoweit hat Herr KHK Konnerth, VB c, S III 3, auf meine fernmündliche Bitte bereits feststellen lassen, daß Richard H a r t m a n n noch lebt. Ich habe - vgl. Schreiben vom heutigen Tage - VB c gebeten, Herrn Hartmann dem Ersuchen vom 20. Oktober 1980 entsprechend zu befragen.

2) Herrn LOStA Klingberg mdBuK. 16.1.81

3) Mir wv.

Berlin, den 15. Januar 1981

Vm.
1./Vermerk: Am 19/1. teilte Frau THS ein Schreiben mit, daß sie die vermissten Aktenteile auf der Geschäftsstelle (Tintenfach) aufgefunden habe. Herr LOStA Klingberg ist unterrichtet

2./ z.V.

20/1.

N

Uh.

1.) Vermerk: Abt.-Vp. 7. HA 8a. XV Vorgang 1 Pa 123/63

2.) ~~wieder wegfax~~ Für 6 Monate Vp 26/1.81

25/7

Damit beantworten sich die Fragen 1. bis 6. in dem Schreiben vom 23. Oktober 1980 jeweils ggfs. einschließlich Untertragen negativ.

Zu den Fragen 7. bis 9. gilt:

Zu Frage 7. vgl. Anklageschrift vom 17. Dezember 1969 aus Bd. LXXXV Bl. 29 ff d.A. nebst Urteil vom 17. Dezember 1970 (s. Urteilsband).

Zu Frage 8. ist von mir noch der 1.111 Seiten lange Vermerk über das Ergebnis der Ermittlungen nach dem Stand vom 30. April 1969 auszuwerten, der in der Anklageschrift vom 17. Dezember 1969 in Bezug genommen ist. Weiter sind noch die Personenkarteien auszuwerten und letztlich die früheren staatsanwaltschaftlichen Sachbearbeiter gezielt zu befragen.

Zu Frage 9. verhält sich auch im selben Sinn das Rechtshilfeersuchen der US-Botschaft vom 20. Oktober 1980. Insoweit hat Herr KHK Kommerth, VB c, S III 5, auf meine fernmündliche Bitte bereits feststellen lassen, daß Richard H a r t m a n n noch lebt. Ich habe - vgl. Schreiben vom heutigen Tage - VB c gebeten, Herrn Hartmann dem Ersuchen vom 20. Oktober 1980 entsprechend zu befragen.

2) Herrn LOStA Klingberg mdBuK.

3) Mit wv.

Berlin, den 15. Januar 1981

Der Chef der Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf 1, Mannesmannufer 1a
Fernruf: 83 71 · Duwa 837/... 370

18. Febr. 1981/Hr

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 23. FEB. 1981
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

I B 2 - 101 - 1157/80

An die
Staatsanwaltschaft
Kammergericht Berlin

1000 Berlin

Personalsache

Vertraulich

Betr.: Personenüberprüfung;
hier: Herr Kurt S e i b t , geb. am 3.10.1910 in Sorau (Lausitz), wohnh. in Siegen, Bürbacher Weg 16

In einer Verwaltungsangelegenheit ist die Prüfung erforderlich, ob Herr Seibt, ehemaliger Angehöriger des Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers SS, oder die Dienststelle - ~~V~~-SD-Abschnitt Frankfurt/Oder -, für die er seit Mai 1940 tätig war, an kriegsverbrecherischen Handlungen bzw. an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen beteiligt gewesen sein könnten.

In diesem Zusammenhang hat mich die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg auf das bei Ihnen anhängige staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren (Tegtmeier - Az. 1 AR (RSHA) 363/65) verwiesen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie eine Überprüfung veranlassen würden, ob in dem genannten Verfahren Erkenntnisse über Herrn Seibt oder den SD-Abschnitt Frankfurt/Oder vorliegen. Ggf. bitte ich, mir die Akten zur kurzen Einsichtnahme zu überlassen.

Für eine beschleunigte Bearbeitung der Angelegenheit wäre ich Ihnen verbunden.

Im Auftrag

(Höffken)

Kanzlei
Eingang am: 25. FEB. 1981

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

25. Februar 1981

1 AR 123/63

2153

34 a

An den
Chef der Staatskanzlei des
Landes Nordrhein-Westfalen
Mannesmannufer 1 a

4000 Düsseldorf 1

Personalsache
Vertraulich

Betrifft: Personenüberprüfung;
hier: Herr Kurt S e i b t ,
geboren am 3. Oktober 1910 in Sorau (Lausitz),
wohnhaft in Siegen, Bürbacher Weg 16

Bezug: Dortiges Schreiben vom 18. Februar 1981
- I B 2 - 101 - 1157/80 -

Der oben genannte Kurt Seibt ist in den hiesigen Unterlagen nicht als ehemaliger Angehöriger des früheren Reichssicherheitshauptamtes erfaßt. Über ihn sind hier keine Erkenntnisse vorhanden.

Der Hinweis der Zentralen Stelle in Ludwigsburg auf das hier durchgeführte Überprüfungs-(nicht Ermittlungs-)verfahren 1 AR (RSHA) 363/65 betreffend den ehemaligen RSHA-Angehörigen Heinrich T e g t m e y e r ist nicht zutreffend. Erwähnt ist hier nicht Kurt Seibt, sondern der ehemalige Abteilungsleiter im RSHA Dr. Willy S e i b e r t als früherer Vorgesetzter des Heinrich Tegtmeyer.

Nagel
Oberstaatsanwalt

R

1 Js 1/64 (RSHA)

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen

301/Dok.

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

Ablichtung zu 1 AR 123.63 (RSHA)

35

7140 Ludwigsburg, den 11. Febr. 1981
Schorndorfer Straße 58
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 141-1
bei Durchwahl 141 App. Nr.

198

Zentrale Stelle, Postfach 1144, 7140 Ludwigsburg

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
Lewishamstraße 1
1000 Berlin 12 (Charlottenburg)

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 13. FEB. 1981
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Betr.: Verfahren
gegen Franz K ö n i g s h a u s ,
Aktz. 1 Js 1/64 (RSHA)

hier: Protokoll über die Arbeitstagung der sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos in den Stalags des Generalgouvernements am 27.01.1943 in Lublin

Bezug: ohne

Das obige Protokoll befindet sich in Ablichtung bei der hiesigen Sammlung ohne Angabe der Fundstelle. Aus dem Abschlußvermerk in dem Verfahren gegen K ö n i g s h a u s , Teil B, geht hervor (S. 188 ff), daß es auch dort vorliegt, und zwar im Dok. O. IX, 194 d.

Ich bitte zu überprüfen, ob aus dem dortigen Vorgang die Fundstelle ersichtlich ist.

Für Ihre Bemühungen darf ich mich bereits jetzt bedanken.

A.A.

Zinstag
(Zinsstag)
JAng.

Durchschrift

36

Vfg.

1 Js 1/64 (RSHA)

1) Zu schreiben: - mit 1 Du. -

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Schorndorfer Straße 58
7140 Ludwigsburg

Betrifft: Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes;
hier: Gegen Franz K ö n i g s h a u s
wegen Beihilfe zum Mord an sowjetischen und polnischen Kriegsgefangenen

Bezug: Schreiben vom 11. Februar 1981 - 301/Dok. -

Das im o.a. Verfahren als Beweismittel eingeführte

Protokoll der Arbeitstagung der sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos in den Stalags des Generalgouvernements am 27. Januar 1943 in Lublin (Dok. O IX Bl. 194 f)

ist Anfang 1970 anläßlich von Auswertungen der hiesigen Arbeitsgruppe, die bei der polnischen Hauptkommission in Warschau-Ministerstwo Sprawiedliwosci Gówna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce (damalige Anschrift: Warschau, Al. Ujazdowskie 11)- Anfang 1970 stattfanden, unter den vorgelegten Beständen des KdS Radom aufgefunden worden.

Das Protokoll war Anlage eines als "Geheime Reichssache" bezeichneten Schreibens des KdS Lublin vom 21. Februar 1943 - B Nr. Vbf. (Kgf.) 2/43 gRs. - an den KdS Radom.

Mir ist nicht bekannt, wo und unter welcher Archivsignatur dieses Dokument in Polen verwahrt wird.

(U. begl.)

2) Durchschrift dieser Vfg. zu 1 AR 123/63 (RSHA) nehmen nebst 1 zu fertigenden Ablichtung des Schreibens HA Bd VII Bl. 198.

3) Diese Vfg. und das Schreiben der Zentralen Stelle vom 11.2.1981 zu den Handakten Band VII nehmen.

4) Zur Frist.

Berlin, den 25. Februar 1981

Hauswald

Mö

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Wiesbaden
Mainzer Str. 82-88 · Telefon: (0 61 21) 7 35 01
Telex: 41 86 311 staw d
Konten der Gerichtskasse Wiesbaden:
PSchKto: Ffm 70 18 – 601 (BLZ 500 100 60)
LZB Wiesbaden 510 015 03 (BLZ 510 000 00)
Postanschrift: Staatsanwaltschaft b. d. LG · Postfach 55 69 · 6200 Wiesbaden 1

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht
Eing. am 13. MRZ. 1981
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

38

6 Js 9197/79

Geschäftsnummer
bitte stets angeben!

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
-RSHA-Arbeitsgruppe-
Turmstr. 91

1000 Berlin 21

Datum und Zeichen Ihres Schreibens — Nebenstelle — Datum

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen die Angehörigen der Gestapo in Wiesbaden wegen Mordes z. N. Pfaff — 9.3.81

Bezug: Ohne

Ich bitte um Mitteilung, ob im dortigen RSHA-Komplex Unterlagen aufgetaucht sind, die die Einweisung von deutschen Staatsbürgern aus dem Zuständigkeitsbereich der Staatspolizeistelle Frankfurt/Main - Stapo-stelle Wiesbaden - im Jahre 1944 in Konzentrationslager zum Gegenstand haben.

Speziell interessiert die auf Veranlassung der Stapostelle Wiesbaden am 27.4.1944 veranlaßte Einweisung

des Bäckermeisters Georg P f a f f
geb. am 11.9., 21.9. oder 11.10.1896
in Kolitzheim, zuletzt wohnhaft gewesen in Wiesbaden, Goethestr. 25

in das KL. Flossenbürg. Pfaff erhielt die Häftlingsnummer 37879 und wurde dem Außenkommando Leitmeritz/CSR, "Kommando Elsabe", zugeteilt, bei dem er am 3.2.1945 verstorben ist.

Vorstehende Erkenntnisse stammen aus den Archiven des ITS in Arolsen.

Dr. Wagner

(Dr. Wagner)
Oberstaatsanwalt

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Wiesbaden
Mainzer Str. 82-88 · Telefon: (0 61 21) 7 35 01
Telex: 41 86 311 staw d
Konten der Gerichtskasse Wiesbaden:
PSchKto: Ffm 70 18 – 601 (BLZ 500 100 60)
LZB Wiesbaden 510 015 03 (BLZ 510 000 00)
Postanschrift: Staatsanwaltschaft b. d. LG · Postfach 55 69 · 6200 Wiesbaden 1

39

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 17. MRZ. 1981
mit Anl. Blatts. Bd. Akten
Kgl.

6 Js 9197/79
Geschäftsnummer bitte stets angeben!

Staatsanwaltschaft bei
dem Kammergericht Berlin
-RSHA-Arbeitsgruppe-
Turmstr. 91
1000 Berlin 21

Datum und Zeichen Ihres Schreibens — Nebenstelle — Datum

11.3.1981

Betrifft

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen die Angehörigen
der Gestapo in Wiesbaden wegen Mordes z.N. Pfaff.

Bezug: Hiesiges Schreiben vom 9.3.1981

Im Nachgang zu dem Bezugsschreiben teile ich mit, daß in ihm ein Datumfehler unterlaufen ist.
Die Einweisung Pfaffs auf Veranlassung der Stapo -Außendienststelle Wiesbaden in das KL Flossenbürg ist nicht am 27.4.1944 erfolgt, sondern am 27.11.1944.
Ich bitte das Versehen zu entschuldigen.

Dr. Wagner
Oberstaatsanwalt

1 AR 123/63

40

Vm.

1.) Vermerk : - Leseabschrift -

An die
<Bl. 38> z.Hd. von Herrn OStA Dr. Wagner - o.V.i.A. -

Betrifft: (Bl. 38)

Bezug: Dortige Schreiben vom 9. und 11. März 1981 - 6 Js 9197/71 -

Sehr geehrter Herr Dr. Wagner!

Auf Ihre Bezugsschreiben beehre ich mich, Ihnen mitteilen zu müssen, daß hier im Rahmen der Ermittlungen gegen ehemalige Angehörige der früheren RSHA keine Unterlagen über die Einweisung von Häftlingen aus dem Zuständigkeitsbereich der Staatspolizeistelle Wiesbaden in Konzentrationslager vorhanden oder bekannt sind. Hinweise auf verschiedene Einzelfälle der Schutzhaftverlängerung gegen jüdische Bürger aus dem Bereich der früheren Staatspolizeistelle Frankfurt / Main ergeben sich aus den ~~Akten sicherlich~~ Akten des Schwurgerichts Frankfurt / Main betr. Heinrich Baab (5 1 Ks 1/51). Soweit ich sehe, ist dort Georg Pfaff nicht erwähnt. Hinweise auf ihn bzw. auf sein Schicksal sind auch in den von

(-2-)

wies daraufhin überprüften Leerjen "Opferkarteien" nicht enthielten.
Mit kollegialem Gruß
(z. U.)

2.) Der volle Lesetext zu 1.) z. d. A. (Bd. XV)

3.) Zur Info (Bl. 33 R/XV)

Uy 17/3.

Kanzlei
Eingang am: 18. MRZ. 1981
Erledigt am: 19. März 81
z. d. A.

19. MRZ. 1981

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

17. März 1981

1 AR (RSHA) 123/63

2153

40e

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Wiesbaden
- z.H. von Herrn Oberstaatsanwalt
Dr. W a g n e r
persönlich o.V.i.A -
Postfach 55 69

6200 Wiesbaden 1

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen die Angehörigen der Gestapo in Wiesbaden wegen Mordes z. N. P f a f f >

Bezug: Dortige Schreiben vom 9. und 11. März 1981
- 6 Js 9197/79 -

Sehr geehrter Herr Dr. Wagner!

Auf Ihre Bezugsschreiben bedauere ich, Ihnen mitteilen zu müssen, daß hier im Rahmen der Ermittlungen gegen ehemalige Angehörige des früheren RSHA keine Unterlagen über die Einweisung von Häftlingen aus dem Zuständigkeitsbereich der Stapostelle Wiesbaden in Konzentrationslager vorhanden oder bekannt sind.

Hinweise auf verschiedene Einzelfälle der Schutzhaftverlängerung gegen jüdische Bürger aus dem Bereich der früheren Staatspolizeistelle Frankfurt/Main ergeben sich aus den Akten des Schwurgerichts Frankfurt/Main betr. Heinrich Baab (51 Ks 1/51). Soweit ich sehe, ist Herr Georg Pfaff dort nicht erwähnt. Hinweise auf ihn bzw. auf sein Schicksal sind auch in den von mir daraufhin überprüften hiesigen "Opferkarteien" nicht enthalten.

Mit kollegialem Gruß

Nagel
Oberstaatsanwalt

R

Der Chef der Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen
I B 2 - 101 - 1157/80

4000 Düsseldorf 1, Mannesmannufer 1a
Fernruf: 83 71 · Duwa 837/...

7. April 1981/La.

370

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Am Karlsbad 6-7

1000 Berlin 30

Personalsache!
Vertraulich!

E. am 10.4.81

Betr.: Personenüberprüfung;
hier: Herr Kurt S e i b t , geb. am 3.10.1910 in Sorau/Lausitz, wohnhaft Bürbacher Weg 16, 5900 Siegen

Bezug: Ihr Schreiben vom 25. Februar 1981 - 1 AR 123/63 -

Für Ihre Stellungnahme vom 25. Februar 1981 danke ich Ihnen verbindlich.

Ich darf Sie noch freundlichst bitten, ergänzend mitzuteilen, ob in dem Verfahren - 1 AR (RSHA) 363/65 -, unabhängig von bestimmten Personen, Erkenntnisse grundsätzlicher Art über den SD-Abschnitt Frankfurt/Oder vorliegen.

Im Auftrag

(Petry)

V.

10/4.81

1 AR 123/63

Vm.

42

1.) Zu nehm. : - 1 Lesedurchschrift + 1 Durchschrift -
wie Bl. 34 ff soweit < > und weiter vom 7. April 1981
- < Bl. 41 > -

Den hiesigen Vorgang 1 AR (RSHA) 363/65 – hierzu zwischenzeitlich Ermittlungsergebnisse freundschaftlicher Art über das SD-Abschnitt Frankfurt/Oder zu entnehmen. Die ~~Ermittlungen~~ gegen Heinrich Testmeyer – ebenso wie gegen alle ehemaligen RSHA-Angehörigen mit höherem Dienstrang – durchgeführten Ermittlungen konzentrierten sich nur auf dessen Tätigkeit im RSHA. Es ist beiläufig in den hiesigen Unterlagen zu entnehmen, dass T. vor seiner im Dezember 1942 erfolgten Versetzung in das RSHA (Amt III) ab Juli 1938 als Hauptamtlicher landwirtschaftlicher Sachbearbeiter beim SD-Abschnitt Frankfurt/Oder tätig war.

Z. U.

2.) Durchschrift zu 1.) z. U. 1 AR (RSHA) 363/65
3.) Diese Lesedurchschrift zu 1.) z. U. 1 AR 123/63

Up 15/4.

Kanzlei
15. APR. 1981
194 A
zu 1 Abt. II

- Durchschrift -

15. April 1981

42 a

1 AR 123/63

2153

An den
Chef der Staatskanzlei des
Landes Nordrhein-Westfalen
Mannesmannufer 1 a

4000 Düsseldorf 1

Personalsache
Vertraulich

Betrifft: Personenüberprüfung;
hier: Herr Kurt S e i b t ,
geboren am 3. Oktober 1910 in Sorau (Lausitz),
wohnhaft in Siegen, Bürbacher Weg 16

Bezug: Dortiges Schreiben vom 7. April 1981
- I B 2 - 101 - 1157/80 -

Die im Jahre 1965 gegen Heinrich T e g t m e y e r - ebenso wie gegen alle ehemaligen RSHA-Angehörigen mit höherem Dienstrang - durchgeführten Vorermittlungen konzentrieren sich nur auf dessen Tätigkeit im RSHA. Beiläufig ist den hier vorliegenden Unterlagen zu entnehmen, daß T. vor seiner im Dezember 1942 erfolgten Versetzung in das RSHA (Amt III) ab Juli 1938 als hauptamtlicher landwirtschaftlicher Sachbearbeiter beim SD-Abschnitt Frankfurt/Oder tätig war. Dem hiesigen Vorgang 1 AR (RSHA) 363/65 sind hingegen keinerlei Erkenntnisse grundsätzlicher Art über den SD-Abschnitt Frankfurt/Oder zu entnehmen.

Nagel
Oberstaatsanwalt

N

Dr. Hildegard Focke
Schloßbergstr. 20
7407 Rottenburg 7

Rottenburg/N., den 21.4.1981

43

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 27. APR. 1981
Anl. Blatts. Bd. Akten

An den
Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht in Berlin
Lewishamstr. 1
1000 Berlin 12

Betr.: Nachweis von Beschäftigungszeiten beim ehemaligen Reichssicherheitshauptamt während des Krieges zur Vorlage bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg empfahl mir, mich in der o.a. Angelegenheit direkt an Sie zu wenden, da möglicherweise in der bei Ihnen geführten "Dokumentensammlung Reichssicherheitshauptamt" zum Aktzeichen 1 AR 123/63 Hinweise auf meine frühere Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt zu finden sind.

Ich benötige Unterlagen, die als Nachweis über meine versicherungspflichtige Beschäftigung als wissenschaftliche Angestellte beim ehemaligen Reichssicherheitshauptamt (Chef der Sicherheitspolizei und des SD) in der Zeit vom 1.5.1941 bis Mai 1945 dienen können.

Meine Beschäftigungs- und Versicherungsunterlagen aus jener Zeit sind durch Kriegseinwirkung verlorengegangen. Die Bundesversicherungsanstalt teilte mir auf Anfrage mit, daß sich dort keine Unterlagen über meine Beschäftigung in dem angegebenen Zeitraum befinden.

Meine Personalien in der fraglichen Zeit:

Dr. Hildegard Horn
geb. am 21.2.1919
in Insterburg/Ostpr.

beschäftigt als wissenschaftliche Angestellte
vom 1.5.1941 bis Mai 1945
im Reichssicherheitshauptamt (Amt für Wissenschaft und Forschung) in Berlin.

44

Ich benötige den Nachweis dieser Beschäftigungszeit zur Vorlage bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, Ruhstr. 2 (Versicherungsnummer 59 210219 H 501 SG).

Für eine baldige Überprüfung wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

1 AR 123/63 Vk.

45

1.) Fr zdA. : - Recherche -
in Frau Dr. Hildegard Fode (Anwes. wie Anl.)
Sehr geehrte Frau Dr. Fode,
auf Ihr Schreiben vom 21. April 1981 teile ich Ihnen mit, daß in den Telefonverzeichnissen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes für die Jahre 1942/1943 ~~u.a.~~ die Eintragung enthalten ist:

" Dr. Horn, Hildegard, wissenschaftliche Hilfskraft, VII A2 "

Über weitere Einzelheiten - Geburtsdaten pp - liegen hier keine Dokumente vor. Ich wüßte auch nicht, an wen Sie sich zur Erlangung ergänzender Auskünfte wenden könnten.

Kanzlei
Eingang 28. APR. 1981
Erledigt am 28/4.
zu ... Akten 2 a

Hochachtungsvoll
(z.U.)

2.) Karteikarte trennen
3.) z.V., zur Akte

Vk 28/4.

do 28.4. Sdg

- Durchschrift -

28. April 1981

45a

1 AR 123/63 2153

Frau
Dr. Hildegard Focke
Schloßbergstr. 20

7407 Rottenburg 7

Sehr geehrte Frau Dr. Focke,

auf Ihr Schreiben vom 21. April 1981 teile ich Ihnen mit, daß in den Telefonverzeichnissen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes für die Jahre 1942 und 1943 die Eintragung enthalten ist:

"Dr. Horn, Hildegard, wissenschaftliche Hilfskraft, VII A 2".

Über weitere Einzelheiten - Geburtsdatum pp. - liegen hier keine Dokumente vor. Ich wüßte auch nicht, an wen Sie sich gegebenenfalls zur Erteilung ergänzender Auskünfte wenden könnten.

Hochachtungsvoll

Nagel
Oberstaatsanwalt

N

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Wiesbaden
Mainzer Str. 82-88 · Telefon: (0 61 21) 7 35 01
Telex: 41 86 311 staw d
Konten der Gerichtskasse Wiesbaden:
PSchKto: Ffm 70 18 – 601 (BLZ 500 100 60)
LZB Wiesbaden 510 015 03 (BLZ 510 000 00)
Postanschrift: Staatsanwaltschaft b. d. LG · Postfach 55 69 · 6200 Wiesbaden 1

46

6 Js 9197/79

Geschäftsnummer
bitte stets angeben!

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
-z.Hd.v.Herrn Oberstaatsanwalt Nagel-
Am Karlsbad 6-7

1000 B e r l i n 30

Datum und Zeichen Ihres Schreibens — Nebenstelle — Datum

14. Mai 1981

~~Betrifft:~~

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen die Angehörigen der Gestapo in Wiesbaden wegen Mordes z.N. Pfaff

Bezug: a) Dortiges Verfahren 1 AR (RSHA) 123/63
b) Meine Anfrage vom 11.3.1981
c) Dortiges Antwortschreiben vom 17.3.1981

Sehr geehrter Herr Kollege Nagel!

Für Ihre postwendende Antwort vom 17.3.1981 auf meine Anfrage vom 11.3.1981 darf ich mich nachträglich noch bedanken.

Inzwischen sind in dem Verfahren Anhaltspunkte dafür aufgetaucht, daß der Geschädigte Pfaff möglicherweise nicht durch die Staatspolizei, sondern durch das Reichspolizeikriminalamt bzw. nachgeordnete Dienststelle dem KZ zugeführt worden ist, nachdem er ausweislich der Unterlagen beim ITS Arolsen als "Asozialer" eingestuft war und in sogenannte Vorbeugehaft gekommen ist.

Meine Frage ist die, ob im dortigen Verfahren der oder die einschlägigen Erlasse bekannt geworden sind, aufgrund deren Bürger mit mehreren Vorstrafen mit Fortschreiten des Krieges als Vorbeugehaft-Häftlinge in ein Konzentrationslager eingewiesen wurden.

Für Ihre Antwort bedanke ich mich im voraus.

Mit kollegialen Grüßen

Dr. W a g n e r
Oberstaatsanwalt

Vh.
1.) Vermerk: wie heute w. vorgelegt. Da ich heute u.a. eine Haftsache zu bearbeiten habe und morgen einen Urlaub antrete, ist mir Erledigung erst nach Urlaubsende möglich.
2.) Frist 1/6. genau

2153

STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG

~~DER LEITENDE OBERSTAATSANWALT~~

Aktenzeichen: 2100 AR 2/80
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Hamburg, den 6.3.1981
Fernsprecher 34 97-2133 (Durchwahl)
Behördennetz 9.43 „

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg
Postfach 30 52 21 · 2000 Hamburg 36

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin
Turmstr. 91

1000 Berlin 21

JUSTIZBEHÖRDEN 26.-3.81 14-17 4. BERLIN-MOABIT

3 P K

3 P (St) AR (St 69 Gyp/Schell)

Betr.: Verdachtsprüfung u.a. hinsichtlich der ehemaligen SS-Sturmbannführer im RSHA

1) HORST KOPKOW,
geboren am 29.11.1910 in Ortelsburg,
Kriegsanschrift: Allenstein, Hebbelstr. 1,

2) HARBECKER,
keine weiteren Personalien bekannt;

dort: Ermittlungsverfahren zum RSHA-Komplex

Bezug: ohne

In der vorliegenden Sache wird geprüft, ob gegen die Genannten Ermittlungsverfahren wegen Mordes (NSG; Tatort: KL Neuengamme bei Hamburg) einzuleiten sind.

Beide sollen dem RSHA angehört haben und zeitweilig in das KL Neuengamme, Politische Abteilung, versetzt worden sein.

Ich bitte Sie um Mitteilung aller dort vorliegenden Erkenntnisse über die Genannten und ergänzende Personalangaben.

gez.(Duhn)
Oberstaatsanwalt

begl.: Schmidt
Justizangestellte

L

8. APR 1981

1/ Herrn P

dem Archiv

übersandt mit der Bitte um

Prüfung, ob sich Verfahren gegen

die darin genannten Personen

~~dort~~ dort befinden.

2/ 15.5.

2. APR 1981

Archiv

Archiv der
Staatsanwaltschaft Berlin

2
48

U. m. Akten
an die
Geschäftsstelle 3 P (K)
im Hause

Ich bitte, den anliegenden Vorgang 3 P (K) AR 7/81 an die Staatsanwaltsschaft b. Kammergericht - z. Hd. Frau JHS'in Schimmack - zu übersenden, da dort eine Kartei bzgl. RSHA- Angehörige lagert.

x m 1AR 123/63

7. MAI 1981

Justizamtsinspektor

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin

Turmstraße 91, den 21. Mai 1981
D-1000 Berlin 21
Fernruf: 39 40 11, App. 782
(Im Innenbetrieb : 933)
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

49

3 P (K) AR 7/81
Gesch.-Nr. bitte bei Antwort angeben !

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am - 1. JUNI 1981
mit / Anl. / Blatts. / Bd. Akten

Betrifft: Verdachtsprüfung u.a. hinsichtlich der ehemaligen SS- Sturmbannführer im RSHA

1. Horst K o p k o w , geboren am 29. November 1910 in Ortelsburg, Kriegsanschrift: Allenstein, Hebbelstr. 1,

2. H a r b e c k e r , keine weiteren Personalien bekannt;

dort: Kartei für Angehörige des RSHA - 1 AR 123/62 -

Anlage: 1 Heft Akten

Berichtsverfasser: Staatsanwalt Eggebrecht

Aufgrund einer Anfrage der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg vom 6. März 1981 überreiche ich den als Anlage beigefügten AR-Vorgang mit der Bitte um weitere Veranlassung in dortiger Zuständigkeit. Hier liegen keine Erkenntnisse über die Obengenannten vor.

Grauhan
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt
Schwedtfeger
Justizangestellte

Sch

1 AR 123/63 (RSHA)

50

Vfg.

1) Von den anliegenden Karteikarten Walter H a b e c k e r und Horst K o p k o w (Vorder- und Rückseiten) ist je eine Ablichtung zu fertigen.

2) Zu schreiben - unter Beifügung der Ablichtungen zu 1) -:

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg
Postfach 30 52 21

2000 Hamburg 36

Betrifft: **Verdachtsprüfung u.a. hinsichtlich der ehemaligen SS-Sturmbannführer im RSHA**

1) Horst K o p k o w ,
geboren am 29. November 1910 in Ortelsburg,
Kriegsanschrift: Allenstein, Hebbelstraße 1,

2) H a r b e c k e r ,
keine weiteren Personalien bekannt

Bezug: **Ihr an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin gerichtetes Schreiben vom 6. März 1981 - 2100 AR 2/80 -**

Anlagen: **2 Ablichtungen**

Mit der Bitte um Kenntnisnahme übersende ich Ablichtungen der die hiesigen Erkenntnisse über Horst K o p k o w und Walter H a b e c k e r ausweisenden Karteikarten.

(U. begl.)

3) Karteikarten wieder weglegen.

4) Zur laufenden Frist.

Berlin 30, den 10.Juni 1981.

Kanzlei
11. 6. 81

11. Juni 81 Sa

zu 1) 2e Ablichtungen

zu 2) 1 Schr. an Anklagebehörde

11.6.81

Sa

Staatsanwaltschaft bei
dem Landgericht Berlin

Turmstraße 91, den 18. Juni 1981
D-1000 Berlin 21
Fernruf: 39 40 11 App. 782
⟨39 02-1⟩ ⟨Durchw. 39 02-.....⟩
(Im Innenbetrieb: 933)
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

51

3 P (K) AR 7/81
Gesch.-Nr. bitte stets angeben!

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Staatsanwaltschaft
b. [illegible]gericht-Berlin
Eing. 19. JUNI 1981
mit 1 Anl. ~~Blatts. Bd. Akten~~

Betrifft: Verdachtsprüfung u.a. hinsichtlich der ehemaligen SS- Sturmbannführer im RSHA

1. Horst K o p k o w , geboren am 29. November 1910 in Ortelsburg, Kriegsanschrift: Allenstein, Hebbelstr. 1,
2. H a r b e c k e r , keine weiteren Personalien bekannt;

dort: Kartei für Angehörige des RSHA - 1 AR 123/62 -

Ohne Auftrag, jedoch zu 1 AR 123/63

Vorbericht vom 21. Mai 1981

Anlage: 1 Schriftstück

Berichtsverfasser: Staatsanwalt Eggebrecht

Als Anlage überreiche ich ein Schreiben der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg mit der Bitte um weitere Veranlassung.

N o a c k
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt
Haubold
Justizangestellte

V.
7. V.
19/6.81

Hau

STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG

Abteilung: 21
Geschäfts-Nr.: 2100 AR 2/80 (2100 UJs 2/81)
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Hamburg, den 25. Mai 1981
Fernsprecher 3 41 09- XXXX 3497 (Durchwahl) 2133
Behördennetz 9.43 "

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg
2 Hamburg 36 · Postfach

JUSTIZBEHÖRDEN 19.-6.81 14-17 10. JUNI 1981 BERLIN-MOABIT

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin
Turmstr. 91

1000 Berlin 21

3 pk

Betr.: Verdachtsprüfung u. a. hinsichtlich der ehemaligen SS-Sturmbannführer im RSHA

1) Horst K o p k o w ,
geb. am 29.11.1910 in Ortelsburg,
Kriegsanschrift: Allenstein, Hebbelstr. 1,

2) H a r b e c k e r ,
keine weiteren Personalien bekannt;

dort: Ermittlungsverfahren zum RSHA-Komplex

Hiermit bitte ich um Erledigung des hiesigen Schreibens vom 06.03.1981

(Duhn)
Staatsanwalt

/Li

St A 5
50000 4 71

1 AR (RSHA) 123/63

53

Vll.

1.) Vermerk: Zu Ziff. 2 erforderlich zur Beantwortung von Pl. Hb XV d.A.

2.) Frau JHS Schimmack
m.d.B., die Vorgänge 1 Js 13/65 (RSHA)
./. Bruno Streckenbach
in den RSHA-Aktenbeständen ausfindig zu machen.
Es müßte sich um 13 Aktenbände und 131
Beistücke handeln.

2a2) Aktenbände (13) und
Dok. Bde, Zeugenbände und
Beistücke gefunden. (auf Anhieb!)

24.6. Sch

23/6.

1 AR 123/63

Vfg.

1.) Ablichte zu 1 Abl. von Bl. 57 - 108 Bd. I der HA 1 Js 13/65 (RSHA)
2.) Zu vfg. : - unter Beifügung der Abl. zu Ziff. 1 -
(2 Lesezeichen)

Eilt

wie Bl. 40 a Bd. XV soweit < > und weiter:

Bezug : Dortiges Schreiben vom 10. Mai 1971 - 6 Js 9192/70

Anlage : 62 S. Ablichtungen

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Wagner !

Auf Ihr o.g. Schreiben teile ich Ihnen mit, dass hier unter dem Aktenzeichen 1 Js 13/65 (RSHA) Ermittlungen gegen insgesamt 75 ehemalige Angehörige des früheren RSHA wegen ~~Verdachts der~~ Mordes durchgeführt worden sind. Die Beschuldigten waren verdächtig, in der Zeit von Oktober 1942 bei Kriegsende an der Ermordung einer unbestimmten Anzahl von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in Konzentrationslagern mitgewirkt zu haben. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Himmler und dem damaligen Reichsjustizminister Dr. Thierack vom 18. September 1942 wurden aus den Vollzugsanstalten der Justiz mindestens 15.000 "asoziale" Strafgefangene und Sicherungsverwahrte (darunter alle Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer) "zur Vernichtung durch Arbeit" an die Polizei abgegeben und durch die Referate IV C2 und V A2 des RSHA in Konzentrationslager eingewiesen. Eine bisher unbestimmte Anzahl dieser Häftlinge wurde in den Lagern ermordet.

Nähere Einzelheiten ergeben sich aus dem Einleitungsvermerk vom 30. April 1965, den ich zu Ihrer Unterrichtung auszugsweise in Ablichtung diesem Schreiben beifüge. Die verschiedenen Beweismittel sind in den in dem Verfahren 1 Js 13/65 (RSHA) angelegten 13 Aktenbänden und 131 - teilweise recht umfangreichen - Beistücken vereint abgelegt. Ich

selbst habe ~~diese~~ jenes Verfahren nicht bearbeitet und wäre nur mit sehr erheblichem Arbeitsaufwand -den ich neben meinen sonstigen Dienstgeschäften nicht aufbringen kann - in der Lage, den umfangreichen Aktenbestand näher zu sichten. Für den Fall, dass Sie ~~hier in der für erforderlich halten~~ selbst die Akten 1 Js 13/65 (RSHA) (F) ~~persönlich einsehen wollen~~ meinen anzuweisen, zu gegebener Zeit unverzüglich Bescheid! (F) und gegebenenfalls weitere hier gesammelte Dokumente pp

Ich darf Ihnen vorschlagen, den Sie dazu hier in Berlin tun. Bis Ende Juli befinde ich mich allerdings im Urlaub, ~~und~~ könnte Ihnen vielleicht erst anschließend behilflich sein.

Mit kollegialen Grüßen

- z.U. -

3.) Durchschrift dieses Schr. zu den HA (Bd. II) d.A. 1 Js 13/65 (RSHA)

4.) Dies nebst Leseabschrift zu 2.) zum Aktenband XV

5.) wv (Schr. z. St. Dortmund vom 11. und 12.5.81)

Up 24/6.

Kanzlei
Eingang am: 25. 6. 81
Gefertigt am: 25. Juni 1981
z.d.A.

Vh.

1.) Vermerk: Sonstige Eingänge sind nicht.

2.) Zur Frist (2. Nachtrag)

Up 26/6.

zu 2) 1 Sort., 2 Dr.

zu 2) m. Hdl.-Luftpost - ab 26. JUNI 1981

Schr

Durchschrift

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 AR 123/63

24. Juni 1981

2171

54a

An die

Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Wiesbaden
- z.H. von Herrn Oberstaatsanwalt
Dr. Wagner
persönlich o.V.i.A. -
Postfach 55 69

6200 Wiesbaden 1

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen die Angehörigen der Gestapo in Wiesbaden wegen Mordes z.N. P f a f f

Bezug: Dortiges Schreiben vom 14. Mai 1981 - 6 Js 9197/79 -

Anlage: 62 S. Ablichtungen

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Wagner!

Auf Ihr o.a. Schreiben teile ich Ihnen mit, daß hier unter dem Aktenzeichen 1 Js 13/65 (RSHA) Ermittlungen gegen insgesamt 75 ehemalige Angehörige des früheren RSHA wegen Mordes durchgeführt worden sind. Die Beschuldigten waren verdächtig, in der Zeit von Oktober 1942 bis Kriegsende an der Ermordung einer unbestimmten Anzahl von Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten in Konzentrationslagern mitgewirkt zu haben.

Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Himmler und dem damaligen Reichsjustizminister Dr. Thierack vom 18. September 1942 wurden aus den Vollzugsanstalten der Justiz mindestens 15 000 "asoziale" Strafgefangene und Sicherungsverwahrte (darunter alle Juden, Zigeuner, Russen und Ukrainer) "zur Vernichtung durch Arbeit" an die Polizei abgegeben und durch die Referate IV C 2 und V A 2 des RSHA in Konzentrationslager eingewiesen. Eine unbestimmte Anzahl dieser

Häftlinge wurde in den Lagern ermordet.

Nähere Einzelheiten ergeben sich aus dem Einleitungsvermerk vom 30. April 1965, den ich zu Ihrer Unterrichtung auszugsweise in Ablichtung diesem Schreiben beifüge. Die verschiedenen Beweismittel sind in den in dem Verfahren 1 Js 13/65 (RSHA) angelegten 13 Aktenbänden und 131 - teilweise recht umfangreichen - Beistücken verstreut abgelegt. Ich selbst habe jenes Verfahren nicht bearbeitet und wäre nur mit sehr erheblichem Arbeitsaufwand - den ich neben meinen sonstigen Dienstgeschäften nicht aufbringen kann - in der Lage, den umfangreichen Aktenbestand näher zu sichten. Für den Fall, daß Sie selbst die Akten 1 Js 13/65 (RSHA) und gegebenenfalls weitere hier gesammelter Dokumente pp. meinen auswerten zu müssen, schlage ich Ihnen vor, daß Sie dies nach vorheriger Absprache hier in Berlin tun. Bis Ende Juli befinde ich mich allerdings im Urlaub, könnte Ihnen mithin erst anschließend behilflich sein.

Mit kollegialen Grüßen

Nagel
Oberstaatsanwalt

Ho

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei der Staatsanwaltschaft Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 17/69
Bitte bei allen Schreiben angeben!

4600 Dortmund,
den 11.5.1981
Postfach
Saarbrücker Straße 5 - 9
☎ 54 03 - 1
Fernschreiber 08 22 451

55

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Amtsgerichtsplatz 1

1ooo Berlin 19

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 2 0. MAI 1981
Kof.
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst Gerke u.A.
(Angehörige der Staatspolizeileitstelle Prag)
wegen Mordes

Bezug: Dortige Vorgänge 1 Js 5/67 (RSHA)

Ich führe unter dem oben angegebenen Aktenzeichen ein Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige der früheren Staatspolizeileitstelle Prag, und zwar insbesondere gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer und Oberregierungsrat Dr. Ernst Gerke, geboren am 6.5.19o9 zu Stettin, der diese Dienststelle von September 1942 bis Mai 1945 geleitet hat.
Gegenstand des Verfahrens ist die Beteiligung des Beschuldigten an widerrechtlichen Tötungen tschechoslowakischer und anderer Zivilpersonen im Bereich der Staatspolizeileitstelle Prag, vor allem in den Polizeigefängnissen Prag-Pankrac und "Kleine Festung" Theresienstadt, während der oben genannten Dienstzeit des Beschuldigten Dr. Gerke in Prag.

Der Beschuldigte Dr. Gerke ist verdächtig, an Tötungen im Wege der sogenannten Sonderbehandlung mitgewirkt zu haben.
Da nach hiesigen Erkenntnissen "Sonderbehandlungen" auch Gegenstand des dortigen Verfahrens waren, könnten die dort gewonnenen Erkenntnisse für mein Verfahren von Bedeutung sein. Ich bitte Sie daher um Übersendung der Abschlußverfügung in dem dortigen Verfahren 1 Js 5/67 (RSHA).

Im Auftrage:

(Deupmann)
Oberstaatsanwalt

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei der Staatsanwaltschaft Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 17/69
Bitte bei allen Schreiben angeben!

4600 Dortmund,
den 12.5.1981
Postfach
Saarbrücker Straße 5 - 9
☎ 54 03 - 1
Fernschreiber 08 22 451

57

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
- z.Hd.v. Herrn Oberstaatsanwalt
N a g e l -
Am Karlsbad 6-7

1ooo Berlin 3o

Ly 20/r.

Vk.
1.) Vermerk: wie heute besprochen. Da
Ich morgen einen Urlaub antrete,
ist mir Erledigung erst nach
dessen Beendigung möglich.
2.) Frist 15/6. genau
Ly 26/5.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst Gerke u.A.
(Angehörige der Staatspolizeileitstelle Prag)
wegen Mordes

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Nagel!

Ich führe unter dem oben angegebenen Aktenzeichen ein Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehöri ge der früheren Staatspolizeileitstelle Prag, und zwar insbesondere gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer und Oberregierungsrat Dr. Ernst Gerke, geboren am 6.5.19o9 zu Stettin, der diese Dienststelle von September 1942 bis Mai 1945 geleitet hat.

Gegenstand des Verfahrens ist die Beteiligung des Beschuldigten an widerrechtlichen Tötungen tschechoslowakischer und anderer Zivilpersonen im Bereich der Staatspolizeileitstelle Prag, vor allem in den Polizeigefängnissen Prag-Pankrac und "Kleine Festung" Theresienstadt, während der oben genannten Dienstzeit des Beschuldigten Dr. Gerke in Prag.

Der Beschuldigte Dr. Gerke ist verdächtig, an Tötungen im Wege der sogenannten Sonderbehandlung mitgewirkt zu
a/ haben. Anträge auf "Sonderbehandlung" wurden von der Gestapo - zumindest zeitweise - bei dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt schriftlich oder fernschriftlich gestellt.

Außerdem ist Gegenstand dieses Verfahrens unter anderem die Beteiligung der Beschuldigten an der widerrechtlichen Tötung von Juden. Von der Staatspolizeileitstelle Prag wurden Juden verhaftet, in die "Kleine Festung" Theresienstadt eingeliefert und - teilweise - nach Stellung eines Antrages beim Reichssicherheitshauptamt auf Verhängung
b/ von Schutzhaft und nach entsprechender Ausstellung des Schutzhaftbefehls durch das Reichssicherheitshauptamt in das Konzentrationslager Auschwitz eingewiesen, wo sie möglicherweise verstorben sind.

Für dieses Verfahren ist es von erheblicher Bedeutung, wenn derartige von dem Beschuldigten Dr. Gerke gestellte Anträge auf "Sonderbehandlung" beziehungsweise auf Ausstellung eines Schutzhaftbefehls ermittelt werden können.

Ich bitte Sie deswegen um Mitteilung, ob sich in den Unterlagen der Arbeitsgruppe "Reichssicherheitshauptamt" derartige Unterlagen befinden, beziehungsweise, ob Ihnen bekannt ist, wo diese Dokumente ansonsten aufbewahrt werden könnten.

Außerdem ist für dieses Verfahren die Kenntnis von sämtlichen an alle Stapo-Leit-Stellen, insbesondere aber an die Stapoleitstelle Prag, gerichteten Erlasse und sonstigen Anweisungen des Reichssicherheitshauptamtes betreffend die Regelung der Judenfrage von Bedeutung. Ich bitte Sie daher auch insoweit um Mitteilung, ob sich diesbezügliche Anweisungen in Ihren Unterlagen befinden.

Sollte es Ihnen möglich sein, bitte ich Sie um Übersendung der erwähnten Dokumente - gegebenenfalls in Ablichtung -. Ich bin selbstverständlich auch jederzeit bereit, diese Unterlagen bei Ihnen einzusehen.

Für Ihre Bemühungen bedanke ich mich im voraus.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrage:

(Deutmann)
Oberstaatsanwalt

1 AR(RSHA) 123/63

60

Vfg.

1) Bitte je 1 Abl. fertigen
   a) HA Bd.I Bl. 1-11, 55-64,203-204
   b) HA Bd. II Bl. 1-11, 34-49
   c) HA Bd.III Bl. 215-221
   d) HA Bd.IV Bl. 35-69
   jeweils d.A.(HA) 1 Js 5/67(RSHA)

2) Zu schr.: - Unter Beifügung a) der Abl. zu 1a) - d)
   b) der lose anl. Anklageschrift in der Sache 1 Js 7/65(RSHA)

An den
Leiter der Zentralstelle NRW
bei der Staatsanwaltschaft
Dortmund
- z.Hd. von Herrn Oberstaats-
anwalt Deupmann o.V.i.A. -
Postfach
Saarbrücker Str. 5 - 9
4600 Dortmund

Betrifft: **Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst Gerke u.a. wegen Mordes**

Bezug: **Dortiges Schreiben vom 11. und 12. Mai 1981 - 45 Js 17/69 -**

Anlagen: **verschiedene Ablichtungen, 1 Abdruck**

Sehr geehrter Herr Kollege Deupmann,

Ihre beiden Schreiben vom 11. und 12. Mai 1981 darf ich - urlaubsbedingt mit Verspätung - als in beiden Fällen zuständiger "Abwicklungs-Sachbearbeiter" zusammen beantworten.

a) **Was zunächst das Verfahren 1 Js 5/67(RSHA) betrifft, das sogenannte Sonderbehandlungsfälle zum Gegenstand hatte, übersende ich als Anlage eine Ablichtung der von Ihnen erbetenen Einstellungsverfügung vom 27. April 1971. Ich habe davon abgesehen, Ihnen daneben auch Ablichtungen der verschiedenen weiteren Einstellungsverfügungen in derselben Sache zu übersenden, da sich diese jeweils nur auf weitere Beschuldigte beziehen und keine bedeutsamen materiellen Ausführungen aufweisen.**

Zum besseren Verständnis und zur Ergänzung der Einstellungsverfügung füge ich weiterhin aus den Akten 1 Js 5/67 (RSHA) gefertigte Ablichtungen der Einleitungsverfügungen vom 30. April 1965(beziffert mit den handschriftlichen Zahlen Bl. 1-11, 34-49) und vom 8. Dezember 1964(beziffert Bl. 1-11, 55-64) bei - vgl. auch Blatt 62 die Aufstellung früherer Verfahren mit gleichem Gegenstand -. Dr. Ernst Gerke leitete nach hiesigen Karteiunterlagen bevor er nach Prag kam vom 1. Dezember 1939 bis zum 1. September 1942 die Stapoleitstelle Breslau. Ich habe deshalb auch Ablichtungen von denjenigen Teilen der Zwischenvermerke im o.a. Verfahren anfertigen lassen, die sich auf im vorliegenden Verfahren ermittelte Einzelfälle aus dem Bereich der Stapoleitstelle Breslau beziehen, wobei diese allerdings fast ausschließlich aus der Zeit nach September 1942 stammen dürften. Diese Ablichtungen füge ich als weitere Anlagen (beziffert Bl. 203-204, 215-221) bei.

Die im Verfahren 1 Js 5/67(RSHA) ermittelten weit über 700 Einzelfälle betreffen im übrigen - wie ich bei Durchsicht der Aufstellungen festgestellt habe - keinen einzigen Einzelfall aus dem Bereich der Stapoleitstelle Prag.

Auch sonst habe ich bei Durchsicht der hiesigen Karteien keine diesbezüglichen oder sonstige Unterlagen finden können, die von Dr. Gerke gezeichnet sind. Ich wüßte auch nicht, wo sich derartige Unterlagen befinden könnten.

Allerdings muß ich bemerken, daß eine Durchsicht aller hiesigen Akten und Sammlungen schlechthin nicht zu bewerkstelligen ist; allein im vorliegenden Verfahren sind neben den 30 Aktenbänden mindestens 149 Leitzordner, Beistücke und dgl. angelegt worden, deren Sichtung (noch dazu bei den geringen Erfolgsaussichten) einen von mir nicht zu bewerkstelligenden und auch sonst kaum vertretbaren Zeitaufwand erfordern würde.

Ein-
lieferungs-
schein

53748

Bitte sorgfältig aufbewahren

Ka

Wert (in Ziffern) DM

Entrichtete Gebühr Pf

7 60

Empfänger

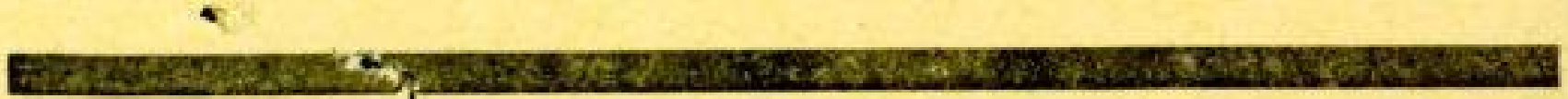
Leiter der Zentralstelle NRW
(Sta/Dortmund) z. Hd v. Herrn
OStA Degenhardt o.V.i.A.
Saarbrücker Str. 5-9
4600 Dortmund

Gewicht bei Paketen mit Wertangabe

kg g

Postannahme

911 005 000 ※ 6.77 / 6 5 A6, Kl. 317f PostO Anl. 12



b) Dies gilt auch für das noch wesentlich umfangreichere Verfahren 1 Js 7/65(RSHA) - 1 Ks 1/69(RSHA), das die Verhängung von Schutzhaft gegen jüdische Bürger zum Gegenstand hatte. Insofern darf ich diesem Schreiben als weitere Anlage eine Abschrift meiner Anklageschrift vom 10. Juli 1968 beifügen unter besonderem Hinweis auf deren Seiten 61-92, 103-205. Dort sind auch im einzelnen diejenigen Erlasse pp angegeben, die für das von Ihnen geführte Verfahren bedeutsam sein können.

Ich bitte indes um Nachsicht, daß ich Ihnen nicht Ablichtungen der in Betracht kommenden Dokumente übersenden kann, da dies angesichts deren Vielzahl einen sehr erheblichen Arbeitsaufwand erfordern würde. Vielmehr möchte ich Ihnen vorschlagen, daß Sie sich für den Fall, daß Sie aufgrund Ihrer Ermittlungen voraussichtlich nicht zu einer Einstellung, sondern zu einer Anklageerhebung kommen sollten, mit mir zunächst fernmündlich in Verbindung setzen, damit wir gemeinsam beraten können, wie am besten verfahren werden kann.

Mit kollegialen Grüßen

(z.U.)

4) HA 1 Js 5/67 (RSHA) - Bd. I-IV ~~und Anklageschrift~~
1 Js 5/67 - Bd. XXIX und XXX wieder trennen

5) Herrn LOStA Klingberg - nach Abgang - m.d.B.u.K.

6) Dies nebst Leseschrift zu 2.) z.d.A.

7) Frist 3 Monate(statt alter Frist)

30/9 26/6.81

Wa

30. JUNI 1981

1 AR(RSHA) 123/63

62 a

Vfg.

1) Bitte je 1 Abl. fertigen
   a) HA Bd.I Bl. 1-11, 55-64,203-204
   b) HA Bd. II Bl. 1-11, 34-49
   c) HA Bd.III Bl. 215-221
   d) HA Bd.IV Bl. 35-69
   jeweils d.A.(HA) 1 Js 5/67(RSHA)

2) Zu schr.: - Unter Beifügung a) der Abl. zu 1a) - d)
   b) der lose anl. Anklageschrift in der Sache 1 Js 7/65(RSHA)

An den
Leiter der Zentralstelle NRW
bei der Staatsanwaltschaft
Dortmund
- z.Hd. von Herrn Oberstaats-
anwalt Deupmann o.V.i.A. -
Postfach
Saarbrücker Str. 5 - 9
4600 Dortmund

Betrifft: **Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst Gerke u.a. wegen Mordes**

Bezug: **Dortiges Schreiben vom 11. und 12. Mai 1981 - 45 Js 17/69 -**

Anlagen: **verschiedene Ablichtungen, 1 Abdruck**

Sehr geehrter Herr Kollege Deupmann,

Ihre beiden Schreiben vom 11. und 12. Mai 1981 darf ich - urlaubsbedingt mit Verspätung - als in beiden Fällen zuständiger "Abwicklungs-Sachbearbeiter" zusammen beantworten.

a) **Was zunächst das Verfahren 1 Js 5/67(RSHA) betrifft, das sogenannte Sonderbehandlungsfälle zum Gegenstand hatte, übersende ich als Anlage eine Ablichtung der von Ihnen erbetenen Einstellungsverfügung vom 27. April 1971. Ich habe davon abgesehen, Ihnen daneben auch Ablichtungen der verschiedenen weiteren Einstellungsverfügungen in derselben Sache zu übersenden, da sich diese jeweils nur auf weitere Beschuldigte beziehen und keine bedeutsamen materiellen Ausführungen aufweisen.**

62 b

Zum besseren Verständnis und zur Ergänzung der Einstellungsverfügung füge ich weiterhin aus den Akten 1 Js 5/67 (RSHA) gefertigte Ablichtungen der Einleitungsverfügungen vom 30. April 1965(beziffert mit den handschriftlichen Zahlen Bl. 1-11, 34-49) und vom 8. Dezember 1964(beziffert Bl. 1-11, 55-64) bei - vgl. auch Blatt 62 die Aufstellung früherer Verfahren mit gleichem Gegenstand -. Dr. Ernst Gerke leitete nach hiesigen Karteiunterlagen bevor er nach Prag kam vom 1. Dezember 1939 bis zum 1. September ~~1942~~ die Stapoleitstelle Breslau. Ich habe deshalb auch Ablichtungen von denjenigen Teilen der Zwischenvermerke im o.a. Verfahren anfertigen lassen, die sich auf im vorliegenden Verfahren ermittelte Einzelfälle aus dem Bereich der Stapoleitstelle Breslau beziehen, wobei diese allerdings fast ausschließlich aus der Zeit nach September 1942 stammen dürften. Diese Ablichtungen füge ich als weitere Anlagen (beziffert Bl. 203-204, 215-221) bei.

Die im Verfahren 1 Js 5/67(RSHA) ermittelten weit über 700 Einzelfälle betreffen im übrigen - wie ich bei Durchsicht der Aufstellungen festgestellt habe - keinen einzigen Einzelfall aus dem Bereich der Stapoleitstelle Prag.

Auch sonst habe ich bei Durchsicht der hiesigen Karteien keine diesbezüglichen oder sonstige Unterlagen finden können, die von Dr. Gerke gezeichnet sind. Ich wüßte auch nicht, wo sich derartige Unterlagen befinden könnten.

Allerdings muß ich bemerken, daß eine Durchsicht aller hiesigen Akten und Sammlungen schlechthin nicht zu bewerkstelligen ist; allein im vorliegenden Verfahren sind neben den 30 Aktenbänden mindestens 149 Leitzordner, Beistücke und dgl. angelegt worden, deren Sichtung (noch dazu bei den geringen Erfolgsaussichten) einen von mir nicht zu bewerkstelligenden und auch sonst kaum vertretbaren Zeitaufwand erfordern würde.

b) Dies gilt auch für das noch wesentlich umfangreichere Verfahren 1 Js 7/65(RSHA) - 1 Ks 1/69(RSHA), das die Verhängung von Schutzhaft gegen jüdische Bürger zum Gegenstand hatte. Insofern darf ich diesem Schreiben als weitere Anlage eine Abschrift meiner Anklageschrift vom 10. Juli 1968 beifügen unter besonderem Hinweis auf deren Seiten 61-92, 103-205. Dort sind auch im einzelnen diejenigen Erlasse pp angegeben, die für das von Ihnen geführte Verfahren bedeutsam sein können.

Ich bitte indes um Nachsicht, daß ich Ihnen nicht Ablichtungen der in Betracht kommenden Dokumente übersenden kann, da dies angesichts deren Vielzahl einen sehr erheblichen Arbeitsaufwand erfordern würde. Vielmehr möchte ich Ihnen vorschlagen, daß Sie sich für den Fall, daß Sie aufgrund Ihrer Ermittlungen voraussichtlich nicht zu einer Einstellung, sondern zu einer Anklageerhebung kommen sollten, mit mir zunächst fernmündlich in Verbindung setzen, damit wir gemeinsam beraten können, wie am besten verfahren werden kann.

Mit kollegialen Grüßen

(z.U.)

4) HA 1 Js 5/67 (RSHA) - Bd. I-IV ~~und Anklageschrift~~
1 Js 5/67 - Bd. XXIX und XXX wieder trennen

5) Herrn LOStA Klingberg - nach Abgang - m.d.B.u.K.

6) Dies nebst Leseschrift zu 2.) z.d.A.

7) Frist 3 Monate(statt alter Frist)

30. JUNI 1981

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei der Staatsanwaltschaft Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 17/69
Bitte bei allen Schreiben angeben!

4600 Dortmund,
den 5.8.1981
Postfach
Saarbrücker Straße 5 - 9
☎ 54 03 - 1
Fernschreiber 08 22 451

63

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
- z.Hd.v. Herrn Oberstaatsanwalt
Nagel oder Herrn Vertreter im Amt -
Am Karlsbad 6-7

1ooo Berlin 3o

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst Gerke u.A. wegen Mordes

Bezug: Fernmündliche Unterredung zwischen Oberstaatsanwalt Nagel und Oberstaatsanwalt Deupmann vom 4.8.1981

Sehr geehrter Herr Kollege Nagel!

Für die mir mit Schreiben vom 26.6.1981 freundlicherweise übersandten Unterlagen sage ich meinen herzlichen Dank.

Wie ich Ihnen bereits in dem Ferngespräch vom 4.8.1981 mitgeteilt habe, könnten die in der Anklage 1 Js 7/65 (RSHA) unter D aufgeführten Dokumentenbände (blaue Schnellhefter) 7, 7A, 7B und 8 für das hiesige Verfahren von Bedeutung sein. Ich bitte Sie daher um deren Übersendung.

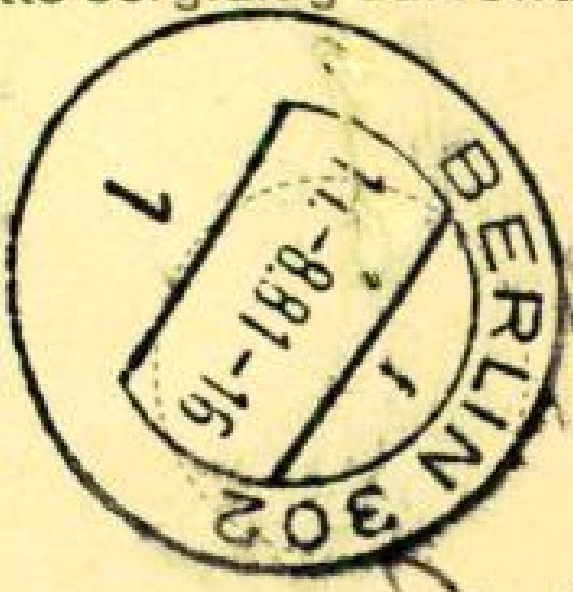
Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage:

(Deupmann)
Oberstaatsanwalt

Ein-
lieferungs-
schein

57695

Bitte sorgfältig aufbewahren



K

Wert (in Ziffern) DM

Entrichtete Gebühr P

Empfänger

An den Leiter der Zentrale
Nordrh.-Westf. bei der Sta.
OStA Despomann
Saarbrücker Straße 54
4600 Dortmund

Gewicht bei Paketen mit Wertangabe

3 kg 600 g

Postannahme

911 005 000

K 6.77 / 65 A6, Kl. 317f PostO Anl. 12

~~ATR~~ 123/62

Frau Schirmacher

1 AR 123/63

Vu.

64

1.) Fernschr. : (1 Leserschrift + 1 Durchschrift)
- unter Beifügung der Dok. Bd. 7, 7A, 7B und 8 aus dem Verfahren 1 Ks 1/69 (RSHA)

An den
Leiter der Zentralstelle NRW
bei der Staatsanwaltschaft
z. Hd. von Herrn OStA Deupmann -o.V.i.A.-
Postfach
Saarbrücker Straße 5-9
4600 Dortmund

Betrifft: Dortiges Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst Heinrich Boeske u.a. wegen Mordes
Bezug: Dortiges Schreiben vom 5. August 1981 - 45 Js 17/69 -
Anlage: 4 Dokumentenbände (blaue Schnellhefter)

Sehr geehrter Herr Kollege Deupmann,

wunschgemäß übersende ich Ihnen in der Anlage die Dokumentenbände 7, 7A, 7B und 8 aus dem Verfahren 1 Js 7/65 (RSHA) = 1 Ks 1/69 (RSHA) zur Auswertung und mit der Bitte um Rücksendung nach Gebrauch.

Mit freundlichen Grüßen
(z. U.)

2.) Durchschrift des Schr. zu Ziff. 1.)
zum HA Bd. VII = 1 Ks 1/69 (RSHA)

3.) Frist für 1 Ks 1/69 (RSHA) notieren: 3 Monate

4.) Frist in 1 AR 123/63 (neben sonstigen Fristen) notieren: 3 Monate

10/11 Bonn, den 7. August 1981

Kanzlei
Eingang am: 10. AUG. 1981
Ausgefertigt am: 10. Aug. 81
2 m.) 1 Schr. + 4 Bde

10. AUG. 1981

2 m.) 4 Bde ab - Kurierpost

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

7. August 1981

2171

64e

1 AR 123/63

An den

Leiter der Zentralstelle
Nordrhein-Westfalen
bei der Staatsanwaltschaft
z.H. von Herrn Oberstaatsanwalt
D e u p m a n n
- persönlich o.V.i.A. -
Saarbrücker Straße 5 - 9

4600 Dortmund

Betrifft: Dortiges Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst Gerke u.a. wegen Mordes

Bezug: Dortiges Schreiben vom 5. August 1981 - 45 Js 17/69 -

Anlagen: 4 Dokumentenbände (blaue Schnellhefter)

Sehr geehrter Herr Kollege Deupmann,

wunschgemäß übersende ich Ihnen in der Anlage die Dokumentenbände 7, 7 A, 7 B und 8 aus dem Verfahren 1 Js 7/65 (RSHA) = 1 Ks 1/69 (RSHA) zur Auswertung und mit der Bitte um Rücksendung nach Gebrauch.

Mit freundlichen Grüßen

Nagel
Oberstaatsanwalt

R

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. 33 R

11. AUG. 1981

Vh.

Frist 6 Monate

Uy 11/8.81

10/2

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. 62

14. OKT. 1981

Vh.

Zur obigen Frist und zur Frist Bl. 64

Uy 14/10.

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. 64

27. NOV. 1981

Vh.

Frist 4 Monate (Akten <Bl. 64a> zurückfordern)

Uy 27/11. 25/3

Sozialgericht München

65

Sozialgericht München · Richelstraße 11 · 8000 München 19

An den
Generalstaatsanwalt beim
Kammergericht Berlin
Postfach

1000 Berlin

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 04. JAN. 1982
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Gleitende Arbeitszeit
Sie erreichen Ihren Gesprächspartner am besten
von 8.30–12.00 und von 13.00–15.00 Uhr

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom	Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen	☎ (089) 1301-	Zimmer-Nr.	München
1 AR 123/63 (RSHA)	S 20/EV 1654/80	276 oder 13011	216	28.12.1981

Rechtsstreit Dr. Erich Scheibel, geb. 29.6.1912, wh: Mozartstr. 3, 8920 Schongau
gegen Freistaat Bayern vertr.d.d. Landesversorgungsamt Bayern

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt!

In obiger Streitsache behauptet der Kläger vom 1.6.1939 bis 30.6.1941 Vertragsangestellter in der "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" in Prag und vom 1.6.1942 bis Kriegsende Angestellter des Minsteriums für Wirtschaft und Arbeit gewesen zu sein. Im Dezember 1943 sei er durch den Protektoratsärzteführer Dr. Wächter zwangsweise in den Sanitätsdienst der Waffen-SS überführt worden.
Demgegenüber weisen die Unterlagen des Document Center aus, daß der Kläger seit 2.11.1938 Mitglied der allgemeinen SS gewesen ist und 1940/41 Dienst als SS-Untersturmführer im RSHA unter Adolf Eichmann geleistet hat. Eine Lazarettmeldung der Deutschen Dienststelle weist für das Jahr 1939 den Dienstgrad "SS-Mann im SD der SS" aus. Da somit der entschädigungsberechtigende Begriff der Dienstleistung in der deutschen Wehrmacht zumindest nicht zweifelsfrei ist wird um Mitteilung gebeten, ob Ihre Unterlagen zum militärischen bzw. dienstlichen Werdegang des Klägers Unterlagen oder Angaben ausweisen. Insbesondere scheint der Kläger vom Bereich des Rasse- und Siedlungs-Hauptamts-SS im Jahre 1941 in das Reichssicherheits-Hauptamt (SD-Dienststelle: Berlin, Kurfürstenstr. 116) in Berlin überführt worden zu sein. Das letzte Dokument datiert jedoch vom 30.4.1941, so daß eine spätere Dienstleistung in der Waffen-SS - dies könnte anspruchsbegründend wirken - nicht

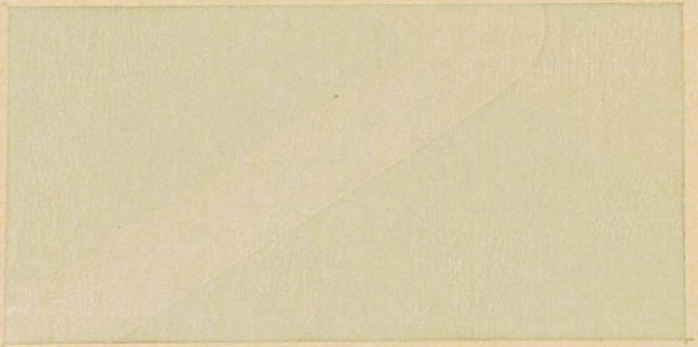
ausgeschlossen ist. Da somit eine Dienstleistung in der Deutschen Wehrmacht während der Zugehörigkeit zum RSHA nicht vorgelegen haben dürfte, nach einer Überführung in die Waffen-SS aber angenommen werden kann werden Sie um Mitteilung gebeten, ob Ihre Unterlagen die Zugehörigkeit des Klägers zum RSHA ausweisen (ggf. wie lange) und ob eine spätere Dienstleistung bei der Waffen-SS aktenkundig ist. Sofern die heutigen Anschriften von 1941 in der "Zentralstelle" Tätiger bekannt sind wird um deren Mitteilung gebeten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Vorsitzende der 20. Kammer

Johow
Richter am Sozialgericht

Sozialgericht München
8000 München 2
Richelstraße 11

65 a



1 AR 123/63

Vm.

66

1.) Zu wv. : (1 Lesemappe)

An den
<wie Anb.>

Kanzlei
Eingang am: 6. JAN. 1982
Erledigt am: 6.1.82
zu 1 / Sekr.

6. JAN. 1982

Betrifft: Anlage 1

Betr.: Dortiges Schreiben vom 28. Dezember 1981 – 5 20 IV-1654/80

Auf Ihre Anfrage vom 28. Dezember 1981 beehre ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass Herr Dr. Erich Schmidt ~~wurde~~ in der hier geführten Kartei über ehemalige Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes, ~~oder~~ des Referats IV B 4 (Referatsleiter Eichmann) und über ehemalige Angehörige der Staatspolizeistelle nicht erfasst ist. ~~Auch liegen~~ Im Hinblick auf die ehemalige Zentralstelle für jüdische Auswanderung" in Prag sind hier im Rahmen der sogenannten RSHA-Verfahren nicht geführt worden, sodass ich Ihre Anfrage leider ~~ungefragt~~ nicht beantworten kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

2.) Dienstlesemappe z.d.A. (2 Ltr.)

6/5/1.

Durchschrift

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

5. Januar 1982

2171

66 4

1 AR 123/63

An das
Sozialgericht München
Richelstraße 11

8000 München 19

Betrifft: Rechtsstreit Dr. Erich Scheibel, geb. 29.6.1912, wh: Mozartstr. 3, 8920 Schongau, gegen Freistaat Bayern, vertr.d.d. Landesversorgungsamt Bayern

Bezug: Dortiges Schreiben vom 28. Dezember 1981 - S 20/V 1654/80 -

Auf Ihre Anfrage vom 28. Dezember 1981 bedaure ich, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Herr Dr. Erich Scheibel in den hier geführten Karteien über ehemalige Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes, des Referats VI B 4 (Referatsleiter Eichmann) und über Angehörige ehemaliger Staatspolizeistellen nicht erfaßt ist.

Ermittlungen im Hinblick auf die ehemalige "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" in Prag sind hier im Rahmen der sogenannten RSHA-Verfahren nicht geführt worden, so daß ich Ihre Anfrage leider insgesamt nicht beantworten kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Nagel
Oberstaatsanwalt

Go

64a

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. ____

29. MRZ. 1982

N.

3 Kunz 1/7

(Terminüberwachung mit Fr. XU 64a 1

29/3.82

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. ____

8. JULI 1982

1 AR 123/63 (RSHA)

67

Vfg.

1) Zu schreiben:

An den

Leiter der Zentralstelle
im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von
nationalsozialistischen
Massenverbrechen bei der
Staatsanwaltschaft Dortmund
Postfach

4600 Dortmund

Betrifft: Dortiges Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst Gerke u.a.
wegen Mordes

Bezug: Aktenübersendung vom 7. August 1981
zum dortigen Vorgang 45 Js 17/69

Um Rücksendung der mit dem Bezugsschreiben übersandten Dokumentenbände aus dem Verfahren 1 Js 7/65 (RSHA) = 1 Ks 1/69 (RSHA), ggf. um Mitteilung, daß und wie lange sie dort noch benötigt werden, wird gebeten.

2) 3 Monate. 10/10

Berlin 30, den 8. Juli 1982

Kanzlei
- 8. JULI 1982
- 8. JULI 1982
1 Schutz + ab

R

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei der Staatsanwaltschaft Dortmund

Geschäfts-Nr.: 45 Js 17/69
Bitte bei allen Schreiben angeben!

4600 Dortmund,
den 13.7.1982
Postfach
Saarbrücker Straße 5 - 9
☎ 54 03 - 1
Fernschreiber 08 22 451

68

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht, D -
Am Karlsbad 6 - 7

1000 Berlin 30

Staatsanwaltschaft
beim Kammergericht
16. JULI 1982
mit Anl. Akten Bd. Akten

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst Gerke
wegen Mordes

Bezug: Schreiben vom 8. Juli 1982
- 1 AR 123/63 (RSHA) -

Die vom oben genannten Verfahren übersandten Dokumentenbände aus dem Verfahren 1 Js 7/65 (RSHA) = 1 Ks 1/69 (RSHA) werden hier noch etwa 9 Monate benötigt. Ich bitte, eine entsprechende Frist dort zu notieren.

Im Auftrage:

(Deupmann)
Oberstaatsanwalt

16.(+.82

15.7.83

BUNDESKRIMINALAMT

69

Bundeskriminalamt · Postfach 18 20 · 6200 Wiesbaden

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
Am Karlsbad 6-7

1000 Berlin 30

Staatsanwaltschaft
beim Kammergericht
25. OKT. 1982
1 Anl. Akten Bd. Akten

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	(Bitte bei Antwort angeben) Unser Zeichen, unsere Nachricht vom	☎ (0 61 21)	Wiesbaden
	TB 23 - K 431 035	55-38 82 oder 55-1	20.10.82

Betreff

Anfrage der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten wegen Fahndung aus dem Jahr 1942 nach Herrn Rudolf Krautter, 31.8.08 Berlin

Das anliegende Schreiben der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten vom 13.10.82 wird zuständigkeitshalber mit der Bitte um weitere Veranlassung übersandt. Der Gewerkschaft wurde Abgabenachricht erteilt.

Im Auftrag
Warkentien

Dienstgebäude
Thaerstraße 11
Wiesbaden

Telex
4 186 867
4186867 bka d

Zahlungen für das BKA an die Bundeskasse Frankfurt am Main
Landeszentralbank Frankfurt am Main (BLZ 500 000 00) KtoNr **500 010 20**
Postscheckamt Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60) KtoNr **89 71-608**

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

NGG

70

Landesbezirk Niedersachsen/Bremen

Dreyerstraße 6
3000 Hannover
Fernruf:
0511/1 39 82/83
Fernschreiber:
922789 degebe

Bundeskriminalamt
Wiesbaden
Postfach 18 20

6200 Wiesbaden

BUNDESKRIMINALAMT
Eing. 15. OKT. 1982

TB23-3
18/10.

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Tag
		Nie/Ku.	13.10.1982

Betr. . Auszug aus einem Fandungsbuch von 1942
über Herrn Rudolf Krautter

Sehr geehrte Herren,

Herr Krautter, geb am 31.08.1908 in Berlin, jetzt wohnhaft Berckhusenstraße 54, 3000 Hannover 61, war bis zum 31.12.1972 Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten im Landesbezirk Niedersachsen/Bremen. Zu diesem Termin ist er aus der beruflichen Tätigkeit ausgeschieden.

Herr Krautter ist Verfolgter des Nationalsozialismus. Er ist von der Gestapo bzw. der Kriminalpolizeit im Jahre 1942 wiederum gesucht bzw. verfolgt worden. Über diesen Vorgang gibt es eine Dokumentation im damaligen Fahndungsbuch entweder der Kriminalpolizei Berlin oder der Gestapo. Dieses Dokument befand sich im Besitz von Herrn Krautter, ist ihm aber leider verloren gegangen.

Zur damaligen Zeit hatte Herr Krautter den Tarnnamen "Gustav Krautter". Wir wären sehr daran interessiert, das Deckblatt des Fahndungsbuches und das direkte Fahndungsdokument in Kopie zu erhalten, da ein den Gewerkschaften nahestehender Publizist eine Dokumentation erstellen möchte, in der er u.a. auch die Verfolgung von Herrn Krautter darstellen möchte.

Wir möchten nun darum bitten, daß Sie in Ihrem Archiv nachsehen, ob Sie im Besitz des damaligen Fahndungsbuches und des angesprochenen Fahndungsdokumentes sind. Wenn das der Fall sein sollte, wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn wir eine Ablichtung hiervon erhalten könnten. Für Ihre freundliche Unterstützung möchten wir uns schon heute bedanken und sehen gern Ihrer Rückäußerung entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

G. Niebrügge
(Landesbezirksvorsitzender)

DGB

Bankkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft
Hannover
Kto.-Nr. 10 02025500
BLZ 250 101 11

1AR(RSHA)123.63

71

Vermerk:

Rudolf Klauke ist in der hiesigen RSHA-Kartei nicht zu ermitteln.

25. OKT. 1982 Re

1/ Frau Reike:
Ist hier noch ein Fahndungsbuch aus dem Jahre 1942 vorhanden bezw. existieren Unterlagen über im Jahre 1942 von der Feldpost gesuchte Personen?

4 Wiedervorlage.

26. OKT. 1982

Vfg.

1/ Vermerk: Nachfragen bei Frau OStA'in Nikolaus sowie dem Herrn OStA Selle und Kugel ergaben keinen Anhalt dafür, daß in Verfahren i. Zusammenhang des ehem. RSHA alle Tatsendungsbücher beigezogen und ausgewertet worden sind. Nach Auffassung der Befragten war dies seinerzeit nicht deshalb entbehrlich, weil sich die hier anhängigen Verfahren nur mit Norwegen befaßten. Nach Meinung von Herrn OStA Kugel könnten alle Tatsendungs-Bücher jetzt ebenfalls beim Internationalen Suchdienst in Arolsen oder beim Bundesarchiv in Koblenz vorhanden sein.

2 Leiber Vfg. bes.

-1. NOV. 1982

1 AR (RSHA) 123/63

72

Vg.

1) Fs schreiben an: — 1 Durchschr. zdA —

Gewerkschaft Nahrung - Genuss - Gaststätten
- Landesbezirk Niedersachsen / Bremen -
Dreyerstr. 6
3000 Hannover

Betrifft: Auszug aus einem Fahndungsbuch von 1942 über Herrn Rudolf Krautter

Bezug: Ihr Schreiben an das Bundeskriminalamt Wiesbaden vom 13.10.1982, Ihr Zeichen: Nie/Ku.

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Ihr an das Bundeskriminalamt in Wiesbaden gerichtetes Schreiben ist mir von diesem zur weiteren Veranlassung übersandt worden. In Ihrer Unterrichtung teile ich mit, dass die hier geführten Ermittlungen sich ausschließlich gegen ehem. Angehörige des früheren Reichssicherheitshauptamtes in Berlin gerichtet haben. Irgendwelche Unterlagen über eine politische Verfolgung des Herrn Rudolf Krautter konnten hier nicht ermittelt werden. Die hier vorhandenen Karteien, Dokumentationen oder sonstigen Sammelbestände betreffen nur die ehemaligen Angehörigen des früheren RSHA bezw. die zu Tode gekommenen Opfer. Fahndungsbücher aus früherer Zeit, insbesondere aus dem Jahre 1942, sind hier nicht vorhanden. Da jedoch nicht ausgeschlossen ist, dass ~~sich~~ eventuelle alte Fahndungsbücher bei dem Internationalen Suchdienst in Arolsen oder

beim Bundesarchiv in Koblenz gelagert sind, stelle ich anheim, bei diesen Dienststellen Nachfrage zu halten.

Mit freundlichen Grüßen

Z. K.

Z. d. A.

-1. NOV. 1982

Kanzlei
Eingang am: -1. 11. 82
Gefertigt am: 1/11.82 Schröder
Z. m. A. 1 Akte, 1 Dm
m. Schr. ab
03. NOV. 1982 Re

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

110/II AR 317/82

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

7140 Ludwigsburg, den
Schorndorfer Straße 58
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 141-1
bei Durchwahl 141 App. Nr.

8.Dez.1982

73

Zentrale Stelle, Postfach 1144, 7140 Ludwigsburg

An die

Staatsanwaltschaft
beim Kammergericht in Berlin
Amtsgerichtsplatz 1

1000 Berlin 19

Betr.: Ilse W a l t e r , geb.Pasewalk,
geb.am 24.Februar 1925 in Berlin,
wohnhaft Schnitzschulstraße 7,
8100 Garmisch-Partenkirchen

Bezug: 1 AR 123/63 (RSHA)

17/83/12. Frau Reibe
mit der Bitte um Feststellung bezüglich Verz. ist der Beschäftigtenliste, ob vorhanden.

Ich bitte um Mitteilung, ob dort ein Telefonverzeichnis für die Jahre 1944 /45 sowie eine Liste der Beschäftigten des Reichssicherheitshauptamtes für diesen Zeitraum vorhanden und Ilse W a l t e r , geborene Pasewalk in diesen Listen verzeichnet ist.

Krantz

(Krantz)
Erster Staatsanwalt

Verm.: In der Beschäftigtenliste ist Frau Walter geb. Pasewalk nicht enthalten. Einzige dokumentarische Beschäftigung ist die beim Kriminalkommissariat. Telefonverzeichnisse bezgl. der Jahre 1944/45 gibt es nicht. Die Frau ist jedoch im Pasewalk im Verzeichnis des Jahres 1942/43 enthalten.

13. DEZ. 1982

Zentrale Stelle der
Landesjustizverwaltungen
Postfach 11 44

LUDWIGSBURG, WÜRTT.
08.12.82
7140

DEUTSCHE BUNDESPOST
080

1 AR 123/63 (RSHA)

75

Kanzlei
Eingang am: 14. 12. 82
Gefertigt am: 14. 12. 82
~ 1/ Abl. ges.

Vg.

- 2/ 1 Schr. 1 Ou

15. 12. 82

1/ 1 Ablichtung von Bl. 77 des amtlichen Fernsprechverzeichnisses RSHA Mai 1942 und Juni 1943 herstellen.

2/ Schreiben an die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen (wie Bl. 73): unter Beifügung der Ablichtung zu Fl. 1)

Betrifft: <wie Bl. 73>

Bezug: Schreiben vom 8. Dezember 1982 - [wie Bl. 73]

Anlage: 1 Ablichtung

Auf Ihre Anfrage teile ich mit, daß mir das Telefonverzeichnis des RSHA für die Jahre 1944/45 nicht vorliegt. In der Behördenliste des ehem. RSHA ist die Obengenannte bei mir nicht erfaßt. Ausweislich des Fernsprechverzeichnisses (Stand Juni 1943) ist jedoch eine Ilse Paserack als Kanzleiangestellte im Referat II C 4 des ehem. RSHA tätig gewesen. Eine Ablichtung des Blattes füge ich zu Ihrer Information bei. Ob allerdings zwischen der früheren Kanzleiangestellten Ilse Paserack und der im Schreiben genannten Personenidentität besteht, vermag ich nicht zu beurteilen.
Die Fernsprechverzeichnisse RSHA mit Stand Mai 1942 und Juni 1943 sind im Bundesarchiv Koblenz unter R 58/1927 archiviert.

3) ZdA.

14. DEZ. 1982

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

14. Dezember 1982

2171

75-a

1 AR 123/63 (RSHA)

An die

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Schorndorfer Straße 58

7140 Ludwigsburg

Betrifft: Ilse W a l t e r , geb. Pasewalk,
geb. am 24. Februar 1925 in Berlin,
wohnhaft Schnitzschulstraße 7,
8100 Garmisch-Partenkirchen

Bezug: Schreiben vom 8. Dezember 1982
- 110/II AR 317/82 -

Anlage: 1 Ablichtung

Auf Ihre Anfrage teile ich mit, daß mir das Telefonverzeichnis des ehemaligen RSHA für die Jahre 1944/45 nicht vorliegt. In der Beschäftigtenliste des ehem. RSHA ist die Obengenannte bei mir nicht erfaßt. Ausweislich des Fernsprechverzeichnisses (stand Juni 1943) ist jedoch eine Ilse Pasewalk als Kanzleiangestellte im Referat II C 4 des ehem. RSHA tätig gewesen. Eine Ablichtung des Blattes füge ich zu Ihrer Information bei. Ob allerdings zwischen der früheren Kanzleiangestellten Ilse Pasewalk und der im Betreff Genannten Personenidentität besteht, vermag ich nicht zu beurteilen.

Die Fernsprechverzeichnisse RSHA mit Stand Mai 1942 und Juni 1943 sind im Bundesarchiv Koblenz unter R 58/927 asserviert.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

H

Bezirksamt Steglitz von Berlin
Abteilung Volksbildung

BERLIN

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 24. MAI 1983
mit 1 Anl. 1 Blatts. Bd.Akten

ALTV
1.9 24/5.

76

Bezirksamt Steglitz, Schloßstraße 80, D-1000 Berlin 41, (nur Postanschrift)

Dienstgebäude: ~~Berlin 45 (Lichterfelde), Goethestraße 9/11~~

An den
Generalstaatsanwalt beim
Kammergericht
Herrn Dietrich Schultz
Am Karlsbad 6-7

1000 Berlin 30

Geschäftszeichen (bitte immer angeben)	Bearbeiter	Zimmer	Fernruf 7904-3300 (Intern 983) App. 3300	Datum
VbDez		2505		18.5.83

Sehr geehrter Herr Schultz,

seit einigen Monaten bin ich bemüht festzustellen, ob die im Zusammenhang mit dem Attentat der jüdischen Widerstandsgruppe Baum 1942 auf die Nazi-Ausstellung "Das Sowjetparadies" erfolgten Geiselerschießungen nachweislich auf dem Gelände der Kaserne der damaligen Leibstandarte "Adolf Hitler" der SS geschahen.
Ich habe mich dazu an zahlreiche Institute gewandt, unter anderem auch an das Institut für Zeitgeschichte in München. Von dort erhielt ich den Brief, den ich Ihnen unter besonderem Hinweis auf den 1.Absatz der Seite 2 mit der Bitte zur Kenntnis gebe, dem Bezirk Steglitz in dieser Angelegenheit wenn möglich zu helfen.
Es ist unsere Absicht, bei zweifelsfreier Feststellung des Ortes der Erschießung, eine Gedenktafel für die Opfer am Eingang zu der Kaserne (heute als Andrews-Barracks von den Amerikanern genutzt) anzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Schröter
Bezirksstadtrat

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE

MÜNCHEN , 16.3.1983
Ar.-hie

77

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19, Tel. 18 00 26

An das
Bezirksamt Steglitz von Berlin
Abteilung Volksbildung
z.Hd.Herrn Bezirksstadtrat Schröter
Schloßstraße 80

1000 B e r l i n 41

6.4.83

Betr.: Ihr Schreiben vom 24.1.83

Bezug: Ihr GeschZ. VbDez

Sehr geehrter Herr Schröter,

wir bitten um Ihr Verständnis dafür, daß wir Ihr Auskunftsersuchen nicht eher erledigen konnten; wir wollten unsere Antwort jedoch erst nach allen uns hier möglichen Recherchen geben. Auch Ihr weiteres Schreiben ist eingegangen, die beiliegende Broschüre dürfen wir gewiß behalten und in unsere Bibliothek aufnehmen?

Zur Klärung Ihrer wesentlichen Frage können wir leider - wie die Durchsicht unserer Unterlagen ergeben hat - nicht beitragen. Die Geiselerschießung wird in der Literatur über die Widerstandstätigkeit der Gruppe Baum zwar häufig als in der ehemaligen SS-Kaserne in Lichterfelde erfolgt geschildert. Der einzige unseres Wissens für diese Erschießung vorhandene dokumentarische Beleg (das aus dem Eichmann-Prozeß bekannte Beweis-Dokument Nr. 1156) sagt aber über den Ort der Erschießung nichts aus. Auch W. Wippermann übernimmt (S. 8) die schon bei H.G.Adler erwähnte Aktennotiz des Leiters der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Dr. Löwenherz, über die "Vorsprache" bei Eichmann am 29. Mai 1942 (=Eichmann-Dokument Nr. 1156) und führt im nächsten Absatz, allerdings ohne Angabe einer Quelle

aus, die Erschießung habe in Lichterfelde stattgefunden.

Es liegt uns fern, dies in Zweifel zu ziehen, nur können wir es anhand des uns zur Verfügung stehenden Materials nicht belegen. Wir möchten Ihnen daher empfehlen, in Berlin selber Nachforschungen anstellen zu lassen und raten in diesem Zusammenhang, bei der Staatsanwaltschaft Berlin um Amtshilfe zu bitten. Zu fragen wäre u.E., ob sich aus Untersuchungsakten dort anhängig gewesener einschlägiger Ermittlungsverfahren (z. B. gegen den ehemaligen Leiter der Berliner Stapoleitstelle, Bovensiepen, oder seinen Vertreter, Dr. Venter, vielleicht Hinweise auf die Geiselerschießung ergeben.

Zu denken wäre auch an eine Anfrage an Yad Vashem in Jerusalem, in dessen Archiv Zeugenaussagen von Charlotte und Richard Holzer (überlebende Mitglieder der Gruppe Baum) und einer Frau Edith Wolff vorhanden sind. Diese Angabe ist bei Herbert Rosenkranz in "Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1939 - 1945", Wien 1978, auf Seite 347 enthalten.

Sollten Ihre Nachforschungen weiterführen, so wären wir für eine gelegentliche Information sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.
Arndt
(Dr.I.Arndt)

Vfg.

1/ Frau Reiber mit der Bitte um Nachforschung, ob sich in den hiesigen RSHA-Karteien Anhaltspunkte über die jüdische Widerstandsgruppe Baum (1942) und die damit verbundenen Geiselerschießungen finden lassen.
Befinden sich die Akten-Verfahren gegen den Leiter der Gestapoleitstelle Berlin Bovensiepen und seinen Verbrecher, Dr. Venter - liier oder in Moskit bei der StA/LG 2
AZ des Verfahrens ?. Angehörige der Gestapoleitstelle Berlin ?
Bitte lesbare Kopie der HA 1 AR 123/63 (RSHA) beifügen.

2/ Wiedervorlage

24. MAI 1983

Akten z. Boxensieper 1/s 9.65 = 1 KS 2.68
befinden sich nicht hier. Personalhefte
1 AR 541.65 Boxensieper ist beigefügt. Personal-
hefte aus 1967 betr. B. + D. Vorlage sind eben-
falls nicht auffindbar. Bezügl. der Gruppe Bauer
ergibt sich aus der RSHA Kartei nichts.

26. MAI

1 AR (RSHA) 123/63

Vfg.

1) Vermerk:

Das früher gegen Angehörige der Stapoleitstelle Berlin (Bovensiepen u.a.) unter dem Aktenzeichen 1 Js 9/65 = 1 Ks 2/69 von der Arbeitsgruppe RSHA geführte Verfahren befindet sich jetzt bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin. Das Verfahren hat dort das Aktenzeichen 3 P (K) Ks 1/71.

2) Je eine Ablichtung des anliegenden Schreibens des Bezirksamtes Steglitz (Bezirksstadtrat S c h r ö t e r) vom 18. Mai 1983 und des in Ablichtung beigefügten Schreibens des Instituts für Zeitgeschichte vom 16. März 1983 fertigen und dem Schreiben zu Ziffer 4) beifügen.

3) Zu schreiben - 1 Durchschrift z.d.A. -
- 1 Durchschrift dem Schreiben zu Ziffer 4) beifügen -:

80

An das

Bezirksamt Steglitz von Berlin
- Abteilung Volksbildung -
z.Hd. Herrn Bezirksstadtrat Schröter
Schloßstraße 80

1000 Berlin 41

Betrifft: Anschlag der jüdischen Widerstandsgruppe Baum auf die Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" im Jahre 1942

Bezug: Schreiben vom 18. Mai 1983 - Vb Dez -

Sehr geehrter Herr Bezirksstadtrat Schröter,

da Herr Generalstaatsanwalt Schultz sich zur Zeit nicht in Berlin aufhält, ist mir Ihr Schreiben vom 18. Mai 1983 zuständigkeitshalber zur Erledigung zugeleitet worden. Zu meinem Bedauern sehe ich mich nicht in der Lage, Ihnen in der in Rede stehenden Angelegenheit helfen zu können. Aufgrund der in den früher hier anhängig gewesenen Verfahren gegen ehemalige Angehörige des damaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts des Mordes in Ablichtung gesammelten Dokumente und sonstigen Unterlagen habe ich über die Widerstandsgruppe Baum nur folgendes ermitteln können:

In der vom ehemaligen Reichssicherheitshauptamt - Amt IV - herausgegebenen Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse Nr. 2 vom 7. August 1942 ist unter der Überschrift "Kommunismus-Marxismus" folgender Vermerk enthalten:

81

"Von der Stapoleitstelle B e r l i n konnten im Laufe der weiteren Ermittlungen gegen die illegale KP-Gruppe in Berlin, die u.a. am 18. Mai d.J. den Anschlag auf die Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" verübt hatte, insgesamt noch 15 Personen, darunter 11 Juden, als Mitglieder der genannten Gruppe ermittelt und festgenommen werden (vgl. Meldung Nr. 11 vom 27.5.42, S. 3).

Von den seinerzeit festgenommenen 22 Personen wurden inzwischen7, die an der Brandlegung in der Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" beteiligt waren, vom Sondergericht Berlin wegen Verbrechens gegen das Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten vom 4.4.33 in Verbindung mit der Verordnung gegen Gewaltverbrecher vom 5.12.39 zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt."

Aus der Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse Nr. 4 vom 11. September 1942 ergibt sich darüberhinaus bezüglich der "Widerstandsgruppe Baum " noch folgendes:

"Die Stapoleitstelle B e r l i n hat wegen illegaler Betätigung in der kommunistischen Gruppe des Juden Herbert Israel B a u m , die sich vorwiegend aus Juden zusammensetzte, inzwischen noch die nachstehend genannten Personen in Schutzhaft genommen:

Büroangestellte Hildegard Sara L o e w y , geb. am 4.8.22 zu Berlin,

Arbeiter Lothar Israel S a l i n g e r , geb. am 8.5.19 zu Berlin,

Arbeiter Helmut Israel N e u m a n n , geb. am 29.7.21 zu Berlin,

Arbeiterin Lotte Sara R o t h o l z geb. Jastrow, geb. am 25.9.23 zu Bentheim,

Techniker Gustav P a e c h , geb. am 11.10.05 zu Berlin,

- sämtlich in Berlin wohnhaft -."

82

Auch in der Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse Nr. 7 vom 22. Dezember 1942 ist ein Hinweis auf die "Widerstandsgruppe Baum" wie folgt enthalten:

> "Die Stapoleitstelle B e r l i n nahm die in der Anlage aufgeführten 18 Personen fest, die der von dem Juden Herbert Israel B a u m gegründeten kommunistischen Organisation angehört hatten. Bei den Festgenommenen handelt es sich zum größten Teil um ehemalige aktive Kommunisten, von denen einige noch nach der Machtübernahme politisch in Erscheinung getreten sind."

Die in der Meldung Nr. 7 erwähnte Anlage enthält die Personalien der festgenommenen 18 Personen, die sämtlich in Berlin wohnhaft bzw. illegal aufhältlich gewesen sein sollen.

Soweit in der Meldung Nr. 2 vom 7. August 1942 auf die Meldung Nr. 11 vom 27. Mai 1942, S. 3 Bezug genommen wird, liegt mir diese nicht vor. Sie dürfte sich jedoch im Original - wie auch die von mir angeführten Meldungen - im Bundesarchiv in Koblenz (wahrscheinlich unter der Registernummer R 58, evtl. in den Bänden 202 bis 207) befinden.

Über das Schicksal der vom Sondergericht Berlin zum Tode verurteilten 7 Personen, die an der Brandlegung in der Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" beteiligt gewesen sein sollen (vgl. Meldung Nr. 2), sowie der anderen fest- bzw. in Schutzhaft genommenen Personen ist mir nichts weiter bekannt. Insbesondere vermag ich keine Auskunft darüber zu geben, ob bzw. wieviele der angeführten Personen an welchen Orten hingerichtet oder erschossen worden sind.

Da die Verhaftungen der Angehörigen der "Widerstandsgruppe Baum" von der Stapoleitstelle Berlin vorgenommen worden sind und auch gegen die ehemaligen Angehörigen dieser SS-Dienststelle Ermittlungen wegen Verdachts des Mordes geführt wurden, habe

ich eine Ablichtung Ihres Schreibens zuständigkeitshalber der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin, bei der die Akten verwahrt werden, zugeleitet mit der Bitte, weitere Nachforschungen hinsichtlich Ihres Anliegens anzustellen und Sie über das Ergebnis zu unterrichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Z.U.)

/

4) Zu schreiben (mit Durchschrift)
- unter Beifügung der 2 Ablichtungen zu Ziffer 2) und 1 Durchschrift des Schreibens zu Ziffer 3) -
- 1 Durchschrift zu den Akten nehmen -:

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin

Betrifft: Anschlag der Widerstandsgruppe Baum auf die Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" im Jahre 1942;
hier: Schreiben des Bezirksstadtrats Schröter vom 18. Mai 1983

Bezug: Verfahren gegen ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Berlin (Bovensiepen u.a.) wegen Verdachts des Mordes - 3 P (K) Ks 1/71 -

Anlagen: 2 Ablichtungen
1 Durchschrift

Als Anlage übersende ich in Ablichtung ein Schreiben des Bezirksstadtrats S c h r ö t e r vom 18. Mai 1983 nebst einer Anlage mit der Bitte um weitere Veranlassung in dortiger Zuständigkeit. Die Vorgänge gegen ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Berlin (Bovensiepen u.a.) wegen Verdachts des Mordes werden dort unter dem Aktenzeichen 3 P (K) Ks 1/71 geführt. Soweit ich aus den hier gelagerten RSHA-Beständen Erkenntnisse über die "Widerstandsgruppe Baum" habe gewinnen können, habe ich diese bereits Herrn S c h r ö t e r mitgeteilt. Eine Durchschrift meines Schreibens vom heutigen Tage füge ich zur gefälligen Kenntnisnahme bei.

Das Ergebnis der dortigen Nachforschungen bitte ich zu gegebener Zeit Herrn Bezirksstadtrat S c h r ö t e r mitzuteilen.

(U. begl.)

4a) nach Abgang des Schreiben zu - 7 - Hft. 3 u. 4 vorzulegen mit der Bitte um Kenntnisnahme: Herrn Chef Neu 31.5.

5) BA H 1 sowie Karteikarte und Personalheft Bovensiepen wieder im RSHA-Archiv ablegen.

6) Diese Verfügung kommt mit dem Schreiben vom 18. Mai 1983 nebst Anlage zu den Akten.

7) Wieder weglegen.

Berlin 30, den 27. Mai 1983.

Sperin

2a5) dr.
2a3) Schrb. ab
2a4) Schrb. + Akt. ab
30 MAI 1983

Sa

Staatsanwaltschaft
beim Kammergericht

27. Mai 1983

2171

1 AR (RSHA) 123/63

An das
Bezirksamt Steglitz von Berlin
- Abteilung Volksbildung -
z.Hd. Herrn Bezirksstadtrat Schröter
Schloßstraße 80

1000 Berlin 41

Betrifft: Anschlag der jüdischen Widerstandsgruppe Baum auf die Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" im Jahre 1942

Bezug: Schreiben vom 18. Mai 1983 - Vb Dez -

Sehr geehrter Herr Bezirksstadtrat Schröter,

da Herr Generalstaatsanwalt Schultz sich zur Zeit nicht in Berlin aufhält, ist mir Ihr Schreiben vom 18. Mai 1983 zuständigkeitshalber zur Erledigung zugeleitet worden. Zu meinem Bedauern sehe ich mich nicht in der Lage, Ihnen in der in Rede stehenden Angelegenheit helfen zu können. Aufgrund der in den früher hier anhängig gewesenen Verfahren gegen ehemalige Angehörige des damaligen Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts des Mordes in Ablichtung gesammelten Dokumente und sonstigen Unterlagen habe ich über die Widerstandsgruppe Baum nur folgendes ermitteln können:

In der vom ehemaligen Reichssicherheitshauptamt - Amt IV - herausgegebenen Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse Nr. 2 vom 7. August 1942 ist unter der Überschrift "Kommunismus-Marxismus" folgender Vermerk enthalten:

"Von der Stapoleitstelle B e r l i n konnten im Laufe der weiteren Ermittlungen gegen die illegale KP-Gruppe in Berlin, die u.a. am 18. Mai d.J. den Anschlag auf die Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" verübt hatte, insgesamt noch 15 Personen, darunter 11 Juden, als Mitglieder der genannten Gruppe ermittelt und festgenommen werden (vgl. Meldung Nr. 11 vom 27.5.42, S. 3).

Von den seinerzeit festgenommenen 22 Personen wurden inzwischen7, die an der Brandlegung in der Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" beteiligt waren, vom Sondergericht Berlin wegen Verbrechens gegen das Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten vom 4.4.33 in Verbindung mit der Verordnung gegen Gewaltverbrecher vom 5.12.39 zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt."

Aus der Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse Nr. 4 vom 11. September 1942 ergibt sich darüberhinaus bezüglich der "Widerstandsgruppe Baum" noch folgendes:

"Die Stapoleitstelle B e r l i n hat wegen illegaler Betätigung in der kommunistischen Gruppe des Juden Herbert Israel B a u m , die sich vorwiegend aus Juden zusammensetzte, inzwischen noch die nachstehend genannten Personen in Schutzhaft genommen:

Büroangestellte Hildegard Sara L o e w y , geb. am 4.8.22 zu Berlin,

Arbeiter Lothar Israel S a l i n g e r , geb. am 8.5.19 zu Berlin,

Arbeiter Helmut Israel N e u m a n n , geb. am 29.7.21 zu Berlin,

Arbeiterin Lotte Sara R o t h o l z geb. Jastrow, geb. am 25.9.23 zu Bentheim,

Techniker Gustav P a e c h , geb. am 11.10.05 zu Berlin,

- sämtlich in Berlin wohnhaft -."

Auch in der Meldung wichtiger staatspolizeilicher Ereignisse Nr. 7 vom 22. Dezember 1942 ist ein Hinweis auf die "Widerstandsgruppe Baum" wie folgt enthalten:

> "Die Stapoleitstelle B e r l i n nahm die in der Anlage aufgeführten 18 Personen fest, die der von dem Juden Herbert Israel B a u m gegründeten kommunistischen Organisation angehört hatten. Bei den Festgenommenen handelt es sich zum größten Teil um ehemalige aktive Kommunisten, von denen einige noch nach der Machtübernahme politisch in Erscheinung getreten sind."

Die in der Meldung Nr. 7 erwähnte Anlage enthält die Personalien der festgenommenen 18 Personen, die sämtlich in Berlin wohnhaft bzw. illegal aufhältlich gewesen sein sollen.

Soweit in der Meldung Nr. 2 vom 7. August 1942 auf die Meldung Nr. 11 vom 27. Mai 1942, S. 3 Bezug genommen wird, liegt mir diese nicht vor. Sie dürfte sich jedoch im Original - wie auch die von mir angeführten Meldungen - im Bundesarchiv in Koblenz (wahrscheinlich unter der Registernummer R 58, evtl. in den Bänden 202 bis 207) befinden.

Über das Schicksal der vom Sondergericht Berlin zum Tode verurteilten 7 Personen, die an der Brandlegung in der Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" beteiligt gewesen sein sollen (vgl. Meldung Nr. 2), sowie der anderen fest- bzw. in Schutzhaft genommenen Personen ist mir nichts weiter bekannt. Insbesondere vermag ich keine Auskunft darüber zu geben, ob bzw. wieviele der angeführten Personen an welchen Orten hingerichtet oder erschossen worden sind.

Da die Verhaftungen der Angehörigen der "Widerstandsgruppe Baum" von der Stapoleitstelle Berlin vorgenommen worden sind und auch gegen die ehemaligen Angehörigen dieser SS-Dienststelle Ermittlungen wegen Verdachts des Mordes geführt wurden, habe

ich eine Ablichtung Ihres Schreibens zuständigkeitshalber der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin, bei der die Akten verwahrt werden, zugeleitet mit der Bitte, weitere Nachforschungen hinsichtlich Ihres Anliegens anzustellen und Sie über das Ergebnis zu unterrichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Severin
Leitender Oberstaatsanwalt

Sa

27. Mai 1983

2171

1 AR (RSHA) 123/63

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin

Betrifft: Anschlag der Widerstandsgruppe Baum auf die Ausstellung "Das Sowjet-Paradies" im Jahre 1942;
hier: Schreiben des Bezirksstadtrats Schröter vom 18. Mai 1983

Bezug: Verfahren gegen ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Berlin (Bovensiepen u.a.) wegen Verdachts des Mordes - 3 P (K) Ks 1/71 -

Anlagen: 2 Ablichtungen
1 Durchschrift

Als Anlage übersende ich in Ablichtung ein Schreiben des Bezirksstadtrats S c h r ö t e r vom 18. Mai 1983 nebst einer Anlage mit der Bitte um weitere Veranlassung in dortiger Zuständigkeit. Die Vorgänge gegen ehemalige Angehörige der Stapoleitstelle Berlin (Bovensiepen u.a.) wegen Verdachts des Mordes werden dort unter dem Aktenzeichen 3 P (K) Ks 1/71 geführt. Soweit ich aus den hier gelagerten RSHA-Beständen Erkenntnisse über die "Widerstandsgruppe Baum" habe gewinnen können, habe ich diese bereits Herrn S c h r ö t e r mitgeteilt. Eine Durchschrift meines Schreibens vom heutigen Tage füge ich zur gefälligen Kenntnisnahme bei.

Das Ergebnis der dortigen Nachforschungen bitte ich zu gegebener Zeit Herrn Bezirksstadtrat S c h r ö t e r mitzuteilen.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

Sa

86

Ilse K u n z e

1000 Berlin 31, den 8. Juni 1983
Wilhelmsaue 5a

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
Am Karlsbad 6 - 7

1000 Berlin 30

Betr.: Aktenzeichen 1 AR 123/63

Unter Bezugnahme auf das in Fotokopie beigefügte Schreiben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen wende ich mich an Sie mit der Bitte um Ausstellung einer Bescheinigung zur Vorlage bei der Bundesversicherung für Angestellte, sofern noch Unterlagen bei Ihnen vorhanden sind.

Ich war vom 1. April 1942 bis zum Kriegsende 1945 als Stenotypistin beim SD-Leitabschnitt Berlin (Dienststelle des Reichssicherheitshauptamtes), Berlin C 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 22, tätig.

Meine Personalien:

Kunze geb. Potzkai, Ilse, Hildegard
geb. 11. Juli 1925 in Berlin
wohnhaft 1000 Berlin 31, Wilhelmsaue 5a

Familienname und Anschrift während der Zeit vom 1.4.1942 bis zum Kriegsende 1945:

Potzkai
Berlin-Waidmannslust, Waidmannsluster-Damm 181

Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen.

Hochachtungsvoll

Ilse Kunze

Vfg

1) Frau Reiter
mit der Bitte um Feststellung, ob die Obengenannte in den hiesigen Karteien oder Telefonverzeichnissen als ehem. Angehörige des RSHA erfaßt ist.

2) 1 Woche.

13.6.

Vermerk: Eine Frau Kunze geb. Potzkai ist in der RSHA Kartei und in den Telefonverzeichnissen nicht erfaßt.

15. JUNI 1983

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
11o/II AR 2o3/83

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

7140 Ludwigsburg, den
Schorndorfer Straße 58
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 141-1
bei Durchwahl 141 App. Nr.

31. Mai 1983

87

Zentrale Stelle, Postfach 1144, 7140 Ludwigsburg

Frau
Ilse Kunze
Wilhelmsaue 5a
1ooo Berlin 31

Sehr geehrte Frau Kunze,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 2. Mai 1983 teile ich Ihnen mit, daß bei der Zentralen Stelle keine Unterlagen vorhanden sind.

Aber ich stelle Ihnen anheim, sich mit einer Anfrage an die Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin, Am Karlsbad 6-7, 1ooo Berlin 3o, zum Aktenzeichen 1 AR 23/63 zu wenden, da bei der dortigen Dokumentensammlung RSHA noch umfangreiche Verzeichnisse und Namenslisten vorhanden sind.

Mit freundlichen Grüßen

(Krantz)
Oberstaatsanwalt

1 AR (RSHA) 123/63

88

1/ Zu schreiben:
Frau Lese Kunze
<wie Anlage>

Betrifft: Ehemaliges Reichssicherheitshauptamt
Bezug: Ihr Schreiben vom 8. Juni 1983

Sehr geehrte Frau Kunze,
auf Ihr o.g. Schreiben teile ich Ihnen mit, daß sie in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des RSHA nicht erfaßt sind. Zu meinem Bedauern vermag ich daher nicht,

Ihnen in Ihrer Versicherungsangelegenheit zu helfen.

Vorschlag

z. K.

15. JUN 1983

Kanzlei
16. JUNI 1983

16. Juni 83 K

1) Schr. + Zu

2) Schr. + Kal. al

16 JUN 1983

Durchschrift

15. Juni 1983

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

21 53

1 AR (RSHA) 123/63

Frau
Ilse Kunze
Wilhelmsaue 5 a

1000 Berlin 31

Betrifft: Ehemaliges Reichssicherheitshauptamt

Bezug: Ihr Schreiben vom 8. Juni 1983

Sehr geehrte Frau Kunze,

auf Ihr o.a. Schreiben teile ich Ihnen mit, daß Sie in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des RSHA nicht erfaßt sind. Zu meinem Bedauern vermag ich daher nicht, Ihnen zu Ihrer Versicherungsangelegenheit zu helfen.

Hochachtungsvoll

Severin
Leitender Oberstaatsanwalt

R

1 AR 123/63 (RSHA)

89

V/H.

1) Zu streichen: 1 Durchschrift zdA
1 " zdA 1 KS 1/69 (Bd. VII)

< wie Bl. 67 d.A. 1 AR 123/63 (RSHA) Bd. XV .

2) 3 Monate.

15. JULI 1983

15/10

Kanzlei
Eingang am: 15. 7. 83
Gefertigt am: 15. Juli 83
zu 1 Schr. 7+ Bd. gez. Gabsch
m. Anl. zurück
15. 7. 83

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

15. Juli 1983

2171

1 AR 123/63 (RSHA)

An den
Leiter der Zentralstelle
im Lande Nordrhein-Westfalen
für die Bearbeitung von
nationalsozialistischen
Massenverbrechen bei der
Staatsanwaltschaft Dortmund
Postfach

4600 Dortmund

Betrifft: Dortiges Ermittlungsverfahren gegen Dr. Ernst GERKE u.a.
wegen Mordes

Bezug: Aktenübersendung vom 7. August 1981
zum dortigen Vorgang 45 Js 17/69

Um Rücksendung der mit dem Bezugsschreiben übersandten Dokumentenbände aus dem Verfahren 1 Js 7/65 (RSHA) = 1 Ks 1/69 (RSHA), ggf. um Mitteilung, daß und wie lange sie dort noch benötigt werden, wird gebeten.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

Sa

Liesbeth Neske
Richard-Wagner-Str. 1
8740 Bad Neustadt

8740 Bad Neustadt, den 26.07.83

90

An den
Generalstaatsanwalt beim Kammergericht - Berlin
Amtsgerichtsplatz 1
1000 Berlin 19

Gemeinsame Briefannahme 28.-7.83 10-12 Justizbehörden Charlottenburg

Staatsanwaltschaft b. Berlin Kammergericht
Eing. am 29. JULI 1983
mit 1 Anl. Blatts. Bd. Akten

Anlagen
Abschriften

Betreff : Rentenklärung

Aktenzeichen: 1 AR 123/63

Von der Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung Ludwigsburg wurde mir Ihre Anschrift und obiges Aktenzeichen mitgeteilt.

Zur Vorlage bei der Bundesversicherungsanstalt f. Angestellte in Berlin, wird um Ausstellung einer Dienstlaufbahnbescheinigung (Gefangenschaft und auswärtiger Einsatz in Riga) gebeten für

N E S K E Liesbeth, Helga - geb. 06.07.24 in Fürstenau, Kreis Graudenz/Westpreußen,(Polen : Bursztynowo)

Vom 01.02.1943 bis 19.05.1945
arbeitete ich als Fernschreiberin bei der Geheimen Staatspolizei in Graudenz/Westpr, bzw. in Berlin.
Amerikanische Gefangenschaft lag vor: 19.05.45 bis 11.07.1946.
Letztes Lager : Ludwigsburg, Entlassungsschein ist vorhanden.
Familiennname während der oben genannten Zeit : N E S K E

Auflistung :

01.02.43 Eintritt bei der Geheimen Staatspolizei Graudenz/Westpr.
06.06.44 bis September 1944 in Riga/Lettland, im Auftrag obiger Dienststelle.
22.01.45 Dienststelle in Graudenz aufgelöst und nach Berlin versetzt. Im Reichssicherheitshauptamt Berlin, Prinz-Albrecht-Str. bzw. (nach Bombenschaden) Kurfürstendamm-Str. gearbeitet, bis
26.02.45 Danach, nach Hof/i.Bayern evakuiert, bis
06.04.45 Anschließend mit Reisepapieren versehen, nach Salzburg, bis
29.04.45 An diesem Tag ging es weiter Richtung Innsbruck, Durch Kriegseinwirkung nur bis Markt Pongau gekommen. Hier wurde unsere Gruppe aufgelöst am 07.05.45. Ich landete in einem offenen Lager einer Feldjäger-Einheit. Nach Einmarsch der Amerikaner kam ich in Gefangenschaft:
19.05.45 1. Lager Markt Pongau
29.05.45 2. Lager Kirchdorf
09.06.45 3. Lager Kirchheim
11.06.45 4. Lager Fürstenfeldbruck (ehem. Junkerschule)
04.07.45 5. Lager Fürstenfeldbruck " Camp Ia"
19.07.45 6. Lager Ingolstadt
18.09.45 7. Lager Altenstadt
23.05.46 8. Lager Ludwigsburg.
11.07.46 Entlassung aus der Gefangenschaft. Meinen Entlassungsschein füge ich als Kopie bei.

Nach bestem Wissen versichere ich, daß die vorgenannten Angaben richtig sind.Angaben über Feldpostnummer für die Zeit in Riga, kann ich leider nicht machen.
Bedanke mich im Voraus.

Mit freundlichem Gruß

Anlage: -1-

Liesbeth Neske

1/ Frau/Herrn Fernsprechteilnehmer

mit der Bitte um Feststellung, ob die genannte Person in den hiesigen Karteien oder Telefonverzeichnissen als ehem. Angehöriger des ZSHA erfaßt ist.

2 x Karten.

1.8.

ZU 1/ In der Kartei sowie im Telefonverzeichnis nicht ermittelt.

8. AUG. 1983

91

EXHIBIT "A" (Continued)

Bearer has been instructed that his continued freedom is dependent upon his future conduct and compliance with the laws and regulations of Allied Military Government.

Der Inhaber dieses Entlassungsscheines ist darüber aufgeklärt worden, daß seine Freiheit von seinem jeweiligen Verhalten sowie seiner Einfügung in die Gesetze und Verordnungen der Allierten Militärregierung abhängig ist.

Bearer will retain this release as evidence of the validity of his release, and in the event of his arrest in the future this release will be attached to the original of the arrest report.

Der Inhaber dieses Entlassungsscheines hat diesen als Beweis seiner rechtmäßigen Entlassung selbst aufzubewahren. Im Falle einer zukünftigen Inhaftierung muß dieses Schriftstück dem Originalverhaftungsbericht angeheftet werden.

For the Commanding Officer:
Für den Kommandanten:

ARMY INTERNEE CAMP — OFFICIAL

Liesbeth Ueske — Name Joseph S. Prejean

Internee's signature (signed)
Unterschrift des Internierten (Unterschrift)

Date 10 July 1946

Right Thumb Print

Name JOSEPH S. PREJEAN
(Printed or typed)
(Druckbuchstaben oder Maschinenschrift)

Second Lieutenant
Leutnant
O-1338636 Inf
ASN Branch

~~Omit~~ ~~Name~~

This is a valuable paper and internee should keep it on his person always. If lost application for duplicate should at once be made to Director Military Government for Wuertt-Baden Attention: Military Government Review Boar APO 154 US Army.

Dies ist ein wertvolles Papier, welches Sie immer bei sich führen sollten. Wenn Sie dieses verlieren, ist sofort ein Antrag für ein Duplikat an den Director Military Government für Wuertt-Baden zu Händen: Überprüfungsausschuß für Zivilinternierte zu stellen.

Württembergisches
Rotes Kreuz
Betreuungsstelle Ludwigsburg
für 2 Tage Reisem. erh. am 10.7.46

Bahnhofsmission W...
Mittagessen 11.7.46

Verpflegt mit 18.7.

Es wird hiermit bescheinigt, dass Fräulein Liesbeth Ueske, Oberstreu, sich beim Landratsamt ordnungsgemäss gemeldet hat.

Mellrichstadt, den 19.7.46

Der Landrat des Kreises Mellrichstadt - Ernährungsamt

Der Landrat des Kreises Mellrichstadt - Ernährungsamt

RELEASE FROM CIVILIAN INTERNMENT CAMP NO. 77

ENTLASSUNGSSCHEIN FÜR ZIVILPERSONEN AUS DEM INTERNIERUNGSLAGER NR. 77

CIVILIAN INTERNEE ENCLOSURE

LUDWIGSBURG GERMANY

Third US Army
Dritte Amerikanische Armee

This is to certify that NESKE, Liesbeth, born 6 July 1924, 31-G - 6 339 853
ermit wird, bestätigt, daß (name and address) (Name und Adresse)

Mellrichstadt / Mainfranken

whose signature appears below and who has been interned at Civilian Internment Camp as indicated above for the following reasons:

die/der Unterzeichnete, die/der aus folgenden Gründen im Internierungslager für Zivilpersonen, wie oben angeführt, interniert war: Gestapo employee

has been released, ~~provisionally released, paroled~~ (Strike out words not applying) from internment upon order of the duly appointed Military Government Review Board for Wuertt-Baden

ist auf Grund einer Entscheidung des kürzlich eingesetzten Prüfungsausschusses für Wuertt-Baden von der Internierung entlassen, ~~vorläufig entlassen, ehrenwörtlich entlassen~~ worden. (Nicht zutreffendes durchstreichen.)

The bearer will not be rearrested for any of the reasons stated in the first paragraph of this letter, except by express order of the Director of Military Government for Wuertt-Baden

Der Inhaber dieses Entlassungsscheines darf nicht wieder verhaftet werden aus einem in Paragraph 1 dieses Briefes angeführten Grund, außer auf Grund eines ausdrücklichen Befehles des Direktors der Militärregierung für Wuertt-Bade

If provisionally released or paroled: Under terms of the provisional release or parole bearer will (State provisions).

Bei nur vorläufiger oder ehrenwörtlicher Entlassung: Unter den Bedingungen der vorläufigen oder ehrenwörtlichen Entlassung hat Entlassene/r: (Angabe der Bedingungen.)

no conditions - keine Bedingungen

Bearer will upon his arrival home report to the Landrat of the Kreis nearest to his place of abode and to the nearest Military Government Office and register his name, date of registery and the Military Government Review Board which has ordered his release.

Der Inhaber dieses Entlassungsscheines hat sich bei seiner Ankunft in seinem Wohnort sofort beim Landrat des seinem Wohnort nächsten Kreises zu melden (Wuerzburg) und zu registrieren, unter Angabe des Prüfungsausschusses, der seine Entlassung veranlaßt hat.

1 AR (RSHA) 123/63

92

Vfg.

1) Fs schreiben an:
Frau
Liesbeth Heske
< wie Anlage Bl. 90 >

Betrifft: Ehemaliges Reichssicherheitshauptamt

Bezug: Ihr Schreiben vom 26. Juli 1983

Ich gewähre Frau Heske,
auf Ihr o.a. Schreiben teile ich Ihnen mit, daß sie in den bei uns geführten Karteien über frühere Angehörige des

ehemaligen Reichsstudentenführers sie sind in dem mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des RSTV nicht aufgeführt sind. Es meinerseits Bemühungen ist daher nicht, Ihnen in Ihrer Übersiedlungsangelegenheit zu helfen.

Hochachtungsvoll

[illegible]

[illegible] (Ge. 89)

Kanzlei
- 9. 8. 83
9.8.83 B
Anlagen

Durchschrift

9. August 1983

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

2153

1 AR (RSHA) 123/63

92 a

Frau
Liesbeth Neske
Richard-Wagner-Straße 1

8740 Bad Neustadt

Betrifft: Ehemaliges Reichssicherheitshauptamt

Bezug: Ihr Schreiben vom 26. Juli 1983

Sehr geehrte Frau Neske,

auf Ihr o.a. Schreiben teile ich Ihnen mit, daß Sie in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des RSHA nicht erfaßt sind. Zu meinem Bedauern vermag ich daher nicht, Ihnen in Ihrer Versicherungsangelegenheit zu helfen.

Hochachtungsvoll
Severin
Leitender Oberstaatsanwalt

B

Bezirksfinanzdirektion Regensburg

Bezirksfinanzdirektion Regensburg, Postfach 1 93 92, 8400 Regensburg

An den Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht in Berlin
-Abt.f.Personen beim Amt des
Komandeurs d.Sicherheitspolizei
und des SD im Bezirk Warschau
Postfach
1000 Berlin

Staatsanwaltschaft b.d. Kammergericht-Be.
Eing. am - 4. AUG. 1983
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Eilt sehr!

93

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom	Bitte bei Antwort angeben Unser Zeichen	(09 41) 50 44 - 372 oder 50 44 - 0	Zimmer-Nr.	Regensburg
	PB - NV 1979 - Pol.		040	28.Juli 1983

Nachversicherung gem. § 72 G 131;
hier: Henryk N e u m a n n , geb. 16.12.1924 in Riga
wh. Hochweg 49, 8400 Regensburg

Sehr geehrte Damen und Herren !

Obengenannter hat hier Antrag auf Nachversicherung gem. § 72 G 131 seiner Polizeidienstzeit gestellt. Er kann keinerlei Unterlagen vorlegen. Die Archive die bereits angeschrieben wurden (Document Center, WASt, Bundesarchiv, Bundesverwaltungsamt) konnten ebenfalls keine Nachweise ermitteln. Seinen Werdegang gibt Og. wie folgt an:

vom 01.07.1943 - 30.06.1944	Kriminalangestellter
vom 01.07.1944 - 08.05.1945	Kriminalassistent beim Amt des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Warschau, Abt. IV A.2.

Sollten sich über Obengenannten bei Ihrer Dienststelle Unterlagen befinden, wäre ich sehr verbunden, wenn Sie mir diese übermitteln könnten.
Ist es evtl. möglich,daß bei anderen Archiven noch Unterlagen vorhanden sein könnten ?
Für Ihre Bemühungen bedanke ich mich sehr herzlich im voraus.

Mit freundl.Grüßen
I.A.
Müller
Müller

1) Frau / Herrn Geschäftsstellenleiter (PSLKA)
mit der Bitte um Feststellung, ob der Obengenannte in den hiesigen Karteien oder Telefonverzeichnissen enthalten ist.
2 Wochen.

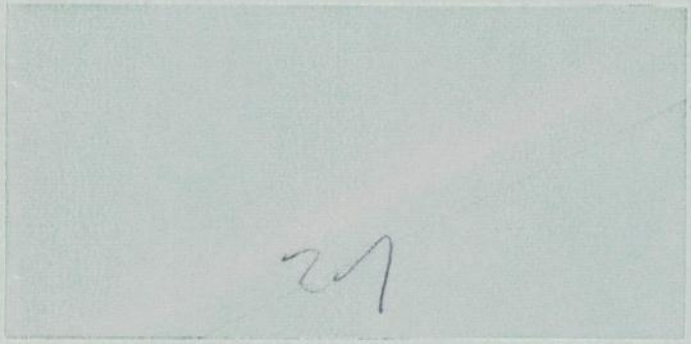
zu 1) ist n. nicht ermittelbar
30. AUG. 1983

V. S. 11/8.

Bezirksfinanzdirektion
Regensburg

REGENSBURG 2
-1. 8. 83
84

DEUTSCHE BUNDESPOST
080



94

Der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein-Westfalen für die Bearbeitung von nationalsozialistischen Massenverbrechen
bei der Staatsanwaltschaft Dortmund

4600 Dortmund, 4.8.1983
Postfach
Saarbrücker Straße 5 - 9
☎ 54 03 - 1
Fernschreiber 08 22 451

95

Geschäfts-Nr.: 45 Js 17/69
Bitte bei allen Schreiben angeben!

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1000 Berlin

Staatsanwaltschaft b.d. Kammerge...
Eing. am 11. AUG. 1983
mit Anl. Blatts 4 Bd. Akten

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Gerke u.A.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 15. Juli 1983
zu 1 AR 123/63 (RSHA)

Die anliegenden vier Dokumentenbände 7, 7 A, 7 B und 8 werden unter Bezugnahme auf die dortige Anforderung vom 15. Juli 1983 zurückgesandt.

Im Auftrage
Schacht
(Schacht)
Oberstaatsanwalt

V.

Dokumentenbände im Archiv wieder ablegen.
2) Frist 31.8.83 +
3) Wieder vorlegen.

V. 2 1378.

Staatsanwaltschaft Dortmund
Saarbrücker Straße 5-9
4600 Dortmund

4/3

82

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Am Karlsbad 6-7

D-1000 Berlin 30

534
4600 Dortmund 1
Selbstbucher

19

1 AR (RSHA) 123/63

96

Vfg.

1) Schreiben an: - 1 Durchschrift zdA -

Bezirksfinanzdirektion Regensburg

<wie Bl. 93 zd. R>

Betreff: [wie Bl. 93]

Bezug: Ihr Schreiben vom 28. Juli 1983 - <wie Bl. 93>

Ich spreche Herr Müller,
auf Ihre Anfrage vom 28. Juli teile ich mit, daß der
Obengenannte in den bei mir geführten Karteien über

frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes sie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des RSHA nicht erfaßt ist. Die mir vorliegenden Erkenntnisse beschränken sich im übrigen auch nur auf die Personen, die beim ehem. Reichssicherheitshauptamt selbst tätig waren.

Vorlage soll

z. d. A.

z. Sicherheitsakten.

30 AUG. 1983

Kanzlei
Eing. 31. 8. 83
Gefertigt am: 31.8.83B
Dr. 17 15h 12m

31.8.

Durchschrift

30. August 1983

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

2153

1 AR (RSHA) 123/63

96a

An die

Bezirksfinanzdirektion
Regensburg
Postfach 1 93 92

8400 Regensburg

Betrifft: Nachversicherung gem. § 72 G 131;
hier: Henryk N e u m a n n , geb. 16.12.1924 in Riga
wh. Hochweg 49, 8400 Regensburg

Bezug: Ihr Schreiben vom 28. Juli 1983
- PB - NV 1979 - Pol. -

Sehr geehrter Herr Müller,

auf Ihre Anfrage vom 28. Juli 1983 teile ich mit, daß der Obengenannte in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des RSHA nicht erfaßt ist. Die mir vorliegenden Erkenntnisse beschränken sich im übrigen auch nur auf die Personen, die beim ehem. Reichssicherheitshauptamt selbst tätig waren.

Hochachtungsvoll
Severin
Leitender Oberstaatsanwalt

B

Versorgungsamt II Berlin

BERLIN

97

JUSTIZBEHÖRDEN
16.-9.83-8-10
4.
BERLIN-MOABIT

Versorgungsamt II Berlin, Sächsische Straße 28-30, D-1000 Berlin 31

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
- RSHA - Arbeitsgruppe -
Turmstr. 91

1ooo Berlin 21

Eing. 19. SEP. 1983
mit ... Blatts. Bd. Akten

Geschäftszeichen (bitte immer angeben)
RZ 28 / 4 V 83
Bearbeiter:
Herr Struß
Dienstgebäude: Berlin 31
Albrecht-Achilles Straße 62
Zimmer:
4oo6
Fernruf: (030) ~~8907-0~~ (intern 95)
867-1
Apparat:
7967
Datum:
8. September 1983

zum Aktenzeichen 1 AR 123/63

Betr.: Oskar Johannes Vieweg, geb. 28. April 1914 in Dresden, verstorben am 19.8.1942

Ein Antrag auf Hinterbliebenenrente nach dem Bundesversorgungsgesetz wurde hier von der Witwe des verstorbenen Johannes Vieweg gestellt.

Die Witwe gab an, daß ihr am 19.8.1942 gefallener Ehemann einen Berufswechsel vom Amts- bzw. Landesgericht in Dresden zum Reichssicherheitshauptamt - SD Leitabschnitt Dresden - als Personalreferent, weil alter Parteigenosse vor 1933,vorgenommen hat.

Um über den Antrag, hinsichtlich der Gewährung von Schadensausgleich für Witwen, entscheiden zu können, bitten wir um Mitteilung, ob bei Ihnen Erkenntnisse vorliegen, daß der Obengenannte sich erheblich im nationalsozialistischen Sinne betätigt hat und sich durch die Zugehörigkeit zur NSDAP berufliche Vorteile verschafft hat.

Im Auftrag
Frank

VERSORGUNGSAMT II BERLIN

Beglaubigt

Vermerk: Der Angeschaute ist in den hiesigen RSHA Karteien u. Telefonverzeichnissen nicht zu ermitteln.

20. SEP. 1983 Es

1 AR (RSHA) 123/63

V.

1) Zu schreiben:

An das
Versorgungsamt II Berlin
Sächsische Straße 28-30

1000 Berlin 31

Betrifft: Oskar Johannes V i e w e g ,
geboren am 28. April 1914 in Dresden,
verstorben am 19. August 1942

Bezug: Ihr Schreiben vom 8. September 1983
- RZ 28/4 V 83 -

Auf Ihre Anfrage vom 8. September 1983 wird mitgeteilt, daß der Vorgenannte in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des Reichssicherheitshauptamtes nicht erfaßt ist. Die mir vorliegenden Erkenntnisse beschränken sich im übrigen auch auf diejenigen Personen, die beim ehemaligen Reichssicherheitshauptamt selbsttätig waren.

(U. begl.)

2) Wieder weglegen.

Kanzlei
22. 9. 83
Eingang am: .....
Gefertigt am: 22.9.83 Ar
zu 1) 1 Schr. ... 22.9.

Berlin, den 20. September 1983

Ber

Durchschrift zum Vorgang 1 AR 123/63 (RSHA)

4. Oktober 1983

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
1 Js 1/69 (RSHA)

21 06

99

Herrn
Ferdinand Kroh
Humboldtstraße 35

1000 Berlin 33

Betrifft: Akteneinsicht für wissenschaftliche Zwecke;
hier: Einsichtnahme in die Verfahrensakten
1 Js 1/69 (RSHA)

Bezug: Ihre Schreiben an den Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht vom 6. Juni und 18. September 1983

Sehr geehrter Herr Kroh,

soweit Sie in den angeführten Bezugsschreiben gebeten haben, auch Akteneinsicht in die hier verwahrten Vorgänge 1 Js 1/69 (RSHA) nehmen zu dürfen, hat mir der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin Ihren Antrag zur Entscheidung in eigener Zuständigkeit zugeleitet.

Nach Prüfung Ihres Anliegens gewähre ich Ihnen die erbetene Akteneinsicht, die ich jedoch davon abhängig mache, daß Sie zuvor schriftlich versichern, die Ihnen zur Einsichtnahme vorgelegten Akten oder Aktenteile Dritten nicht zugänglich zu machen sowie Hinweise auf Verfahrensbeteiligte oder auf Tatsachen, die zu ihrer Identifizierung führen können, zu vermeiden. Ablichtungen aus den Vorgängen dürfen nur mit meiner vorherigen Zustimmung gefertigt werden. Die Akteneinsichtnahme hat in den hiesigen Diensträumen zu erfolgen.

...

100

Im übrigen würde ich es für zweckmäßig halten, daß Sie sich zunächst zwecks Vorbereitung einer Akteneinsicht mit mir in Verbindung setzen.

Hochachtungsvoll
S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. 89

17. OKT. 1983

mit 1 Ks 1.69

Ott. s. Bl. 95

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE

101

Aktenzeichen
65 260925 K 507
(Bitte bei Rückschriften stets angeben)

Postanschrift:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte · Postfach · 1000 Berlin 88

Hauptverwaltung:
Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, Telefon (0 30) 8 65-1

An den
Generalstaatsanwalt beim
Kammergericht Berlin

1000 Berlin 19

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 21. OKT. 1983
mit Anl. Blattz. Bd. Akten

Datum und Zeichen Ihres Schreibens
Az: 1 AR 123/63

☎ Durchwahl-Nr.
(030) 865- 2 63 57

Datum
18. OKT. 1983

Vers. Charlotte Barsch, geb. Klise, geb. 26.09.25
in Berlin, Kienhorststr. 143, 1000 Berlin 52

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die obige Versicherte gibt hier an, in der Zeit vom 06.10.42 bis 08.05.45 in der Kanzlei des Reichssicherheitshauptamtes, Prinz-Albrecht-Str., als Schreibkraft beschäftigt gewesen zu sein.

Hinsichtlich dieser Zeit wurde von uns bereits das Bundesarchiv, das Document Center Berlin und die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung in Ludwigsburg angeschrieben. Die Anfragen verliefen jedoch negativ.

Wir bitten daher um Überprüfung, ob für die Versicherte in dieser Zeit Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung abgeführt wurden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

Leisering

Vermerk: Obengenannte Person ist in den hiesigen RSHA-Karteien und im Telefonverzeichnis nicht ermittelbar.

24. OKT. 1983 ES

Bankkonten:
Nr. 1000310300 Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin (BLZ = 100 101 11)
Nr. 433044400 Bank für Handel und Industrie, Berlin (BLZ = 100 800 00)
Nr. 3500151800 Berliner Bank, Berlin (BLZ = 100 200 00)
Nr. 200100600 Berliner Commerzbank, Berlin (BLZ = 100 400 00)
Postscheckkonto: Berlin West Nr. 770 00-106 (BLZ = 100 100 10)
Nr. 100 01601 Landeszentralbank in Berlin (BLZ = 100 000 00)
Nr. 017845900 Deutsche Bank Berlin (BLZ = 100 700 00)
Nr. 70000781 BHF-Bank, Berlin (BLZ = 100 202 00)
Nr. 99000465 Berliner Volksbank-West, Berlin (BLZ = 100 900 00)
Nr. 0990007014 Sparkasse der Stadt Berlin West (BLZ = 100 500 00)
Institutionskennzeichen (IK): 111170019

1 AR (RSHA) 123/63

102

Vfg.

1) Schreiben an:

<wie Bl. 101>

Betrifft: [wie Bl. 101]

Bezug: Ihr Schreiben vom 18. Oktober 1983 – 65 260925 K 507

Auf Ihre Anfrage vom 18. Oktober 1983 teile ich mit, daß die Vorgesetzten in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir – allerdings nur teilweise – vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des ehem. Reichssicherheitshauptamtes nicht

erfolgt ist.

z. Akte.

2) Wieder vorlegen.

25. OKT. 1983

Kanzlei
26. OKT. 1983

25. Okt. 83 R

1) 15 Stück Ver...
tab

25. Oktober 1983

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

21 53

1 AR (RSHA) 123/63

102a

Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte
Postfach

1000 Berlin 88

Betrifft: Charlotte B a r s c h geb. Klise,
geboren am 26. September 1925 in Berlin,
wohnhaft Kienhorststraße 143 in 1000 Berlin 52

Bezug: Ihr Schreiben vom 18. Oktober 1983 - 65 260925 K 507 -

Auf Ihre Anfrage vom 18. Oktober 1983 teile ich mit, daß die Vorgenannte in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des ehem. Reichssicherheitshauptamtes nicht erfaßt ist.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE

Aktenzeichen
59 051225 R 506 BKZ 5033
(Bitte bei Rückschriften stets angeben)

BfA 103

Postanschrift:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte · Postfach · 1000 Berlin 88

Hauptverwaltung:
Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, Telefon (0 30) 8 65-1

Generalstaatsanwalt und
Kammergericht Berlin
Turmstr. 91

1000 Berlin 21

KAMMERGERICHT Briefannahme 16.12.83 8-12 BERLIN

Staatsanwaltschaft b.d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 16. DEZ. 1983
z.d.A. Staats. Bd. Akten

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

☎ Durchwahl-Nr.
(0 30) 8 65- 2 28 51

Datum
12. DEZ. 1983

Eva Steiner, geb. Ropel, geb. 05.12.25 in Kl. Katz,
wohnhaft Berner Str. 108, 2000 Hamburg 73

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bitten um Erteilung einer Auskunft aus den Ihnen vorliegenden Personalakten und sonstigen Unterlagen früherer Dienststellen für die o.g. Versicherte.

Laut Auskunft der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen vom 15.11.83 lagert bei Ihnen unter dem Aktenzeichen 1 Ar 123/63 die Dokumentensammlung "Reichssicherheitshauptamt".

Die Versicherte war von September 1941 bis Januar 1945 Angestellte im Büro der Geheimen Staatspolizei, Leitstelle Danzig, Grenzpolizeikommisariat Gotenhafen, Ihr Nachname während der o.g. Zeit war Ropel.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Lücke

Vermerk: Obengenannte Person ist in den hiesigen RSHA-Karteien u. Telefonverzeichnissen nicht erfaßt!

19. DEZ. 1983 ES

1.9104 - 3/83 - 500 000 (0177/83 - 1000)

Bankkonten:
Nr. 1000310300 Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin (BLZ = 100 101 11)
Nr. 433044400 Bank für Handel und Industrie, Berlin (BLZ = 100 800 00)
Nr. 3500151800 Berliner Bank, Berlin (BLZ = 100 200 00)
Nr. 200100600 Berliner Commerzbank, Berlin (BLZ = 100 400 00)
Postscheckkonto: Berlin West Nr. 770 00-106 (BLZ = 100 100 10)
Nr. 100 01601 Landeszentralbank in Berlin (BLZ = 100 000 00)
Nr. 017845900 Deutsche Bank Berlin (BLZ = 100 700 00)
Nr. 70000781 BHF-Bank, Berlin (BLZ = 100 202 00)
Nr. 99000465 Berliner Volksbank-West, Berlin (BLZ = 100 900 00)
Nr. 0990007014 Sparkasse der Stadt Berlin West (BLZ = 100 500 00)
Institutionskennzeichen (IK): 111170019

1 AR 123/83 (RSHA)

104

Kanzlei
20. DEZ. 1983
20. Dez. 83 g.Ti
1 Schalt 1 Jm
+ ab

Vk.

1) Zu schreiben: – 1 Durchschrift zdA –
<wie Bl. 103>

Betrifft: <wie Bl. 103>

Bezug: Ihr Schreiben vom 12. Dezember 1983 – <wie Bl. 104>

Auf Ihre Anfrage vom 12. Dezember 1983 [einwilligen wie Bl. 103a] ergänzend bemerke ich, daß mir die früher hier geführten Ermittlungen ausschließlich gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin und nicht auch gegen Angehörige der dem RSHA unterstellten Ordnungspolizeibehörden richteten. Die uns vorliegenden Erkenntnisse geben leider nur Aufschluß über die Zugehörigkeit von Personen zum ehem. Reichssicherheitshauptamt in Berlin.
(Z. Begl.)

2) Wieder vorlegen.

20 DEZ. 1983

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

20. Dezember 1983

21 53

1 AR 123/63 (RSHA)

104 a

Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte
Postfach

1000 Berlin 88

Betrifft: Eva S t e i n e r geb. Ropel,
geboren am 5. Dezember 1925 in Kl. Katz,
wohnhaft Berner Straße 108 in 2000 Hamburg 73

Bezug: Ihr Schreiben vom 12. Dezember 1983
- 59 051225 R 506 BKZ 5033 -

Auf Ihre Anfrage vom 12. Dezember 1983 teile ich mit, daß die Vorgenannte in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des ehem. Reichssicherheitshauptamtes nicht erfaßt ist.

Ergänzend bemerke ich, daß sich die früher hier geführten Ermittlungen ausschließlich gegen Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin und nicht auch gegen Angehörige der dem Reichssicherheitshauptamt unterstellten Stapoleitstellen richteten. Die mir vorliegenden Erkenntnisse geben mithin nur Aufschluß über die Zugehörigkeit von Personen zum ehem. Reichssicherheitshauptamt in Berlin.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

105

V.

Rückantwort mit den Akten 2 Bände
von 1 AR 123/63 (RSHA)

Leipzig, 3.1.84

4. JAN. 1984

Vg.

Die Anlagen, die von Prof. St. Pospieszalski aus Polen mit einer Visitenkarte ohne weiteres Anschreiben übersandt worden sind, sind im Hause zdA zu nehmen.
Es ist nichts weiter zu veranlassen.

Z Wieder Weglegen.

V. S. 71.84

106

Inhalt:

Visitenkarte u. Anlagen
v. Prof. Dr. Pospieszalski
aus Polen
E. am 29.12.83

Prof. dr Karol Marian POSPIESZALSKI

Uniwersytet im. A. Mickiewicza
Collegium Minus
61-712 Poznań
Poland

Zakręt 4
60-351 Poznań
Telefon 67-99-78

POLISH WESTERN AFFAIRS
LA POLOGNE ET LES AFFAIRES OCCIDENTALES
NO 1/1963

STUDIES / ÉTUDES

Karol Marian Pospieszalski

NAZI ATTACKS ON GERMAN PROPERTY THE *SS REICHSFÜHRER'S* PLAN OF SUMMER 1939*

I

In their work *Unternehmen Tannenberg* [1], Alfred Spiess and Heiner Lichtenstein described three fakted attacks carried out by the Nazi security service on the German side of the Polish-German frontier on the evening or night of August 31, 1939. The attacks, which were to be reported as Polish provocations, were to justify the aggression of the Nazis on September 1, 1939. The first was the attack made by "Polish insurgents" (in fact members of German police and security service) on the radio station at Gleiwitz (Gliwice) at 8 p.m. on August 31; the second was the strafing and destruction by an SS unit of the German frontier post at Hochlinden (Stodoły) in Ratibor (Racibórz) district at 4 a.m. on September 1; the third was a similar attack on a forester's lodge at Pitschen (Byczyna) near Kreuzburg (Kluczbork).

In the Gleiwitz radio station the *Gestapo* murdered Franciszek Honiok, whom they had arrested the previous day, and another two persons who had been probably brought from a concentration camp. Their bodies were to make it appear that Polish insurgents had carried out the attack. At Hochlinden the S.S. demolished the custom house and put near it the bodies of six concentration camp inmates dressed in Polish uniforms. There were no casualties in the third operation.

---

* Many people have made it possible for this study to appear. The majority of them have been mentioned in the text. Among them were heads and secretaries of towns and communes, who frequently had to make detailed investigations. The author greatly appreciates their help.

[1] Published by Limes, Wiesbaden—München 1979, prefaced by Robert M. Kempner. Excerpts have been published by "Der Spiegel" Nos. 32, 33, 34, 1979. In the preface we read: "... in 1963 ... an inquiry into the provocations was started by the public prosecutor's office in Hamburg; after the death in 1966 of one of the main suspects, it was transferred to Düsseldorf ... The prosecuting offices had to investigate the case because of the casualties during the faked attacks. Since the killings were not connected with military operations, this was a case of murder or complicity in murder ... When the prosecutor's office in Düsseldorf had finished the inquiry, the case came under the competence of the public prosecutor's department at the *Kammergericht* in Berlin, where it forms part of the set concerning the Central Security Office of the Reich (RSHA)..."

The Gleiwitz attack became widely known, owing to the evidence given by one of its participants, Helmut Naujocks, during the Nuremberg trial in November 1945; the second operation was described in the affidavits of Hans Trummler and Joseph Grzimek (the latter was tried by the District Court in Warsaw); the third was briefly mentioned years ago in the books of Thorwald and Höhne [2]. Very useful information on these operations was given by *SS-Oberführer* Herbert Mehlhorn [3], one of their principal organizers, who also said that they had all borne the cryptonym *Fall Tannenberg*. Hence the title of the book mentioned at the beginning.

On August 22, 1939, Adolf Hitler told the senior *Wehrmacht* commanders gathered at Obersalzberg: "I shall give a propagandist reason for starting the war — never mind whether it is plausible or not. The victor will not be asked afterward whether he told the truth or not" [4]. On September 1, speaking in the *Reichstag*, he gave the following reasons for his attack on Poland: "... firstly, a general mobilization has been carried out in Poland, and, secondly, further atrocious acts have been committed. These happenings were repeated last night. Twenty-one frontier incidents were recently recorded on a single night; last night there were 14, three of which were very serious" [5].

Hitler did not give any details about these three "very serious" incidents. The authors of *Unternehmen Tannenberg* are right in thinking

---

[2] Int. Mil. Trib. — IMT XXXI 90 - 92, Doc. PS 2751, November 20, 1945 (the main Nuremberg trial); proceedings of the District Court in Warsaw in the case of Joseph Grzimek; document No. 334 on frontier incidents in possession of the Central Commission for the Investigation of Nazi Crimes, in Warsaw; E. J. Osmańczyk, *Dowody prowokacji. Nieznane archiwum Himmlera (Proofs of Provocation. Himmler's Unknown Archives)*, Kraków 1951; J. Skorzyński, *Niemiecka Biała Księga a incydenty graniczne (The German White Book and the Frontier Incidents)*, "Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich" VIII 1956, p. 55; J. Runzheimer, *Der Überfall auf den Sender Gleiwitz*, "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" 1962, pp. 408 - 426; R. Schnabel, *Macht ohne Moral*, Frankfurt a/M 1957, pp. 383 ff.; H. Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*, pp. 240 ff., who quotes the Interview mit dem ehemaligen *SS-Sturmbannführer Alfred Naujocks, Großmutter gestorben*, "Der Spiegel" November 13, 1963; J. Thorwald, *Der Mann der den Krieg auslöste*, "Stern" 1953, No. 23.

[3] The name of Herbert Mehlhorn is known to historians. In his memoirs published in 1959 Walter Schellenberg mentions him as a friend of his and as Reinhard Heydrich's closest collaborator, co-founder of the S.D. intelligence network (p. 33). He was to be put in charge of the faked attack on the Gleiwitz station (pp. 69 - 70). Mehlhorn is said to have declined the function at the advice of Schellenberg (Spiess and Lichtenstein give a slightly different version) and in consequence was given a "subordinate" position in the East. From September 1939 until January 1945 Mehlhorn was head of Department I in the office of Artur Greiser, governor of the Poznań region. Documents bearing his signature have survived. (Western Institute, Doc. I — 501, 508, Voivodship Archives in Poznań). The name *Unternehmen Tannenberg* (Operation Tannenberg) used in the book can give rise to misunderstanding, since that was the official name of the activity conducted by special units of the security police (*Einsatzgruppen*) in Poland in September 1939 (*Sonderreferat "Unternehmen Tannenberg"*, reports for the period from September 20, 1939 until October 30, 1939, Archives of the Ministry of Internal Affairs, sign. 362/3 A, photocopies in the Western Institute Doc. I — 859).

[4] IMT XXXVIII 391 Doc. L-003.

[5] *Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges*, Aus. Amt No. 2, Berlin 1939, pp. 446 — the *White Book*.

that the *Führer* had the above-mentioned attacks in mind. The first two attacks, those at Gleiwitz and Hochlinden, were reported in the German White Book. Spiess and Lichtenstein also mention *SS-Sturmbannführer* Emanuel Schäfer, who took part in the preparations for these attacks; he spoke of four planned incidents, not three. "A faked Polish attack was to be staged from the direction of Poland into the territory of the Reich. Two actions were considered; one was to be carried out by a unit of company-strength, the other by a fighting squad. Moreover, faked attacks on the Gleiwitz radio station and on a frontier forester's lodge near the town of Rosenberg (Susz) were also planned"[6]. The Rosenberg plan deserves special attention. We shall return to it later.

II

In July 1937, the Commander-in-Chief of the *Wehrmacht* assessed the situation of the Reich in the following way: "The general political situation justifies the supposition that Germany need not consider an attack from any side... Poland's participation in a war against us, possibly on Russia's side, is more than unlikely in the present political situation"[7].

It is well known that Great Britain and France promised to come to Poland's assistance on condition that Poland did not provoke German aggression. Even when Germany raised territorial claims against Poland, the Polish government did its best to preserve good relations with Germany. In July 1939, an official from the Polish Ministry of Foreign Affairs toured district towns in Pomerania, asking the intelligentsia to exert a pacifying influence on the perturbed population. A judge of the court of the first instance at Tczew, who was also chairman of a rather inactive branch of the Polish Western Union, had to resign because in the opinion of his superiors a judge should not be engaged even in that kind of political activity[8]. When secret cells of the *Hitlerjugend* and the *Bund deutscher Mädel,* possessing hidden caches of arms, were uncovered near Gniezno, the Ministry of Justice advised the public prosecutor to describe this simply as membership of illegal organizations[9].

On August 24, the British Ambassador in Warsaw, Sir Howard Kennard, informed the Foreign Secretary that the Polish Foreign Minister, Józef Beck had assured him that strict orders had been given to prevent any provocative action. When the British Ambassador returned to the subject on August 30, the Polish Minister assured him that Poland had no intention of provoking frontier incidents[10]. On August 25,

---

[6] A. Spiesss, H. Lichtenstein, *op. cit.*, p. 18.

[7] IMT XXXIX, 734, 744, Doc. 175 C.

[8] The author's reminiscences, Western Institute, Doc. II, Documenta Occupationis VII n. 31.

[9] Information given by Roman Kasprzak who was public prosecutor in the trial before the District Court in Gniezno. The sentences were very mild and did not acquire legal validity.

[10] *The British Blue Book* 1939, pp. 154, 182: British Ambassador in Warsaw, H. Kennard to Foreign Secretary Halifax, August 24, 1939: "As far as I can see calm prevails and M. Beck has assured me that strict orders have been given to prevent any provocative action either of military or any other nature..." August

Brigadier General A. Szilling issued the following order on behalf of the General Inspector of the Armed Forces (Marshal Rydz-Śmigły):

"Attacks by German subversive bands and even violations of the frontier by German reconnaissance patrols have become increasingly frequent recently. A close watch of the frontier, especially of the points where sorties or violations were made, should be organized. Those crossing the frontier, both subversionists and military units, should be thrown out by force. Our units must not however infringe the German frontier, not even by fire. Respective instructions are to be issued at once".

Soon afterwards another order was issued by the General Inspector:

"The continual attacks by various kinds of German bands and the violations of the frontier by German airmen are clearly intended to provoke us into taking aggressive steps so as to put the blame for war on us. The Germans may use this method for quite a long time and their aggressions may assume a more serious character than they have had so far. We must not offer the Germans facilities for achieving the aim they are striving for. In this connection I order: 1. Frontier units must maintain absolute calm and restraint in the face of German provocations. 2. On no account may the frontier be violated by our units. 3. German military units or irregular bands making incursions across the frontier are to be repelled by force, but fighting should be confined to our territory. Every step we take must be governed by prudence, and care must be taken lest through ill-conceived zeal and will to fight we should get involved in actions which would be harmful to us from the point of view of the entire situation" [11].

In spite of this, the German Foreign Minister, Ribbentrop, complained to the British Ambassador in Berlin, Sir Neville Henderson about frontier incidents provoked by Poles [12]. In its White Book of 1939, No. 2, the German Foreign Office published a compilation drawn up by an employee of the Political Department, listing official reports on serious frontier incidents between August 25 and 31, 1939. The Polish side was accused of provoking eight incidents on August 25, four on the 26th, seven on the 27th, five on the 28th, five on the 29th, four on the 30th and eleven on August 31 [13]. Among the 11 incidents alleged to have taken place on August 31 (Hitler spoke of 14) there were the faked attacks at Gleiwitz and Hochlinden (the White Book gives the name of the place erroneously as Hoflinden). The third incident mentioned by

---

30, 1939: "Minister Beck has asked me to say 1. His Majesty's Government may rest assured that the Polish government has no intention of provoking any incidents..."

[11] *Wojna obronna Polski (Poland's Defensive War)*, compiled by M. Cieplewicz et al., ed. E. Kozłowski, Nos. 103, 109.

[12] *The British Blue Book*, pp. 156, 187. Dok. zur Vorgesch. op. cit., p. 418.

[13] *Dokumente zur Vorgeschichte*... op. cit., pp. 438 - 444. The author has tried to make inquiries into the fires on German farms near the Polish-German frontier, but the results have not been satisfactory. Inquiries into alleged incidents, such as aggressive acts by Polish soldiers, frontier guards etc. were quite pointless for it is no longer possible to find people who were stationed there in those days.

Spiess and Lichtenstein, the one at Pitschen near Kreuzburg, was not included in the White Book list.

Some of these "frontier incidents" deserve special attention, having been carried out in a way reminiscent of the attacks at Gleiwitz, Hochlinden and Pitschen.

"August 28. Report from the State police station at Elbing (Elbląg). About 1.45 a.m. the police station at Alt-Eiche (Smolniki) in Rosenberg (Susz) district, West Prussia was attacked by regular Polish troops. The Poles attacked first the frontier guards stationed at the local crossing point who, faced with this assault, withdrew to the Alt-Eiche railway station. At that moment ten Polish soldiers approached from another direction and stormed the building. The German unit took up their position and opened fire. The Poles scattered in extended order and fired too. Lance corporal Grudzinski from Hansdorf was fatally wounded and another German soldier was wounded in the shoulder. The Polish soldiers then withdrew to Polish territory".

"August 30. Report from the State police station at Elbing. About 0.30 the custom house at Neukrug (Katarzynki) in Rosenberg (Susz) district, West Prussia was attacked from the forest by regular Polish units. The Poles must have intended to attack the office staff from the back. They put up a light machine gun near the custom house behind a garage. When the German guards opened fire from an upper-floor room of the building, they moved the machin gun into a dense brushwood, which was at once strafed. The fighting went on until about five o'clock. One gunner from the German station was mortally wounded. In the custom house several window panes and the telephone installation were destroyed"

"August 31. Report from the State police station at Elbing. About 1 o'clock a.m. the building of the custom house at Neukrug (Katarzynki) was attacked by a Polish unit composed of about 25 men with light machine gun. They tried to encircle the building. The attack was repulsed".

"August 31. Report from the State police station at Elbing. About 24.30 the building of the custom house at Neukrug was attacked by 30 Polish soldiers armed with a machine gun and rifles. The attack was repulsed by German sentries".

"August 31. Report from the State police station at Liegnitz (Legnica). On the night of August 31/September 1, the German custom house at Geyersdorf (Dębowa Łąka) was for some time occupied by Polish insurgents, who did considerable damage" [14].

We have quoted only a few examples of the 11 frontier incidents alleged to have taken place on the night of August 31/September 1. The other incidents were of a similar character. Among them were — as has been stated — the incidents at Gleiwitz and Hochlinden, which were very briefly reported.

The majority of the reports made between August 25 and 31, namely, 23 out of 44, came from State police stations (*Gestapo*); most of them originated from the State police station at Elbing (16 out of 23); the other incidents were reported by customs or financial offices, in one case by the president of the police at Gleiwitz, who informed the author-

[14] The German names of these localities are: Elbląg — Elbing, Smolniki — Alt-Eiche, Susz — Rosenberg, Katarzynki — Neukrug, Dębowa Łąka — Geyersdorf, Legnica — Liegnitz.

ities about the seizure of the Gleiwitz radio station by Polish insurgents. The attack on the custom house at Hochlinden was reported by the president of the financial office at Troppau (Opawa). Army units did not send any reports. One gets the impression that the frontier was manned mainly by *Gestapo* units.

What can one think of these 44 reports? Were only the attacks at Gleiwitz, Hochlinden and Pitschen faked, or were all frontier incidents cooked up? Did the attacks take place at all, or were only fictitious communiqués issued? Were there no other, more serious, faked attacks in the neighbourhood of the district town of Rosenberg mentioned by *SS-Obersturmführer* Emanuel Schäfer? He only spoke of a planned attack on a forester's lodge.

With the aid of documents annexed to the present article we shall set to prove that in addition to the faked attacks at Gleiwitz, Hochlinden and Pitschen (the last named place was not mentioned in the German White Book), German agents were responsible for more incidents listed in the Book. We shall also show that many more attacks had been planned and that some of them were carried out.

III

The faked attacks at Gleiwitz, Hochlinden and Pitschen have been known for a long time, the Gleiwitz attack for as long as 37 years. Other cooked up incidents which, unlike those discussed above, took place mainly in Poland, have hardly been mentioned abroad. I have in mind acts of arson and bomb explosions directed against buildings belonging to Germans who were Polish citizens and against institutions of the German minority in Poland.

Over 30 years ago (in 1951), Edmund Jan Osmańczyk, a well known Polish journalist, published a book entitled *Dowody prowokacji. Nieznane archiwum Himmlera (Proofs of Provocation. Himmler's Unknown Archives)*, in which he discussed a general plan drawn up at the request of the *SS Reichsführer* Heinrich Himmler in the last few months preceding the outbreak of the war. The plan envisaged 180 attacks on property belonging to members of the German minority and their organizations in the Polish-German frontier area and inside Poland as well as on German property in the Reich and in the territory of the Free City of Danzig. The attacks were needed to show German and international public opinion that war against Poland was an absolute necessity. These documents were found by a German lawyer, Alois Glugla in the basement of a court of justice in Berlin about 1950. Glugla came from the Polish-German frontier area, from the neighbourhood of Schneidemühl (Piła), and before the war had acted on several occasions as a plenipotentiary or defence counsel of Poles before German courts. He transferred all the documents to Osmańczyk, who was at that time Berlin correspondent of the press published by the *Czytelnik* publishing cooperative. Glugla died in 1970 (?).

Osmańczyk published a detailed specification of all the documents contained in a large volume, taking into account not only the plans themselves, but also the title pages, the summing up lists and even blank

pages reserved for plans that had not yet been fully drawn up. He included in the book photocopies of documents concerning 23 planned attacks as well as a map of the Free City of Danzig and a map of western Poland in her pre-war frontiers, showing the places where houses or buildings were to be destroyed or damaged. The publication of this specification and of some of the documents was a most fortunate event, for the originals, with only a few exceptions, disappeared in unexplained circumstances. Only documents concerning five attacks and three maps of western Poland survived. They were deposited by Osmańczyk in the archives of the Western Institute [15]. A comparison of the specification, the photocopies and the original documents shows beyond a shadow of doubt that all the documents were authentic and that their description is fully in accord with the originals.

IV

We shall start our study of the specification of documents (see the Annex) and of the preserved documents with an analysis of maps. Among the documents was a map of the Free City of Danzig (item 71 of the specification) and six maps of western Poland (items 68, 106, 168, 208, 209, 210). Osmańczyk's book contains a map of Danzig (p. 4 of the annex) and a map of western Poland in the scale of 1 : 1,000,000 (in fine). According to the specification, all the six maps were identical. It is impossible to ascertain whether this was really so.

As we have said before, three original maps are in the archives of the Western Institute. A comparison of these three maps with the one reproduced in Osmańczyk's book shows that they too are in the scale of 1 : 1,000,000, and that the basic entries (state frontiers, large towns, division into the North-East, North, East and South-East regions, the way of marking localities and targets, the latter being denoted by small circles put next to the name of a place) are everywhere the same. One could therefore assume at first sight that the maps are identical. But this is not so.

The three original maps in the archives of the Western Institute are of a slightly different size from that of the map reproduced in the book; they are not 56 cm × 71 cm (item 68), but 68.5 cm horizontally and 71.2 cm perpendicularly. Between the original maps and the reproduction as well as between the original maps themselves there are certain differences as regards localities and the number of adjoining circles. The map reproduced in the book has no entries (localities and circles) near the frontier of East Prussia (North-East); the three original maps have varying numbers of these entries in this region, both on the Polish and the German side of the frontier.

The original map with the greatest number of place names (map 1) has entries of two kinds. *Deutsche Objekte* (German targets) are — as we have mentioned above — marked by circles, their number corresponding to the number of targets. In addition, it has (only in the North-East)

---

[15] E. J. Osmańczyk, *op. cit.*, Archives of the Western Institute IZ Doc. I — 936, contains Osmańczyk's supplementary information on the origin of the documents.

circles with numbers inside them, e.g. 4, which denote foreseen targets and their number (*vorgesehene Objekte und Anzahl*). The numbers in the circles probably indicated the number of targets in a given place. It is not known why so many kinds of notation were used. The sum of the figures in circles is 51 on the map with the largest number of circles (only in the North-East region); moreover, there are 39 empty circles there. In the remaining regions there is a total of 151 circles, 27 of which are in East Prussia in the North-East region, which means that they denoted targets outside Poland. The circles with numbers can also be seen in the map reproduced in Osmańczyk's book, but they are not explained. The only explanation is that a small circle denotes a German target. The remaining original maps do not have double markings, i.e. circles with numbers and empty circles. They only have empty circles and their number is smaller than in map 1.

This means that there were various versions of the basic map, which in turn indicates that there were various versions (as regards localities and targets) of one basic plan, for the localities and targets on each map had to correspond to the general plan. An analysis of the specification of documents and the original documents concerning five attacks confirms this conclusion.

The documents in the specification and the five original plans come from different series of copies (*Ausfertigungen*). The first title page has the inscription "*6.Ausf.*" (6th copy, item 1 of the specification); the same inscription can be seen on the first page of the documents concerning the Free City of Danzig (item 69); but the next document (item 70) has the inscription "*5.Ausf.*", an inscription also seen on the first pages of documents concerning region East (items 104 and 105). The first page for South-East (item 165) is marked "*6. Ausf.*", and the next one (item 166) as "*1. Ausf.*" The five extant original plans belong to the 2nd series (*2. Ausf.*).

The word *Ausfertigung* denotes a series of documents. There were at least six such series; we know fragments of the first, second, fifth and sixth series. The lawyer Gugla, who found the documents, probably wanted to compile the entire plan. He succeeded, but had to content himself with fragments of various series. The term *Ausfertigung* together with a number could also mean that several copies of one original had been made for different persons and that the copies were numbered to keep them under control. But this would not explain the differences in the maps. It is obvious that the map published by Osmańczyk does not agree with the plan of attacks envisaged for the North-Eastern region. No locality is marked in this map on the East Prussian frontier. The above-mentioned original map (map 1) has the largest number of localities, but there are also differences between this map and the plans of attacks for the North-Eastern region. For instance, Kl. Kosel marked on the map is not mentioned in the specification of documents. According to the published map, no attacks were to take place in Bydgoszcz, while in the specification we read that attacks on seven targets were to be carried out there, and this agrees with the markings on map 1 [16].

---

[16] Reproduction of the map published by Osmańczyk. The three other original

There must therefore have been several series of these documents. If this was so, the whole set of original documents (the general plan) could not have disappeared when the copies found by Glugla were lost. Other fragments may still exist in the Federal Republic or the German Democratic Republic. We hope that the present article will encourage a search for them.

As has been said above, the maps of western Poland embrace four regions: North-East (NO), North (N), East (O) and South-East (SO). There is a separate map for the Free City of Danzig. The Northern region (N) is missing in the specification. In between the planned attacks in the North-East and East are documents concerning the Free City of Danzig. All the regions are marked by abbreviations — NO, D, O, SO — and this is the order in which the plans have been listed, each region having its own numeration always starting with No. 1.

Each plan comprises two, sometimes even three, documents: a form with 12 columns where the target is described, a sketch showing the situation of the target, and sometimes also its photograph.

The description gives information on the situation of the target, its owner or user, the explosives necessary to carry out the attack, the damage to be inflicted, the time when the attack is to be made, and the expected reaction of the local population (suspicion was always to be turned towards Poles). In the right-hand upper corner each form has a signature mark written in red ink and beneath it the word *Kommando* together with the initials of the region (NO, D, O, SO) and the successive number of the target. The signature mark is composed of a letter (or letters) denoting the region, the number of the commanding post and the number of the target. In the case of commanding post 4 and target NO 7, the signature mark is NO — 47; commanding post 5 and target SO 22 produce the signature mark SO 522.

There are two exceptions from the rules governing the marking of documents. First, the reproductions of the plans of attacks which were to be carried out in the Free City of Danzig are, in accordance with the above rule, marked D (for Danzig), but in the forms known to us the Danzig targets are included in the North-Eastern region (NO) (pp. 6 - 16 of the annex to the book). Thus the signature mark has the letter "D" while in the column denoting the region the forms are marked *Nord-Ost*. Secondly, the targets situated in Bydgoszcz, north of that town and even south of Toruń (item 131: Chlewiska-Kleinwiese, item 132: Szpital-Schöngrund, item 133: Gąski-Eigenheim) and even some targets in Poznań (items 162 - 164) are marked "D", although they should be marked N (*Nord*), O (*Ost*) or NO (*Nord-Ost*). The reproductions of the forms included in the annex to Osmańczyk's book and concerning Chlewiska-Kleinwiese, Gąski-Eigenheim, Leśna-Waldau, Bydgoszcz and Chełmża-Kulmsee (pp. 24 - 30) have signature marks with the letter "D", although the region has been defined as North-East (*Nord-Ost*). Are these mistakes, or are they deliberate changes? That they are not mistakes seems to be indicated by the large number of departures from the

---

maps in possession of the Western Institute — IZ Doc. I — 936 — could not be reproduced.

general rule, which means that a new rule has been applied. Everything would be clear if the centre in Danzig was competent in questions concerning "D" targets. We have ascertained that the S.D. in Danzig (D) was the commanding post for Wąbrzeźno (Briesen) and Dębowa Łąka (Wittenburg) and that the S.D. in Breslau was the commanding post for the village of Czajcze, west of Bydgoszcz, near the frontier (see the remarks after items 125, 135, 136, 138, 139). This is probably why the signature mark of the target in the village of Czajcze has the letter "O", not "D". It is strange that the targets situated in Poznań are not listed together. One part of them are marked "O" (items 118 - 123), while another part — as has been mentioned before — are marked "D" (items 162 - 164). Does this mean that Breslau was the commanding post for some targets and Danzig for others?

Attention should be drawn to the fact that the group of *Ost* documents finishes with O 19 (item 125). As has been stated in the specification, the assumption that the missing documents were marked O 20 - - O 50 is based on the fact that the documents O 18 and O 19 (items 124, 125) refer to Radzicz and Czajcze and that the targets that follow are in the same neighbourhood (item 126: Pruszcz-Prust), which means that the signature marks D 51 and the following ones are erroneous; they should be read O 51, etc.

The numbers of commando groups were marked only on the forms. Twenty-three of them have been reproduced in Osmańczyk's book, one in Skorzyński's article and five can be seen in the original documents. An analysis of the forms leads to the following conclusions. In the documents bearing the NO signature mark, the highest number of a commando group is 10 (the form published by Skorzyński); in the D documents, the highest number is 12; (it should be recalled here that the signature mark D referred not only to targets in Danzig but also to those which, according to the forms, belonged to the NO region) (pp. 12, 14, 16 of the annex to Osmańczyk's book); in the "O" documents, the highest number is 7 (p. 22) and in the case of "SO" documents — 10 (in all the five original documents). Three reproduced forms marked K 3 SO 11, K 3 SO 13, K 3 SO 14 (pp. 38, 40, 42, items 179 - 182) give also the names of executors: Frenzel with Rebussione and Urbantke. This probably means that the commando group 3 was composed of these persons. The total sum of the commando groups with the highest numbers — 10+12+7+10 — is 39. There were at least so many commando groups. Their number may have been higher.

In the countryside, attacks were to be made mainly on houses and farm buildings of German farmers (barns, stables and pigsties); in towns the targets were institutions belonging to the German minority: schools, offices, hotels. In only two cases was property of the Reich to be attacked: the house of a line man near Dt. Eylau (item 30) and the building of the frontier post in the village of Grenzdamm Wolla (Wola) in the district of Neidenburg (Nidzica) (item 55). Attacks were to be carried out not only near the frontier, e.g. in Grudziądz or Katowice, but also in towns deep inside Poland, such as Bydgoszcz and Poznań. No attacks were planned in Toruń, Łódź and Kraków. A large part of the attacks was to take place in the Reich.

The targets were nearly in all cases described in detail, the names of owners or users being given too. Evangelical churches were to be set on fire at Dębowa Łąka (Wittenburg) near Wąbrzeźno (Briesen) (item 139); at Leśna (Waldau) near Świecie (Schwetz) (item 141) and at Jabłonowo (Gosslerhausen) near Brodnica (Strasburg) (item 144); the grave of a German soldier was to be desecrated at the cemetery in the village of Gąski (Eigenheim) in the district of Inowrocław (Hohensalza) (item 133); a monument to soldiers killed in World War I and Schiller's statue were to be blown up in Cieszyn (Teschen) (item 172).

It was exceptional if only the type of target was defined (items 86, 115, 116, 117, 119, 120, 123, 131). An empty granary was to be set on fire at Bärenhütte (Borowina) in the territory of the Free City of Danzig, a barn was to be burned at Rydzyna (Reisen), bowers and barns were the targets in the suburbs of Poznań. Sometimes the names of owners were not mentioned (items 27, 29, 31). Sometimes the target was to be chosen after talks with local inhabitants (items 115, 116, 117). This is very strange, being a glaring violation of the principles of conspiracy.

During the planning stage account was taken of the damage that would be caused. That is why the value of a target was sometimes mentioned in the forms (see the remark after item 48). Sometimes care was taken to cause the least possible damage. On other occasions buildings of great value, such as churches and seats of German organizations, were to be attacked. In some cases the aim was to cause considerable damage in order to provoke anger.

Circumstances which would turn suspicion towards Poles were frequently mentioned in the forms, e.g. "The destruction of this target will create the impression of an act of revenge on the part of Poles" (item 109). "Damage to the school will be regarded as a Polish deed" (item 114). "The attack will be received as an attack on all Germans" (item 182).

V

This large-scale plan of the *SS Reichsführer* has met with little interest in historical works. Mirosław Cygański, Paweł Dubiel and Przemysław Hauser mention Osmańczyk's publication incidentally, as has the author of the present study in his *Documenta Occupationis VII*; some examples have been cited by Seweryn Osiński [17]; in his article on German provocations Józef Skorzyński has only discussed the attack on the lineman's house near Dt. Eylau. Only Restytut Staniewicz gave more time to this problem in his work concerning the background of the Nazi diversion on September 3, 1939 in Bydgoszcz. The German authors

---

[17] M. Cygański, *Mniejszość niemiecka w Polsce w latach 1918 - 1939 (The German Minority in Poland, 1918 - 1939)*, 1962, pp. 129, 178, n. 51; idem, *Hitlerowska V kolumna w województwach śląskim i krakowskim w 1939 r. (The Nazi Fifth Column in the Silesian and Cracow Voivodships in 1939)*, 1972, pp. 110, 145; P. Hauser, *Mniejszość niemiecka w województwie pomorskim w latach 1920 - - 1939 (The German Minority in the Pomeranian Voivodship in the Years 1920 - - 1939)*, 1981, p. 210; P. Dubiel, *Wrzesień 1939 na Śląsku (September 1939 in Silesia)*, 1960, pp. 54, 78, 80, 216 ff.; S. Osiński, *V Kolumna na Pomorzu Gdańskim (The Fifth Column in Gdańsk Pomerania)*, 1965, pp. 246, 247.

do not mention Osmańczyk's work [18]. The plan must have unknown to them. Osmańczyk's book is however mentioned in German bibliographies [19].

Louis de Jong, director of the *Dutch Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie*, has paid more attention to Osmańczyk's work in his book on the Fifth Column [20]. Here is what he says:

"Agents were for instance sent to Poland before the war by the German *Sicherheitsdienst*, which took its orders from Himmler. Their task was to commit offences which could be laid at the door of the Poles, and would arouse indignation and embitterment amongst the *Volksdeutschen*. The plans which the *Sicherheitsdienst* had carefully worked out for performing such provocations were of considerable extent. They embraced 200 separate actions, which were to be carried out during August, 1939, preferably in the latter half, by twelve *Kommandos* (small units, composed of only a few persons) to be aided by *Volksdeutsche* domiciled in Poland.

Whether and to what extent these provocations were actually carried out has not been established, but it seems hardly likely that the *Sicherheitsdienst* went no further than making plans. *Abwehr* headquarters were aware that a number of *agents provocateurs* of the *Sicherheitsdienst* had succeeded in entering Poland to carry out their assignments and from a report dated August, 1940, it becomes apparent that the *Sicherheitsdienst* was engaged in the 'preparation of the war against Poland' by means of 'special detachments (*Einsatzkräfte*) for carrying out illegal actions' (note on S.D. activity abroad, August 8, 1940, NG-2316)".

The phrase "offences" (in the German translation "law-breaking acts") is an understatement when one speaks of arson and explosions; as to the number of commando groups, it far exceeded 12; the aim was not so much to arouse indignation and bitterness among *Volksdeutsche* as to show that frontier incidents and the persecution of the German minority in Poland had assumed such proportions that the German Reich was forced to resort to military action.

We have tried to establish to what extent Himmler's gigantic plan had been carried out. This was a very difficult task in areas which had formed part of East Prussia, for the majority of the local population had been transferred to Germany. As early as 1953 Józef Skorzyński tried to find out whether the lineman's house near Dt. Eylau (Iława) had really been destroyed, as stated in the German *White Book*. The Presidium of the District People's Council at Iława informed him on April 1, 1953, that the house had not been destroyed but had been pulled down after the war [21].

We have asked a number of communal offices whether the attacks planned for August 1939 were carried out [22]. The replies were negative, except for cases which had been reported by the Polish or German press

[18] Wojskowy Przegląd Historyczny nr 4, 1962, pp. 393 - 394.

[19] For instance, P. Aurich, *Der deutsch-polnische September 1939*, 1969, p. 142.

[20] L. de Jong, *The German Fifth Column in the Second World War*, 1956, p. 150, *Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg*, 1959, p. 148, both books are translations of the original Dutch edition.

[21] J. Skorzyński, *op. cit.*, p. 72.

[22] Archives of the Western Institute, IZ Doc. V — 395.

or in other publications. The Polish press immediately reported all attacks against the German minority for it was widely believed even at that time that the attacks were part of a deliberate German campaign. The *White Book* published by the German Foreign Office has been of help in many cases.

Five attacks included in Himmler's general plan were included in the German *White Book*. There were some discrepancies between the plan and its execution, but there can be no doubt that they were the same events (items 27, 28, 29, 30, 41). Seven cases have been identified in press reports (items 107, 109, 110, 170, 172, 175, 177), three cases by the Home Ministery (items 159, 162, 163). The press brought information on another three attacks which were not envisaged in Himmler's general plan (Miedzichów, Falmierowo, Puck). Three planned attacks were reported by the *"Oberschlesische Volksstimme"*, published in Gleiwitz and by the police of the Silesian voivodship (items 187, 188, 192). In four cases the executor (Brüschke) gave up the plan as he had difficulties in finding collaborators and his intentions had been brought to light (items 135, 136, 138, 139); in three cases the Silesian police thwarted the attempts (items 179, 181, 182). One act of arson was reported in the chronicle of the commune of Bojanowo (item 115). The total number of executed attacks, including the three cases reported by the Polish press but not mentioned in the specification, was at least 23. There are strong grounds to suppose that more attacks were carried out, especially on the East Prussian border, where, among other things, a forester's lodge at Kuchnia (Dietrichswalde) was burned down. Was not the planned burning of a forester's lodge in that region referred to by the *SS Sturmbannführer* Emanuel Schäfer (see the text before footnote 6). Incriminating evidence is contained in the German *White Book* which was meant as an indictment of the Polish authorities (items 49 - 54). It has even been found out that sometimes one attack envisaged in the general plan corresponded to two or three attacks mentioned in the White Book (items 29, 39, 40, 41), a fact which has not been taken into account in our estimate [23].

The number of 23 attacks carried out and seven thwarted ones is not great compared with what was envisaged in the plan, but is quite large if we compare it with the three attacks which have so far been recognized in German literature (Gleiwitz, Hochlinden, Pitschen). True, these attacks were smaller than those at Gleiwitz and Hochlinden, but their number makes up for this.

As has been said above, particularly important were the attacks listed in the *White Book*. On August 25, 1939, Hitler said to the British Ambassador in Berlin: "The Polish acts of provocation have become intolerable ... During the preceding night there had been a further twenty-one new frontier incidents; on German side great discipline had been maintained. All incidents had been provoked from the Polish side ... Germany was absolutely determined to put an end to those Macedonian conditions on her Eastern frontier ..." [24].

---

[23] See the notes to the respective items of the specification of documents (general plan).

[24] *Dokumente zur Vorgeschichte* ..., p. 156.

The incidents which had allegedly taken place during "the preceding night", i.e. on the night of August 24/25, were not documented in the German *White Book*, although this should have been done to back up Hitler's words. The official communiqué on frontier incidents published in the *White Book* opens with the fire started at 10 p.m. on August 25, and enumerates eight incidents which allegedly happened on the night of August 25/26: six fires on German farms, destruction of the house of a lineman near Dt. Eylau and the blowing up of the part of a railway and road bridge situated on the German side [25]. According to the general plan, out of these incidents four fires and the destruction of the lineman's house were the work of German agents. The other two fires were of the same character but were not envisaged in the documents known to us.

It is probable that the plan we know (or rather fragments of various plans) was not the final version. This would explain why the other incidents mentioned in the official communiqué have no counterparts in our set of documents. The two most important events — the attacks on the radio station at Gleiwitz and on the custom house at Hochlinden — are not included in the plan either. The frontier incident at Byczyna is not mentioned neither in the plan nor in the official communiqué contained in the *White Book*. The version of the general plan known to us could not have been final and that was probably the reason why not all the incidents were included in it. One can assume that some plans were replaced by others, and consequently some original concepts were not put into effect. That is why a number of planned operations known to us were not carried out. The security service could also have come to the conclusion that the execution of such an enormous venture would be too suspicious, and could have cancelled some operations. In considering the differences between the plan and its execution the following circumstances should also be taken into account.

First, the security service was unable to set up a fully disciplined network of agents. They worked in a foreign state, far from their central office, and could only count on themselves. One can assume that some agents began to have doubts when asked to damage or destroy German property. One of the agents reminisced his conversation with his principal: "When I asked him about the sense of damaging German buildings, he replied that there was a danger of these buildings being confiscated by Poles, so this should be done before this takes place" [26].

Secondly, the venture which was to be kept a secret became known to some Germans outside the security service and, through them, to the German diplomatic service. On August 18, 1939, Wühlisch, counsellor of the German Embassy in Warsaw, informed the German Foreign Office that the arrests in Upper Silesia were probably due to the fact that some German agencies had organized sabotage groups there, and that similar groups existed in the Poznań region, Pomerania and in central Poland. He demanded that this illegal activity be stopped [27]. On August 19, the

---

[25] *Dokumente zur Vorgeschichte* ..., pp. 438 ff.

[26] See the note to items 179 ff. and 182 of the specification.

[27] *Akten zur deutschen auswärtigen Politik* Ser. D (1937 - 1939) VII No. 106, p. 97; text — note to item 135 ff. of the specification.

German consul in Toruń informed his ambassador that a certain Brüschke was planning acts of arson and explosions in Wąbrzeźno and Dębowa Łąka and was looking for collaborators [28]. One can suppose that the German Foreign Office took steps to prevent these acts. Attention should be drawn to the dates of these letters. They were written on August 18 and 19, i.e. one week before Hitler's statement on Polish provocations.

Thirdly, when the first attacks had been carried out the Polish police were sure they were faced with a secret German campaign. The Polish press reported these incidents under big headlines. On August 27, "Kurier Poznański" wrote: "German landowners set their estates on fire". German radio stations informed their listeners of these fires several hours before they were started [29].

Fourthly, on August 24, Polish police at the Łagiewniki crossing point in Upper Silesia arrested a Polish citizen, Hans Rudolf Thien, who was trying to cross the frontier into Germany with a passport issued by the German Consulate in Bielsko on August 21, 1939. Thien was travelling in a car together with the German vice-consul in Katowice. He named Herbert Frenzel as his principal, who was therefore arrested the following day. Next both men revealed the names of their collaborators [30]. There is no doubt that the German vice-consul, who went on to Germany, at once informed his authorities of the event and that the information was passed on to the security service. The date of Thien's arrest is important too; it took place on August 24, one day before Hitler's statement.

These events and the attacks which were carried out were commented on at the highest diplomatic level. On August 30, the French Ambassador in Poland, Noël, wrote to the French Foreign Minister, Georges Bonnet: "The German whose arrest I reported yesterday has admitted that for some ten days provocative attacks on German proprietors have, on the order of the Gestapo, been prepared in collusion with units of the Nazi party in Silesia" [31]. On the same day, the British Ambassador in Berlin, Henderson told the Foreign Minister of the Reich: "reports are current that Germans have committed acts of sabotage which would justify the sternest measures" on the part of the Polish government. The German Foreign Minister categorically rejected this assertion, saying that "Germans knew only of provocation and sabotage by Poles . . ." [32]

---

[28] *Akten* . . ., No. 138, p. 114, for the text see note to item 135.

[29] See press information quoted in notes to items 107, 125, 172.

[30] See note to item 182.

[31] *Livre jaune français 1939*, p. 382, *Noël à Bonnet*, August 31, 1939.

[32] *The British War Blue Book* № 87: British Foreign Secretary Halifax to British Ambassador in Berlin Henderson, telegram August 30, 1939, 5,30 P. M. "In informing German Government of the renewed representations which have been made in Warsaw, please make it clear that Polish Government can only be expected to maintain an attitude of complete restraint if German Government reciprocate on their side of frontier and if no provocation is offered by members of German minority in Poland. Reports are current that Germans have committed acts of sabotage which would justify the sternest measures". Henderson repeated the last sentence of the telegram word for word to the German Foreign Minister — *Dokumente zur Vorgeschichte* . . . August 30, 1939, midnight; H. Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*, p. 243, quotes R. Strauch, *Sir Nevile Henderson, Britischer Botschafter in Berlin von 1937 bis 1939*, 1959, who says that as early

The British Ambassador was probably thinking of the bomb which had exploded at the railway station in Tarnów killing 18 persons and wounding 35 [33], but he must have also heard about the evidence given by Hans Rudolf Thien and Herbert Frenzel. In his speech to the *Reichstag* on September 1, 1939, Hitler said: "Attempts have been made to justify the ill-treatment of the *Volksdeutsche* by asserting that they had committed acts of provocation. I do not know what provocations could have been committed by ill-treated and deported women and children or by those who were tortured in a beastly and sadistic way and finally killed . . ." [34]

Adolf Hitler and his Foreign Minister Ribbentrop knew at the end of August that the Polish government had valuable information on the secret activity of the German security service in Poland, but they continued to behave as if nothing happened. Nevertheless, the revelation of German provocations stopped many an agent from executing his order.

VI

Our study leads us to the following conclusions:

First, the faked attacks on German installations at Gleiwitz, Hochlinden and Pitschen, the frontier incidents and attacks on the property of the German minority in Poland formed one whole. They were planned and carried out by one organization, the security service, and they served the same purpose. The fact that the general plan discussed above does not include certain operations, especially the "attacks" at Gleiwitz, Hochlinden and Pitschen, is of no significance. We only have fragments of various versions of the general plan and do not know its final draft. If not the entire plan, then at least its general ideas must have been known to the principal witnesses in the Gleiwitz case: Walter Schellenberg, Herbert Mehlhorn and Emanuel Schäfer. Nobody revealed the existence of a general plan far exceeding by its scope the attacks at Gleiwitz, Hochlinden and Pitschen. Had it not been for the Berlin lawyer Glugla, a man moved by a profound sense of justice, we would not know what the Nazi intentions were in this respect.

Secondly, it has been proved that a number of frontier incidents, mainly fires started on farms, mentioned in the list of the German Foreign Office were planned by the security service. The fact that it has not been possible to prove the falsity of all reports should not make us conclude that these incidents took place and were the work of Poles. Its seems highly probable that all the incidents cited by the German Foreign Office were either pre-arranged or simply invented by the Germans. Was the house of the lineman near Dt. Eylau really destroyed?

---

as the afternoon of August 25, 1939, the British government knew that Hitler intended to start war against Poland using faked frontier incidents as a pretext (p. 278). See also: *The German Fifth Column in Poland*, The Polish Ministry of Information, London, Chapter 2 — The Minority Germans as the Reich's Spies and Diversionist Agents. The arrest of a German agent at the Łagiewniki crossing point has been only briefly mentioned there (p. 41). The Polish government did not manage to take abroad with them documents concerning Thien and Frenzel. After the war the Soviet authorities returned them to Polish archives.

[33] Affidavit of a terrorist, Anton Johann Guzy, of September 1, 1939 in the Archives of the Cracow Region Commission for the Investigation of Nazi Crimes, quoted by M. Cygański, *Hitlerowska V Kolumna . . .*, *op. cit.*, pp. 167 - 168.

[34] *Dokumente zur Vorgeschichte . . .*, *op. cit.*, p. 446.

The German *White Book* (*Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges*) is worthless as an historical source as far as the reporting of facts is concerned. The French Ambassador to Poland, Leon Noël, who attentively followed the events in Poland in 1939, pointed this out in his book *L'agression allemande contre la Pologne* [35].

Thirdly, arson a method which was frequently planned and repeatedly applied, brings to mind the fire of the *Reichstag* on February 27, 1933. Himmler's gigantic campaign of August 1939 was on *a par* with that event. The widespread conviction that the *Reichstag* was set on fire by a Nazi commando group has been undermined by Fritz Tobias, who has later been backed by Hans Mommsen and Alfred Berndt. But many historians continue to blame the Nazis. The arguments in favour of this assertion have lost nothing of their value. The fire broke out at a time which could not have been more convenient for the Nazis, eager to start their long-planned march towards totalitarianism. The Dutch communist van der Lubbe acting alone could not have set the *Reichstag* on fire in a few minutes. To set fire to the *Reichstag* and lay the blame on the political enemy was fully in keeping with Nazi morality. The faked frontier incidents and attacks on members of the German minority in Poland strengthen the circumstantial evidence.

Karol Marian Pospieszalski

---

[35] L. Noël, *L'agression allemande contre la Pologne, 1945*, pp. 391 - 393, according to him the news spread by the German Consul in Cieszyn on August 31, 1939 that eight Germans had been killed and many wounded in the neighbourhood of Bielsko-Biała was unlikely. See also *Documenta Occupationis* VII, n. 40. The names of the killed and wounded were not revealed, not even 30 years later in the book by P. Aurich, *Der deutsch-polnische September*. Aurich only refers to "Berliner Börsenzeitung" of August 25, 1939 and to *Dokumente zur Vorgeschichte*... p. 419 (p. 44). Hitler's assertion to the French Ambassador that the Poles had killed 24 members of the German minority near Łódź, was not repeated in the German *White Book*. It is described as a slander in the *British Blue Book* (p. 124), and the *Polish White Book* (*Les relations polono-allemandes*, p. 134). This charge, unlike the case of eight Germans allegedly killed near Bielsko, has not been repeated after the war. The report by the German Consul on events in Tomaszów (*Dokumente zur Vorgeschichte*... p. 351) has been corrected by M. Cygański, *Mniejszość niemiecka*... op. cit., p. 181, n. 69. The British Ambassador in Warsaw wrote that the allegations by the German press of minority persecutions were a gross distortion and exaggeration of the facts if not a downright lie (*The British Blue Book*, August 27, 1939, p. 124). Hitler's assertions in a speech of October 6, 1939 that tens of thousands of German civilians had been killed and his statement in the speech of December 11, 1941 that in the last few months before the war Poles had murdered 62,000 *Volksdeutsche* were monstruous lies. G. Rhode, a historian from Mainz, admits in a collective work edited by T. Schieder, *Handbuch der Europäischen Geschichte* (vol. 7, part 2, p. 1021) that contrary to Nazi propaganda, there were no acts of murder or violence in Poland before the war.

[36] M. Broszat, *Zum Streit um den Reichstagbrand*, „Viertelsjahreshefte für Zeitgeschichte" 1960, No. 1, pp. 275 - 279; F. Tobias, *Der Reichstagbrand, Legende und Wirklichkeit*, 1962; H. Mommsen, *Der Reichstagbrand und seine politischen Folgen*, „VjhZ" 1964, No. 4, pp. 351 - 413; A. Berndt, *Die Entstehung des Reichstagbrandes, Eine Untersuchung über den Zeitverlauf*, „VjhZ" 1975, No. 1, pp. 77 - 90; W. Hofen, E. Celic, K. Steplar, F. Zipfer (ed.), *Der Reichstagbrand*, vol. I, 1972, vol. II, 1978 (instead of K. Stepler, Ch. Graf), reviewed by H. Mommsen, "Historische Zeitschrift" 1981, No. 2, pp. 490 - 494. Moreover, the press note *Neue Hinweise für die Täterschaft von SS-Männern* in February 27, 1933, "Frankfurter Allgemeine Zeitung" of September 1, 1981, No. 201.

ANNEX

SPECIFICATION OF DOCUMENTS OF THE *SS REICHSFÜHRER'S* GENERAL PLAN

The list which follows is a literal translation of the specification drawn up and published by Edmund Jan Osmańczyk together with a brief description of the planned attacks. (*Dowody prowokacji*, Czytelnik, Kraków 1951). In the original documents only German place names are used, even with regard to Polish territory.

The specification is supplemented by the map of Western Poland in her pre-war frontiers, published in Edmund Osmańczyk's book. The three other maps and five original forms mentioned in the main text are available in the archives of the Institute for Western Affairs (IZ Doc. I-936).

There are notes to the items marked with asterisks.

The notes to the individual items deal mainly with the execution of planned attacks. Absence of a note means that the author has been unable to establish whether the attack took place.

*1. TITLE PAGE (Overprint "*6. Ausf.*", label: "*Der Reichsführer SS . . .*" etc.).
2. THREE LEAVES of typing paper (clipped together); on the first: "*6. Ausf.*", on the second a list of targets from 1 until 22 in the "*Nord-Ost*" region, the third leaf blank.
3. THREE LEAVES as above (first as above, second: list of targets from 23 until 44 in the "*Nord-Ost*" region, third as above.
4. THREE LEAVES as above (first as above, second: list of targets from 45 to 63 in the "*Nord-Ost*" region, third as above).
5. DOCUMENT NO 1 (form, map and photograph of the target) conc. the setting on fire of the house of the peasant named Franz in the village of Pastwa Gr. Weide (Kr. Marienwerder), next to the Polish frontier.
6. DOCUMENT NO 2 (form, sketch and photograph of the target) conc. the setting on fire of a barn of the peasant named Ferle in the same village as in Doc. NO 1.
7. DOCUMENT NO 3 (form, sketch and photograph of the target) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch*, named Pagalski situated on the Polish side of the frontier, next to targets NO 1 and NO 2 (which, as indicated above, were on the German side).
8. DOCUMENT NO 4 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Sieg in the village Wielkie Zajączkowo (Gr. Sanskau) 10 km south-west of Kwidzyn (Marienwerder).
9. DOCUMENT NO 5 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Radtke in the village of Gniew (Mewe) west of Kwidzyn (Marienwerder) on the Polish side.
10. DOCUMENT NO 6 (form and sketch) conc. the setting of fire of a timber yard ("value 3,000 zł") of Radtke mentioned in NO 5.
11. DOCUMENT NO 7 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn ("value 20,000 zł") of the *Volksdeutsch* named Ewert, in the same village as NO 4.
12. DOCUMENT NO 8 (form and sketch) conc. the setting on fire of a timber yard of the *Volksdeutsch* named Kopper in the same village as NO 4.

13. DOCUMENT NO 9 (form and sketch) conc. the setting on fire of a timber yard of the *Volksdeutsch* named Thiast in the same vilage as NO 4.
14. DOCUMENT NO 10 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Wendt in the village of Mątwy (Montau), 18 km south--west of Kwidzyn (Marienwerder) on the Polish side.
15. DOCUMENT NO 11 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Müller in the village of Lubień (Lubin), situation as in NO 10.
16. DOCUMENT NO 12 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Franz in the same village as NO 11.
17. DOCUMENT NO 13 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Thiast in the same village as NO 4.
18. DOCUMENT NO 14 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Kness in the same village as NO 10.
19. DOCUMENT NO 15 (form) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Kühn in the village of Fitowo (Fittowo) on the Polish side, next to Biskupice (Bischofswerder).
20. DOCUMENT NO 16 (form and sketch) conc. the setting on fire of a tool shed of the peasant named Somnitz in the village of Biskupice (Bischofswerder), next to the Polish frontier.
21. DOCUMENT NO 17 (form and sketch) conc. the setting on fire of a house (owner Jakob Otremba) in the same village as NO 16.
22. DOCUMENT NO 18 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the peasant named Löper in the village of Święte (Bischdorf).
23. DOCUMENT NO 19 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Steltner in the same village as NO 11.
24. DOCUMENT NO 20 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Naue in the same village as NO 10.
25. DOCUMENT NO 21 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Werner in the same village as NO 4.
26. DOCUMENT NO 22 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Albrecht in the village Janowo (Johannisdorf) on the Polish side, 1.5 km from the frontier, in face of targets NO 1 and NO 2.

*27. DOCUMENT NO 23 (1 form, sketch and photograph of the target) conc. the setting on fire of a stable of a *Volksdeutsch* of unknown name in the village of Skarszewo (Scharschau), south-west of Iława (Dt. Eylau) on the Polish side, 100 m from the frontier.

*28. DOCUMENT NO 24 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a barn of a *Volksdeutsch* of unknown name in the village of Szeplerzyzna (Schönerswalde) on the Polish side, south of Iława (Dt. Eylau), 150 m from the frontier.

*29. DOCUMENT NO 25 (form sketch and photograph) conc. the setting on fire of a barn of a *Volksdeutsch* of unknown name in the village of Katarzynki (Neukrug) on the Polish side, south of Iława (Dt. Eylau), 200 m from the frontier.

*30. Document NO 26 (form, sketch and photograph) conc. the blowing up of house No. 34 of a *Reichsbahn* lineman on the Iława-Rakowice line (Dt. Eylau-Weissenburg), 100 m from the Polish frontier.

31. DOCUMENT NO 27 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of

a *Volksdeutsch* of unknown name in the village of Rodzone (Rosenkrug), south of Iława (Dt. Eylau), 200 m from the frontier.

32. DOCUMENT NO 28 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Kunkel in the village of Jamielnik (Jamielnik), south-west of Iława (Dt. Eylau), 2.5 km from the frontier, on the Polish side.
33. DOCUMENT NO 29 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* woman named Richter in the village of Ludołchowo (Ludwigslust), south-east of NO 28.
34. DOCUMENT NO 30 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Wiebe in the village of Kniecewo (Kgl. Jellen), next to NO 5, on the Polish side.
35. DOCUMENT NO 31 (form) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Höhn in the village of Wałdówka (Waldowken) on the Polish side, 100 m from the frontier, south-west of Biskupice (Bischofswerder).
36. DOCUMENT NO 32 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the peasant named Schlag living at Tymawa Mała (Kl. Thiemau) on the German side. The barn was right on the frontier, on the Polish side.
37. DOCUMENT NO 33 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a barn of the peasant named Hass in Kwidzyn—Okrągła Łąka (Marienwerder—Rundewiese) right on the frontier, on the German side.
38. DOCUMENT NO 34 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a barn of the peasant named Sogaschewski, next to NO 33, also on the German side.

*39. DOCUMENT NO 35 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a cottage and barn of the peasant named Braun in the village of Czarne Dolne (Kl. Niederzehren) next to the frontier, on the German side.

*40. DOCUMENT NO 36 (form and sketch) conc. the setting on fire of a stable of the peasant named Hinz next to NO 35, also on the German side.

*41. DOCUMENT NO 37 (form and sketch) conc. the setting on fire of a cottage and stable of the peasant named Görke, next to NO 36, also on the German side.

42. DOCUMENT NO 38 (form and sketch) conc. the setting on fire of a cottage and stable of the peasant named Kerlin, next to NO 37, also on the German side.
43. DOCUMENT NO 39 (form and sketch) conc. the setting on fire of a forester's lodge (owner: the Order of Johannites), next to NO 38, also on the German side.
44. DOCUMENT NO 40 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Grade in the village of Okrągła Łąka (Rundewiese) on the Polish side, 300 m from target NO 33.
45. DOCUMENT NO 41 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a cottage and stable of the *Volksdeutsch* named Czyburski, on the Polish side, next to NO 40 and in face of target NO 34.
46. DOCUMENT NO 42 (form and sketch) conc. the setting on fire of farm buildings of the *Volksdeutsch* named Lemke, on the Polish side, in face of target NO 35.
47. DOCUMENT NO 43 (form and sketch) conc. the setting on fire of farm buildings of the *Volksdeutsch* named Plieth, on the Polish side, next to target NO 42.
48. DOCUMENT NO 44 (form and sketch) conc. the setting on fire of a stable

of the *Volksdeutsch* named Albrecht, in the same village as NO 22, on the Polish side.

NOTE: All the documents from NO 1 to NO 44 bear an identical comment: *Die Zerstörung des Gebäudes ist als Schlag gegen das Deutschtum gedacht (The destruction of the buildings is conceived as a blow against things German).* Moreover, nearly all the above mentioned documents name the value of the targets to be destroyed.

*49. DOCUMENT NO 45 — blank leaf with the number 45
*50. „ NO 46 — „ „ „ „ „ 46
*51. „ NO 47 — „ „ „ „ „ 47
*52. „ NO 48 — „ „ „ „ „ 48
*53. „ NO 49 — „ „ „ „ „ 49
*54. „ NO 50 — „ „ „ „ „ 50

NOTE: According to item 4 (of the present specification) targets 45 - 50 have not yet been drawn up (*stehen noch aus*).

55. DOCUMENT NO 51 (form, sketch and photograph) conc. the blowing up of the building of the German frontier guard at Wola (Grenzdamm Wolla) district of Nidzica (Neidenburg). "The building is uninhabited and requires large-scale reparation" (*unbewohnt, sehr reparaturbedürftig*).
56. DOCUMENT NO 52 (form, sketch and 2 photograps) conc. the setting on fire and blowing up of a cottage, barn and stable of the peasant named Waschk, near to target NO 51, also on the German side.
57. DOCUMENT NO 53 (form, sketch and 2 photographs) conc. the setting on fire of the house, stable and 2 barns of the peasant named Grüning near to targets NO 51 and NO 52, also on the German side.
58. DOCUMENT NO 54 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of the house, stable and barn of the peasant named Pilgrimowski, next to NO 53.
59. DOCUMENT NO 55 (form, sketch and 2 photographs) conc. the setting on fire of the house, stable and barn of the peasant named Zakobielski near to the Zabłocie (Sabloczin) estate, on the German side, right on the frontier.
60. DOCUMENT NO 56 (form and sketch) conc. the setting on fire of farm buildings of the *Volksdeutsch* named Klapper in the village of Dźwierzna (Dzwierzna) right on the frontier, on the Polish side.
61. DOCUMENT NO 57 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of the house, stable and barn of the peasant named Werner in the village of Okrągła (Kl. Lehwalde), Ostróda (Osterode) district, 700 m from the Polisch frontier.
62. DOCUMENT NO 58 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of the house and barn of the peasant named Menski, next to NO 57, also on the German side.
63. DOCUMENT NO 59 (form, sketch and 2 photographs) conc. the setting on fire of the house and barn of the peasant named Nickel, next to NO 58, also on the German side, but right on the frontier.
64. DOCUMENT NO 60 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of the house, stable and barn of the *Volksdeutsch* named Liebert, next to NO 59, but on the Polish side.
65. DOCUMENT NO 61 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of the house and stable of the peasant named Krummrei in the village of

Lewałd Wielki (Gr. Lehwalde), Ostróda (Osterode) district, 300 m from the Polish frontier.

66. DOCUMENTS NO 62 (form, sketch and 2 photographs) conc. the setting on fire of the house and barn of the peasant named Hensel in the village of Wygoda (Ruhwalde), Ostróda (Osterode) district, next to the Polish frontier.

67. DOCUMENT NO 63 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of the house, barn and stable of the *Volksdeutsch* named Schulz, on the Polish side, right on the frontier, in face of NO 62.

NOTE: Documents from 55 to 63 have no remarks (except NO 56 which has the same remark as documents NO 1 — NO 44. The approximate value in złotys or marks of the targets to be destroyed has been named. In almost all cases it has been stressed that the building in question is in a bad state.

68. MAP of the entire Polish-German borderland on which 223 points of war provocations are marked. Size of map 56×71 cm.

*69. THREE LEAVES of typing paper (clipped together), on the first: "*6. Ausf.*", on the second "*Verzeichnis deutscher Objekte im Freistaat Danzig*" (list of German targets in the Free State of Danzig); it embraces targets from D 1 to D 17; the third leaf is blank.

*70. THREE LEAVES as above (on the first: "*5. Ausf.*", on the second continuation of the list, targets from D 18 to D 32).

*71. MAP of the territory of the Free City of Danzig with 27 points of war provocations. Size of map 31.6×28.5 cm.

*72. DOCUMENT D 1 (form, sketch, photograph) conc. the setting on fire of a barn and stable of the *Ortsgruppenleiter der NSDAP* named Bietau at Ptasznik (Vogelgreif), 500 m from the Polish frontier.

*73. DOCUMENT D 2 (form, sketch, photograph) conc. the setting on fire of "an empty stable" belonging to the peasant named Brenk in the village of Kolnik (Kohling), Gdańsk district (Danziger Höhe), 50 m from the frontier. "Brenk was arrested by Poles on July 15, 1939, allegedly for spying for Germany. Brenk is hated by Poles. But he is not regarded as a politically reliable person by the Danzig side either" (*Hans Brenk ungefähr am 15.7.39 von den Polen verhaftet, angeblich wegen Spionage zugunsten Deutschlands. Brenk its von den Polen sehr gehaßt. Von Danziger Seite wird er aber auch nicht als politisch zuverlässig angesehen*).

*74. Missing.

*75. DOCUMENT D 4 (form, sketch and photograph) concerning the setting on fire of a stable in the estate of Major v. Arnold at Rościszewko (Kl. Roschau), Gdańsk district (Danziger Höhe), 500 m from the Polish frontier.

*76. DOCUMENT D 5 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of an alcohol distillery in the estate of the German named Zeysing, "who employs almost exclusively Poles. He is regarded as an asocial manager and is hated by all workers" (*Der Besitzer beschäftigt fast nur Polen als Gutsarbeiter. Zeysing gilt als asozialer Betriebsführer und wird von allen Arbeitern sehr gehaßt*).

*77. DOCUMENT D 6 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a pigsty of the peasant named Dau in the village of Górnia (Hohenstein). "Dau is burgomaster and *SS Obersturmführer*. He has been promised, in case Danzig is occupied (by Poles), to be among the first persons to be arrested. Moreover, Dau is a reserve lieutenant in artillery" (*Dau ist gleich-*

zeitig Bürgermeister und SS Obersturmbannführer. Bei Besetzung Danzigs hat man ihm versprochen, daß er als erster drankäme, der verhaftet würde. Außerdem ist Dau Leutnant d. R. bei der Artillerie).

*78. DOCUMENT D 7 (form and sketch) conc. the setting on fire of the KDF (*Kraft durch Freude* — a Nazi organization) hall in the commune of Czernin (Hohenstein). In remarks: "Polish minority in H. — 60 Polish railwaymen" (*Polnische Minderheit in H. — 60 polnische Eisenbahner).*

*79. DOCUMENT D 8 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a barn of the peasant named Schindler in the village of Rąbielcz (Rambeltsch), Gdańsk district (Danziger Höhe).

*80. DOCUMENT D 9 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a barn of Major v. Arnoldi in the Sobowidz (Sobbowitz) estate, Danziger Höhe district. In remarks: "The Polish minority in S. numbers about 100 persons (railwaymen's families)" (*In S. polnische Minderheit in Stärke von ungefähr 100 Personen /Eisenbahnerfamilien/).*

*81. DOCUMENT D 10 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a granary of Captain Burandt on Trąbki Wielkie (Gr. Trampken) estate. In remarks: "At Gr. Tr. Polish minority is the strongest in the entire district. Polish school and kindergarten in the village" (*In Gr. Tr. befindet sich die stärkste polnische Minderheit im Kreise Danziger Höhe. Polnische Schule und Kindergarten im Dorf).*

*82. DOCUMENT D 11 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a barn on the Zaskoczyn (Saskoschin) estate, Danziger Höhe district, owner Graf von Kanitz.

*83. DOCUMENT D 12 (form and sketch) concerning the setting on fire of a barn on the Domachowo (Domachau) farm belonging to the Zaskoczyn (Saskoschin) estate, as in D 11.

*84. DOCUMENT D 13 (form, sketch and photograph) conc. the blowing up of a monument to war victims at the Evangelical cemetery in the village of Mierzeszyn (Meisterswalde), Danziger Höhe district. In remarks: "There is a Polish minority in M." (*Polnische Minderheit in M.*) and "The population in M. is entirely Catholic" (*Völlig katholische Bevölkerung in M.*).

*85. DOCUMENT D 14 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of a forge at Mierzeszyn (Meisterswalde), property of the commune.

*86. DOCUMENT D 15 (form, sketch and photograph) conc. the setting on fire of an empty granary at Borowina (Bärenhütte), Danziger Höhe district.

*87. DOCUMENT D 16 (form and sketch) conc. the setting on fire of an old youth hostel ("requiring renovation" — *baufällig*) at Przywidz (Mariensee), Danziger Höhe district.

*88. DOCUMENT D 17 (form and sketch) conc. the blowing up of the monument to "SA-man Horst Hoffmann, shot by communists in 1932" (*für den von Komunisten erschossenen SA-Mann Horst Hoffmann*) at Kolbudy (Kahlbude), where "many Poles live" (*In K. leben zahlreiche Polen).*

*89. DOCUMENT D 18 — blank leaf with the number 18.

*90. „ D 19 — „ „ „ „ „ 19.

*91. „ D 20 — „ „ „ „ „ 20.

*92. „ D 20 — „ „ „ „ „ 21.

*93. „ D 22 — „ „ „ „ „ 22.

NOTE: According to the document named in item 70 (of this specification) plans for targets 18 - 22 "have not yet been worked out" (*stehen noch aus*).

*94. DOCUMENT D 23 (form and sketch) conc. a simulated attack on a pontoon bridge on the Vistula in the territory of the Free City of Danzig.

*95. DOCUMENT D 24 (form and sketch) conc. the blowing up of a Nazi club-room at Sopot (Zoppot).

*96. DOCUMENT D 25 (form) conc. the blowing up of a custom house near Sopot (Zoppot), "about 70 m from the Polish-Danzig frontier which runs through a wood" (*Etwa 70 m von d. Poln.-Danzig Grenze, die in einem Waldstreifen verläuft*).

*97. DOCUMENT D 26 (form and sketch) conc. the blowing up of the townhall in Sopot (Zoppot). In remarks: "In the immediate neighbourhood is the 'Dom Polski'. Suspicion will therefore be turned to the Polish minority". (*In unmittelbarer Nähe befindet sich der "Dom Polski". Verdacht richtet sich deshalb auf poln. Volksgruppe*).

*98. DOCUMENT D 27 (form and sketch) conc. a simulated attack on the SS office at Wrzeszcz (Langfuhr). In point 8 of the form: "No damage is envisaged. The effect will only be of a moral character". (*Beschädigung nicht beabsichtigt. Wirkung nur moralisch*). It has been pointed out in the remarks that Poles live in the neighbourhood.

*99. DOCUMENT D 28 (form and sketch) conc. the blowing up of an obelisk in Hindenburgallee in Gdańsk (Danzig) "next to the Polish railway" (*in unmittelbarer Nähe der polnischen Bahn*).

*100. DOCUMENT D 29 (form and sketch) conc. the blowing up of a youth hostel at Nowy Port (Neufahrwasser) next to "Dom Polski".

*101. DOCUMENT D 30 (form and sketch) conc. the blowing up of a ferry boat on the Vistula. In remarks: "As the ferry boat is the only link between Nowy Port (Neufahrwasser) and the mouth of the Vistula (Weichselmünde) and is thus the only link with Westerplatte and as it is very near to Polish Westerplatte, the blowing up of the ferry boat will be attributed to the Westerplatte unit" (*Da die Fähre die einzige Verbindung für Fahrzeuge zwischen Neufahrwasser und Weichselmünde und damit auch zur poln. Westerplatte darstellt und außerdem in nächster Nähe der Westerplatte liegt, würde eine Sprengung auf das Konto der Besatzung der Westerplatte gehen*).

*102. DOCUMENT D 31 (form and sketch) conc. a simulated blowing up of the Danzig radio station. "The explosives should be set in front of the main entrance to the building of the radio station. In front of the building is a big open square, so that with the exception of a few windows and the door, no damage should be caused". (*Ein Sprengkörper soll vor dem Haupteingang zum Gebäude des Landessenders aufgestellt werden. Vor dem Gebäude ist ein großer freier Platz, so daß außer einigen Fenstern und der Haustüren keine Beschädigungen entstehen dürfen*).

*103. DOCUMENT D 32 (form and sketch) conc. a simulated attack on the central post office in Danzig by throwing fire into post boxes in the office. "Such an attack on the post would arouse considerable unrest and together with other operations, can easily be presented as having been carried out by Poles" (*Ein derartiger Anschlag auf die Post würde eine erhebliche Unruhe auslösen und kann leicht im Zusammenhang mit anderen Aktionen als von Polen ausgeführt dargestellt werden*).

NOTE: Almost all the documents from D 1 to 32 name the time when the attack should be carried out, which is usually midnight or 1 o'clock at night.

104. THREE LEAVES (loose), incomplete list of 78 targets in the "*Ost*" region; the

first leaf has the overprint "*5 Ausf.*" on it, the second contains a list of German targets in the "*Ost*" region (*Verzeichnis deutscher Objekte im Gebiet Ost*) from O 1 to O 19, the third contains a list of German targets in the Poznań region and Pomerania from No. 51 to No. 78, which, however, are not marked "O" but "D". There is no list of targets from O 20 to O 50.

105. THREE LEAVES, clipped together, continued as in item 104 (The first leaf: "*5 Ausf.*", the second: list of targets from 79 to 89 marked D, not O. The third leaf is blank.

106. MAP, identical as under item 68.

*107. DOCUMENT O 1 (form) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Reimann in the village of Prądówka (Ziegelscheun), Poznań voivodship.

108. DOCUMENT O 2 (form) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Lehmann in the village of Lewiczynek (Lewitz-Hauland), Poznań voivodship. In remarks: "The L. family is constantly attacked by Poles so that the destruction of the barn will be generally regarded as a Polish step" (*Die Familie L. steht und stand ständig im Brennpunkt polnischer Angriffe, so daß eine Zerstörung von Eigentumswerten allgemein als polnische, aktivistische Maßnahme betrachtet werden würde*).

*109. DOCUMENT O 3 (form) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Tepper in the village of Paproć (Paprotsch), Nowy Tomyśl (Neu Tomischel) district, near the Poznań—Leszno (Posen Lissa) railway line. In remarks: "The destruction of this target will be regarded as an act of revenge on the part of Poles" (*Bei Zerstörung dieses Objekts entsteht der Eindruck eines polnischen Racheaktes*).

*110. DOCUMENT O 4 (form) conc. the setting on fire of a barn of the *Volksdeutsch* named Pflamm in the village of Jastrzębskie Stare (Friedenshorst), Nowy Tomyśl (Neu Tomischel) district. In remarks the same sentence as under O 3.

*111. DOCUMENT O 5 (form) conc. the setting on fire of the house of the *Volksdeutsch* named Reimann in the village of Strzyżewo (Strese), Nowy Tomyśl (Neu Tomischel) district. In remarks the same sentence as under O 3 with the addition "and will be a warning to other *Volksdeutsche*" (*und Warnung für die anderen Volksdeutschen*).

*112. DOCUMENT O 6 (form) conc. the setting on fire of a barn and a granary belonging to a German cooperative in Nowy Tomyśl (Neu Tomischel). In remarks: "Since the Polish side attacks mainly German cooperatives, the act will be regarded as a result of this propaganda" (*Da man polnischerseits vor allem die d. Genossenschaften bekämpft, würde eine Beseitigung bzw. Zerstörung als Auswirkung dieser Propaganda betrachtet werden*).

113. DOCUMENT O 7 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German cooperative fertilizer depot at Leszno (Lissa). In remarks a similar sentence as under O 6.

*114. DOCUMENT O 8 (form and sketch) conc. the setting on fire of a private German school in the village of Bojanowo Stare (Alt Boyen), Leszno (Lissa) district. Under point 3: "The school has been temporarily closed by Poles and is therefore specially suitable for this purpose" (*Die Schule ist z. Zt. v. den Polen geschlossen u. daher für diesen Fall besonders geeignet*). In remarks: "The destruction of the school will be generally regarded as a Polish ac-

tion" (*Beschädigung d. Schule wird allgemein als poln. Maßnahme betrachtet werden*).

*115. DOCUMENT O 9 (form) conc. the setting on fire of a tool shed in the village of Bojanowo (Bojanowo). In remarks: "Within the framework of the local campaign, barns and tool sheds have in many cases been chosen as targets because they have been frequently robbed by Polish bandits. The choice of targets has been entrusted to those of the locally appointed activists who know these places well" (*Im Rahmen d. hies. Aktion sind als Objekte in mehreren Fällen landwirtsch. Scheunen und Geräteschuppen vorgesehen worden. Dieselben werden häufig v. poln. Banditen geplündert. Die Wahl dieser Objekte wurde den Ortskundigen, von hieraus eingesetzten Aktivisten überlassen*).

116. DOCUMENT O 10 (form) conc. the setting on fire of a barn in the village of Rydzyna (Reisen), Poznań voivodship. In remarks the same sentence as under O 9.

117. DOCUMENT O 11 (form) conc. the setting on fire of a cottage in the village of Rydzyna (Reisen), Poznań voivodship. In remarks: "The activist appointed here has many possibilities at Rydzyna but has not been able to establish the target without consulting local people" (*Der von hier bestimmte Aktivist hat in Reisen verschiedene Möglichkeiten, konnte dieselben aber ohne Rücksprachen mit den Ortsansässigen nicht von sich aus festlegen*).

*118. DOCUMENT O 12 (form and sketch) conc. the setting on fire of the house belonging to the *Volksdeutsch* gardener named Grundmann in the suburbs of Poznań (Posen).

*119. DOCUMENT O 13 (form and sketch) conc. the setting on fire of a bower in German allotments in the suburbs of Poznań (Posen). In remarks: "The existence of this bower colony has been repeatedly described by Polish papers as an impossible situation. The destruction of individual bowers will be generally regarded as a result of this inciting propaganda" (*Die Existenz dieser Laubenkolonie wurde schon mehrfach von poln. Zeitungen als unmöglicher Zustand bezeichnet. Eine Vernichtung einzelner Lauben würde allgemein als Auswirkung dieser hetzerischen Propaganda angesehen werden*).

*120. DOCUMENT O 14 (form and sketch) conc. the setting on fire of another bower in the same place as O 13. An identical remark.

*121. DOCUMENT O 15 (form and sketch) conc. the setting on fire of a boat-house on the Warta (Warthe) in Poznań (Posen), belonging to a German yachting society. In remarks: "The destruction will be regarded as an action by Polish activists" (*Vernichtung würde als Tat poln. Aktivisten betrachtet werden*).

*122. DOCUMENT O 16 (form and sketch) conc. the setting on fire of a bathing establishment of a German swimming society in Poznań (Posen). Identical remark as under O 15.

*123. DOCUMENT O 17 (form) conc. the setting on fire of several barns (about five — ungefähr 5) in the neighbourhood of Poznań (Posen). In remarks: "The choice of targets has been entrusted to the appropriate activist, to be made at his discretion. The burning of these barns will arouse general unrest and indignation" (*Die Auswahl dieser Objekte wurde dem betr. Aktivisten nach eigenem Gutdünken und Gelegenheit überlassen. Die Inbrandsetzung dieser Scheunen würde allgemeine Unruhe u. Entrüstung hervorrufen*).

*124. DOCUMENT O 18 (form) conc. the setting on fire of a house of a *Volksdeutsch* of unknown name in the village of Radzicz (Hermannsdorf).

*125. DOCUMENT O 19 (form) conc. the setting on fire of the land-stewards' house on the Czajcze estate, owner Graf von d. Goltz. In remarks: "Graf v.d. Goltz is one of the most reliable champions of the German minority in Poland... The burning of the house will be generally considered to be an act of revenge on the part of Poles" (*Graf v.d. Goltz ist einer der zuverlässigsten Vorkämpfer des Deutschtums in Polen... Die Niederbrennung des Gutshauses wird allgemein als poln. Racheakt gewertet werden*).

NOTE: Documents from O 20 to O 50 are missing in the collection and the list (cf. item 104 of the specification).

126. DOCUMENT D 51 (form and sketch) conc. the blowing up of the entry ramp to the German dairy in the village of Pruszcz (Prust), Świecie (Schwetz) district.

127. DOCUMENT D 52 (form and sketch) conc. the blowing up of the storehouse of a German cooperative in the village of Prust, Swiecie (Schwetz) district. In remarks: "The storehouse is empty at present. No serious damage will be caused" (*Lagerschuppen z. Zt. leer. Kein wesentlicher Sachschaden*).

*128. DOCUMENT D 53 (form and sketch) conc. the blowing up of a part of the German dairy in the village of Dziewierzewo (Lindenbrück), Żnin (Znin) district.

*129. DOCUMENT D 54 (form and sketch) conc. the blowing up of part of a German dairy in the village of Kcynia (Exin), Szubin (Schubin) district.

*130. DOCUMENT D 55 (form and sketch) conc. the blowing up of a part of a German cooperative in the same village as D 54.

131. DOCUMENT D 56 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn in the village of Chlewiska (Kleinwiese), Inowrocław (Hohensalza) district. In remarks: "No serious damage will be caused since according to the latest Polish regulations the threshing of corn must be completed by August 10" (*Besondere Werte werden nicht vernichtet, da nach den neuesten polnischen Bestimmungen das Getreide bis zum 10. August ausgedroschen sein muß*).

132. DOCUMENT D 57 (form and sketch) conc. the blowing up of an assembly room in a German inn in the village of Szpital (Schöngrund), Inowrocław (Hohensalza) district.

133. DOCUMENT D 58 (form and sketch) conc. the desecration of a grave of a German soldier at the cemetery in the village of Gąski (Eigenheim), Inowrocław (Hohensalza) district. Point 8 reads: "*Besudlung des Grabmals und Zerstörung der Kränze — Wahrscheinlichkeitsfaktor: 100%*".

134. DOCUMENT D 59 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn of a *Volksdeutsch* of unknown name in the village of Gąski (Eigenheim), Inowrocław (Hohensalza) district.

*135. DOCUMENT D 60 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German meeting house at Wąbrzeźno (Briesen), Wąbrzeźno (Briesen) district.

*136. DOCUMENT D 61 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German cooperative in the same town as D 60.

137. DOCUMENT D 62 (form and sketch) conc. the setting on fire of the building of the *Jungdeutsche Partei* at Radzyn (Rehden), Grudziądz (Graudenz) district.

*138. DOCUMENT D 63 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German dairy in the village of Dębowa Łąka (Wittenburg), Wąbrzeźno (Briesen) district.

*139. DOCUMENT D 64 (form and sketch) conc. the setting on fire of an Evan-

gelical church in the village of Dębowa Łąka (Wittenburg), Wąbrzeźno (Briesen) district.

140. DOCUMENT D 65 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German school in the village of Leśna (Waldau), Świecie (Schwetz) district.

141. DOCUMENT D 66 (form and sketch) conc. the blowing up of an Evangelical church in the same village as D 65.

*142. DOCUMENT D 67 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German school in the village of Jabłonowo (Goßlerhausen) Brodnica (Strasburg) district.

*143. DOCUMENT D 68 (form and sketch) conc. the setting on fire of a shed belonging to the *Volksdeutsch* named Kopf in the same village as D 67.

*144. DOCUMENT D 69 (form and sketch) conc. the setting on fire of an Evangelical church in the same village as D 67.

*145. DOCUMENT D 70 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German garage in the same village as D 67.

*146. DOCUMENT D 71 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German dairy in the same village as D 67.

*147. DOCUMENT D 72 (form and sketch) conc. the blowing up of the offices of the *Deutsche Vereinigung* in Bydgoszcz (Bromberg) in 20 Stycznia Street, on the corner of Mickiewicz Avenue.

*148. DOCUMENT D 73 (form and sketch) conc. the blowing up of the offices of the German passport bureau (*Deutsche Paßstelle*) in Bydgoszcz (Bromberg) in 20 Stycznia Street, in der Nähe der Starostei.

*149. DOCUMENT D 74 (form and sketch) conc. the blowing up of a private German primary school in Bydgoszcz (Bromberg) in Warmiński Street.

*150. DOCUMENT D 75 (form and sketch) conc. the blowing up of a private German secondary school in Bydgoszcz (Bromberg) in Warmiński Street.

*151. DOCUMENT D 76 (form and sketch) conc. the blowing up of a private German secondary school in Bydgoszcz (Bromberg) in Chodkiewicz Street.

*152. DOCUMENT D 77 (form and sketch) conc. the setting on fire of the German theatre (*Deutsche Bühne Bromberg*) in Bydgoszcz (Bromberg) in Gdańska Street. Point 5 contains the sentence: "The target is an extremely old building" (*Das Objekt ist ein unansehnlicher alter Saalbau*). In remarks: "The burning of the theatre will not cause any other damage" (*Durch den Brand des Theaters werden keine anderen Sachwerte gefährdet*).

*153. DOCUMENT D 78 (form and sketch) conc. the setting on fire of the offices of the *Jungdeutsche Partei* in Bydgoszcz (Bromberg) in Czartoryski Street.

154. DOCUMENT D 79 (form and sketch) conc. the blowing up of a German granary at Fordoń (Fordon), Bydgoszcz (Bromberg) district.

155. DOCUMENT D 80 (form and sketch) conc. the setting on fire of a sawmill of the *Volksdeutsch* named Medzeg in the same place as D 79.

*156. DOCUMENT D 81 (form and sketch) conc. the blowing up of a morgue of the Evangelical church at Chełmża (Culmsee).

*157. DOCUMENT D 82 (form and sketch) conc. the setting on fire of a granary of a German cooperative in the same place as D 81.

158. DOCUMENT D 83 (form and sketch) conc. the blowing up of a German dairy in the village of Dubielno (Dubeln) near Chełmża (Culmsee).

*159. DOCUMENT D 84 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German boathouse at Grudziądz (Graudenz); property of the German yachting society at Grudziądz.

160. DOCUMENT D 85 (form and sketch) conc. the blowing up of a china shop belonging to the *Volksdeutsch* named Schulz at Grudziądz (Graudenz) in 3 Maja Street.

161. DOCUMENT D 86 (form and sketch) conc. the setting on fire of a timber yard at a sawmill belonging to the *Volksdeutsch* named Schulz at Grudziądz (Graudenz) in Portowa Street.

*162. DOCUMENT D 87 (form and sketch) conc. the setting on fire of a bookshop belonging to the *Volksdeutsch* Rehfeldt in Poznań (Posen) in Kantak Street 3.

*163. DOCUMENT D 88 (form and sketch) conc. the blowing up of the office of the *Jungdeutsche Partei* in Poznań (Posen) in Mickiewicz Street 30. Point 5 contains the sentence. "The office is in the basement. Above is a flat of some Jew" (*Dienststelle befindet sich im Kellergeschoß. Darüber Wohnung eines Juden*).

164. DOCUMENT D 89 (form and sketch) conc. the setting on fire of storehouses of a German agricultural cooperative (*Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft*) in Poznań (Posen).

NOTE: Most of the documents from D 51 to D 89 have the following sentence under point 11: "To be carried out within 24 hours after receiving the order" (*Erledigung innerhalb 24 stunden nach Auftragserteilung*).

165. THREE LEAVES (clipped together), on the first: overprint "*6 Ausf.*" and a hand-written insertion "*bleibt hier*"; on the second, a list of targets in the SO region from 1 to 17, the first four being crossed out in red ink (*Verzeichnis deutscher Objekte im Gebiet Süd Ost*); the third leaf is blank.

*166. TWO LEAVES, loose (on the first an inscription "*1 Ausfertigung*"; on the second, a list of SO targets from 21 to 28, number 18, 19 and 20, added in blue pencil, are crossed out in red pencil, at numbers 21, 22, 23, 24 crosses have been set by hand; at the bottom of the page the following note has been added in blue pencil: *X von SS-O'Sturmbannf. Günther entnommen* (X taken over by *SS-O'Sturmbannf.* Günther).

*167. THREE LEAVES, clipped together (on the first, overprint "*1 Ausf.*", on the second, a list of SO targets from 29 to 39, crosses have been put by hand at numbers 34, 35, 36, 37, 38 and 39, and at the bottom of the page the note has been added: "X — *von SS-O'Sturmbannf. Günther entnommen*" (X taken over by *SS-O'Sturmbannf.* Günther).

168. MAP, identical as under item 68.

169. DOCUMENT SO 1 (form and sketch) conc. the setting on fire of a German assembly house in Cieszyn (Teschen).

*170. DOCUMENT SO 2 (form, sketch and photograph) conc. the blowing up of a printing house belonging to the *Volksdeutsch* Kutzer in Cieszyn (Teschen) in Chopin Street.

171. DOCUMENT SO 3 (form and sketch) conc. the setting on fire of a news-stand belonging to the *Volksdeutsch* woman Pumpela in Cieszyn (Teschen).

*172. DOCUMENT SO 4 (form, sketch and 2 photographs) conc. the blowing up of a monument to soldiers killed in World War I erected by the German Veterans' Union, and of a monument to Schiller, in Cieszyn (Teschen).

173. DOCUMENT SO 5 (form and sketch) conc. the blowing up of a room in the German assembly house (*D. Vereinshaus*) at Trzyniec — Śl. Zaolz. (Trzynietz—Olsagebiet).

174. DOCUMENT SO 6 (form and sketch) conc. the blowing up of outbuildings

at a mill belonging to the *Volksdeutsch* Sagittarius Müller at Jabłonkowo (Jablonau—Olsagebiet).

NOTE: All the documents from SO 1 to SO 6 give the names of executors: *"Ausführende: Gruppe Schiller, Böhm, Löschner und Gorniak"*.

*175. DOCUMENT SO 7 (form and sketch) conc. the blowing up of a German printing house belonging to the *Volksdeutsch* Nitkiewicz at Karwina Śląska, Zaolzie (Karwin — Olsagebiet). Under point 5 the sentence: "only old machines, practically worthless" (*nur alte Maschinen, fast wertlos*).

176. DOCUMENT SO 8 (form and sketch) conc. the blowing up of a house belonging to the *Volksdeutsch* Drescher in the same place as SO 7. Under point 3 the sentence: "D. is known as an especially active German. A search has been made in his house. Has been attacked by Poles. Active in NSDAP" (*D. ist als besonders aktiver Deutscher bekannt. Haussuchung bereits erfolgt, von Polen angegriffen, war bereits in NSDAP tätig*).

*177. DOCUMENT SO 9 (form) conc. the setting on fire of a sawmill belonging to the *Volksdeutsch* Urbanschik in Frysztat — Śląsk Zaolz. (Freistadt—Olsagebiet).

178. DOCUMENT SO 10 (form and sketch) conc. the blowing up of a house belonging to the *Volksdeutsch* Stareczek at Łazy — Śl. Zaolz. (Lazy—Olsagebiet).

NOTE: All the documents from SO 7 to SO 10 give the names of executors: *"Ausführende: Gruppe Wider und Witrzenz und Lelek"*.

*179. DOCUMENT SO 11 (form and sketch) conc. the blowing up of offices of the German newspaper *"Aufbruch"* in Bielsko (Bielitz-Ost O/S). Remark: "The damage will be regarded as an anti-German demonstration" (*Eine Beschädigung wird als deutschfeindliche Ausschreitung gelten*).

180. DOCUMENT SO 12 (form and sketch) conc. the setting on fire of a bookshop belonging to the *Volksdeutsch* Hohn in Bielsko (Bielitz) in Jagiellońska Street.

*181. DOCUMENT SO 13 (form and sketch) conc. the blowing up of the seat of the Central Board of the *Jungdeutsche Partei* in Bielsko (Bielitz) in Cieszynska Street 24. In remarks: "of great moral importance" (*Große moralische Wirkung*).

*182. DOCUMENT SO 14 (form and sketch) conc. the blowing up of a villa belonging to the *Volksdeutsch* Wiesner, leader of the *Jungdeutsche Partei*, former senator in Bielsko (Bielitz) in Sobieski Street 64. In remarks: "The attack will signify a blow to everything that is German" (*Ein Anschlag bedeutet somit einen Hieb gegen das gesamte Deutschtum*).

NOTE: All the documents from SO 11 to SO 14 give the names of executors: *Ausführende: Gruppe Frenzel mit Rebussione und Urbantke"*.

183. DOCUMENT SO 15 (form and sketch) conc. the blowing up of the Union of German School societies, the *Nordmark-Verein*, in Bielsko (Bielitz), in Wyspiański Street. Executors: Lanz, Stechel und Jackel.

184. DOCUMENT SO 16 (form and sketch) conc. the blowing up of the seat of the Union of German Catholic societies, *Gesell. Viribus Unitis*, and of the editorial board of the *"Oberschlesische Post"* in Bielsko (Bielitz), in Piłsudski Street. Executors: the above-named group of Frenzel et cons.

185. DOCUMENT SO 17 (form) conc. the setting on fire of a barn on the estate belonging to the *Volksdeutsch* Krzywon at Trzyciesza, Śl. Zaolz. (Trzy-

ciesz—Olsagebiet). Under point 3: "The landowner K. is branded as a Germanizer in the neighbourhood" (*Gutsbesitzer K. ist als Germanisator in der Umgebung verschrieen*). Executors: the above-mentioned group of Schiller et cons.

186. DOCUMENT SO 18 (form crossed out in red ink, sketch and photograph) conc. the blowing up of the seat of the German Culture Union, the *Kulturbund*, in Katowice (Kattowitz-Ost O/S) near the municipal theatre. Executors: Stachura and Kratochwil.

*187. DOCUMENT SO 19 (form crossed out as in SO 18, and sketch) conc. the blowing up of a German minority school in Katowice (Kattowitz) in Stawowa Street. Executors as in SO 18.

*188. DOCUMENT SO 20 (form crossed out as in SO 18 and sketch) conc. the blowing up of the printing house and offices of *"Oberschlesischer Kurier"* (organ of German Catholics in Poland) in Katowice (Kattowitz), in Stawowa Street. Executors the same as in SO 18.

189. DOCUMENT SO 21 (form, sketch and photograph) conc. the blowing up and setting on fire of the German restaurant *"Erholung"* in Katowice (Kattowitz). Executors the same as in SO 18.

190. DOCUMENT SO 22 (form and sketch) conc. the blowing up and setting on fire of the building of *"Kattowitzer Zeitung"* in Katowice (Kattowitz) in 3 Maja Street. Executors the same as in SO 18.

191. DOCUMENT SO 23 (form, sketch and photograph) conc. the blowing up of the German hotel *"Zentral"*, seat of the JDP in Katowice (Kattowitz), in Dworcowa Street 13. Executors the same as in SO 18.

*192. DOCUMENT SO 24 (form and sketch) conc. the blowing up of the seat of the organization *Deutscher Volksbund* in Katowice (Kattowitz), in Młyńska Street. Executors the same as in SO 18.

193. DOCUMENT SO 25 (form and sketch) conc. the blowing up of the storehouse of the central German bookshop, *"D. Zentralbücherei"*, in Katowice (Kattowitz), in Mariacka Street. The same executors as in SO 18.

194. DOCUMENT SO 26 (form, sketch and photograph) conc. the blowing up of Ballestrem's old palace on the Ruda estate, Silesian voivodship (Ruda, Ost OS) inhabited by German employees of a coal mine. Executor: inspector Mochmann, Ruda.

195. DOCUMENT SO 27 (form and sketch) conc. the blowing up of a German minority school in the same place as SO 26. Executor: Johann Gigla, Ruda.

196. DOCUMENT SO 28 (form and sketch) conc. the blowing up of an inn belonging to the *Volksdeutsch* Grunwald at Mysłowice (Myslowitz — Ost OS) in Dworcowa Street. Executor: Józef Cyron, Słupna near Mysłowice.

197. DOCUMENT SO 29 (form and sketch) concerning the blowing up of a German hotel in Chorzów (Königshütte — Ost OS) on the corner of Grażyński and Reden Streets.

198. DOCUMENT SO 30 (form and sketch) conc. the blowing up of the building of the daily *"Der Oberschlesischer Kurier"* in Chorzów (Königshütte-Ost OS) opposite the townhall.

199. DOCUMENT SO 31 (form and sketch) conc. the blowing up and setting on fire of the seat of German Trade Unions in Chorzów (Königshütte-Ost OS) in 3 Maja Street.

200. DOCUMENT SO 32 (form and sketch) conc. the blowing up of a German secondary school in Chorzów (Königshütte-Ost OS) in Dąbrowski Street.

201. DOCUMENT SO 33 (form and sketch) conc. the blowing up of the seat of the *Volksbund* and the JDP in Chorzów (Königshütte-Ost OS) in Sienkiewicz Street 3.
202. DOCUMENT SO 34 (form and sketch) conc. the blowing up of the seat of the *Volksbund* at Bobrownik, Tarnowskie Góry district (Bobrownik, Kr. Tarnowitz). Executors: Arndt and Serafin.
203. DOCUMENT SO 35 (form and sketch) conc. the setting on fire of farm buildings belonging to the *Volksdeutsch* Wilhelm Chojka in the village of Blachówka, 100 m from the frontier of the Reich (Blechofka Ost OS). Executor: Karl Chojka.
204. DOCUMENT SO 36 (form and sketch) conc. the setting on fire of farm buildings of the *Volksdeutsch* woman Kasperzyk in the village of Łazarówka, Tarnowskie Góry district (Lazarowka, Kr. Tarnowitz). Executors: Spallek and Wrodarczyk.
205. DOCUMENT SO 37 (form and sketch) conc. the setting on fire of farm buildings of the *Volksdeutsch* Olschok in the same village as SO 36. The same executors.
206. DOCUMENT SO 38 (form and sketch) conc. the blowing up and setting on fire of outbuildings in a presbytery whose priest is a *Volksdeutsch*, at Radzionkowo (Radzionkau Ost OS). The same executors as in SO 36.
207. DOCUMENT SO 39 (form and sketch) conc. the setting on fire of a barn on the estate of Graf Henckel-Donnersmarck at Radzionkowo (Radzionkau Ost OS). The same executors as in SO 36.
208. MAP, identical as that described in item 68.
209. " " " " " " " "
210. " " " " " " " "

NOTES

Item 1

The full title on the page reproduced by Osmańczyk in his book *Proofs of Provocation. Himmler's Unknown Archives* (No. 1 of the annex) reads: *Der Reichsführer SS, Der Chef des Sicherheitshauptamtes, Verzeichnis deutscher Objekte im Gebiet Süd-Ost 29 - 39, Band I - III* (The *Reichsführer* of the SS, Chief of the Central Security Office, List of German Targets in the South-Eastern Region 29 - 39, vol. I - III). The explanation under the reproduced page says that this is "the first page of the discovered documents". But the words "list of German targets in the south-eastern region" indicate that this could not have been the title page of the entire set. The subtitle indicates that in the original set this page must have preceded a definite part of planned attacks. In any case, the title *Der Reichsführer of the SS, Der Chef des Sicherheitshauptamtes* applies to the whole set of documents. *Sicherheitshauptamt* (Central Security Office) was the directing unit of the security service (*Sicherheitsdienst* — S.D.). It was an élite organ of the internal and external intelligence of the party under the supreme control of Heinrich Himmler, *Reichsführer* of the SS. Its founder, organizer and leader was *SS Grupenführer* Reinhard Heydrich, whom Himmler in his capacity as *Reichsführer* of the SS and Chief of German police, also appointed chief of the Central Office of Security Police (*Hauptamt Sicherheitspolizei*), which united the political police, called secret state police (*Geheime Staatspolizei*) and criminal police (*Kriminalpolizei*). This central office was part of the state administration, being subordinated (only formally) to the Ministry of the Interior (*Reichsinnenministerium*). Thus, there were two offices with similar names: the Central Office of Security Police (*Hauptamt Sicherheitspolizei*) and the Central Security Office (*Sicherheitshauptamt*). They functioned on dif-

ferent planes (Ministry of the Interior and the NSDAP), but were under one direction (Himmler and Heydrich). Having similar competence, they cooperated closely, though at times they also competed with each other. In his decree of September 27, 1939, Himmler, as *Reichsführer* of the SS (a party title) and chief of the entire German police (state title), resolved that the Central Office of Security Police and the Central Security Office of the SS *Reichsführer* as well as the Office of the Secret State Police and the Criminal Police Office form together the Central Office for the Security of the Reich (*Reichssicherheitshauptamt*) which, as was clearly stated, did not affect the rank of these offices within the state administration and the party. (IMT Doc. 361 — L XXXVIII 103). The Central Office for the Security of the Reich was a purely internal administrative institution which was to facilitate cooperation between the security police and the security service. Reinhard Heydrich acted formally as chief of the security police and the security service (*Chef der Sicherheitspolizei und des SD*).

The general plan of attacks was drawn up several months before the war, that is, under the old organizational structure. The Central Security Office (*Sicherheitshauptamt* without the word "*Reich*") was then the central office of the security service. It was this office that prepared the plan. Of course, the security service already cooperated with the secret state police at that time. This old Central Security Office also produced a secret information handbook (with numbered copies) entitled *Die innerpolitischen Machtmittel Polens*, a copy of which is in the Western Institute (IZ Doc. I-549).

Item 27

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges (the German White Book) No. 2, 1939, doc. No. 470 p. 438, a list of official reports on serious frontier incidents on the Polish-German frontier between August 25 and 31, 1939, drawn up by an official of the political department of the German Foreign Office, Berlin September 1, 1939: "August 25. Report from the State police station at Elbing. At about 22.00 hours a barn burned down on the farm of the peasant Reinhard Briese, situated near the Polish-German frontier in the village of Scharschau (Skarszewo), Rosenberg (Susz) district, West Prussia. A Polish-made incendiary bomb has been found on the spot". In this and the following documents the Polish place names are given by the author.

Item 28

Dokumente ... op. cit., p. 438: "August 25. Report from the State police station at Elbing. At about 23.00 hours the farmhouse of widow Marta Zerkowska, situated next to the Polish-German frontier in the village of Schönerswalde (Szeplerzyzna), Rosenberg (Susz) district, West Prussia, was set on fire by Poles and burned down".

Item 29

Dokumente ... op. cit., p. 439: "August 25. Report from the State police station at Elbing. On the night of August 25/26 the farmhouse of the woodcutter Schlegel, situated near the Polish-German frontier at Neukrug (Katarzynki), Rosenberg (Susz) district, West Prussia was destroyed by a fire lit by culprits from Poland".
Dokumente ... op. cit., p. 439: "August 26. Report from the State police station at Elbing. At about 15.00 hours the house and farm building of the families Werner and Scheffler at Neukrug (Katarzynki), situated near the Polish-German frontier, was set on fire and burned down. It has been established that the perpetrators should be sought in Poland".

Items 27 - 29

The term "West Prussia" used in these reports is not a mistake. The districts of Rosenberg (Susz), Stuhm (Sztum) and Elbing (Elbląg) situated east of the Free City of Danzig, were called West Prussia, not East Prussia, since before the Versailles Treaty came into force, they had been part of West Prussia. But they did not belong to the Prussian

province called Frontier Mark Posen-West Prussia which by virtue of a law of March 21, 1938-September 2, 1938 (GS pp. 29, 38) was transformed into the regency region of the province of Pommern (Neugliederung des Regierungsbezirkes Grenzmark Posen — Westpreußen, *The New Territorial Structure of the Regency Region of the Frontier Mark Posen-West Prussia*, IZ Doc. I 721).

Item 30

Dokumente... op. cit., p. 439: "August 26. Report from the State police station at Elbing. On the night of August 25/26 guard house No. 34 on the Dt. Eylau — Alteiche (Smolniki) — Soldau (Działdowo) railway line was destroyed by a bomb". Weissenberg (Rakowice) lies on this line, 13 km from Dt. Eylau (Iława). This case has been discussed by J. Skorzyński, *op. cit.* According to a letter from the Presidium of the District People's Council in Iława (Dt. Eylau) of April 1, 1945, the guard's house had not been damaged. It had been pulled down by the Polish authorities after the war. It seems that Skorzyński only had at his disposal the plan for an attack on the guard's house No. 34 and did not know Osmańczyk's book (he does not quote it); otherwise he would have noticed that with regard to other attacks the entries in the general plan were also concordant with those in the list made up by the German Foreign Office.

Items 39 - 40

See the note to item 41.

Item 41

Dokumente... op. cit., p. 439: "August 25. Report from the State police station in Elbing. On the night of August 25/26, the farm of the peasant Gehrke, situated near the Polish-German frontier in the village of Kl. Niederzehren (Czarne), Marienwerder (Kwidzyń) district, was destroyed by a fire lit by perpetrators from Poland". Let us point out that items 39 and 40 also refer to the village of Niederzehren.

Items 49 - 54

The following incidents named in the list of the German Foreign Office may have been envisaged in these unprepared plans: *Dokumente... op. cit.*, pp. 439 - 440: The setting on fire of a forester's lodge at Dietrichswalde (Kuchnia), Marienwerder (Kwidzyń) district on the night of August 25/26, and of a farm belonging to the peasant Guziński in the village of Klein Heyde (Mały Bór), Rosenberg (Susz) district in the early hours of August 27. Had these fires been included in the general plan, they would have been marked NO (North-East), while the next two fires mentioned in the Foreign Office list, but not included in our specification, would have been marked N (North) or O (East). As it is known, documents of group N are missing in our set. The reference here is to the setting on fire of a mill belonging to the miller Domke at Somminer Mühle (Sominki), Bütow (Bytów) district on the night of August 25/26, and of a farm of the *Volksdeutsch* Tatulinski at Seelau (Zelewo) between Weyherowo and Lębork. It has been established that the mill at Sominki was really set on fire (witness: Mieczysław Włodarczyk, Bytów, Dworcowa 20 - 30/11 — IZ Doc. V 395).

Items 69 - 103

Old inhabitants of Gdańsk (Danzig) have told the author that they have not heard about the attacks mentioned in the specification. The paper "Danziger Vorposten" did not publish any such reports between March 15 and August 31, 1939. It published other reports clearly intended to incite the population, e.g. "Polish attack on Danzig petrol station... The Danzig custom house and petrol station were to be set on fire" (August 5 - 6). "16 machine guns deployed on Dirschau (Tczew) bridge. 80 - 100 soldiers are permanently stationed on the bridge at

Lissau (Lisewo). Daily firing by savage soldiery" (August 12 - 13). "Polish police incites to economic sabotage. Dangerous acts of sabotage by Polish seasonal worker" (August 15). "Inflamatory leaflets smuggled through by Polish customs inspectors" (August 16). "English reporters and German journalists fired on at Lissau (Lisewo)" (August 17), "Unheard-of Polish impudence in Danzig. 'Vorposten' newsgirl impudently harassed" (August 19 - 20). "Zoppot (Sopot) came under Polish fire in the morning" (10 shots were fired on a Danzig sports plane) (August 24 — "Danziger Vorposten am Morgen") etc.

Items 107, 109, 110

"Dziennik Bydgoski" August 30, 1939, No. 108: "German Farms in Flames. Nowy Tomyśl August 29. In the last few days several fires have broken out in mysterious circumstances on German farms in Nowy Tomyśl district. At 23.00 hours on August 25, a barn with grain belonging to Oswald Reismann burned down at Prądowo; the losses are estimated at 2,000 złotys; at 21.15 hours on August 26, a stack of straw burned down at Miedzichowo, inflicting a loss of 100 złotys on Wilhelm Fechner; at 0.45 hours on August 27, a 2,000 zloty worth barn with grain belonging to Otto Tepper burned down at Paproć; at 0.45 hours on August 27, a barn with grain and a pigsty belonging to Otto Pflaumann burned down at Jastrzębsko Stare — damage 5,000 złotys. The fires broke out at night. Everything indicates that we are confronted with criminal activity by some secret German organization". Attention should be drawn to small discrepancies in names. Wilhelm Fechner's stack does not figure in our specification.

Item 109

The village of Paproć does not lie on the Poznań—Leszno line but near the Poznań—Zbąszyń line.

Item 111

According to the communal office at Zbąszyń, the majority of the inhabitants of Strzyżewo were German. A German named Reimann had lived there from 1935 or 1936, but nobody has heard about his farm having been set on fire. The remark that the fire is to be "a warning to other Germans" shows that the aim was to terrorize the Germans themselves, so as to induce them to flee across the nearby frontier. Osmańczyk has also drawn attention to this.

Item 112

In reply to a press appeal, the author has received an extensive account from an inhabitant of the commune of Nowy Tomyśl. She could not say anything about deliberate destruction immediately before the war, but described in detail the behaviour of Germans in that part of the country in the years 1935 - 1939, especially their clandestine military drills, observed from a hiding place by her father, who was administrator of a village near Nowy Tomyśl. In the spring of 1938, he saw Germans destroy poor looking cemetery monuments and immediately reported this to the police. Her account is very detailed and gives the names of many Germans, among them, the name of Tepper (but not from Paproć) mentioned in item 109, and is therefore trustworthy. She gave her name and address but did not want them to be revealed (IZ Doc. II-440).

Item 114

The town and commune office of Śmigel has established that the former private German school at Bojanowo Stare (now called Stare Bojanowo) had not been set on fire in August 1939.

Item 115

The town and commune office of Bojanowo has stated that in the local chronicle there is an entry about a fire which broke out on September 1, 1939 on the Zawada estate belonging to a German, named Ferze. A tool shed near an openfield barn, south of compact farm buildings, were set on fire.

Items 118 - 123

In reply to a press appeal, the author has received only one account from the town of Poznań. Grundmann's neighbour, whose garden plot was at ul. Sokoła and ul. Czesława, stated that Grundmann's plot had been attacked twice. After the first attack a sentry was mounted, but this did not prevent another attack. One cannot establish whether the attacks were made by German agents; nor do we know whether they took place at the end of August or at the beginning of the war. The gardener Grundmann was friendly with Poles, even during the occupation. When the news came that his son nicknamed "Bubi" was reported missing on the eastern front, the Polish neighbours felt sorry for the Grundmann family. "Bubi" returned from the Soviet Union together with Polish repatriates in 1956, was well received by Polish neighbours and then left for the Federal Republic. (IZ Doc. V — 395). See also items 162 - 164.

Item 124

The commune office of Sadki stated that no attack on German property had taken place at Radzicz.

Item 125

The Polish Telegraphic Agency (PAT) reported on August 27, 1939 ("Kurier Poznański" of the same day): "German landowners set their estates on fire. German radio reported the fires several hours before their outbreak". This was a reference to the fires in the villages of Czajcze and Falmierowo in Wyrzysk district. After a short description of the fires the agency note went on to say: "... as early as the 25th of this month, more than ten hours before the fire, German radio broadcast the news that German estates were in flames in Pomerania in the Polish-German borderland .... The police at Wyrzysko has irrefutable proofs that the fire was started deliberately". As a result of his investigation, the author has been able to establish what follows: From June 1939 the Czajcze estate was administered by Jan Przybył, domiciled at Nakło, since the owner had left Poland. The son of the former administrator, also named Jan Przybył, domiciled Poznań, Dąbrowskiego Street 20/22, has testified that in the first days of September 1939 his father told him that a mysterious fire had broken out on the Czajcze estate in August. The witness did not remember what had burned down; he could only say that this had taken place after August 15. Having heard on Radio Breslau, before the actual fire, that a fire had broken out at Czajcze, his father instructed a night watchman to be specially attentive; but this did not prevent the fire. In September the witness went with his father to the village of Czajcze, but on their way they were arrested at Wyrzysk and taken to the *Landrat's* office, where the owner's wife soon appeared. After several hours they were both released. They were not interrogated either at that time or later. The owner was killed on the eastern front at Sevastopol; his widow lives in Hamburg 55, Kosterberg-Street 55 (IZ Doc. III 151).

Our investigations have revealed another two fires, not included in the specification, which could have belonged to this group. They are the fires at Falmierowo and in Puck on the Baltic. The fire at Falmierowo was reported by the Polish press together with the fire at Czajcze, for both estates were in the Wyrzysk district, not far from each other, and the fires took place at the same time. The losses at Falmierowo were considerable since a barn full of grain was burned down. A German inhabitant of Falmierowo, whose name is known, was suspected of having started the fire. This was the gist of what Nowak, a farmer, told the police. After the entry of German troops Nowak was executed at Łobżenica, a place of mass executions. This *Volksdeutsch* must have boasted of his deeds for the whole village knew where he was hidden when he heard Nowaks conversation with a policeman. Another reason why the inhabitants of Falmierowo were convinced that this German has set the barn on fire himself was that

the German police had not carried out any investigation and had not interrogated the inhabitants of the village (information from the town and commune office of Wyrzysk and evidence given by a farmer from Falmierowo — IZ Doc. III 150). The fire at Puck was reported by "Danziger Vorposten", which on August 30, 1939 wrote: "The Polish press in Puck reports that Fritz Freimann has been arrested on a charge of having caused the fire which was started several days ago by Polish terrorists. This is yet another example of a practice whereby anti-German acts committed by Polish hordes are attributed to Germans, who allegedly collect material for German radio in this way". The same news was published one day *later*, on August 31, 1939 by "Dziennik Bydgoski", which gave the name of the owner as Fritz Neumann. The Polish police also accused him of attempting to get a high insurance compensation.

Item 128

According to a notification from Władysław Hawro, administrator of the village of Zarczyn, no attack had been made on the local dairy, but on the night of August 31/September 1, a lineman had been murdered on his round (IZ — Doc. II — 449).

Items 129, 130

According to a notification from the town office of Kcynia the attacks planned to take place there were not carried out.

Items 135, 136, 138, 139

These attacks were not carried out. The documents of the German Foreign Office published by the Western powers (*Akten zur deutschen auswärtigen Politik*, ser. D 1397 - 1945 vol. 7 No. 138, p. 114) contain the following report: "Consul General in Toruń to the Foreign Office, Toruń, August 19, 1939. *Ortsgruppenleiter* Diekman reports that *Volksdeutsch* Erich Brüschke from Wąbrzeźno (Briesen) has asked him and *Volksdeutsch* Engels, a pastor from Dębowa Łąka (Wittenburg), to take part in planned acts of provocation (*Sprengungen*). Brüschke, who says he has been trained by the *Gestapo* in Danzig, has been allegedly told by *Gestapo* to carry out attacks in Wąbrzeźno and Dębowa Łąka next week after receiving a signal from Radio Danzig. At Dębowa Łąka the church, the pastor's house, the nuns' house or the dairy are considered. Explosives are to be supplied by a Polish car from Danzig. Identical reports to Warsaw and Danzig. Küchler". This report is closely connected with a report sent the previous day, September 18, 1939, to the German Foreign Office by the German Embassy in Warsaw (Documents as above, No. 167, p. 97). "Chargé d'affaires in Warsaw to Foreign Office. Telegram. Warsaw, August 18, 1939. The arrests in Silesia are probably due to the fact that various agencies in the Reich are organizing subversive groups there. As there are similar groups in the Poznań region, Pomerania and central Poland, a wave of arrests is imminent in these areas too. In the interest and at the request of the German minority (*der Volksgruppe*) please get all work in this sphere suspended for the time being. Wühlisch". Photostatic copy of the letter from the German Consul in Toruń concerning the agent Brüschke in: *Braunbuch* Staatsverlag DDR 1968, pp. 272 ff. In the same book there is a photostatic copy of a letter from the *Reichsführer* of the SS to the Foreign Office in Berlin of August 25, 1939 explaining that Erich Brüschke, a Polish citizen, born on July 23, 1913, domiciled at Wąbrzeźno, ul. Marszałka Piłsudskiego 23, owns a grocery at Wąbrzeźno and is a member of a political organization called *Deutsche Vereinigung*. He has been given instructions from the S.D. in Danzig "on placing explosives and weapons in Poland". Erich Brüschke figured in the address book (*Deutsches Adressbuch* 1942, Die Ostgebiete, Danzig-Westpreussen, p. 6) as administrator of Polish businesses which were to be distributed among soldiers /*Auffanggesellschaft für Kriegs-*

teilnehmerbetriebe Briesen/. (Information from public prosecutor Marian Kaczmarek from the Regional Commission in Poznań).

Items 142 - - 146

The commune office of Jabłonowo stated that there had been no attacks there.

Items 147 - - 153

Old inhabitants of Bydgoszcz said that no attacks had been carried out.

Items 156, 157

The town and commune office of Chełmża informed us that there had been no attacks either there or at Dubielno, which belongs to the same commune.

Item 159

This attack was carried out on August 27 (Arch. Akt Nowych, Polish Home Ministry dossier 3223 b, R. Staniewicz, "Wojsk. Przegl. Hist." 1962, No. 4, p. 394).

Items 162 163

Bombs have exploded in front of these houses on the night of August 25/26 (Arch. Akt Nowych, Polish Home Ministry dossier 3223 b, R. Staniewicz, "Wojsk. Przegl. Hist." 1962, No. 4, p. 394).

Items 166 - - 167

The *Obersturmführer* Günther mentioned here was deputy leader of the S.D. of the South-Eastern region of the SS (*SS Oberabschnitt* Süd--Ost). Among other things, he drew up a list of persons who were to be arrested in Poland after the outbreak of the war. See reproductions of letters of June 19 and 20, 1939 in the book by P. Dubiel, *Wrzesień 1939 na Śląsku (September 1939 in Silesia)*, pp. 35, 36. Dubiel has drawn attention to the fact that Günther's name is mentioned in the specification of documents.

Item 170, 172

On August 30, 1939, "Gwiazda Cieszyńska" No. 69 published the following note: "False material for Herr Goebbels's propaganda barrel organ. On the night of Friday to Saturday (i.e. August 24/25 — K.M.P.) the inhabitants of Cieszyn heard heavy detonations between midnight and 1 o'clock... Our home-grown Nazis, wishing to cover themselves with the glory of cheap heroism, must have placed bombs at the statue of Schiller and the monument to soldiers killed in World War I (both monuments in President Mościcki Avenue), at Prochaska's printing house on the Olza river and at Kutzer's printing house, next to the Polonia hotel. The monuments have been quite seriously damaged. Police investigation has established that Cieszyn swastika-men had a hand in it; by carrying out attacks on German targets, they wanted to turn suspicion towards Poles. But they will meet their due in accordance with the proverb: the biter bit" (Information from the Silesian Library, Cieszyn branch, Reminiscences of Emanuel Guzior — IZ Doc. II-448), M. Cygański, *Hitlerowska V kolumna... op. cit.*, pp. 135, 146. The author has not heard about the attack on the printing house of Prochaska.

Item 175

The Polish Telegraphic Agency PAT — ("Kurier Poznański" of August 31, 1939) reported that a bomb had exploded in the printing house of Walter Nietkiewicz at Karwina. According to report No. 171 of the Second Department of the General Staff in Warsaw, the bomb exploded on August 28, 1939 (M. Cieplewicz, M. Zgórniak, *Przygotowania niemieckie...* 1969, p. 165, *Wojna obronna Polski op. cit.*, p. 372).

Item 177

Polish Telegraphic Agency ("Kurier Poznański" August 31, 1939) reported from Katowice that a time bomb had exploded in the flat of Franciszek Urbanczyk (the address was not given). According to report No. 171 of the Second Department of the General Staff such a bomb exploded at Frysztat.

Items 179, 181, 182

These attacks were not carried out. The following is an excerpt from the affidavit of Herbert Frenzel, a German agent arrested by Silesian police (see below): "Between August 17 and 26, I frequently met König (see below), usually at the beginning of the Avenue (in Bielsko — K.M.P.). We discussed what buildings to damage and decided on the following: the office of *'Aufbruch'*, the building housing the central board of the J.D.P., and Wiesner's flat. We intended to place bombs outside these buildings, so that only window panes should be destroyed. We wanted to put them at 11 p.m. and set the mechanism so that the explosion should take place after two hours. About half an hour after midnight we wanted under some pretext to send to the neighbourhood of these buildings an inconspicuously looking German not belonging to our group but enjoying our confidence, so that he should draw away the people who might be standing there". Further on in his affidavit Frenzel stated that six targets were to be damaged in Bielsko. He admitted that he had often visited Wiesner, chief of the *Jungdeutsche Partei* in Bielsko (State Voivodship Archives in Katowice, set: Pol. woj. śląsk. sign. 167, xerographic copy in the Western Institute — IZ Doc. III - 152). Herbert Frenzel was an S.D. agent. His collaborators were not Rebussions and Urbantke but other persons. On August 24, 1939, Hans Rudolf Thien, a Polish citizen, travelling in the company and in the car of the German Consul in Katowice, set: Pol. woj. Śląsk. sign. 167, xerographic copy in the up at Breslau some uncertainties concerning the attacks. He was arrested since he had a German passport issued by the German Consul in Bielsko on August 21, 1939, and the Polish frontier guard knew that he was a Polish citizen. Thien said that his chief was Herbert Frenzel, a student at Breslau University. Frenzel revealed the names of his collaborators. It turned out that Frenzel had come to Poland on August 14 and on August 17 collected from another agent five suitcases with explosives, three of which were to be transported to Katowice, as the agent was unable to deliver them himself. The suitcases were first hidden in Bielsko in the flat of Gustav Prawitz and his daughter, who was Hans Thien's fiancée, and the following day (August 18) were taken to the house of a close collaborator of Frenzel's, named König (Bielsko, Sukiennicza 2). On August 24, Franz Wagner, on Frenzel's order, carried three suitcases in his car to Katowice, where at 5 a.m., in accordance with instructions, he handed them to another collaborator, Stanislaus Stachura, near Schwedowski's petrol station. These bombs were not found by Polish police. The explosives left in König's flat exploded on the night of August 27/28 for unknown reasons (State Voivodship Archives in Katowice, op. cit.). The Polish Telegraphic Agency reported these incidents. The bombs set at the monuments to Schiller and to soldiers killed in World War I came probably from König's flat as did the bombs for another two attacks, not known to the author and reported by "Danziger Vorposten" on August 30, 1939: "Bomb Attacks in Bielsko... We have only now learned that the notorious commandos of the Insurrectionists' Union carried out bomb attacks on the houses of two well known *Volksdeutsche* on Monday (August 28 — K.M.P.). The victims of that perfidious attack were Schauer, owner of a garden plot, and another *Volksdeutsch* named Piotrowski. Yet another *Volksdeutsch*, Latzek, was seriously wounded. Large material losses have been caused".

Items 187, 188, 192

Report from the chief of the Investigation Section of Silesian police (State Voivodship Archives, op. cit., p. 59): "... I state herewith that shortly after 1 o'clock on August 26 this year unknown perpetrators set two bombs at the building housing the *Volksbund* in Młyńska 23 and at the German minority school in ul. Stawowa in Katowice. The bombs exploded causing much damage; fortunately, there were no casualties... On the evening of August 25 at 19.55, the Breslau—Gleiwitz radio station broadcast the following communiqué in German: 'Kameraden Dr Funk und Eichenholz haben die Arbeit sofort aufzunehmen und sich dann zu melden'. Considering the evidence given by Frenzel, who stated that the Breslau-Gleiwitz station was to cooperate in attacks by broadcasting established watchwords of announcements, one can suspect that the communiqué of August 25 was connected with the two bomb attacks carried out on the night of 25/26. Search is still in progress for the time bombs taken to Katowice. The other two suitcases with time bombs, buried in the cellar of König's house in Bielsko, exploded on the night of August 27/28 either through careless manipulation by one of the subversionists or through deliberate action, for reports say that a strong explosion occurred that night, ruining König's factory at Biała. It has not yet been possible to establish whether anybody was killed by falling rubble"... (the official name of the town is Bielsko-Biała — K.M.P.). "Oberschlesische Volksstimme", which appeared at that time in Gleiwitz, i.e. on the German side, published the following news item in its issue No. 236 of August 27, 1939: "Bomb Attacks in Katowice Ordered by Grażyński. Germans in Eastern Upper Silesia Experience Another Dreadful Night. Gleiwitz August 26. On the evening of Friday (August 25 — K.M.P.) the news spread like fire in eastern Upper Silesia that after Voivode Grażynski's secret meeting with commanders of insurrectionists, armed groups of insurrectionists were given the order for a general showdown (*zum allgemeinen Losschlagen*). The German population has fled to the woods and is hiding from insurrectionists... About 2 o'clock at night, the inhabitants of Katowice were woken up by successive explosions. Nobody dared go out in the street. In the early hours of the morning the news spread like fire that bomb attacks had been carried out on the German elementary school, the building housing the publishing offices and printing house of 'Oberschlesischer Kurier' and on the administrative building of the *Deutscher Volksbund* in Katowice. All three buildings have been seriously damaged..." (IZ Doc. I - 937). One of the executors was Stachura mentioned by Frenzel (see Item 186).

Nord

Nord - Ost

Ost

Süd - Ost

Stettin

Stolp

Danzig

Karte siehe Band Danzig

Königsberg

Insterburg

Allenstein

Graudenz

Schneidemühl

Bromberg

Thorn

BERLIN

Frankfurt

Posen

WARSCHAU

Lodz

Breslau

Oppeln

Krakau

M. 1:1000 000

○ Deutsche Objekte in Polen

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht

1451 E 32/83

Gesch.-Nr. bitte stets angeben!

Turmstraße 91, den 13. Januar 1984
D-1000 Berlin 21
Fernruf: Vermittlung 39 02-1
Durchwahl/Apparat 39 02- 2767/2692
(Im Innenbetrieb: 933)
Sprechstunden:
Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

107

Der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht, Turmstraße 91, D-1000 Berlin 21

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht
Eing. am 18. JAN. 1984
mit 2 Anl. Blatts. Bd. Akten

Betrifft: Akteneinsicht für wissenschaftliche Zwecke
hier: Antrag des Ferdinand K r o h auf Einsichtnahme in die Verfahrensakten
1 Js 165/?
1 Js 965/? und andere

Ohne Auftrag

Anlage: 2 Schriftstücke

Als Anlage überreiche ich einen Antrag des Diplom-Politologen Ferdinand K r o h , der Akteneinsicht in mehrere Verfahren zu wissenschaftlichen Zwecken begehrt. Die von dem Antragsteller mitgeteilten Aktenzeichen sind offensichtlich unvollständig. Die entsprechenden Verfahren dürften jedoch, soweit sie aufgrund der unvollständigen Angaben ermittelt werden können, dort geführt werden.

Abgabenachricht habe ich erteilt.

Im Auftrag

S e e l
Staatsanwalt

Beglaubigt

Justizangestellte

Tä

108

Dipl. Pol. Ferdinand K r o h
1 Berlin 33 - Humboldtstr. 35

Telefon: 030 / 892 52 11
Telex: 18 56 25 team - d

Berlin, den 4.1.1984

An den Generalstaatsanwalt
beim Landgericht Berlin
z. Hd. Herrn Seel
Turmstr. 91
1000 Berlin 21

1 Ks 1/69 (RSHA) = 1 Js 7/65 (RSHA) ?

Sehr geehrter Herr Seel,

1 Js 1/65 (RSHA) = 1 Ks 1/71 (RSHA) ?

im Zuge meiner wissenschaftlichen Recherchen benötige ich nun Einsicht in die Aktenberge mit den Aktenzeichen

1 Js 165 'Reichssicherheitshauptamt' und 1/67 (Stapoleitst.)
1 Js 965 'Stapoleitstelle Berlin'. und 1/69 (RSHA)
sowie: Ermittlungs- u. Verfahrensakten I-1Ks 21/50 (Huppenkothen

1 Js 2/65 = 1 Ks 2/69 selbe; 37 (K) Ks 1/71

Ich hoffe, hier vor allem zum Komplex Große Hamburger Straße/ Sammellager für Juden, Burgstraße und Französische Straße/ Stapoleitstellen und zur Person Alfred Selbiger Informationen zu finden. Selbiger wurde im November 1942 als Geisel für untergetauchte Juden erschossen und war der letzte Leiter des deutschen Hechaluz.

Mit freundlichen Grüßen
(Ferdinand Kroh)

V
U. Vorlage mit Vorg
14 S1. E. (letzter Kontakt)
20.1.

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

FU BERLIN

Fachbereich Politische Wissenschaft
Institut für Internationale Politik und
Regionalstudien (WE 4)
- Prof. Dr. Abraham Ashkenasi -

Freie Universität Berlin,
FB PolWiss, WE 4, Kiebitzweg 3, 1000 Berlin 33

43
109

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Telefon/Durchwahl: (030) 838 2361 intern: (91)	Datum
		Ash/we		23. 9. 83

B e s c h e i n i g u n g

Hiermit bestätige ich, daß Herr Ferdinand K r o h zur Zeit an seiner Dissertation zum Thema "Jüdischer Widerstand" arbeitet.

Ich bitte, ihm bei seinem Forschungsvorhaben behilflich zu sein und ihm Einsicht in für seine Arbeit wichtige Akten u.a. Material zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen

1 AR 123/63 (RSHA)

110

V/S.

1) Vermerk: Herr Ferdinant Koch hat hier bereits in einem Verfahren Akteneinsicht erhalten.

Frau Geschäftsstellenverwalterin (RSHA) wird der Bitte um Feststellung, in welchem Verfahren Herr Koch bereits Akteneinsicht erhalten hat. Desweiteren bitte ich um Überprüfung der fehlenden AR-Bände von den Verfahren 1 Js 1/65 (RSHA) und 1 Js 7/65 (RSHA)

2) Wiedervorlage.

19/1.

zu 2) Herr Koch hat in die Akten 1/S 1.69 (RSHA) Einsicht genommen. (s. Bl. 99 A. 1AR 123.63)
HA 1 KS 1.69 = 1/S 7.65 (beigef. HA 1/S 1.65 liegt Staatsanwaltschaft evtl. vor.

19. JAN. 1984

Eg

1 AR 123/63 (RStA)

III

4.

1) Vermerk: Bezgl. der erneut von Herrn Krok beantragten Akteneinsicht in die auf Js. WS angefallenen Vorgänge habe ich mich heute fernmdl. mit Herrn Krok in Verbindung gesetzt und ihm mitgeteilt, daß die angegebenen Aktenzeichen inzwischen vorliegen. Ich habe ihm anheimgestellt, zu einer persönlichen Rücksprache bei mir zu erscheinen, damit geklärt werden kann, welche Vorgänge er im einzelnen noch einsehen wünscht. Herr Krok wird diesen Vorschlag aufgreifen und voraussichtlich in der nächsten Woche bei mir vorsprechen. Vorher wird er sich jedoch noch telefonisch bei mir anmelden.

2) Frau Geschäftsstellenverwalterin (RStA) mit der Bitte, anliegende Vorgänge auf der Geschäftsstelle bereit zu halten. Dölle wie

Herr Kohl bis zum 15.2. 1984 sind gemeldet haben, können die einzelnen Vorgänge weiter gebraucht und verfolgt werden.

20.1.1984

1 AR 123/63 (RSHA)

112

Vfg.

1) Vermerke: Heute rief Herr Staatsanw. von der Staw. Hbg. an und teilte mit, daß er im Verf.-Komplex Herrn Dr. Karl Heinrich demnächst vernehmen wolle. Er bat, ihm alle hier im RSHA-Komplex befindlichen Unterlagen über Dr. Heinrich (Personalakt, Vernehmungen) zugänglich zu machen.

2) Frau Geschäftsstellenverwalterin
mit der Bitte um Beifügung des Personalheftes Dr. Heinrich (Pe 14) sowie der Vorgänge 1 Js 8/65 (RSHA) u. 1 AR (RSHA) 77/67 - soweit Dr. Heinrich betroffen ist -.

3) Wiedervorlage.

Dr. Klein

10. FEB. 1984

V.

1) Zu schreiben: unter Beifügung des Anliegenden Personalheftes Fr. Heilmann

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin — z. Hd. von Herrn StA Jahnke

Betrifft: Fr. Karl Heilmann

Bezug: Fernmündliche Rücksprache mit Herrn StA Jahnke am 13.2.84

Anlage: 1 Heft (1 AR (RSHA) 77/67 – Pers 14)

Als Anlage übersende ich die erbetenen Unterlagen zurück mit der Bitte um Rücksprache nach Gebrauch.

Karteikarten und Akten 1 Js 8/65 (RSHA) wieder trennen.

3) 1 Monat

13. FEB. 1984

10/3 V.S 10.2.

gez. 1) 15 Schreiben wie tel. m. Berl. 13.2.84

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

10. Februar 1984

112a

1 AR 123/63 (RSHA) 21 53

An die

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin
z.H. von Herrn StA Jahntz

Betrifft: Dr. Karl N e u h a u s

Bezug: Fernmündliche Rücksprache zwischen Herrn StA Jahntz und dem Unterzeichner

Anlage: 1 Heft (1 AR (RSHA) 77/67 - Pn 14)

Als Anlage übersende ich die erbetenen Unterlagen mit der Bitte um Rückgabe nach Gebrauch.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG

~~DER LEITENDE OBERSTAATSANWALT~~

113

Aktenzeichen: 2200 UJs 3/83
Bitte bei allen Schreiben angeben!

Hamburg, den 30.01.1984
Fernsprecher 34 97- 3637 (Durchwahl)
Behördennetz 9.43 „

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg
Postfach 30 52 21 · 2000 Hamburg 36

STAATSANWALTSCHAFT
bei dem Kammergericht
Am Karlsplatz 6

1000 Berlin 30

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am - 7. FEB. 1984
mit Anl. Blattl. Bd. Akten

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der Stapoleitstelle Hamburg u.a. wegen Mordes an hamburger Zigeunern 1940 - 1945;

Bezug: Fernmündliche Rücksprache mit Herrn LOStA Severin vom 27.01.1984

Die für den 20.02.1984 und ggf. folgende Tage vorgesehene Auswertung der dortigen RSHA- und Zigeunerakten betrifft insbesondere Akten des Kriminalpolizeiamts und Straf- oder Ermittlungsakten aus Zigeunerverfahren.
Gegenstand der Auswertung sollen Befehlswege und Zuständigkeiten zwischen dem RSHA und örtlichen Stapoleitstellen oder anderen Einrichtungen sein, soweit sie für die Veranlassung und Durchführung von Zigeunerdeportationen von Bedeutung sind. Von Bedeutung sind ferner Namenslisten, Karteien und andere Hinweise, die für die Aufklärung des Schicksals der aus H a m b u r g ins KL Auschwitz oder andere Lager deportierten Zigeuner geeignet sind.

Schließlich wäre mir, soweit möglich, an einer Besprechung mit einem dortigen Dezernenten gelegen.

Kuhlbrodt

(Dr. Kuhlbrodt)
Staatsanwalt

/schm

JV 704—3.79—

X

114

STAATSANWALTSCHAFT
bei dem Kammergericht
Am Karlsplatz 6

1000 Berlin 30

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Hamburg
2 Hamburg 36, Postfach 30 52 21

Nicht nachsenden!
Falls Empfänger verzogen, bitte mit neuer Anschrift an Absender zurück.

J 134
000 10. 74

1 BR 123/63

MS

Vfg.

1) Frau Eggert

Bd. XIV der Vorgänge 1 BR 126/63 (RSHA) kann gekennt werden.
Bd. XIII der Akten 1 Js 13/65 (RSHA) bitte ich beim hiesigen Vorgang zu belassen.
Ferner bitte ich von 1 BR 123/63 die Bände I - V beizufügen.

2) Wiedervorlage.
(ohne Frist)

weisl. Eg -8. FEB. 1984

18. FEB. 1984

10. FEB. 1984

Sell.

✓

Frau Geschäftsstellenverwalterin RSHA

Die Bd. I – V der Akten 1 PK 123/63 können jetzt gebrannt werden.

2 Wiedervorlage.

10/2.

✓

Herrn OStA Dr. Balke mit der Bitte um Rücksprache.

13/2.

8/17

3.3.

Herrn LOStA Severin o.R.

Herr StA Dr. Kuhlbrodt hat in der Zeit vom 20. – 22. Februar 1984 Einsicht in hiesige Vorgänge genommen.

23.II.84

1 AR 123.63 (RSHA)

116

Vorgelegt gem. Vfg. Bl. 112

9. MRZ. 1984

V.

Gliederung vorgelegen.

V. 12/3.

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin

Turmstraße 91, den 6. März 1984
D-1000 Berlin 21
Fernruf : Vermittlung 39 02-1
Durchwahl/Apparat 39 02- 2362
(Im Innenbetrieb : 9 33)
Sprechstunden : Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

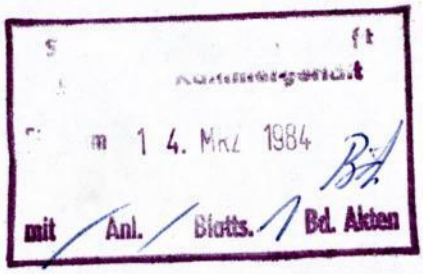
117

3 P (K) Js 6/79 So.Bd. III

Gesch.-Nr. bitte stets angeben !

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Turmstraße 91, D-1000 Berlin 21

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
z.Hd. Herrn Ltd. Oberstaatsanwalt
S e v e r i n



Betrifft: Dr. Karl N e u h a u s

Bezug: Dortiges Schreiben vom 10. Februar 1984

Anlage: 1 Heft (1 AR (RSHA) 77/67 - Pn 14)

Als Anlage sende ich die mir überlassenen Unterlagen nach Auswertung mit Dank zurück.

(Jahntz)
Staatsanwalt

Rik

P-Heft 1 AR (RSHA) 77/67 - Pn 14
(1 Js 8/65 (RSHA) wieder trennen.

4 Hefter beilegen.

14.3.

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin

Turmstraße 91, den 2. Mai 1984
D-1000 Berlin 21
Fernruf : Vermittlung 39 02-1
Durchwahl/Apparat 39 02- 2362
(Im Innenbetrieb : 9 33)
Sprechstunden : Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

M8

3 P (K) Js 6/79 Erm.Bd.
Gesch.-Nr. bitte stets angeben !

Dr. Reimers

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Turmstraße 91, D-1000 Berlin 21

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

z.Hd. Herrn Ltd. Oberstaatsanwalt
S e v e r i n

9/5.

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Richter, ehrenamtliche Richter und Staatsanwälte am ehemaligen Volksgerichtshof wegen des Verdachts des Mordes,
hier: den Zeugen Wilfried S t e f f e n ,
geboren am 15. April 1913 in Hannover
- dortiges Aktenzeichen: 1 AR 123/63 (RSHA) -

Der Zeuge Wilfried S t e f f e n , Zuhörer einer Hauptverhandlung, an der der Beschuldigte Dr. R e i m e r s teilgenommen hat und die zu einem Todesurteil gegen einen katholischen Priester führte, hat auf schriftliches Befragen angegeben, vor ca. 11 bis 12 Jahren von einem Leitenden Staatsanwalt aus Berlin zu seiner Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt (Abteilung IV B 3) vernommen worden zu sein. Es ist, ebenso wie bei dem Zeugen Dr. Karl N e u h a u s , davon auszugehen, daß dies im Rahmen des obenbezeichneten AR-Vorganges erfolgte.

mein

Ich bitte daher um Übersendung der den Zeugen S t e f f e n betreffenden Einzelvorgänge zur Auswertung für das vorliegende Verfahren.

(Jahntz)
Staatsanwalt

Rik

10. MAI 1984

1) Frau Justizhelferin (RSHA) wird gebeten, anhand der Karteien festzustellen, ob der Obengenannte in einem der früher hier geführten Verfahren (evtl. sog. Richterverfahren) vernommen worden ist. Die Vernehmung (bzw. den Aktenband) bitte ich mir vorzulegen.

2) Wiedervorlage

- 9. MAI 1984

1 AR 123/63 (ZSHH)

V.

1) Schreiben: unter Beifügung des anliegenden Personalheftes
P 8871 ~ 1 AR (ZSHH) 361/65

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
z. Hd. von Herrn StA Jahnke

Betrifft: <die Kürzeste>

Bezug: Schreiben vom 2. Mai 1984 - [die Kürzeste]

Anlage: 1 Heft.

Als Anlage übersende ich das erbetene Personalheft betreffend Zielpriet Steffen zur Auswertung mit der Bitte um baldige Rückgabe vorab.

2) 2 Monate

10.5.

10/7

Kanzlei
11. MAI 1984

1) 11. Mai 84
1 Band + 1 Ju
+ alle m. Akt (vorgel.)

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

10. Mai 1984

Durchschrift

21 53

1 AR 123/63 (RSHA)

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin
z.H. von Herrn Staatsanwalt
J a h n t z

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Richter, ehrenamtliche Richter und Staatsanwälte am ehemaligen Volksgerichtshof wegen des Verdachts des Mordes;
hier: den Zeugen Wilfried S t e f f e n , geboren am 15. April 1913 in Hannover

Bezug: Schreiben vom 2. Mai 1984
- 3 P (K) Js 6/79 Erm.Bd. Dr. Reimers -

Anlage: 1 Heft

Als Anlage übersende ich das erbetene Personalheft betreffend Wilfried S t e f f e n zur Auswertung mit der Bitte um baldige Rückgabe nach Gebrauch.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

Staatsanwaltschaft bei
dem Landgericht Berlin

Turmstraße 91, den 11. Mai 1984
D-1000 Berlin 21
Fernruf : Vermittlung 39 02-1
Durchwahl/Apparat 39 02-
(Im Innenbetrieb : 9 33)
Sprechstunden : Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

118

3 P (K) Js 6/79
Gesch.-Nr. bitte stets angeben !

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Turmstraße 91, D-1000 Berlin 21

An die
Staatsanwaltschaft bei
dem Kammergericht
zu Hd. Herrn Ltd.
Oberstaatsanwalt Severin

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 22. MAI 1984
mit Anl. / Blatts. 1 Bd. Akten

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Richter, ehrenamtliche Richter und Staatsanwälte am ehemaligen Volksgerichtshof wegen des Verdachts des Mordes,
hier: den Zeugen Wilfried S t e f f e n , geboren am 15. April 1913 in Hannover

Bezug: Schreiben vom 10. Mai 1984 - 1 AR 123/63 (RSHA) -

Anlage: 1 Heft

Als Anlage reiche ich das mir überlassene Personalheft betreffend Wilfried S t e f f e n nach Auswertung mit Dank zurück.

Jahntz
(Jahntz)
Staatsanwalt

ki

V.

1/ Personalheft Pst 7i (1 AR (RSHA) 30i (63)) Archiven.
2/ Akten replegen.

23/5.

120

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Betr.: Eingabe der Fr. Dr. Westernhagen

Aktenz.: 3 P (K) AR 16/84

Dr. Dörte v. Westernhagen
Journalistin

7000 Stuttgart 1, 19.6.84
Moserstraße 24
Tel. 0711/242138

4
121

An die
Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Berlin
1000 Berlin

JUSTIZBEHÖRDEN
21.-6.84-8-10
4.
BERLIN-MOABIT

3 P (k) AR

25. JUNI 1984

Betr.: Auskünfte über das RSHA-Verfahren

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie mir Herr Dr. Adalbert Rückerl mitteilte, ist ab 1963 bei der Staatsanwaltschaft, Kammergericht Berlin ein Ermittlungsverfahren gegen RSHA-Angehörige geführt worden. Die Akten sind später an die STA bei dem LG Berlin abgegeben und das Verfahren eingestellt worden. Bei diesen Ermittlungen sind alle Dezernate des RSHA daraufhin überprüft worden, wer ihnen angehörte und wer was zu tun hatte. Ursprünglich lautete das Az. 1 Js...., später beim LG Berlin 3 P (K) Js.....

Lt. den anliegenden 4 Kopien (Teile der Personalakte meines Vaters Heinz v. W., 29.8.1911 Riga - 19.3.1945 Veczprem/Ungarn; er gehörte ab 1936 dem SD-Hauptamt an), ist Heinz v. Westernhagen am 1.Nov. 1939 als SS-Hauptsturmführer und SS-Führer im RSHA zur neu gebildeten Totenkopf-Division als Abwehr-Offizier versetzt worden, am 1.9.1940 für das RSHA u.k. gestellt worden und als Führer im SD-Hauptmat (u.k.) geführt worden. Vielleicht helfen die Kopien im Verein mit Ihren Unterlagen und Ermittlungen folgende Fragen zu beantworten:

1. Aus meinen Unterlagen geht nicht hervor, ob H.v.W. nach dem 1.11.1939 tatsächlich abberufen wurde und zur Totenkopf-Division ging oder weiterhin eine Funktion im RSHA ausübte. Vielleicht läßt sich dieser Punkt aus Ihren Unterlagen klären?

2. Nach der Eingliederung des SD-Hauptamtes ins RSHA im Sept. 1939 müßte doch auch sonst der Name meines Vaters bei der o.g. Dezernats-Überprüfung und Aufschlüsselung auftauchen? Ist das der Fall? In welchem Dezernat, mit welcher Funktion und Tätigkeit?

3. Im Dokument v. 3.9.194o taucht die Referatsbezeichnung "VI A 3" auf. Lt. Auskunft des Bundesarchivs Koblenz war dies das Referat für "Betreuung der Verbindungsmänner im Ausland". Das Bundesarchiv vermutet deswegen, daß H.v.W. am 3.9.194o im Ausland, vermutlich im Baltikum (wegen seines Geburtsortes) eingesetzt gesesen sei. Läßt sich aus Ihren Akten hierüber etwas sagen?

Die Nachforschungen könnten mühevoll sein und ich habe keine Möglichkeit, mich für Ihre Mühe irgendwie erkenntlich zu zeigen. Ich kann nur versichern, daß es sehr schwierig ist, mit der Ungewißheit zu leben, ob der eigene Vater an Tötungsverbrechen der Totenkopf-Divisionen unter Eicke in Polen beteiligt war oder durch einen glücklichen Umstand vielleicht verschont wurde. Daß es wie ein Zwang ist, möglichst Klarheit in das Bild dieses Vaters zu bringen, ob zum Guten oder zum Bösen. Deswegen versuche ich, alle Erkenntnismöglichkeiten auszuschöpfen.
Mit der Bitte um Nachsicht und Dank

Götz v. Westernhagen

Anlage 4 Kopien

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD.

Berlin, den 1. Nov. 1939

Amt I/ I 1114 / Gha./Pa.

122

An den
Reichsführer-SS,
Chef der SS-Personalkanzlei,
B e r l i n.

Betr.: Abwehr-Offizier für die neue Totenkopf-Division.***

Der Reichsführer-SS hat befohlen, als Abwehr-Offizier* für die neue Totenkopf-Division** einen SS-Führer der Sicherheitspolizei bezw. des SD zur Verfügung zu stellen.

Ich benenne hierfür den
SS-Hauptsturmführer von Westernhagen
SS-Führer im Reichssicherheitshauptamt.

SS-Hauptsturmführer von Westernhagen steht ab sofort zur Abberufung bereit.

Ich bitte um Mitteilung, wann und wo sich v. Westernhagen zum Dienst zu melden hat.

Der Amtschef I
gez. Dr. B e s t
SS-Brigadeführer.

F.d.R.
Bornemann
SS-Unterscharführer.

* Für Sonderaufträge [illegible]
Pol. Abt.

** neu aufgestellte Waffen-SS-Division, zusammengestellt aus den SS-Totenkopf-Standarten, SS-Totenkopfsturmbannen und 33 Bundesmitglieder für Ost-Einsatz.

Kommando der Waffen-SS
IIa/Az.16c/28.5.40/Br/Mü.

Berlin-Wilmersdorf, d. 28. Mai 1940.
Kaiserallee 188.

Betr.: SS-Obersturmführer Heinz von W e s t e r h a g e n, SS-Nr. 41 784.
SS-Nr. 41 784.
Bezug: ohne.

An das
Ers.Btl. SS "Deutschland"
M ü n c h e n

nachrichtlich an
SS-Personalhauptamt
Truppenverwaltungsamt
Ergänzungsamt der Waffen-SS.

Der SS-Obersturmführer Heinz von W e s t e r h a g e n wurde vom Reichssicherheitshauptamt für den Dienst in der Waffen-SS freigegeben und wird mit Wirkung vom 30.5. 1940 zum Ers.Btl.SS "D", München, versetzt.

Das Eintreffen und die Verwendung des SS-Ostuf.v.Westerhagen sind dem Kommando der Waffen-SS zu melden.

Der Chef des Stabes
SS-Brigadeführer

SS-Personalhauptamt Eingang 29. MAI 1940 Anlagen:

1A1	Pers.Abt.	72/40	SS
	Stellenbes.	—	
1A2	Beförd.		
1A3	Stabpers.		
1D1	Stat.		
1D2	D.A.E.	1/8/40	
1B3	Versch.	8/6	
1/Std	Führerersch.		
1/O	Uniff.		

SS-Führungshauptamt
Kommando der Waffen SS
IIa/Az.16/3.9.40/Br.Sdr.

Berlin-Wilmersdorf, den 3.9.1940
Kaiserallee 188

124

Betrifft: SS-Obersturmführer Heinz von Westernhagen, verst.LSSAH.

An
verst. Leibstandarte-SS "Adolf Hitler"

Nachrichtlich an
Reichssicherheitshauptamt
Az.VI A 3 Sei/Kl.
Berlin SW 68, Wilhelmstr. 102
SS-Personalhauptamt
Truppenverwaltungsamt
Ergänzungsamt der Waffen SS

Der SS-Obersturmführer Heinz von W e s t e r n h a g e n , LSSAH, wird bis auf weiteres für das Reichssicherheitshauptamt uk.-gestellt.
W. wird mit Wirkung vom 1.9.1940 aus der Waffen SS entlassen und in die Reserve I der Waffen SS überführt.

SS-Personalhauptamt Eingang - 5. SEP. 1940 Anlagen

Der Chef des Stabes
i.A.

gez. Fenn

SS-Oberführer.

Berlin, den 1. Oktober 1940

A k t e n n o t i z .

SS-Hauptsturmführer Heinz von W e s t e r n h a g e n , SS-Nr. 41 784, ist gemäss der Stellenbesetzung mit Wirkung vom 1. September 1940 als Führer im SD-Hauptamt* (u.K.) zu führen.

* nicht nur Verwaltungsstelle (Personal etc.), sondern selbst. Amt mit Führungsaufgaben

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin

Turmstraße 91, den 25. Juni 1984
D-1000 Berlin 21
Fernruf : Vermittlung 39 02-1
Durchwahl/Apparat 39 02- 2362
(Im Innenbetrieb : 9 33)
Sprechstunden : Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

3 P (K) AR 16/84
Gesch.-Nr. bitte stets angeben !

126

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Turmstraße 91, D-1000 Berlin 21

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht
Eing. am - 3. JULI 1984
mit Akt. / Bl. / Bd. Akten

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Betrifft: Strafsache
gegen Angehörige des vormaligen RSHA
wegen Mordes

Ohne Auftrag

Anlage: 1 Heft Akten

Berichtsverfasser: Oberstaatsanwalt Priestoph

Zuständigkeitshalber überreiche ich meinen Vorgang mit einer Anfrage der Dr. Dörte v. Westernhagen zum RSHA-Komplex. Eine Abgabenachricht habe ich nicht erteilt.

Priestoph
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt
Schwedtfeger
Justizangestellte

Sch

1/ Vorgang verbinden mit 1 AR 123/63
4 Leiten Hr. Gn.

10. JULI 1984

1 AR 123/63

V/G

1) Zu schreiben (mit Rückschrift)

Frau
Dr. Doris von Oertzenhagen
Moserstraße 24
7000 Stuttgart 1

Sehr geehrte Frau Dr. von Oertzenhagen,
auf Ihren mir zuständigkeitshalber zugeleiteten
Antrag vom 19. Juni 1984 teile ich Ihnen mit,
daß gegen Ihren Mann, Herrn Heinz von Oertzenhagen,
hier keine Ermittlungen geführt worden sind.
Über seine weitere Einsätze in Polen liegen mir
keine Erkenntnisse vor.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Z. U.)

2) Wieder vorlegen

Berlin, den 10. JULI 1984

Kanzlei
Eingang am: 10. 7. 84
Gefertigt am: 10. Juli 1984 sa n. gel.

ZUV/ab

12. JULI 1984

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

10. Juli 1984

2171

127a

1 AR 123/63

Frau

Dr. Dörte von Westernhagen
Moserstraße 24

7000 Stuttgart 1

Sehr geehrte Frau Dr. von Westernhagen,

auf Ihre mir zuständigkeitshalber zugeleitete Anfrage vom 19. Juni 1984 teile ich Ihnen mit, daß gegen Ihren Vater, Herrn Heinz von Westernhagen, hier keine Ermittlungen geführt worden sind. Über seine weiteren Einsätze ist Näheres hier nicht bekannt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Balke
Oberstaatsanwalt

sa

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
- 416 AR-Z 21/84 -

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

7140 Ludwigsburg, den 12. Juli 1984
Schorndorfer Straße 58
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. (07141) 141-1
bei Durchwahl (07141) 141 App. Nr. 2052

128

Zentrale Stelle, Postfach 1144, 7140 Ludwigsburg

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
Am Karlsbad 6 - 7

1000 Berlin 30

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
am 16. JULI 1984
mit 2 Anl. ~~Bl.~~ ~~Bd. Akten~~

Betr.: Vorermittlungsverfahren
gegen Angehörige des Reichsinnenministeriums - RKPA -
wegen Verdachts des Mordes bezw. der Beihilfe zum Mord
wegen Festnahme von Asozialen in der Woche vom 13. - 18. Juni 1939 und anschließende Überstellung in das Konzentrationslager Buchenwald (NSG)

Bezug: Dortiges Verfahren PK Js 30/68

Anlg.: 2 Bl. Ablichtungen

In der Anlage überreiche ich eine Ablichtung des Schnellbriefes des RKPA Berlin vom 1. 6. 1938 mit der Bitte um Feststellung, ob die aus diesem ersichtliche Abgabe von Asozialen an das Konzentrationslager Buchenwald, die offensichtlich zum Zwecke der Tötung erfolgte, auch Gegenstand des dortigen Verfahrens PK Js 30/68 oder Gegenstand eines im dortigen Bereich anhängig gewesenen anderen Verfahrens war.

Die Festnahme sollte dem o. a. Schnellbrief zufolge in der Woche vom 13. - 18. 6. 1939 durchgeführt werden.

Krantz

(K r a n t z)
Oberstaatsanwalt

V.

1) Vermerk: Ein Verfahren 3 P(K) Js 30/68 gibt es nach Auskunft der Geschäftsstelle 3 P(K) bei der [redacted]/16 nicht. Hier ist ein Verfahren PK Js 30/68 nicht bekannt. Nach fernmündlicher Auskunft von Frau [redacted] Bilstein, die früher unter das Verfahren 1 Js 13/65 (RSHA) bearbeitet hat, ist die in Rede stehende Aktion nach ihrer Erinnerung nicht gegenstand der Ermittlungen gewesen.

2) Frau Geschäftsstellenleiterin (RSHA)
mit der Bitte um Prüfung, ob das anderweitig geführte Az PK Js 30/68 evtl. einen Personalvorgang betrifft und um Beifügung der Vorgänge 1 Js 13/65 (RSHA).

3) Wiedervorlage.

13/7.

18. JULI 1984

Anlage 2

128

1. 6. 38

Reichskriminalpolizeiamt
Tgb. Nr. RKPA. 60[41]/295.38

Berlin, den 1. 6. 1938

Schnellbrief!

Streng vertraulich!

An die
Staatliche Kriminalpolizei
Kriminalpolizeileitstelle
in _____

Betrifft: **Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei**

Da das Verbrechertum im Asozialen seine Wurzeln hat und sich fortlaufend aus ihm ergänzt, hat der Erlaß des RuPrMdI. vom 14. 12. 1937 — Pol. S-Kr. 3 Nr. 1682/37 - 2098 — der Kriminalpolizei weitgehende Möglichkeiten gegeben, neben den Berufsverbrechern auch alle asozialen Elemente zu erfassen, die durch ihr Verhalten der Gemeinschaft zur Last fallen und sie dadurch schädigen. Ich habe aber feststellen müssen, daß der Erlaß bisher nicht mit der erforderlichen Schärfe zur Anwendung gebracht worden ist.

Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren.

Ich ordne deshalb an:

1. Ohne Rücksicht auf die bereits vom Geheimen Staatspolizeiamt im März d. J. durchgeführte Sonderaktion gegen Asoziale sind unter schärfster Anwendung des Erlasses vom 14. 12. 1937 in der Woche vom 13. bis 18. Juni 1938 aus dem dortigen Kriminalpolizeileitstellenbezirke mindestens 200 männliche arbeitsfähige Personen (asoziale) in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen. Dabei sind vor allem zu berücksichtigen:
   a) Landstreicher, die zur Zeit ohne Arbeit von Ort zu Ort ziehen;
   b) Bettler, auch wenn diese einen festen Wohnsitz haben;
   c) Zigeuner und nach Zigeunerart umherziehende Personen, wenn sie keinen Willen zur geregelten Arbeit gezeigt haben oder straffällig geworden sind;
   d) Zuhälter, die in ein einschlägiges Strafverfahren verwickelt waren — selbst wenn eine Überführung nicht möglich war — und heute noch in Zuhälter- und Dirnenkreisen verkehren, oder Personen, die im dringenden Verdacht stehen, sich zuhälterisch zu betätigen;
   e) solche Personen, die zahlreiche Vorstrafen wegen Widerstandes, Körperverletzung, Raufhandels, Hausfriedenbruchs u. dgl. erhalten und dadurch gezeigt haben, daß sie sich in die Ordnung der Volksgemeinschaft nicht einfügen wollen.

Personen, die in einem festen Arbeitsverhältnis stehen sowie solche, die bereits einmal in polizeilicher Vorbeugungshaft oder in Sicherungsverwahrung untergebracht waren und sich seitdem gut geführt haben, sind nicht in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen.

81

131

130

2. Ferner sind ebenfalls in der Woche vom 13. bis 18. Juni 1938 alle männlichen Juden des Kriminalpolizeileitstellenbezirks, die mit mindestens einer Gefängnisstrafe von mehr als einem Monat bestraft sind, in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen.

Für die Durchführung meiner Anordnung sind die Leiter der Kriminalpolizeileitstellen verantwortlich, die sich unverzüglich mit den Kriminalpolizeistellen, den staatlichen Kriminalabteilungen, den Ortspolizeibehörden und den Gendarmerieabteilungen ihres Bezirks, gegebenenfalls mit den Staatspolizeistellen in Verbindung zu setzen haben.

Von allen festgenommenen Personen, über die die polizeiliche Vorbeugungshaft verhängt worden ist, ist mir die gemäß meinen Richtlinien vom 4. April 1938 — RKPA. 60/250.1938 — zum Erlaß vom 14. 12. 1937 geforderte Anordnungsverfügung (Muster 6) sofort zu übersenden.

Soweit erkennungsdienstliches Material vorhanden ist, dieses dem Vorgang beizufügen. Bei den übrigen Personen wird die erkennungsdienstliche Behandlung wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit von mir im Lager nachgeholt werden. Strafregisterauszug und Lebenslauf sind mir in doppelter Ausfertigung nachträglich einzusenden.

Die Festgenommenen sind sofort dem Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar ohne meine Bestätigung und Anweisung zu überführen. Die mir sonst einzureichende Zweitschrift der Anordnungsverfügung ist mit der Person gleichzeitig dem Lager zu überweisen.

Die Zahl der festgenommenen Personen ist mir bis spätestens 20. Juni d. J., mittags 12 Uhr, durch Funk oder Fernschreiben zu melden.

Verteiler:

An alle KPLeitstellen.

Nachrichtlich:

An das Hauptamt Sicherheitspolizei — Amt Kriminalpolizei
an das Geheime Staatspolizeiamt
an die Landesregierungen (außer Preußen)
an den Reichskommissar für das Saarland
an die Ober- und Regierungspräsidenten
an den Polizeipräsidenten in Berlin
die Inspekteure der Sicherheitspolizei
den Inspekteur der Konzentrationslager.

1 AR 123/63 (RSHA)

131

U.H.

V/1/ Zu schreiben: - 1 Reinschrift mit -

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Schorlemerstraße 28
7140 Ludwigsburg

Betrifft: <Vic Re. 128>
Bezug: Schreiben vom 12. Juli 1984 - 416 AR-Z-21/84 -

Auf die dortige Anfrage teile ich mit, daß im hiesigen Bereich keine Ermittlungen wegen der im Zusammenhang des Schnellbriefes des RKPA Berlin vom 1.6.1938 erfolgten Festnahme von Juden in der Nacht vom 13. bis 18. Juni 1938 und deren anschließender Überstellung in das Konzentrationslager Buchenwald geführt wurden. Die hier geführten Verfahren richteten sich ausschließlich gegen frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamts. Zur Zeit des in Rede stehenden Vorfalls gehörte das RKPA noch nicht dem RSHA an. Erst durch Erlaß vom 27.9.1939, der die Gründung des RSHA regelte, wurde aus dem RKPA und dem Amt „Kriminalpolizei" des Hauptamtes Sicherheitspolizei das Amt V des RSHA.
Soweit in der Anfrage auf ein hier angeblich geführtes Verfahren PK Js 30/68 Bezug genommen wird, konnte ein solches nicht ermittelt werden. Die im hiesigen Bereich zu seinerzeit einge-

beiden Verfahren liefen alle unter 1 Js mit der jeweiligen lfd. Nummer und dem Zusatz „(RSHH)". Auch eine Nachfrage bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Itzehoe, bei der das AZ 3 P(K) geführt wird, verlief negativ.

z. d. A.

20 JULI 1984

Kanzlei
Eingegangen am: 23. 7. 84
Gefertigt am: 23.07.84 Gré
Kan 1 / 1 Schr. u. 1 Dn.

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

20. Juli 1984

2171

1 AR 123/63 (RSHA)

An die

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Schorndorfer Straße 28

7140 Ludwigsburg

Betrifft: Vorermittlungsverfahren
gegen Angehörige des Reichsinnenministeriums - RKPA -
wegen Verdachts des Mordes bzw. der Beihilfe zum Mord
wegen Festnahme von Asozialen in der Woche vom 13. - 18. Juni 1939 und anschließende Überstellung in das Konzentrationslager Buchenwald (NSG)

Bezug: Schreiben vom 12. Juli 1984
- 416 AR - Z - 21/84 -

Auf die dortige Anfrage teile ich mit, daß im hiesigen Bereich keine Ermittlungen wegen der aufgrund des Schnellbriefes des RKPA Berlin vom 1. Juni 1938 erfolgten Festnahme von Asozialen in der Woche vom 13. bis 18. Juni 1939 und deren anschließender Überstellung in das Konzentrationslager Buchenwald geführt wurden. Die hier geführten Verfahren richteten sich ausschließlich gegen frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamts. Zur Zeit des in Rede stehenden Vorfalls gehörte das RKPA noch nicht dem RSHA an. Erst durch Erlaß vom 27. September 1939, der die Gründung des RSHA regelte, wurde aus dem RKPA und dem Amt "Kriminalpolizei" des Hauptamtes Sicherheitspolizei das Amt V des RSHA.

Soweit in der Anfrage auf ein hier angeblich geführtes Verfahren PK Js 30/68 Bezug genommen wird, konnte ein solches nicht ermittelt werden. Die im hiesigen Bereich seinerzeit eingeleiteten Verfahren liefen alle unter 1 Js mit der jeweiligen lfd. Nummer und dem Zusatz "(RSHA)".

131 b

Auch eine Nachfrage bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin, bei der das AZ 3 P (K) geführt wird, verlief negativ.

Severin
Leitender Oberstaatsanwalt

Gie

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin

Turmstraße 91, den 5. September 1984
D-1000 Berlin 21
Fernruf: Vermittlung 39 02 - 1
Durchwahl / Apparat 39 02 - 2362
(Im Innenbetrieb: 933)
Telex-Nr.: 181 796 krimg. d.
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

3 P (K) Js 6/79

Gesch.-Nr. bitte stets angeben!

1321

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Turmstraße 91, D-1000 Berlin 21

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
z.H. Herrn LOStA Severin

5.9.

Sehr geehrter Herr Severin !

Als Anlage überreiche ich 4 Band Akten aus dem RSHA-Komplex. Diese habe ich ausgewertet und reiche sie deshalb zurück, weil sie nicht weiter für das hiesige Verfahren benötigt werden.

Mit herzlichen Grüßen

(Priestoph)
Oberstaatsanwalt

bu

Vfg.

1) Vermerk: Die 4 Bände betreffen den RSHA-Komplex
2) Geschäftsstelle (RSHA) mit der Bitte, die Bände hier abzulegen
3) ZDA 1 AR 123/63 (RSHA)

5.9.

133

Der Polizeipräsident in Berlin
Direktion Spezialaufgaben
der Verbrechensbekämpfung
Dir VB S III 2 - 840917/9005-1

Berlin 42, den 10.10.84
Platz der Luftbrücke 6
Tel.: 699 3420

Gemeinsame Briefannahme
12.10.84-12-15
Justizbehörden Charlottenburg

Vermerk

Mit Schreiben vom 28.9.84 teilt das LKA Hessen mit, daß gegen

Fritz B r a u n e
18.7.1910 Mehrstedt geb.,

im Rahmen eines Verfahrens mit dem Az: 1 AR 123/63 Ermittlungen bezüglich seines Aufenthaltsortes angestellt worden sein sollen. Es wird gebeten, die Ergebnisse der Ermittlungen mitzuteilen. Weiter besteht Interesse an Fotokopien aller die o.a. Person betreffenden Schriftstücke (Vernehmungsniederschriften etc.)

Urschriftlich

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht
am 15. OKT. 1984
mit Anl. Akten

der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
- Geschäftsstelle 1 AR -
Am Karlsbad 6
1000 Berlin 30

mit der Bitte um Erledigung übersandt.

Im Auftrag

Fischer

Vg.
Vor Lauf
sämtlichen Kammergerichtsbänden
16. OKT. 1984

1/ Herrn Schreiben (mit Rückschein)
- unter Beifügung des Personalbandes
Fritz Braun -

< Anus. >

Betrifft: Vorgang [ ]

Bezug: Schreiben vom 10. Oktober 1984

Anlage: 1 Band Akten

Anlässlich des dort offenbar vorliegenden Amtshilfe-
ersuchens eines mir nicht näher bezeichneten
Dienststelle im Bereich des LKA Hessen übersende ich
den Fritz Braun betreffenden Vorgang zur Auswertung.
Rückäußerungen können gerichtet werden.

15/1

c/ 3 Monate

Berlin, den 17. Oktober 1984

Kanzlei
Eingang am: 17.10.84
Gefertigt am: " "
- 1 Akte, 1 Anl.

Akte an Ref (1ABZ-ISCHA-121166)
17.10.84

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

17. Oktober 1984

2153

1 AR 123/63 RSHA

133 a

An den
Polizeipräsidenten in Berlin
Direktion Spezialaufgaben
der Verbrechensbekämpfung

Betrifft: Vorgang Dir VB S III 2 - 840917/9005-1

Bezug: Schreiben vom 10. Oktober 1984

Anlage: 1 Band Akten

Aufgrund des dort offenbar vorliegenden Amtshilfeersuchens einer mir nicht näher bezeichneten Dienststelle im Bereich des LKA Hessen übersende ich den Fritz Braune betreffenden Vorgang zur Auswertung. Ablichtungen können gefertigt werden.

B a l k e
Oberstaatsanwalt

H

1/ Vermerk:

Rentt Braune ohne

Unterschrift wieder eingegangen.

2/ Schreiben erledigt

Berlin, den 26. Okt. 84

1 AR 123/63 (RSHA)

VI.

1) Vermerk: Heute rief Herr Schönfeld (phon.) an und bat um Einsichtnahme in die chron. Geschäftsverteilungspläne des RSHA aus den Jahren 1942/1943.
Er wurde gebeten, Anfang der nächsten Woche erneut hier anzurufen, da erst festgestellt werden müsste, ob die Geschäftsverteilungspläne vorhanden sind.

2) Geschäftsstelle RSHA

Hiermit die Bitte um Beifügung der Geschäftsverteilungspläne des RSHA für die Jahre 1942 und 1943 sowie des Lebenslaufes 1 AR 123/63 (RSHA) nebst HA.

13. FEB 1985

1972.

V.

1) Vermerk: Heute meldete sich Herr Schönfeld (vgl. Visitenkarte) auf. Mit ihm wurden die Geschäftsverteilungspläne und Telefonverzeichnisse des RSHA durchgesprochen. Herr Schönfeld ist mit einer ordnungsgemäßen Arbeit befasst. Verfahrensakten werden ihm nicht vorgelegt.)

2) Bdt 1 DR 123/63 (RSHA) mit Visitenkarte.

3) Anliegende Bücher wieder trennen.

4) Wieder vorlegen.

V. S 18.12.85

Akademie für die Wissenschaft des Judentums e. V.

Norbert Schönfeld

Postfach 31 14 06, D-1000 Berlin 31, Telefon 030/854 30 84

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE

Aktenzeichen
53 o91115 B 567 - BKZ 5554
(Bitte bei Rückschriften stets angeben)

Postanschrift:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte · Postfach · 1000 Berlin 88

Hauptverwaltung:
Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, Telefon (0 30) 8 65-1

Generalstaatsanwalt beim
Kammergericht in Berlin
Am Karlsbad 6-7

1000 Berlin 30

KAMMERGERICHT Briefannahme 12.-3.85 8-12 BERLIN

Staatsanwaltschaft b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 12. MRZ. 1985

Datum und Zeichen Ihres Schreibens
AZ:1 AR 123/63
(Dokumenten-Sammlung RSHA)

☎ Durchwahl-Nr.
(030) 865- 2 35 66

Datum
-7. 3. 85

Versicherte Anneliese Baltz, geb. o9.11.15
wohnhaft: Carretera Extremadura, KM 22,8, Mostoles/Madrid

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt!

Die o. a. Versicherte war als Kanzleiangestellte - 18.o8.43 beim Reichssicherheitshauptamt und ab diesem Zeitpunkt beim Polizeiattaché des deutschen Generalkonsulats Barcelona beschäftigt.

Die Anfragen beim Bundesarchiv, dem Auswärtigen Amt und der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung in Ludwigsburg verliefen negativ, jedoch wurde uns eine Anfrage bei Ihrer Stelle empfohlen.

Wir bitten daher um Mitteilung, ob Ihnen evtl. diesbezügliche Unterlagen vorliegen. Ggf. bitten wir um deren Übersendung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Preuß

1. 9104 - 6/84 - 500 000 (0833/84 - 1000)

1 BAL (RSHA) 123/63

136

Vfg.

1) Schreiben an Bd. 135 <>: - 1 Durchschrift anl. -

Betrifft: [wie Bd. 135]

Bezug: Schreiben vom 7.3.1985 - < wie Bd. 135 >

Sehr geehrter Herr Reiss,

auf Ihre Anfrage teile ich mit, daß die Obengenannte in den bei uns geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des RSHA nicht erfaßt ist.

Die mir vorliegenden Dokumente beziehen sich nur

übrigen nur auf Personen, die beim ehemaligen Reichssicherheitshauptamt selbst - und zwar nur in Berlin und nicht bei sonstigen örtlichen Stapoleistellen - beschäftigt waren. Vorlage

2) Vermerk: Anneliese Baltz ist weder in den Karteien noch in den hier vorhandenen Telefonverzeichnissen erfaßt.

3) Wiedervorlage

14/3.85

Kanzlei
14. MRZ. 1985
14. März '85 R
1) Schulz 1 Ju
+ ab

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

14. März 1985

21 53

1 AR (RSHA) 123/63

1360

Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte
Postfach

1000 Berlin 88

Betrifft: Versicherte Anneliese B a l t z ,
geb. am 9. November 1915,
whft. Carretera Extremadura, KM 22,8,
Mostoles/Madrid

Bezug: Schreiben vom 7. März 1985
- 53 091115 B 567 - BKZ 5554 -

Sehr geehrter Herr Preuß,

auf Ihre Anfrage teile ich mit, daß die Obengenannte in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des RSHA nicht erfaßt ist.

Die mir vorliegenden Erkenntnisse beschränken sich im übrigen nur auf Personen, die beim ehemaligen Reichssicherheitshauptamt selbst - und zwar nur in Berlin und nicht bei sonstigen örtlichen Stapoleitstellen - beschäftigt waren.

Hochachtungsvoll

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE

2zeilig

Versicherungsnummer
53|24.08.23|H|537

BRZ JJJ3

(Bei Antwort dieses Zeichen u. Personendaten d. Vers. erbeten)

137

Postanschrift:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte · Postfach · 1000 Berlin 88

Hauptverwaltung:
Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, Telefon (030) 865-1

Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht
Amt Karlsbad 6-7
1000 Berlin 30

KAMMERGERICHT
Briefannahme
12.-3.85 8-12
BERLIN

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 12. MRZ. 1985
Eilt sehr!

Mit der Bitte um Rückgabe

Datum und Zeichen Ihres Schreibens	☎ Durchwahl-Nr.	Datum
	(030) 865- 2534	7. MRZ. 1985

Klärung des Versicherungsverhältnisses

Versicherter (Name, Vorname, Geburtsname) Smith, Hanneliese geb. Haake
Geburtsdatum, -ort 24.08.23 in Waltenscheid

Der genannte Versicherte ist bzw. war ~~bei Ihnen~~ beschäftigt.

Zur Klärung von Unstimmigkeiten in den hier vorliegenden Versicherungsunterlagen bitten wir Sie ~~als Arbeitgeber~~ um Beantwortung der **auf der Rückseite** angekreuzten Fragen(Ot. Sch. der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen.
Zu dem zu klärenden Beschäftigungsverhältnis ist uns folgendes bekannt:

Bezeichnung des Arbeitgebers Reichssicherheitshauptamt in Berlin
Name und Anschrift der Beschäftigungsdienststelle (ggf. auch Nebenbetrieb, Zweigstelle) Bln.-Schmargendorf = Forschungsinstitut Grünewald bzw.
Name, den der Versicherte zur Zeit des zu klärenden Beschäftigungsverhältnisses geführt hat Haake Marienbad
damalige Anschrift des Versicherten Bln.

Vermerk: In der Kartei nicht ermittelt
ft 14/3.85

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

E. Meyer

6.229
26. Aufl. - 9/84 - 100 000 - A (01/25. Aufl.)

(1432/84-500)

bitte wenden

Gen Fd 2/85

1 AR (RSHA) 123/63

138

Vfg.

1) Vermerk: In den hiesigen Namenskarteien und auch in den Telefonverzeichnissen des RSHA ist eine Hannelise Haake (ledige: Leuste), geb. am 24.8.23 in Wattenscheid, nicht erfaßt.

2) 1 Ablichtung (nur von Seite 1) der Anlage herstellen.

3) Zu verbleiben an BKA <u>und</u> Bfg. >: unter Beifügung des Originals und der Durchschrift der Anfrage (Anlage)

- 1 Durchschrift zdA -

Betrifft: Leuste, Hannelise geb. Haake
geb. am 24.8.23 in Wattenscheid

Bezug: Schreiben vom 7.3.1985 - Ver.Nr. 53/240823/4/5317 -
BKZ 5553

Anlage: 1 Anfragebogen (doppelt)

Den mir übersandten Anfragebogen sende ich mit dem Hinweis

Fürchte, daß die Versicherte hier zu kleiner Zeit beschäftigt war. Die auf die Rückseite des Bogens gestellten Fragen treffen mutmaßlich für die hiesige Behörde nicht zu.
Offensichtlich geht es darum, daß mir eine Auskunft über die frühere Tätigkeit der Versicherten bei dem ehem. Reichsversicherungsamt erstrebt. Trotzdem teile ich mit, <wie Bl. 136a d.A.>

4) nach Abgang Herrn Dr. Hoppe mit der Bitte um Kenntnisnahme K.g. Kn 18/3.85

5) mit der Abteilung zu Nr 2) Dr

6) Wieder vorlegen.

K.G 15.3.85

Kanzlei
18. MRZ. 1985

18. März '85

2) 1 Abl. 3) 1 Schub + 1 Dm

zu 3) ab m. Abl.

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

15. März 1985

21 53

1 AR (RSHA) 123/63

Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte
Postfach

1000 Berlin 88

Betrifft: Smith, Hanneliese geb. Haake,
geboren am 24. August 1923 in Wattenscheid

Bezug: Schreiben vom 7. März 1985
- Vers.Nr. 53 240823/H/53/7 - BKZ 5553 -

Anlage: 1 Anfragebogen (doppelt)

Den mir übersandten Anfragebogen sende ich mit dem Hinweis zurück, daß die Versicherte hier zu keiner Zeit beschäftigt war. Die auf der Rückseite des Bogens gestellten Fragen treffen mithin für die hiesige Behörde nicht zu.

Offensichtlich wird von dort auch nur eine Auskunft über die frühere Tätigkeit der Versicherten Haake bei dem ehem. Reichssicherheitshauptamt erstrebt. Insoweit teile ich mit, daß die Obengenannte in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden früheren Telefonverzeichnissen des RSHA nicht erfaßt ist.

Die mir vorliegenden Erkenntnisse beschränken sich im übrigen nur auf Personen, die beim ehem. RSHA selbst - und zwar nur in Berlin und nicht bei sonstigen örtlichen Stapoleitstellen - beschäftigt waren.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin

3 P (K) Js 6006/84

Gesch.-Nr. bitte stets angeben!

Turmstraße 91, den 13. Februar 1985
D-1000 Berlin 21
Fernruf: Vermittlung 39 02-1
Durchwahl/Apparat 39 02- 2362
(Im Innenbetrieb 9 33)
Telex-Nr.: 181 796 krimg. d.
Telefax-Nr.: 39 02-33 10
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

139

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Turmstraße 91, D-1000 Berlin 21

An die
Staatsanwaltschaft beim
Kammergericht Berlin
z.Hd. Herrn Oberstaatsanwalt Severin

15.2.

Betrifft: RSHA-Verfahren 1 AR 123/63 (RSHA)
hier: Heinz K u n z e , geb. 5. Juni 1913 in Thomsdorf, früher: SS-Hauptsturmführer im Amt IV und IV B 1

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Angehörigen des ehemaligen Volksgerichtshofes wegen des Verdachts des Mordes beabsichtige ich Heinz K u n z e am 21. März 1985 hier als Zeugen zu seiner Tätigkeit im Kirchenreferat des RSHA zu vernehmen. Da er in einer ersten schriftlichen Äußerung seine Tätigkeit dort als offenbar weniger bedeutend dargestellt hat, als sie tatsächlich war, wäre ich zur Vorbereitung dieser Vernehmung für Übersendung der dort etwa über ihn vorhandenen Ermittlungsvorgänge betreffend seine Tätigkeit im RSHA dankbar.

(Jahntz)
Staatsanwalt

Lz

19. MRZ. 1985

1/ Zentralstelle mit der Bitte um Beifügung der Karteikarten betreffend Obergruppenführer und eines evtl. vorhandenen Personalheftes.
2/ Wiedervorlage mit Unterlagen zu Zu 1/

15.2.

V. Eilt!

19. März 1985

Anliegendes Personalheft Gefr. Heinz Kunze
- 1./PzGrenRgt 29/67 - Pk 130 -
fristlos im Tauschtag verschlossen an Abt/1G
z.H. von Herrn Hptm Galuba mit den
beiden anliegenden Karteikarten übersenden.

2 Hefte.

6/4

V.S. 19.3.

139 a

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 15. FEB. 1985
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin

Turmstraße 91, den 21. März 1985
D-1000 Berlin 21
Fernruf: Vermittlung 39 02-1
Durchwahl/Apparat 39 02- 2362
(Im Innenbetrieb 9 33)
Telex-Nr.: 181 796 krimg. d.
Telefax-Nr.: 39 02-33 10
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

3 P (K) Js 6006/84
Gesch.-Nr. bitte stets angeben!

140

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Turmstraße 91, D-1000 Berlin 21

An die
Staatsanwaltschaft bei
dem Kammergericht
z.Hd. Herrn Leitenden
Oberstaatsanwalt Severin

Staatsanwaltschaft
b. d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 15. APR. 1985
mit 2 Anl. — Bände 1 Bd. Akten

Betrifft: RSHA-Verfahren 1 AR 29/67

Anlage: 1 Personalheft Heinz K u n z e
nebst 2 Karteikarten

Die mir freundlicherweise kurzfristig überlassenen anliegenden Unterlagen sende ich in der Anlage mit Dank zurück.

(Jahntz)
Staatsanwalt

Lz

Wieder vorlegen
22. APR. 1985

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE

B/A 941

Zeichen 50 040320 S 513
(Bei Antwort dieses Zeichen u. Personendaten d. Vers. erbeten)

Postanschrift:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte · Postfach · 1000 Berlin 88

Hauptverwaltung:
Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, Telefon (0 30) 8 65-1

An die
Staatsanwaltschaft bei dem
Kammergericht Berlin
Am Karlsbad 6-7

1ooo Berlin 3o

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 16. JULI 1985
mit Anl. Blatts Bd. Akten

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

☎ Durchwahl-Nr.
(0 30) 8 65-24947

Datum 11. JULI 1985

Betr.: Agnes Brocher geb. Spangenberg, geb. 04.03.20
in Runstedt
Verfahren betreffend Reichssicherheitshauptamt

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die oben genannte Versicherte gibt an, von 1942 - 1945 als Telefonistin bei der Staatspolizeistelle Berlin und Litzmannstadt beschäftigt gewesen zu sein. Wir bitten um Mitteilung, ob dort Unterlagen vorhanden sind, aus denen hervorgeht, daß die Versicherte dort beschäftigt war bzw. ob Gehaltsunterlagen vorliegen.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

Kurtz

1. 9106 - 10/84 - 300 000 - A (1504/84 - 1000)

Girokonten:
Nr. 1000310300 Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin (BLZ = 100 101 11)
Nr. 433044400 Bank für Handel und Industrie, Berlin (BLZ = 100 800 00)
Nr. 3500151800 Berliner Bank, Berlin (BLZ = 100 200 00)
Nr. 200100600 Berliner Commerzbank, Berlin (BLZ = 100 400 00)
Nr. 770 00-106 Postgiroamt Berlin West (BLZ = 100 100 10)
Nr. 100 01 601 Landeszentralbank in Berlin (BLZ = 100 000 00)
Nr. 017845900 Deutsche Bank Berlin (BLZ = 100 700 00)
Nr. 70000781 BHF-Bank, Berlin (BLZ = 100 202 00)
Nr. 99000465 Berliner Volksbank-West, Berlin (BLZ = 100 900 00)
Nr. 0990007014 Sparkasse der Stadt Berlin-West (BLZ = 100 500 00)
Institutionskennzeichen (IK): 111170019

1 AR 123/63 (RSHA)

142

Vg.

1) Zu schreiben: - 1 Durchschrift gdA -

An die
Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte
Postfach
1000 Berlin 68

Betrifft: <Hr Be. 141>

Bezug: Schreiben vom 11. Juli 1985
-50 040320 S513-

Auf Ihre Anfrage vom 11. des Monats teile ich mit, daß in dem mir in Ablichtung vorliegenden Fernsprechverzeichnis des ehem. Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) mit Stand Juni 1943 auf Seite 23 u.a. folgende Eintragung enthalten ist:

unter der Überschrift: Name, Vorname, Dienstgrad, Dienststelle, Zent. | Zent. | Dst
Spangenberg, A., Fernsprechg. - Dz | PA 9 | 460 | 460

Die Zeichenerklärung für „PA" ist die Prinz-Albrecht-Str. angegeben.
Ob die im Fernsprechverzeichnis erwähnte Person mit dem Ihnen bekannten Spangenberg identisch ist, vermag ich nicht zu beurteilen, da mir weitere Erkenntnisse nicht vorliegen.
Im Fernsprechverzeichnis des RSHA mit Stand Juni 1942 ist eine Person mit Namen „Spangenberg, A." nicht enthalten. In beiden Verzeichnissen findet der Name „Brocker" nicht auf.

2) Fernsprechverzeichnis AI b 1-3 nicht trennen und im Archiv ablegen.

3) Nicht vorlegen.

17.7.85

18. JULI 1985

1) 18. Juli BSR + g. d. i.
+ ab

Kanzlei
18. JULI 1985

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

17. Juli 1985

21 54

1 AR 123/63 (RSHA)

An die
Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte
Postfach

1000 Berlin 88

Betrifft: Agnes B r o c h e r geb. Spangenberg,
geb. am 4. März 1920 in Runstedt

Bezug: Schreiben vom 11. Juli 1985 - 50 040320 S 513 -

Auf Ihre Anfrage vom 11. d.M. teile ich mit, daß in dem mir in Ablichtung vorliegenden Fernsprechverzeichnis des ehem. Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) mit Stand Juni 1943 auf Seite 23 u.a. folgende Eintragung enthalten ist:
unter der Überschrift

" Name, Vorname, Dienstgrad, Dienststelle, Zent., Int., Post.,

Spangenberg, A., Fernsprechg., II D 2 PA 9 460 460 "

Als Zeichenerklärung für "PA" ist die Prinz-Albrecht-Straße angegeben. Ob die im Fernsprechverzeichnis erwähnte Person mit Frau Agnes Brocher geb. Spangenberg identisch ist, vermag ich nicht zu beurteilen, da mir weitere Erkenntnisse nicht vorliegen.
Im Fernsprechverzeichnis des RSHA mit Stand Mai 1942 ist eine Person mit Namen "Spangenberg, A." nicht enthalten. In beiden Verzeichnissen taucht der Name "Brocher" nicht auf.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

Entschädigungsamt Berlin

Entschädigungsamt, Potsdamer Straße 186, D-1000 Berlin 30

BERLIN

143

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Am Karlsbad 7

1000 Berlin 30

Staatsanwaltschaft
b.d. Kammergericht-Berlin
Eing. am 07. OKT. 1985
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

GeschZ. (bitte immer angeben)
I C
Reg. Nr. (bitte immer angeben)
211 991
Zimmer
224
☎ Durchwahl (030) 7885 und App.-Nr.
Vermittlung (030) 7885 – 0
Apparat Intern (965)
2357
Datum
3. Oktober 1985

Betr.: Ersuchen um Amtshilfe gemäß § 191 Abs. 3 BEG

In dem Entschädigungsverfahren betr. Heinrich Krause bitten wir im Wege der Amtshilfe um Übersendung dortiger Aktenvorgänge betreffend

Norbert Schönfeld,
Prinzregentenstr. 89,
1000 Berlin 31, geb. ?

der hier in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des Vereins "Akademie für die Wissenschaft des Judentums e.V." ein urkundliches Beweismittel in Form einer Fotokopie eines Schreibens des RSHA aus dem Jahre 1942 vorgelegt hat, gegen dessen Echtheit gewisse Zweifel bestehen, das aber für den hier bei dem Kammergericht anhängigen Entschädigungsprozeß Land Berlin ./. Krause – Aktenzeichen 19 U. Entsch. 3545/80 – von großer Bedeutung sein könnte.

Für baldige Erledigung wären wir sehr dankbar.

Im Auftrag

Wüstenhagen

Verm.
In der RSHA Kartei konnte kein Vorg. betr. Schönfeld ermittelt werden.

– 8. OKT. 1985

1 BvR 123/63 (RSHA)

144

W.

1) Zu schreiben an Entschädigungsamt Berlin (wie Bl. 143):

Betrifft: Entschädigungsverfahren betr. Heinrich Krause;
hier: Norbert Schönfeld

Bezug: Schreiben vom 3. Oktober 1985 - I C Reg.-Nr. 2 11 991 -

In Zusammenhang mit dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt (RSHA) liegen mir ausweislich der hiesigen Karteien keine Erkenntnisse über den obengenannten Norbert Schönfeld vor. In den seinerzeit hier gegen Angehörige des ehem. RSHA geführten Verfahren ist er als Beschuldigter nicht erfaßt worden. Dies schließt allerdings nicht aus, daß er u. U. in einem der Verfahren als Zeuge gehört worden ist. Insoweit lassen sich allerdings keine Feststellungen mehr wegen der damit verbundenen Arbeits- und Zeitaufwandes treffen.
Soweit sie in Ihrem Schreiben die von Herrn Schönfeld vorgelegte Vorlage einer Kopie eines Schreibens des RSHA aus dem Jahre 1942, gegen dessen Echtheit

Offenbar gewisse Zweifel bestehen, aufgeben, verneint sie hierzu nicht Stellung zu nehmen, zumal nähere Einzelheiten zu dem in Rede stehenden Vorgang des RSHA nicht mitgeteilt worden sind.

1) Vorlage Kopien.

2) Wieder vorlegen.

9/10.85

Kanzlei
Eingang am: 10. 10. 85
Gefertigt am: 10.10.85 Gé
Bu 1/1 Schr. m. 1 Dr.

Tel Go/B

1 x ab
10. 10. 85

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

9. Oktober 1985

2171

1 AR 123/63 (RSHA)

An das
Entschädigungsamt Berlin
Potsdamer Straße 186

1000 Berlin 30

Betrifft: Entschädigungsverfahren betr.
Heinrich K r a u s e ;
hier: Norbert S c h ö n f e l d

Bezug: Schreiben vom 3. Oktober 1985
- I C Reg.Nr. 211 991 -

Im Zusammenhang mit dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt (RSHA) liegen mir ausweislich der hiesigen Karteien keine Erkenntnisse über den obengenannten Norbert S c h ö n f e l d vor. In den seinerzeit hier gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes geführten Verfahren ist er als Beschuldigter nicht erfaßt worden. Dies schließt allerdings nicht aus, daß er unter Umständen in einem der Verfahren als Zeuge gehört worden ist. Insoweit lassen sich allerdings keine Feststellungen mehr wegen des damit verbundenen Arbeits- und Zeitaufwandes treffen.

Soweit Sie in Ihrem Schreiben die von Herrn S c h ö n f e l d erfolgte Vorlage einer Kopie eines Schreibens des RSHA aus dem Jahre 1942, gegen dessen Echtheit offenbar gewisse Zweifel bestehen, anführen, vermag ich hierzu nicht Stellung zu nehmen, zumal nähere Einzelheiten zu dem in Rede stehenden Schreiben des RSHA nicht mitgeteilt worden sind.

Severin
Leitender Oberstaatsanwalt

Gie

145

Rosemarie Voß
Friedrich-Wilhelm-Str.23
5650 Solingen 1
Tel.: (02 12) 12117

Solingen, den 18.10.1985

An den
Generalstaatsanwalt
beim Kammergericht Berlin
Am Karlsbad 6-7

1000 Berlin 30

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 21. OKT. 1985
mit 1 Anl. Blatts Bd. Akten

Betr.: Antrag auf Feststellung der Zugehörigkeit zum Reichssicherheitshauptamt, Berlin-Schmargendorf als Angestellte (Übersetzerin) in der Zeit von Februar 1944 bis April 1945

Sehr geehrte Herren,

aus dem beigefügten Originalschreiben der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg vom 11.10.85 geht hervor, daß mir geraten wurde, meine nachstehende Anfrage an Sie zu richten.

Ich benötige einen Nachweis über mein obiges Beschäftigungsverhältnis für meinen in Kürze zu stellenden Rentenantrag bei der BfA, Berlin, da meine Versicherungsunterlagen aus diesem Beschäftigungsverhältnis durch Kriegseinwirkung verlorengegangen sind.

Nachstehend die Angaben zu meiner Person und zu meinem Beschäftigungsverhältnis:

Nachname: Voß, geb. Lach
Anmerkung: im obigen Beschäftigungszeitraum trug ich meinen Mädchennachen LACH

Vornamen: Rosemarie (Rufname), Edeltraut

geb. : 12.12.1925 in: Johannisburg/Ostpreußen.

In der Zeit von Februar 1944 bis April 1945 beschäftigt gewesen beim:

Reichssicherheitshauptamt
Chef der Sicherheitspolizei und des SD
- Amt VI - Wirtschaft

in Berlin-Schmargendorf

Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie aufgrund von eventuell noch dort vorhandenen Unterlagen über mein damaliges Beschäftigungsverhältnis den für mich erforderlichen Nachweis zur Vorlage bei der BfA Berlin mir zur Verfügung stellen könnten.

Hochachtungsvoll
Rosemarie Voß
(Rosemarie Voß)

Anlage: 1

Verm.
In der RSHA-Kartei konnte
kein Verz. betr. Lach bzw. Voß
ermittelt werden.
22. OKT. 1985

146

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

110/II AR 324/85
Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

Zentrale Stelle - Postfach 11 44 - 7140 Ludwigsburg

7140 Ludwigsburg, den 11. Oktober 1985
Schorndorfer Straße 58
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 141 - 1
bei Durchwahl 141 App. Nr.

Frau
Rosemarie Voß
Friedrich-Wilhelm-Str.23
5650 Solingen 1

Sehr geehrte Frau Voß,

auf Ihr Schreiben vom 25. September 1985 teile ich Ihnen mit, daß hier über Ihre Person keinerlei Unterlagen vorhanden sind.
Ich empfehle Ihnen, sich mit einer entsprechenden Anfrage an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin, Am Karlsbad 6 - 7, 1000 Berlin 30, zum Aktz. 1 AR 123/63 (Dok.Sammlung) zu wenden.

Mit freundlichem Gruß

Krantz

(Krantz)
Oberstaatsanwalt

1 BvR 123/63 (RSHA)

147

Kanzlei
23. OKT. 1985

Hr.

23. Okt. 85

2) 15 Schreiben

24. OKT. 1985

1) Vermerk: Die Durchsicht der hiesigen Karteien, Telefonverzeichnisse des RSHA (nach 1943 nicht vorhanden) und sonstigen Unterlagen (Geschäftsverteilungspläne pp.) hat keine Erkenntnisse über eine Tätigkeit der Antragstellerin im Amt VI des ehem. RSHA erbracht. Allerdings ist der Bestand von RSHA-Unterlagen aus den Jahren 1944/45 äußerst gering, so daß nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Antragstellerin - wie angegeben - vom Februar 1944 bis April 1945 im Amt VI des RSHA tätig war.

2) Fr schreiben an Frau Rosemarie Vogt (wie Bl. 145)

Betrifft: Ehemaliges Reichssicherheitshauptamt in Berlin

Bezug: Fr Schreiben vom 18. Oktober 1985

Sehr geehrte Frau Vogt,
auf Ihr o.g. Schreiben teile ich mit, daß sie in den hier geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden Telefonverzeichnissen und Geschäftsverteilungsplänen des RSHA nicht erfaßt sind. Dies ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die mir gerade aus den Jahren 1944/45 vorliegenden Bestände des ehem. RSHA äußerst dürftig sind. Ich bitte mich zu meinem Bedauern daher nicht in der Lage, Ihnen in Ihrer Verfolgungsangelegenheit helfen zu können.
Heil Hitler!
(z. U.)

3) Wieder vorlegen.

23.10.85

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

23. Oktober 1985

21 54

1 AR 123/63 (RSHA)

Frau
Rosemarie Voß
Friedrich-Wilhelm-Str. 23

5650 Solingen 1

Betrifft: Ehemaliges Reichssicherheitshauptamt in Berlin

Bezug: Ihr Schreiben vom 18. Oktober 1985

Sehr geehrte Frau Voß,

auf Ihr o.a. Schreiben teile ich mit, daß Sie in den bei mir geführten Karteien über frühere Angehörige des ehem. Reichssicherheitshauptamtes wie auch in den mir - allerdings nur teilweise - vorliegenden Telefonverzeichnissen und Geschäftsverteilungsplänen des RSHA nicht erfaßt sind. Dies ist offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die mir gerade aus den Jahren 1944/45 vorliegenden Bestände des ehem. RSHA äußerst dürftig sind.

Ich sehe mich zu meinem Bedauern daher nicht in der Lage, Ihnen in Ihrer Versicherungsangelegenheit helfen zu können.

Hochachtungsvoll

Severin
Leitender Oberstaatsanwalt

R

148

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Aktenz.: ~~3P(a) AR~~ 10/85

AU 61

akten und Beistücke	eingegangen Blatt	getrennt Blatt	Beiakten und Beistücke	eingegangen Blatt	getrennt Blatt

Entschädigungsamt Berlin

BERLIN

Entschädigungsamt, Potsdamer Straße 186, D-1000 Berlin 30

3 P(K) AR 149/X

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
Turmstraße 91

1000 Berlin 21

JUSTIZBEHÖRDEN 7.10.85 12-14 4. BERLIN-MOABIT 10. Okt. 1985

63
OSHA Krause 1/3 P
3. OKT. 1985
Z. w. V

GeschZ. (bitte immer angeben)
I C
Reg. Nr. (bitte immer angeben)
211 991
Zimmer
224
☎ Durchwahl (030) 7885 und App.-Nr.
Vermittlung (030) 7885 - 0
Apparat Intern (965)
2357
Datum
3. Oktober 1985

Betr.: Ersuchen um Amtshilfe gem. § 191 Abs. 3 BEG

Wi. 9/X

In dem Entschädigungsverfahren betr. Heinrich Krause bitten wir im Wege der Amtshilfe um Übersendung dortiger Aktenvorgänge betreffend

Norbert Schönfeld,
Prinzregentenstr. 89,
1000 Berlin 31,

der hier in seiner Eigenschaft als Generalsekretär des Vereins "Akademie für die Wissenschaft des Judentums e.V." ein urkundliches Beweismittel in Form einer Fotokopie eines Schreibens des RSHA aus dem Jahre 1942 vorgelegt hat, gegen dessen Echtheit gewisse Zweifel bestehen, das aber für den hier bei dem Kammergericht anhängigen Entschädigungsprozeß Land Berlin ./. Krause - Aktenzeichen 19 U. Entsch. 3545/80 - von großer Bedeutung sein könnte.

Für baldige Erledigung wären wir sehr dankbar.

Im Auftrag
Wüstenhagen
Wüstenhagen

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin

3 P (K) AR 10/85
Gesch.-Nr. bitte stets angeben !

Turmstraße 91, den 22. Oktober 1985
D-1000 Berlin 21
Fernruf : Vermittlung 39 02-1
Durchwahl/Apparat 39 02- 3662
(Im Innenbetrieb : 9 33)
Telex-Nr.: 181 796 krimg. d.
Telefax-Nr.: 39 02-33 10
Sprechstunden: Montags bis Freitags von 8.30 bis 13.00 Uhr

150

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, Turmstraße 91, D-1000 Berlin 21

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 28. OKT. 1985
Pr.
mit Anl. 1 Blatts Bd. Akten

Betrifft: Anfrage des Entschädigungsamtes Berlin
in Sachen Norbert S c h ö n f e l d

Ohne Auftrag

Anlage: 1 Vorgang

Berichtsverfasser: Oberstaatsanwalt Priestoph

Mit der Bitte um weitere Veranlassung überreiche ich meinen Vorgang betreffend die Anfrage des Entschädigungsamtes Berlin in Sachen Norbert Schönfeld.

Priestoph
Oberstaatsanwalt

Beglaubigt
Schwedtfeger
Justizangestellte

V.

1) Vorgang zu 1 AR 123/63 (RHH.) nehmen. Rückzettel ausfüllen und ab. Sch

2) Zu schreiben:
<wie Bl. 144 a>
Die Anfrage an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin gerichtete Anfrage ist mir zuständigkeitshalber zur Beantwortung zugeleitet worden. Wie ich bereits mit Schreiben vom 9. Oktober mitgeteilt habe, liegen mir über Norbert Schönfeld keine Erkenntnisse vor.

3) Hierher vorlegen.

30.10.85

Kanzlei
31. OKT. 1985

2) 31.10.85
15 Sekt + 1 Wein
+ ab

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

30. Oktober 1985

21 54

1 AR 123/63 (RSHA)

An das
Entschädigungsamt Berlin
Potsdamer Straße 186

1000 Berlin 30

Betrifft: Entschädigungsverfahren betr. Heinrich K r a u s e ;
hier: Norbert S c h ö n f e l d

Bezug: Schreiben vom 3. Oktober 1985 - I C Reg.Nr. 211 991 -

Die dortige an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin gerichtete Anfrage ist mir zuständigkeitshalber zur Beantwortung zugeleitet worden. Wie ich bereits mit Schreiben vom 9. Okt. 1985 mitgeteilt habe, liegen mir über Norbert Schönfeld keine Erkenntnisse vor.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

152

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE

Aktenzeichen
53 1o1113 W 530 - BKZ 5554
(Bitte bei Rückschriften stets angeben)

Postanschrift:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte · Postfach · 1000 Berlin 88

Hauptverwaltung:
Berlin-Wilmersdorf, Ruhrstraße 2, Telefon (0 30) 8 65-1

Generalstaatsanwalt beim
Kammergericht in Berlin
Am Karlsbad 6-7

1000 Berlin 30

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 13. NOV. 1985
mit ~~Anl.~~ ~~Blatts.~~ ~~Bd. Akten~~

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

☎ Durchwahl-Nr.
(0 30) 8 65- 2 35 66

Datum
08. 11. 85

**Marianne Witte, geb. am 1o.11.13 in Griesheim,
wohnhaft: Cartagena 76 7 D, E-28o28 Madrid**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die o. g. Versicherte war als Kanzleiangestellte von August 1943 beim Reichsicherheitshauptamt und ab diesem Zeitpunkt beim Polizeiattaché des deutschen Generalkonsulats Madrid beschäftigt.

Die Anfrage beim Bundesarchiv verlief nicht sehr erfolgreich. Wir bitten daher um Mitteilung, ob Ihnen evtl. diesbezüglich Unterlagen vorliegen. Ggf. bitten wir um deren Übersendung.

Mit freundlichen Grüßen

V.

Im Auftrag

Scherz

Wiedervorlage mit Telefonverzeichnissen
des RSHA (1942/43)
am 21.11.85

14/11.

bügel.
14. NOV. 1985

Girokonten:
Nr. 1000310300 Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin (BLZ = 100 101 11)
Nr. 433044400 Bank für Handel und Industrie, Berlin (BLZ = 100 800 00)
Nr. 3500151800 Berliner Bank, Berlin (BLZ = 100 200 00)
Nr. 200100600 Berliner Commerzbank, Berlin (BLZ = 100 400 00)
Nr. 770 00-106 Postgiroamt Berlin West (BLZ = 100 100 10)
Nr. 100 01 601 Landeszentralbank in Berlin (BLZ = 100 000 00)
Nr. 017845900 Deutsche Bank Berlin (BLZ = 100 700 00)
Nr. 70000781 BHF-Bank, Berlin (BLZ = 100 202 00)
Nr. 99000465 Berliner Volksbank-West, Berlin (BLZ = 100 900 00)
Nr. 0990007014 Sparkasse der Stadt Berlin-West (BLZ = 100 500 00)
Institutionskennzeichen (IK): 111170019

BUNDESVERSICHERUNGSANSTALT FÜR ANGESTELLTE

A53

2 zeilig

Versicherungsnummer
59 040 7Z 1A 50 2

(Bei Antwort dieses Zeichen u. Personendaten d. Vers. erbeten)

Postanschrift:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte · Postfach · 1000 Berlin 88

Hauptverwaltung: Ruhrstraße 2, Berlin-Wilmersdorf
Telefon (0 30) 8 65-1 Btx * 45065 #

STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM KAMMERGERICHT
BERLIN
AM KARLSBAD 6-7

1000 BERLIN 30

Staatsanwaltschaft b.d. Kammergericht - Berlin
Eing. am 14. NOV. 1985
mit Akt. Blatts. Bd. Akten

Datum unseres Schreibens	☎ Durchwahl-Nr.	Datum
5.8.1985	(0 30) 8 65- 24360	11. Nov. 1985

VERS.: ALICE ANDEN GEB. OTTEN, GESCH. BURKARD
GEB. 4.7.27 IN NEUSS — TAR 123/63 DOKUMENTEN-
SAMMLUNG RSHA —

Erinnerung

Sehr geehrte(r) DAMEN U. HERREN!

Sie haben bisher unser Schreiben nicht beantwortet.

Betreff
LT EIGENEN ANGABEN WAR D. VERS. V. 1.5.42
B. 30.4.45 B. REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT
(BERLIN, WILHELMSTR. 4) ALS ANGEST. TÄTIG, ES
LIEGEN JED. KEINERLEI NACHW. D. RENTENVERSICHER.
VOR, *

Wir sind bemüht, die vorliegenden Anträge und Anfragen in angemessener Frist zu bearbeiten. Dabei sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen und bitten Sie deshalb, unsere Anfrage zu erledigen.

Erhalten wir von Ihnen innerhalb der nächsten 6 Wochen (3 Monate bei Auslandsaufenthalt) keine Nachricht, gehen wir davon aus, daß Sie zur Zeit nicht beabsichtigen, Ihre Angelegenheit weiter zu verfolgen. Wir werden dann den Vorgang nach Aktenlage abschließen.

Sollten Sie zwischenzeitlich bereits geantwortet haben, bitten wir dieses Erinnerungsschreiben als erledigt anzusehen.

* WIR BITTEN UM ÜBERPRÜFUNG, OB SICH NACH DEN BEI IHNEN NOCH VORLIEGENDEN TELEFONVERZEICHN. FESTSTELLUNGEN TREFFEN LASSEN.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag
Schrader

Schrader (

Vorm.
In der RSHA Kartei konnte kein Vorg. (s. oben) ermittelt werden.
14. NOV. 1985

(0945/85-500)
6.1083
68. Aufl. - 5/85 - 200 000 - A (ab 60. Aufl.)

Vfg.

1) Zu schreiben an BfA (Bl. 152): unter Beifügung je 1 Kopie der Abbildung von Bl. 47 und 87 des anliegenden Telefonverzeichnisses.

Betrifft: <wie Bl. 152>

Bezug: Schreiben vom 8.11.1985 - [wie Bl. 152]

Anlagen: 2 Abbildungen in Abschrift

In den hier vorhandenen früheren Telefonverzeichnissen des Reichssicherheitshauptamtes aus den Jahren 1942 (Stand Mai 1942) und 1943 (Stand Juni 1943) ist eine Marianne Hitle als Dolmetscherin im Amt VI, Dezernat A2 aufgeführt. Ob Personenidentität mit der in Ihrem Schreiben aufgeführten Verstorbenen Marianne Hitle besteht, vermag ich allerdings nicht zu beurteilen.

Ich darf jedoch darauf hinweisen, daß die o.g. Verstorbene nach Ihrem Schreiben erst von August 1943 ab als Kanzleiangestellte beim Reichssicherheitshauptamt angestellt und ab diesem Zeitpunkt beim Polizeiattaché des deutschen Generalkonsulats Madrid beschäftigt gewesen sein soll, während die in den Telefonverzeichnissen erwähnte Mariane Hitle bereits im Verzeichnis mit Stand Mai 1942 aufgeführt ist. Im übrigen waren die in den Telefonverzeichnissen aufgeführten Personen im Reich bei den jeweils angegebenen Ämtern und Dezernaten beschäftigt. Zwei Abbildungen aus den Telefonverzeichnissen des RSHA füge ich zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

(z. Begl.)

2) Zu schreiben an BfA (Bl. 153)

Betrifft: <wie Bl. 153>

Bezug: Schreiben vom 11.11.1985 - <wie Bl. 153>

über die Obengenannte liegen mir Mehrere Erkenntnisse vor. Sie ist weder in den hiesigen Karteien als ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes erfaßt noch ist sie in den mir in Ablichtung vorliegenden Telefonverzeichnissen des RSHA aus den Jahren 1942 und 1943 erwähnt.

(2. begl.)

Telefonverzeichnis und Karteikarte trennen.

26/11

4) wieder verlegen.

22.11.85

Kanzlei
22. NOV. 1985

25 Kop. 85 R

1) 1 Schale + 1 Jn + 2 Tel.

2) 1 Schale + 1 Jn

zu 1) abm. Tel.

zu 2) ab

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

22. November 1985

21 54

1542

1 AR 123/63 (RSHA)

Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte
Postfach

1000 Berlin 88

Betrifft: Marianne W i t t e , geb. am 10. November 1913
in Griesheim, wohnhaft: Cartagena 76 7 D,
E-28028 Madrid

Bezug: Schreiben vom 8. November 1985
- 53 101113 W 530 - BKZ 5554 -

Anlagen: 2 Ablichtungen

In den hier in Ablichtung vorhandenen früheren Telefonverzeichnissen des Reichssicherheitshauptamtes aus den Jahren 1942 (Stand Mai 1942) und 1943 (Stand Juni 1943) ist eine Marianne W i t t e als Dolmetscherin im Amt VII Dezernat A 2 aufgeführt. Ob Personenidentität mit der in Ihrem Schreiben angeführten Versicherten Marianne Witte besteht, vermag ich allerdings nicht zu beurteilen.

Ich darf jedoch darauf hinweisen, daß die o.g. Versicherte nach Ihrem Schreiben erst von August 1943 ab als Kanzleiangestellte beim Reichssicherheitshauptamt angestellt und ab diesem Zeitpunkt beim Polizeiattaché des deutschen Generalkonsulats Madrid beschäftigt gewesen sein soll, während die in den Telefonverzeichnissen erwähnte Marianne Witte bereits im Verzeichnis mit Stand Mai 1942 aufgeführt ist. Im übrigen waren die in den Telefonverzeichnissen angeführten Personen grundsätzlich in Berlin bei den jeweils angegebenen Ämtern und Dezernaten beschäftigt.

...

1546

Zwei Ablichtungen aus den Telefonverzeichnissen des RSHA füge ich zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

Durchschrift

22. November 1985

21 54

1 AR 123/63 (RSHA)

Bundesversicherungsanstalt
für Angestellte
Postfach

1000 Berlin 88

Betrifft: Alice I n d e n geb. Otten gesch. Burkard,
geb. am 4. Juli 1921 in Neuss

Bezug: Schreiben vom 11. November 1985
- 59 040721 O(?) 502 -

Über die Obengenannte liegen mir keinerlei Erkenntnisse vor. Sie ist weder in den hiesigen Karteien als ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes erfaßt noch ist sie in den mir in Ablichtung vorliegenden Telefonverzeichnissen des RSHA aus den Jahren 1942 und 1943 erwähnt.

S e v e r i n
Leitender Oberstaatsanwalt

R

Kammergericht

Witzlebenstraße 4-5, Berlin Charlottenburg
Fernruf (Vermittlg.): 32 02-1, Intern (9 67), App. Nr. nebenst.
PschKto der Gerichtszahlstelle des Kammergerichts:
BlnW 175 11-107 (BLZ 100 100 10)

Berlin 19, (Charlbg.), den
Amtsgerichtsplatz 1
Gebäude des Amtsgerichts Charlbg.
Fernruf (Vermittlg.) 3206-1
(Intern) (968) App.:

Datum

Kammergericht, Witzlebenstraße 4-5, 1000 Berlin 19

19 U (Entsch) 3545/80

Geschäftsnummer bitte stets angeben

Fahrverbindungen:
U-Bhf. Sophie-Charlotte-Platz
Bus A 10, 21, 66, 74, 92, 94
(Diese Angaben sind unverbindlich)

Herrn Leitenden Oberstaats-
anwalt Severin
bei der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Am Karlsbad 6

1000 Berlin 30

Sehr geehrter Herr Kollege!

In einem hier anhängigen Entschädigungsrechtsstreit bitte ich Sie um schriftliche gutachtliche Äußerung gem. anl. auszugsweiser Ausfertigung des Beweisbeschlusses des Senats vom 12. Dezember 1985.

Eine Fotokopie des im Beweisbeschluß unter Ziff. III näher bezeichneten Schreibens sowie eines Schriftsatzes des Rechtsanwalts Grosse vom 1.3.1985 sind außerdem beigefügt.

Um Übersendung Ihrer Äußerung in 3-facher Ausfertigung wird gebeten.

3 Anlagen

Mit freundlichen Grüßen
Der Vorsitzende des 19. Zivilsenats
Bloedhorn
(Bloedhorn)

Auszugsweise Ausfertigung

19 U Entsch. 3545/80

156

Beweisbeschluß

in dem Berufungsverfahren Land Berlin ./. Krause
I. und II. pp.

III. Es sollen schriftliche gutachtliche Äußerungen darüber eingeholt werden,

ob die vom Kläger im vorliegenden Entschädigungsrechtsstreit nach dem Bundesentschädigungsgesetz vorgelegte einfache Fotokopie eines angeblichen Schreibens des früheren Reichssicherheitshauptamtes vom 20. Juli 1942 von einem echten Schreiben stammen kann,
gegebenenfalls: mit welchem Grad der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit? Welche Stelle könnte dazu sonst noch etwas sagen?

von

1. dem Oberstaatsanwalt Hölzner,
   bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin,
   Berlin 21, Turmstraße 91;
2. dem Leitenden Oberstaatsanwalt Severin,
   bei der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht,
   Berlin 30, Am Karlsbad 6.

IV. pp.

Berlin, den 12. Dezember 1985
Kammergericht, 19. Zivilsenat

Bloedhorn Dr. Latté

Ausgefertigt
Koch
Justizangestellte

KAMMERGERICHT BERLIN

Reichssicherheitshauptamt
A VI-F Nr. 1524/42 Kr./L

Berlin, den 20. Juli 1942

157

streng vertraulich !

3

An die
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Litzmannstadt

Litzmannstadt
Gardestr. 5 - 7

z. Hd. Kommissar Fuchs

Betrifft: Meldung bestimmter Ghettobewohner
-Laut heutigen fernmündlichen Gespräch -

Wie Ihnen der Unterzeichner bereits telefonisch erklärte, ist mit einer Angabe und zwar der Jude Chaim Krause, 28.12.14, Ghetto Litzmannstadt, wäre der einzige nach Ihrer Meinung - nicht ausreichend.
Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, dass ich Erfolge sehen will.
Diese Massnahme ist von mir widerruflich und erfolgt im Einvernehmen mit dem Reichsführer-SS.

In Vertretung:
ges. Krüger

D II

beglaubigt:
Kanzleiangestellte.

OTTO GROSSE
RECHTSANWALT UND NOTAR

1000 BERLIN 30
Bayerischer Platz 5
Telefon: (030) 24 90 67

Gemeinsame Briefannahme -4-3.85- 10-12 Justizbehörden Charlottenburg

RA Otto Grosse, Bayerischer Platz 5, 1000 Berlin 30

Kammergericht
Amtsgerichtsplatz 1

1000 Berlin 19

KAMMERGERICHT Briefannahme -4.-3.85 8-12 BERLIN

den 1. März 1985 G/st

In Sachen
Land Berlin ./. Krause
- 19 U Entsch 3545/80 -

wird auf die Rückfrage des Gerichts vom 18.02.1985 wie folgt vorgetragen:

I.

Der Zeuge Krüger sollte vor dem Senat zu der Frage gehört werden, ob die Kopie des Schreibens vom 20. Juli 1942 von ihm bzw. von einem echten Schreiben stammt. Nach den zwischenzeitlich eingereichten Attesten des Zeugen bestehen Zweifel, ob jetzt und heute bei dem über achtzigjährigen Zeugen nicht markante Erinnerungsschwächen bestehen, die bei seiner Vernehmung im September 1984 sich noch nicht gezeigt hatten.

Nach dem Schreiben des Zeugen vom 14. September 1984 zu Ziffer 2 muß das zu überprüfende Schreiben vom 20. Juli 1942 von seiner vorgesetzten Dienststelle stammen. Der Zeuge hatte 1942 seinen Dienstsitz in

der Delbrückstraße 6a (Abkürzung:De), seine vorgesetzte Dienststelle Amt VI (Chef der Sicherheitspolizei und des SD) saß in Berlin-Schmargendorf, Berkaer Straße 32-35 (Abkürzung: Be). Ich überreiche in der Anlage Kopie vom SS-Telefonverzeichnis vom Mai 1942 und verweise auf die Gelbstellen. Dort ist der Zeuge Bernhard Krüger, damals noch Hauptsturmführer, unter der Abkürzung De (Delbrückstraße) mit der Zentrale Be (Berkaer Straße) unter der Telefonnummer 318 ausgewiesen (De = Delbrückstraße 6a).

Ich verweise ferner darauf, daß gleich zwei verschiedene Hauptscharführer (also wesentlich untergeordnete Dienstgrade!) namens Werner Krüger in der vorgesetzten Dienststelle Berkaer Straße unter den Telefonnummern 250 bzw. 40 tätig waren.

Hier schließt sich die Behauptung des gehörten Zeugen Bernhard Krüger. Das Schreiben ist nur mit "Krüger" gezeichnet und muß nach dem gehörten Zeugen Bernhard Krüger aus seiner vorgesetzten Dienststelle (Be = Berkaer Straße) stammen.

Ich stelle anheim, zu den vorstehenden Ausführungen als Sachverständigen

Herrn Norbert Schönfeld,
zu laden in der Akademie für
die Wissenschaft des Judentums
Postfach 311406, 1000 Berlin 31,

zu hören.

II.

Für die Frage, ob die Durchschrift des Schreibens vom 20. Juli 1942 von einem echten Originalschreiben stammt, wurden auch andere Überprüfungen vorgenommen. Der Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht Berlin hat im Jahre 1963 eine besondere Arbeitsgruppe RSHA gebildet. Am 7.11.1978 hat der Sachverständige Schönfeld bei Herrn

92/160

Staatsanwalt Hölzner (damals Lewishamstraße 1) das Schreiben überprüfen lassen. Herr Staatsanwalt Hölzner bestätigte, daß kein Zweifel an der Echtheit bestehe und der Sachverständige Schönfeld dieses Schreiben zu Dokumentationszwecken verwenden kann.

Beweis: Zeugnis des Herrn Oberstaatsanwalts Hölzner, heutige Dienststelle Turmstraße

Erneut hat der Sachverständige Schönfeld die Frage der Echtheit überprüfen lassen. Am 18.02.1985 wurde das Dokument von dem Herrn Leitenden Oberstaatsanwalt Severin überprüft, der ebenfalls zum gleichen Ergebnis kam, daß diese Durchschrift von einem echten Original - schreiben stammt und von der Roten Armee im Jahre 1945 beim SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt in Sachsenhausen gefunden worden sein muß.

Beweis: Zeugnis des Herrn Leitenden Oberstaatsanwaltes Severin, Am Karlsbad 6-7, 1000 Berlin 30

III.

Sollte das Gericht an der nunmehr auch durch das vorgelegte Telefonverzeichnis erhärteten Aussage des Zeugen Bernhard Krüger noch Zweifel haben, so sollten die Sachverständigen Schönfeld, Hölzner und Severin zu dem Beweisthema gehört werden.

Beglaubigte und einfache Abschrift anbei.

Rechtsanwalt

1 AR 123/63

161

Vfg.

1) Urschriftlich
mit Anlagen

Herrn Chef

vorgelegt.

+ (am 22.1.86) ab 22.1.86 Lü

Durch Beweisbeschluß des 19. Zivilsenats des Kammergerichts vom 12. Dezember 1985 soll von mir eine schriftliche gutachtliche Äußerung darüber eingeholt werden, ob die vom Kläger in dem Entschädigungsrechtsstreit vorgelegte einfache Fotokopie eines angeblichen Schreibens des früheren Reichssicherheitshauptamtes vom 20. Juli 1942 von einem echten Schreiben stammen kann,

gegebenenfalls: mit welchem Grad der Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit? Welche Stelle könnte dazu sonst noch etwas sagen?

Da mir eine Beantwortung des Beweisthemas nicht aus eigenem Wissen, sondern nur aufgrund dienstlich erworbener Erkenntnisse und der hier lagernden Akten betr. des ehem. RSHA möglich ist, bitte ich, mir eine Genehmigung zur Abgabe einer schriftlichen Äußerung im Sinne des Beweisthemas zu erteilen.

Berlin 30, den 21. Januar 1986
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Severin

(Severin)
Leitender Oberstaatsanwalt

1) Genehmigung zur Abgabe einer schriftlichen Äußerung im Sinne des Beweisthemas wird erteilt.

2) Herrn LOSta Severin z. w. V.

22.1.86
Lü

2) Wiedervorlage.

R

Horst Severin
Leitender Oberstaatsanwalt
bei der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Berlin 30, den 6. Februar 1986

162

An den
19. Zivilsenat
des Kammergerichts

In dem Entschädigungsrechtsstreit nach dem Bundesentschädigungsgesetz;

hier: Berufungsverfahren Land Berlin ./. Krause
- 19 U (Entsch) 3545/80 -

äußere ich mich in Erledigung des Beweisbeschlusses des 19. Zivilsenats des Kammergerichts vom 12. Dezember 1985 wie folgt:

Eine eindeutige oder auch nur mit einem gewissen Wahrscheinlichkeitsgrad versehene gutachtliche Äußerung darüber, ob die in dem Entschädigungsrechtsstreit vorgelegte einfache Fotokopie eines angeblichen Schreibens des früheren Reichssicherheitshauptamtes vom 20. Juli 1942 mit dem Aktenzeichen A VI - F Nr. 1524/42 Kr./L. von einem echten Schreiben stammen kann, vermag ich weder aufgrund meiner dienstlich erlangten Erkenntnisse noch aufgrund der hier in Ablichtung teilweise erfaßten Dokumentenbestände abzugeben, zumal eine vergleichbare Fotokopie hier zumindest nicht auffindbar ist.

Ich sehe mich daher nur in der Lage, Ausführungen allgemeiner Art zu machen.

...

163

In den bei der Behörde des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht seinerzeit geführten Ermittlungs- und Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes wegen Verdachts des Mordes sind zwar - soweit an Hand der aufgefundenen Unterlagen möglich - alle Angehörigen des RSHA namentlich erfaßt worden. Die Ermittlungen selbst richteten sich jedoch nur gegen solche Personen, die aufgrund ihrer maßgeblichen Stellung im RSHA im Verdacht standen, an Tötungs-(Mord-)Anordnungen beteiligt gewesen zu sein. Nur in diesem Umfang wurden - jedenfalls von dieser Behörde - Ermittlungen geführt und nach entsprechenden Dokumenten in den einzelnen Archiven der Bundesrepublik Deutschland einschließlich von Berlin (West) und im Ausland gesucht.

Da das Amt VI des RSHA (die in Rede stehende Fotokopie weist nach dem Aktenzeichen eine Gruppe des Amtes VI als Absender aus) den Auslandsnachrichtendienst betraf, wurden gegen die Angehörigen dieses Amtes mangels konkreter Anhaltspunkte für Tötungsanordnungen grundsätzlich keine Ermittlungen geführt. Dementsprechend wurden auch keine besonderen Nachforschungen zum Auffinden von Dokumenten dieses Amtes angestellt. Dies schließt allerdings nicht aus, daß auch dieses Amt betreffende Dokumente (Anordnungen, Schreiben, Verfügungen u.ä.) teilweise miterfaßt wurden. Hierbei dürfte es sich jedoch überwiegend um Zufallsfunde gehandelt haben.

Bei der unübersehbaren Menge der insgesamt aufgefundenen Unterlagen, die sich im übrigen hier nur in Ablichtung befinden, läßt sich nicht feststellen, welche im einzelnen erfaßt wurden, zumal sie nur anfangs registriert und zum späteren Zeitpunkt zu den einzelnen hier geführten Verfahren genommen wurden. Ob sich eine Originalablichtung, die mit der in Rede stehenden Fotokopie womöglich identisch ist, bei den hiesigen Unterlagen befindet, kann daher nicht festgestellt werden. Die Wahrscheinlichkeit ist jedoch

...

164

gering, da sich die hiesigen Ermittlungen - wie bereits oben erwähnt - grundsätzlich nicht gegen Angehörige des Amtes VI des RSHA richteten. Auch eine insoweit gehaltene Nachfrage bei einigen Kollegen, die früher mit der Erfassung und Registrierung von Unterlagen oder mit der Führung der Verfahren befaßt waren, ist ebenso ergebnislos verlaufen wie die Durchsicht verschiedener Dokumentenordner.

Was nun die im Entschädigungsrechtsstreit zu beurteilende Fotokopie anbelangt, sehe ich mich auch nur in der Lage, aufgrund meiner dienstlich erworbenen Erkenntnisse allgemeine Ausführungen zu den Formalien der Schreiben des RSHA und zu dem "Unterzeichner des Schriftstücks" zu machen.

In der Regel sind Schreiben, die aus dem Bereich des Reichssicherheitshauptamtes an Staatspolizeileitstellen oder sonstige Behörden herausgegangen sind, mit einem gedruckten Kopf "Reichssicherheitshauptamt" versehen gewesen.
Andererseits sind jedoch - wenn auch vereinzelt - Dokumente aufgefunden worden, die nur einen mit Schreibmaschine geschriebenen Kopf (wie in der Fotokopie) auswiesen.
Bei der in Rede stehenden Kopie ist unten links "D II" angegeben, was darauf hindeuten könnte, daß das Schreiben (womöglich als Abschrift) intern einer anderen Stelle mitgeteilt werden sollte. Allerdings gab es ein Referat "D II" im RSHA nicht. Vielmehr wurde den Gruppen und Referaten stets das jeweilige Amt vorangesetzt. Für den Bereich des RSHA hätte es daher nicht "D II", sondern "II D" (Sachgebiet nach dem GV-Plan: "Technische Angelegenheiten") heißen müssen.

Was das auf der Fotokopie enthaltene Aktenzeichen betrifft, bemerke ich, daß mir der vorangesetzte Buchstabe A nicht geläufig und auch nicht erklärbar ist. Grundsätzlich jedenfalls bestanden die Aktenzeichen nur aus der vorangesetzten

...

165

Amts-, Gruppen- und Referatsbezeichnung wie z.B. II D 3, IV C 2, VI E 6, IV B 4, VI F (jeweils ohne Bindestrich). Außerdem enthielten die Aktenzeichen grundsätzlich auch kein Diktatzeichen.
Die Bezeichnung VI-F im Aktenzeichen (allerdings ohne Bindestrich) weist die Gruppe F im Amt VI des RSHA aus, die nach den Geschäftsverteilungsplänen des RSHA vom 1. März 1941 und 1. Oktober 1943 für "Technische Hilfsmittel für den Auslandsnachrichtendienst im Ausland" zuständig war.

Was den Inhalt des in Fotokopie vorliegenden Schreibens anbelangt, so erscheint mir der Text verstümmelt.

Soweit als Unterzeichner des Schreibens "Krüger" aufgeführt ist, ist folgendes zu bemerken:

Ausweislich der Fernsprechverzeichnisse des RSHA mit Stand Mai 1942 und Juni 1943 ist unter der Dienststelle VI F nur ein Bernhard Krüger mit den Dienstgraden (Mai 1942) SS-Hauptsturmführer und (Juni 1943) SS-Sturmbannführer angegeben. Zwar waren nach dem Telefonverzeichnis des RSHA (Stand Mai 1942) noch drei weitere männliche Personen mit Namen "Krüger", und zwar Dr. Fritz Krüger und zwei Werner Krüger, im Amt VI tätig. Diese waren jedoch in den Gruppen bzw. Referaten VI D, VI V Vorz. und VI B 4 und nicht in VI F eingesetzt. Als Unterzeichner des Schreibens könnte daher für den Fall einer Echtheit des Schreibens nur der vorgenannte Bernhard Krüger in Frage kommen, für den hier seinerzeit ein Personalheft angelegt worden ist. Ausweislich eines Vermerks des damals zuständigen Dezernenten der hiesigen Behörde liegen über ihn folgende Erkenntnisse vor:

> "In den Tel.-Verzeichnissen des RSHA v. Mai 1942 und Juni 1943 ist als Dienststelle des Krügers jeweils die Gruppe VI F genannt, deren Sachgebiet nach dem GVPl des RSHA v. 1.3.41 und 1.10.43 "Technische Hilfsmittel für den Auslandsnachrichtendienst im Ausland" war.

...

1166

Nach den DC-Unterlagen wurde er ab 1.9.43 mit der komm. Führung des Ref. VI F 4 beauftragt und war (nach Reitlinger) Leiter des Ref. VI F 4 a und damit Leiter der Münzfälschungsaktion in Sachsenhausen (Unternehmen "Bernhard")."

Nach einem Schreiben des RSHA vom 18. November 1942 - I A Sa Az.: 1314 - wurde Bernhard Krüger mit Wirkung vom 9. November 1942 zum SS-Sturmbannführer befördert. Darüber hinaus befindet sich in dem hier über Bernhard Krüger angelegten Personalheft 1 AR (RSHA) 435/64 (Pk 144) eine Vernehmungsniederschrift, die in anderer Sache von der Sonderkommission Zentrale Stelle in Ludwigsburg am 29. Juni 1964 aufgenommen wurde und in der sich Bernhard Krüger zu seiner Tätigkeit im RSHA u.a. wie folgt eingelassen hat:

"Gegen Ende des Jahres 1940 fand in der Abt. F ein Wechsel der Gruppenführung statt. Der damalige Gruppenchef Naujocks, welcher mir auf Grund meiner sächsischen Abstammung nicht sehr gewogen war, wurde von dem neuen Gruppenchef Rauff abgelöst.
Rauff teilte mir innerhalb des Amtes VI, Abt. F, das Referat 4 als Referatsleiter zu. Das Referat 4 lief unter der Bezeichnung "Nachrichtendienstlicher Einsatz von Paß- und Personalpapieren".
Beim Referat 4 wurden für die Angehörigen unseres Auslandsnachrichtendienstes (Agenten) Pässe und Visa hergestellt.
Im Jahre 1942 wurde ich zu einer Besprechung mit SS-Brigadeführer Schellenberg, Leiter des Amtes VI, befohlen. Von Schellenberg wurde mir eröffnet, daß ich im Auftrag des Reichsführers im KZ-Sachsenhausen eine Geldfälscher-Werkstätte aufzubauen hätte.

...

167

Ich begann dann sofort mit der Einrichtung dieser Werkstätte und konnte Anfang 1943 mit der Produktion von Falschgeld (engl. Pfundnoten) beginnen."

Nach den hier in Ablichtung vorliegenden Geschäftsverteilungsplänen des RSHA mit Stand

01.03.1941 war Amtschef VI der SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei JOST

Gruppenleiter VI F der SS-Obersturmbannführer RAUFF

01.01.1942 war Amtschef VI z.Zt. unbesetzt

Vertreter: SS-Obersturmbannführer Regierungsrat SCHELLENBERG

Gruppenleiter VI F nicht aufgeführt

01.10.1943 war Amtschef VI der SS-Oberführer Oberregierungsrat SCHELLENBERG

Gruppenleiter VI F der SS-Sturmbannführer DÖRNER

Ausweislich der Fernsprechverzeichnisse des RSHA war die Geschäftsstelle des Amtes VI in der Berkaerstraße 32/35 untergebracht. Auch für die Zentrale ist in den Verzeichnissen "Be", mithin ebenfalls die Berkaerstraße 32/35 angegeben, während als Dienstgebäude des Bernhard Krüger nach dem Verzeichnis (Stand Mai 1942) "De 6 a" (Delbrückstraße 6 a) angeführt ist. Für den damaligen Gruppenleiter VI F, SS-Obersturmbannführer Walther RAUFF, ist als Dienstgebäude gleichfalls "De" (Delbrückstraße) angegeben. Nach dem Fernsprechverzeichnis (Stand Mai 1942) sowie den Geschäftsverteilungsplänen des RSHA (Stand 1. März 1941 und 1. Januar 1942) war RAUFF aber auch zugleich Gruppenleiter in II D (nicht D II - vgl. oben) mit Dienstsitz und Zentrale in PA 8 (Prinz-Albrecht-Str. 8).

...

168

Soweit bei der in Rede stehenden Fotokopie das Schreiben von Krüger "in Vertretung" gezeichnet worden ist, dürfte dies grundsätzlich nicht der Zeichnungsbefugnis entsprochen haben.

Hinsichtlich der von den Dienststellen des RSHA zu beachtenden "Form der Verfügungs- und Erlaßentwürfe" ist u.a. in einem von dem damaligen Amtschef I, STRECKENBACH, herrührenden Erlaß vom 1. Juli 1940 - I HB Nr. 457/40 - geregelt worden, daß für das RSHA die Amtschefs "I.V." und die Gruppenleiter, Referenten und sonstigen Unterschriftsberechtigten "I.A." zu zeichnen hatten. Zwar dürfte es sich nach dem Inhalt des Schreibens nicht um einen Verfügungs- oder Erlaßentwurf, sondern um ein sich auf ein persönliches Ferngespräch beziehendes Schreiben handeln.
Gleichwohl ist aber nach den mir vorliegenden Erkenntnissen auch bei anderen Schreiben stets entsprechend dem oben genannten Erlaß verfahren worden. Ob es hierfür noch besondere Richtlinien gab, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich möchte jedoch davon ausgehen, daß Krüger - jedenfalls grundsätzlich - nicht berechtigt war, mit "I.V." zu zeichnen. Andererseits vermag ich jedoch nicht zu beurteilen, ob "Krüger" - im Fall einer Echtheit des Schreibens - unter Umständen eigenmächtig "I.V." gezeichnet hat oder womöglich aufgrund eines Sonderauftrages (der Aufbau einer Geldfälscher-Werkstätte im KZ-Sachsenhausen dürfte allerdings zeitlich später liegen) hierzu ermächtigt war.

Nach alledem sind bei dem Schreiben die vorstehend angeführten Besonderheiten festzustellen, die sich mit meinen dienstlich erworbenen Erkenntnissen nicht decken und Zweifel an der Echtheit aufkommen lassen. Dennoch vermag ich aber nicht mit Sicherheit oder einem bestimmten Wahrscheinlichkeitsgrad auszuschließen, daß das der Fotokopie zugrundeliegende Schreiben aus dem Bereich des ehem. Reichssicherheitshauptamtes stammt.

...

168

Sofern es für erforderlich gehalten werden sollte, eine weitere Auskunft oder gutachtliche Äußerung einzuholen, würde ich empfehlen, sich an das Bundesarchiv in Koblenz zu wenden, das meines Wissens über den größten Bestand aller erfaßten NS-Dokumente verfügt und auch wissenschaftlich tätig ist. Auch die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, die gleichfalls einen erheblichen Bestand an NS-Dokumenten erfaßt hat und über weitreichende Erkenntnisse verfügt, dürfte hierfür in Frage kommen.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Ausführungen in dem Schriftsatz des Rechtsanwalts GROSSE vom 1. März 1985, wonach der Sachverständige SCHÖNFELD die Frage der Echtheit erneut habe überprüfen lassen und ich am 18. Februar 1985 zu dem Ergebnis gekommen sei, daß die Durchschrift von einem echten Originalschreiben stamme, inhaltlich nicht zutreffend sind.
Zwar hat am 18. Februar 1985 zwischen Herrn SCHÖNFELD und mir ein Gespräch stattgefunden. Hierüber ist von mir folgender Aktenvermerk gefertigt worden:

> "Vermerk:
> Heute suchte mich Herr Schönfeld (vgl. Visitenkarte) auf. Mit ihm wurden die Geschäftsverteilungspläne und Telefonverzeichnisse des RSHA durchgesprochen.
> Herr Schönfeld ist mit einer wissenschaftlichen Arbeit befaßt. Verfahrensakten wurden ihm nicht vorgelegt."

Hiernach kann sich die damalige Unterredung aber nur auf allgemeine Fragen über Angehörige des RSHA und ihre Tätigkeit in bestimmten Referaten des RSHA bezogen haben. Sofern mir überhaupt bei diesem Gespräch die in Rede stehende Ablichtung vorgelegt worden sein sollte, woran ich mich nicht

...

179

mehr zu erinnern vermag, kann dies u.a. nur die Frage zum Gegenstand gehabt haben, ob ein "Krüger" seinerzeit in der Gruppe VI F des RSHA tätig gewesen ist. Ich möchte jedoch ausschließen, daß ich mich zur Frage einer Echtheit der Urkunde mangels konkreter Anhaltspunkte zustimmend geäußert habe.

A. Scherer

R

1 AR 123/63 (RSHA)

Vfg.

1) Zu schreiben - unter Beifügung der Erst- bis Drittschrift der anliegenden Äußerung vom 6. Febr. 1986 -:

Verschlossen

Herrn Vorsitzenden
des 19. Zivilsenats
des Kammergerichts

Betrifft: Entschädigungsrechtsstreit;
hier: Berufungsverfahren Land Berlin ./. Krause
- 19 U (Entsch) 3545/80 -

Anlagen: 3 Schriftstücke

Sehr geehrter Herr Kollege,

als Anlage lege ich in dreifacher Ausfertigung meine schriftliche gutachtliche Äußerung zu dem Beweisbeschluß des Senats vom 12. Dezember 1985 vor.

Da sich das Beweisthema auf meine dienstlich erlangten Erkenntnisse bezieht, habe ich vorsorglich eine Genehmigung des Behördenleiters zur Abgabe der Äußerung eingeholt.

Sofern noch Fragen offen sein sollten oder Ablichtungen von Unterlagen des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes benötigt werden, bitte ich, sich dieserhalb mit meiner Dienstbehörde in Verbindung zu setzen, da ich in Kürze in den Ruhestand treten werde und mir deshalb eine weitere dienstliche Tätigkeit versagt ist.

Mit freundlichen Grüßen

(z.U.)

b.w.

2) Unterlagen des RSHA wieder trennen und unten ablegen.

3) Diese Vfg. kommt mit der Viertschrift der Äußerung und sonstigen Anlagen z.d.A.

~~4)~~

Berlin 30, den 6. Februar 1986

(Severin), LOStA

Verschlossen abgesandt -6. FEB. 1986

R

gef. zu 1)
1 Schrb.
6.Febr.1986

bildarchiv preussischer kulturbesitz

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, 1 Berlin 61, Postfach 61 03 17

Der Leitende Oberstaatsanwalt
Herrn Oberstaatsanwalt
Severin
Kammergericht
Am Karlsbad 6-7
1000 Berlin 30

13. FEB. 1986

1 PK 123/63 (KStA)

Postfach 61 03 17
Hallesches Ufer 76
1000 Berlin 61
Telefon: 030/266 24 25/28
Telegramm: Staatsbild Berlin
Telex: 018 31 60 staab d

Ihr Schreiben vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Datum
		k/l	10.2.86

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt,

wie ich von Frau Dr. Sybil Milton, der Mitarbeiterin am Holocaust Council Washington erfuhr, befindet sich bei Ihnen eine Anzahl von Fotografien in Mappen, die u.a. auch den Zeugen zum Bovensiepen-Prozeß zur Identifizierung von SS-und Gestapo-Angehörigen vorgelegt wurden.

Die Aktenzeichen sind, wie mir mitgeteilt wurde, folgende:

1 Js 9/65
1 Js 1/65 = 1 Ks 1/71
1 Ks 1/70
3 P(K) Js 10/71
1 Js 1/69

Wir würden großen Wert darauf legen, von allen Fotos Repronegative zu erhalten im Format 6x9 oder 9x12.

Selbstverständlich würden wir die Fotokosten übernehmen.

Es wäre auch denkbar, daß Sie uns die Bildmappen oder Akten mit den entsprechenden Fotos leihweise überlassen, damit wir in unserem Fotolabor die Reproduktionen anfertigen können.

173

Wir benötigen diese Reproduktionen für die Ergänzung unserer Ausstellung "Jews in Germany", die zur Zeit in den USA in der 10. Stadt läuft und weiterhin nach Boston, Philadelphia und New York gebracht werden soll.

Die bei Ihnen vorhandenen Fotodokumente stellen eine dringend erforderliche Ergänzung unserer wissenschaftlichen Aufbereitung dar, auf die wir von Seiten der USA aufmerksam gemacht wurden.

Da wir bereits von der Leitenden Oberstaatsanwaltschaft in Düsseldorf in einem ähnlichen Fall ein Fotoalbum vorübergehend ausgeliehen erhielten, ist uns bekannt, daß Akteneinsicht für wissenschaftliche Vorhaben gewährt wird, wenn die Bedeutung gerechtfertigt ist, der Verwaltungsaufwand vertretbar, und die Gewähr besteht, daß ein Mißbrauch der erlangten Erkenntnisse nicht zu befürchten ist. Diese Vorschrift, die auch für die Überlassung von Ablichtungen oder für die Herstellung von Reproduktionen verbindlich ist, ist uns bekannt und wird von uns selbstverständlich beachtet.

Für eine baldige Antwort und einen Bescheid, wann wir vielleicht diese Akten zur Einsicht erhalten dürften wäre ich Ihnen sehr dankbar und verbleibe
mit freundlichen Grüßen

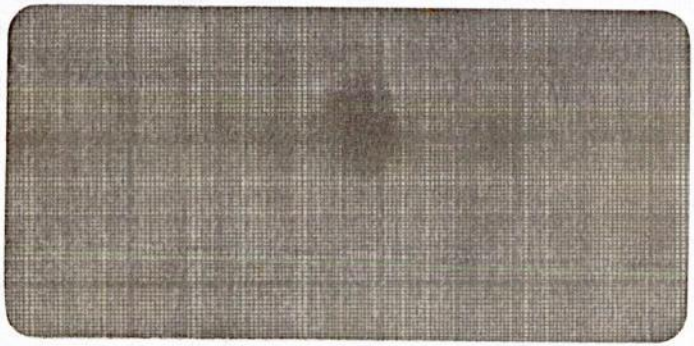
Dr. Roland Klemig

STAATSBIBLIOTHEK

SB PK PREUSSISCHER KULTURBESITZ

BERLIN 30
12.2.86
1

BUNDESPOST BERLIN
•050



Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 13. FEB. 1986
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

1 BR 123/63 (RSHA)

174

Eilt!

Hr. H.

1) Vermerk: Soweit in dem anliegenden Schreiben vom 10.2.1986 die Aktenzeichen 1 Js 9/65 und 3 P(K) Js 10/71 aufgeführt sind, dürfte es sich um Aktenvorgänge handeln, die bei der StA/LG registriert sind.

2) Herrn Gerd H. Verw. RSHA
mit der Bitte um Nachforschung nach den angeblich hier vorhandenen Bildmappen bezgl. der aufgeführten Aktenzeichen. (auch bezgl. Ziff. 1).

3) Wiedervorlage mit Bildmappen, sowie hier vorhanden.

gez. S 18.2.1986

1 AR 123/63 (RSHA)

175

Vfg.

1) Vermerk:

Die Akten betreffend B o v e n s i e p e n (1 Js 9/65 = 3 P (K) Ks 1/71) befinden sich nicht hier, sondern bei der StA/LG. Ebenfalls dürften die Vorgänge 3 P (K) Js 10/71 bei der StA/LG abgelegt sein. Soweit sich das Schreiben des "Bildarchivs Preussischer Kulturbesitz" sich auf diese beiden Verfahren bezieht, sollte daher eine Ablichtung des Schreibens der StA/LG zur weiteren Veranlassung zugeleitet werden.

Meine Sichtung der RSHA-Bestände zusammen mit den beiden Geschäftsstellenverwaltern, JHS Maly und JHS Hoffmann, ergab, daß nur eine Lichtbildmappe für das Verfahren 1 Js 1/65 = 1 Ks 1/71 aufgefunden werden konnte. Daneben wurden jedoch noch verschiedene Lichtbilder (RSHA-Angehörige, Erschießungsaktionen, Gräber usw.) vorgefunden, die offensichtlich in nicht im Schreiben aufgeführten Verfahren erfaßt worden sind. Da sich aus dem anliegenden Schreiben nicht einwandfrei entnehmen läßt, auf welche Fotografien das "Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz" besonderen Wert legt, sollte ein dortiger Mitarbeiter zur Einsichtnahme im hiesigen Dienstgebäude aufgefordert werden. Eine solche Einsichtnahme (wie auch die Verleihung zwecks Reproduktion) würde jedoch einer Akteneinsichtnahme gleichkommen, so daß hierfür eine Genehmigung erforderlich ist.

Gemäß Nr. 185 a Abs. 3 RiStBV entscheidet über eine Akteneinsicht für wissenschaftliche Vorhaben der Behördenleiter. Da die Fotodokumente einer erforderlichen Ergänzung der wissenschaftlichen Aufbereitung der Ausstellung "Jews in Germany" dienen sollen, bestehen m.E. gegen eine Gewährung keine Bedenken. Allerdings sollte die Reproduktion der Bilder (nach erfolgter Auswahl) dem "Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz" überlassen bleiben.

Zwecks Einsichtnahme in die hier vorhandenen Lichtbilder erscheint eine persönliche Verbindungsaufnahme (Telefonat) mit Herrn Dr. K l e m i g zweckmäßig.

...

1/6

1/ Genehmigt
Herrn AL IV z. w. V.
2/ 18.2.86

2) Herrn Chef

mit der Bitte um Kenntnisnahme von obigem Vermerk zu Ziff. 1) und zur Genehmigung nach Nr. 185 a Abs. 3 RiStBV vorgelegt.

3) Von anliegendem Schreiben des "Bildarchivs Preussischer Kulturbesitz" vom 10. Februar 1986 ist eine Ablichtung herzustellen und dem Schreiben zu Ziff. 4) beizufügen.

4) Zu schreiben - unter Beifügung der Ablichtung zu Ziff. 3) -:

...

177

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin

Betrifft: Dortige Verfahren gegen B o v e n s i e p e n u.a.
- 1 Js 9/65 = 3 P (K) Ks 1/71 (Stapoleit.Berlin) und
3 P (K) Js 10/71 -

Anlage: 1 Ablichtung

Als Anlage übersende ich Ablichtung eines Schreibens des "Bildarchivs Preussischer Kulturbesitz" vom 10. Februar 1986 mit der Bitte um weitere Veranlassung in dortiger Zuständigkeit. Die Vorgänge gegen frühere Angehörige der Stapoleitstelle Berlin (Bovensiepen u.a.) 3 P (K) Ks 1/71 und 3 P (K) Js 10/71 werden dort verwahrt.

5) Wiedervorlage (Telefonat mit Dr. Klemig).

Berlin 30, den 17. Februar 1986

Severin

(Severin), LOStA

Kanzlei 18. Feb. 1986

Frist: 1 Monat (Rückfrage des Bildbandes?)

3) Abl. 4) Schreib: R

zu 4) abm. Sul.

R

26/2 1/4

178

Bestätigung

Hiermit bestätige ich, folgende Unterlagen von der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht zum Zwecke von Reproduktionen ausgehändigt erhalten zu haben:

Bildmappe 1 Js 1/65
Polen Lichtbilder I
" " II
" Durchwitz museum

3 Lichtbildmappen (Schnellhefter) 1 Ks 1/69
1 Lichtbildmappe 1 Js 1/67 (Stl. Bln.)

Das erhaltene Bildmaterial werde ich baldmöglichst der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht wieder zurückreichen.

Berlin, den 26. Februar 1986

PROF. HENRY FRIEDLANDER
212 WOODSIDE AVENUE
RIDGEWOOD, NEW JERSEY 07450

179

V.

Lüs 18.2.86

1) Herrn Chef mit der Bitte um Kenn.

2) zum Vorgang 1 AR 123/63 (RSHA)

den 5. Februar 1986

Herrn Oberstaatsanwalt Horst Severin
Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht
Am Karlsbad 6-7
D-1000 Berlin 30

17/2.86

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Severin,

Ich erlaube mir, Ihnen eine Kopie von zwei meiner Aufsätze, die Sie vielleicht interessieren und die jetzt hier erschienen sind, zu übersenden. Der erste mit einer Kollegin verfasste Aufsatz befasst sich mit den jetzigen amerikanischen Verfahren zur Ausbürgerung und Abschiebung von hier lebenden NS-Tätern, und untersucht insbesonders den Prozess gegen Fedorenko der zur Revision zum Supreme Court aufstieg. Der andere ist ein populärer Aufsatz über die Nachkriegsprozesse der in der weit verbreiteten Zeitschrift der Anti-Defamation League herauskam.

Mit freundlichen Grüssen,

H Friedlander

Henry Friedlander

Simon Wiesenthal Center Annual

Volume 2

Kraus International Publications
A Division of Kraus-Thomson Organization Limited
White Plains, New York

Copyright © 1985 by The Simon Wiesenthal Center

All rights reserved.
No part of this work covered by the copyright hereon may be reproduced or used in any form or by any means—graphic, electronic, or mechanical, including photocopying, recording, or taping, or information storage and retrieval systems—without written permission of the publisher.

The paper used in this publication meets the minimum requirements of American National Standard for Information Sciences—Permanence of Papers for Printed Library Materials, ANSI Z39.48–1984.
The book is Smyth sewn and casebound in F-grade Library Buckram, which contains no synthetic fibers.

Published by Kraus International Publications
One Water Street
White Plains, New York 10601

Figure 1, pp. 104–105, courtesy of Henry Marx collection and Kurt Weill Foundation of Music, New York; Figure 1, p. 155, and Figure 2, p. 157, courtesy of Leo Baeck Institute, New York.

Responsibility for the opinions expressed in this publication is solely that of the authors.

An annual publication of the Simon Wiesenthal Center
9760 West Pico Boulevard
Los Angeles, California 90035

ISSN 0741-8450

Manufactured in the United States of America
First printing 1985

181

Nazi Criminals in the United States: *The Fedorenko Case*

Henry Friedlander and
Earlean M. McCarrick

Since World War II, the United States has been morally committed to trying Nazi war criminals. In 1943, President Roosevelt joined Churchill and Stalin to issue the Moscow Declaration; in it the Allied leaders pledged to bring to justice the "Hitlerite Huns" for their "atrocities, massacres and cold-blooded mass executions." Retaining the right to try the major Axis leaders, they promised to extradite all other war criminals.[1] In 1945, the United States, represented by Associate Justice Robert H. Jackson as Chief of Counsel,[2] joined France, Great Britain, and the Soviet Union in the London Agreement: "acting in the interests of all the United Nations," the Signatories established the International Military Tribunal (IMT) "for the trial of war criminals whose offenses have no particular geographic location."[3] The list of offenses included crimes against peace, war crimes, and crimes against humanity.[4] In addition to the trial of these major war criminals before the IMT, the Allies reaffirmed their intentions to try or extradite all other Nazi criminals.[5]

In 1945, the Allied Control Council for Germany issued Law No. 10 to regulate the trials of Nazi war criminals.[6] This law defined the various offenses, including the crime against humanity,[7] and provided

a mechanism for the trial or extradition of war criminals.[8] In its zone of occupation, the United States initiated a policy of denazification;[9] at the same time, the U.S. Army established military commissions and military tribunals to try Nazi criminals.[10] But large numbers of these criminals were extradited to countries previously occupied by Nazi Germany; the majority stood trial in East European nations.[11]

The mass murder of the Jews and other civilians occupied a central place in almost all trials of Nazi criminals. Even the International Military Tribunal, primarily concerned with the conspiracy to wage aggressive war, pointed in its judgment to the persecution of the Jews as "a record of consistent and systematic inhumanity on the greatest scale."[12] The first trial before a U.S. Army Military Commission concerned the mass murder of civilians in the euthanasia institution Hadamar.[13] Of the trials before the U.S. Military Tribunals at Nuremberg, several concerned the mass murder of Jews and other groups: one dealt with the killings by the SS *Einsatzgruppen*,[14] another dealt with the killings in the concentration camps.[15] In most of these trials, the name Treblinka, which later figured prominently in the Fedorenko litigation, appeared repeatedly in testimonies and judgments.[16]

In the immediate postwar period, the United States was not involved at home in the discovery and prosecution of Nazi war criminals because obviously none were then citizens or residents of the United States. This changed, however.

In the aftermath of the war, which had dislocated millions of civilians, large numbers of people could not be repatriated and remained in Germany, Austria, and Italy as displaced persons.[17] The most prominent groups of displaced persons, but by no means the majority, were Jewish survivors of the Nazi camps. Most of these eventually settled in Israel, but thousands went to other countries, mostly to the United States.[18] The majority of the displaced persons were East Europeans, primarily from areas controlled by the Soviet Union (Lithuania, Latvia, Estonia, Bielorussia, Ukraine, etc.), who for various reasons refused to be repatriated. After an early period of forced repatriation, the Cold War and other considerations halted their return to their various countries of origin.[19]

These East European refugees, including the so-called ethnic Germans (*Volksdeutsche*), had left their homes during the war years under a variety of circumstances: as forced laborers deported to the Reich by the Germans, as voluntary recruits for the German forces, or as open collaborators of the Nazi regime. No doubt the collaborators, who had often committed crimes as appalling as their German masters, were a minority among the East European refugees; by changing their identities and hiding their past, they were able, with or without

the help of their compatriots, to disappear among the mass of displaced persons.

On 22 December 1945, President Truman issued an executive order giving displaced persons priority under existing immigration law. Almost all of those admitted under the Truman directive in the next two years were Jewish survivors of the Holocaust.[20]

In 1948, the Congress, distressed by the influx of so many Jewish immigrants, passed the Displaced Persons Act (DPA), which concentrated on admitting all types of European refugees, thus submerging the Jewish survivors in a flood of non-Jewish refugees from Eastern Europe. Although about two-thirds of the displaced persons admitted under the Truman order were Jewish, only about sixteen percent of those admitted under the later DPA were Jewish. The DPA, and the 1950 amended version, admitted several hundred thousand East European refugees.[21] Of course, the DPA did exclude Nazi collaborators. It barred those who "assisted the enemy in persecuting civil populations"; and the 1950 amendment excluded those who "advocated or assisted in the persecution of any person because of race, religion or national origin."[22] However, considering the masses of East European displaced persons processed for immigration between 1948 and 1952, such prohibitions were almost impossible to enforce. As we shall see, many war criminals entered the United States and eventually became citizens by hiding their past and masquerading as anti-communist displaced persons.[23]

During the 1950s, 1960s, and early 1970s, the Government of the United States made no serious attempt to enforce the law. Those war criminals who had entered the country in violation of the explicit prohibitions of the Act continued to reside here without difficulty; in due course they qualified for citizenship—again in violation of existing law, which required among other things "good moral character."

Sporadic attempts to expel these criminals, usually precipitated by requests from foreign governments, failed because of the cold war atmosphere of the postwar years.[24] A good example is the case of Andrijia Artukovic.

Artukovic, born in 1899 in Austrian Herzegovina, which later formed part of Yugoslavia, served during World War II as Minister of the Interior in the puppet state of Croatia. During those years, the Ustasha, the fascist party that ran this Nazi satellite, established death camps and murdered large numbers of men, women, and children, including Jews, Moslems, Gypsies, and Serbs. Artukovic, a high functionary of the Ustasha regime, was implicated in most of these crimes.

Fleeing justice in postwar Yugoslavia, Artukovic entered the United States in 1948. During the 1950s, Yugoslavia sought his extradition

"for murder and participation in murder."[25] But Artukovic was able to avoid extradition to Yugoslavia because the District Court in the Southern District of California did not consider the evidence sufficient for extradition to a communist state.[26]

At the same time, the Immigration and Naturalization Service attempted to deport Artukovic. He had entered the United States — using the false name of Alois Anich — as a "temporary visitor for pleasure," and has remained here for thirty-five years, until the present, as a tourist. When his visa and two extensions expired and his application for permanent residence under the Displaced Persons Act was denied, the Government tried to deport him. In 1952, an immigration judge found that he "had been a cabinet-level Nazi minister in Yugoslavia, responsible for the genocide of Jews and Serbs," and ordered Artukovic deported.[27] In 1953, the Board of Immigration Appeals (BIA) upheld this decision. The BIA reviewed the massive crimes committed by the Croatian state and concluded that "it is difficult for us to think of any one man . . . who could have been more responsible for the events in Croatia during this period. . . ."[28] Despite an order of deportation outstanding since 1952, the case is still in the courts and Artukovic is still in the United States.

Official interest in Nazi war criminals who had illegally entered the United States after World War II did not emerge until the late 1970s. At that time, a new generation of Americans, acquainted with the events of the Holocaust, viewed the continued presence of Nazi criminals in their midst — as resident aliens or as citizens — as an affront; unlike an earlier generation of government officials, who had excused collaboration with the Nazis if it appeared to have been motivated by anticommunism, their successors intended to do something about it. Public allegations of conspiracy to prevent the discovery and expulsion of the criminals led to an investigation by the Government Accounting Office at the request of the Congress in 1977.[29] In 1977, the Immigration and Naturalization Service established a Special Litigation Unit to centralize litigation against Nazi criminals. But the failures of this unit — shown in the Walus fiasco and the Fedorenko trial[30] — led in 1979 to the creation of the Office of Special Investigations (OSI) in the Criminal Division of the Department of Justice, to bring together in one office all investigative and litigation activities concerning Nazi criminals.[31]

The task confronting the OSI was not simple. American law does not confer upon the government the authority to indict and try individuals for war crimes committed outside United States territory. Federal jurisdiction normally has no extraterritorial dimensions. It never extends to crimes committed by foreign nationals against other

foreign nationals on foreign soil.[32] In fact, murderers are tried in state, not federal, courts; thus, a person who killed someone in California and is apprehended in New York, must be extradited for trial in a California court. Extradition to the European country where the Nazi collaborators committed their crimes (or where they are considered citizens) is of course possible. However, the United States, like many other countries, does not usually extradite its own citizens. Thus extradition is feasible only if the war criminal is a resident alien. As we have seen, even this did not work in the case of Artukovic.

The only successful extradition involved the Queens, New York, housewife Hermine Braunsteiner Ryan. She had served as a female SS guard at the concentration and extermination camp of Maidanek in Lublin during World War II, fled imprisonment in her native Austria after the war, and entered the United States as the wife of an American serviceman. After her discovery in the 1970s, she voluntarily gave up her United States citizenship to escape deportation; however, she was extradited to the German Federal Republic.[33] There she was tried, together with a number of her wartime accomplices, for the crimes committed in Maidanek. She was convicted and received a life sentence.[34]

Few of the Nazi criminals in the United States, however, attracted sufficient attention to prompt extradition requests by foreign governments. Even when requests were made, they were rejected. For example, in the 1960s twelve requests for extradition were received from the Soviet Union, but the State Department refused them because it claimed that no valid extradition treaty existed.[35] Thus in most cases the only way of expelling Nazi criminals from the United States is deportation. But as in extradition, citizens of the United States cannot be deported. Therefore, it is necessary for the Government to go to court to strip them of their citizenship, that is, to denaturalize them.

At first glance, it would appear relatively simple to denaturalize those who implemented Hitler's policy of extermination. American public policy never welcomed Nazis and their collaborators.[36] The Displaced Persons Act, under which many entered, explicitly excluded them. In addition, good moral character, which Nazi killers obviously did not possess, is a prerequisite for becoming a citizen. Nevertheless, large numbers entered the United States and became citizens. When they are eventually unmasked, the difficulties confronting the Government in ordinary denaturalization proceedings are compounded in litigation against Nazi criminals who entered the United States after World War II. The crimes that, had they been known, would have disqualified them for citizenship, took place over forty years ago in foreign countries. This makes it more difficult to

acquire physical evidence and to identify and locate witnesses willing and able to testify in American courts.

By the late 1970s, many Holocaust survivors and other witnesses were in their sixties and seventies (as were the defendants). Many witnesses lived abroad, creating problems of translation unusual in American judicial proceedings. The credibility of witness testimony, particularly identification of defendants whose physical appearance has radically changed, is even more open to challenge than usual. Further, the years have arguably dimmed witness memories of factual details; for example, precise dates, the exact location of physical structures, designs of buildings, colors of uniforms, types of insignias, and the spelling of names.[37]

Documentary evidence in turn poses problems equal to those of witness testimony. The fact that the events took place in foreign countries requires reliance on documents written in foreign languages. Unfamiliar with the languages involved, American courts have found it difficult to translate Nazi terminology into American usage.[38] Although some of these documents, captured from the Germans at the end of World War II, have long been available in the National Archives, most need to be procured from sources located outside the United States. American access to those documents located in the West — the Berlin Document Center under State Department control, the International Tracing Service of the Red Cross, the German Federal Archives in Coblenz, the German Federal Military Archives in Freiburg, and others — has presented no problems, although the massive nature and fragmentation of these records requires time-consuming searches. In addition, American prosecutors can use the documentary evidence collected for the Nuremberg trials, located today in the National Archives; for the Eichmann trial, deposited in Yad Vashem; and for trials by the West German courts, located in part at the Central Office for the Investigation of Nazi Crimes in Ludwigsburg.

However, access to documents in the archives of the Soviet Union and Soviet bloc countries, often essential for trials of East European nationals who aided the Nazis, has been more difficult. Although these countries are willing to supply copies of documents and cooperate in proceedings against Nazi criminals in the United States, access and use has been somewhat problematic; documents could be obtained only on an as-needed basis, access required diplomatic intervention, and American judges have at times been hostile toward the admission of documents from communist countries. In addition, the State Department, during the cold war, was reluctant to seek Soviet sources. The official view was that the Soviet Union would

turn American efforts to investigate Nazis in the United States into propaganda.

The need to rely on documentary evidence from foreign countries presented another problem peculiar to war crimes cases. American judges and prosecutors were not only unfamiliar with Nazi terminology and the language in which the documents were written, but lacked expertise on such matters as the Nazi regime, the German chain of command, the structure of the SS and police, the operation of the camps, and the involvement of East European auxiliaries. To cope with some of these problems, the Government eventually began to rely heavily on experts in the history of World War II, Nazi Germany, and the Holocaust.

The first denaturalization case brought by the Government — prior to the creation of the Office of Special Investigations — was a fiasco.[39] In the case against Frank Walus, there were no disputed questions of law — only disputed questions of fact. The fundamental dispute concerned the whereabouts of the defendant during the war. The Government claimed that he was in Poland and produced witnesses to prove both his presence and his commission of atrocities. The defendant claimed he was in Germany as a forced laborer and produced both witnesses and documents to prove his presence there.

Instituted in January 1977 in the federal district court in Chicago, the litigation apparently originated with a complaint lodged by a former friend who, in the words of the appeals court, harbored a "hatred" for the defendant.[40] The Government alleged that, as a Pole working for the Gestapo, Walus committed atrocities against the Jewish inhabitants of the ghettos in Czestochowa and Kielce. The Government's case was not frivolous. The allegations were supported by the testimony of twelve survivors of the ghettos, as well as testimony by co-workers and the former friend that Walus told them he aided the Gestapo in Polish ghettos. However, there was no documentary evidence to support the Government's allegations that he was in Poland or in the Gestapo.

The Government charged that Walus had illegally procured his citizenship because he concealed his wartime activities on his 1970 application for citizenship and because, having committed atrocities and lied on his application, he lacked the requisite good moral character.

Walus denied the allegations. He claimed he was not in Poland at all, but in Germany as a forced farm laborer during the war. In addition to the testimony of five witnesses from the families of the farmers to whom he had been assigned in Germany, and photographs taken in Germany during the war, Walus presented documentary

evidence — a record of his employment from the German health insurance office (*Allgemeine Ortskrankenkasse*) supported by the records of the International Tracing Service of the Red Cross in Arolsen — to prove that he was in Germany during the war.

District Judge Julius Hoffman — the notorious judge in the trial of the Chicago Seven — rejected the witness testimony and documentary evidence presented by the defense. In addition to discrepancies in the evidence presented by the defense, the judge found also that the testimony of the German defense witnesses was tainted because they or their relatives had been members of the Nazi party; he also rejected the German documents because they had been generated by the Third Reich. He ordered Walus denaturalized.

When the district court refused to vacate its judgment on the basis of newly discovered evidence — six new witnesses from France and Poland plus residence documents with attached photographs from the State Archive at Neuburg on the Danube — Walus appealed to the Court of Appeals for the Seventh Circuit.

Although the Court of Appeals refused to reverse the district court's revocation of citizenship on the grounds either of the insufficiency of the evidence or the bias of the trial judge, it nonetheless found Hoffman's behavior "disturbing" and concluded that the Government's case was "sufficiently weak" to justify a new trial. Noting that the "strength of the Government's case is at least partly the result of the trial court's frustration of defense attempts to cross-examine the witnesses," the Court of Appeals concluded that the newly discovered evidence "would almost certainly compel a different result in a new trial."[41] Apparently the Government agreed. It did not retry Walus.

Subsequently, there have been no repetitions of the Walus fiasco. Nor does any seem likely. The Walus case seems to have been the result of a convergence of a series of unfortunate circumstances. The Government's first effort to deal with the presence of Nazi criminals in the United States was marred by questionable identification techniques, less than thorough investigation, and unwillingness to take seriously the defendant's documentary evidence. Further, the district judge's prejudicial behavior undermined the defense attorney's efforts to defend, and the court's findings were at variance with the evidence presented.

With the subsequent centralization of investigation and litigation in the well-funded Office of Special Investigations, and the development of the expertise that comes from experience, along with systematic archival searches and professional analyses, it is unlikely that a case as weak as that against Walus would in the future be pursued in the face of a strong defense. Still, the next case also proved a fiasco at the district court level.

In August 1977, the Government filed suit against Feodor Fedorenko in the U.S. District Court for the Southern District of Florida.[42] Fedorenko was born in the Ukrainian village of Sivasch in 1907. He received three years of formal school, worked on the family farm until the Soviet collectivization drive of the early 1930s, and moved in 1933 to the Crimea, where he worked as a truck driver for a Soviet collective farm. He was married and had three children. After the German invasion of the Soviet Union on 22 June 1941, Fedorenko was mobilized into the Soviet Army and captured by the Germans shortly thereafter. During the winter of 1941–42 he passed through a number of POW camps in Zhitomir, Rowne, and Chelm, exposed there to the same terrible conditions imposed by the Germans on all Soviet prisoners.[43]

In the spring of 1942, he was transferred to Travnicki (Trawniki), a camp in Poland where the SS trained auxiliaries. Fedorenko would later claim that he was chosen simply because he was a truck driver, and as such needed by the Germans, although he was never used by them for this purpose. In fact, the Germans selected volunteers from non-Russian nationalities — Ukrainians, Latvians, etc. — to serve in armed units of the SS, known as volunteer auxiliaries (*Hilfsfreiwillige*, or Hiwis).[44] Throughout Eastern Europe the SS used these auxiliaries to guard ghettos, conduct roundups, accompany deportation trains, participate in mass executions, and serve in the extermination camps.

In Travnicki, Fedorenko received a black uniform, worn by all Hiwis, and was given elementary military training. He was then posted to Lublin, received a rifle, and stood guard over houses from which Jews had been forcibly removed. Shortly thereafter, he was transferred to Treblinka via Warsaw. Apparently he arrived at Treblinka guarding a transport of Jews deported from Warsaw.

The extermination camp Treblinka was one of three killing centers (the other two were Belzec and Sobibor) in eastern Poland. There Odilo Globocnik, the SS and Police Leader for the Lublin district, headed the enterprise known as Operation Reinhard; its object was to concentrate, pillage, deport, and kill the Jews of occupied Poland. Treblinka, the largest of the three killing centers, commenced operation in July 1942. A revolt of the inmates on 2 August 1943 destroyed parts of the camp, and it finally closed in November 1943. Treblinka and the other two camps of Operation Reinhard served only the purpose of mass murder. Every man, woman, and child arriving there was killed. Most were Jews; a few were Gypsies. A few young men and women were not immediately killed. Used to service the camp, they sorted the belongings of those who had been murdered and burned the bodies after the gold fillings had been extracted from the teeth. Eventually, they too were killed. Only a handful, able to escape

during the uprising, survived to testify. Treblinka was located in the Warsaw district and served primarily for the murder of Jews from the Warsaw ghetto; however, Jews from other parts of Poland, as well as Jews from Germany and other European countries, were also killed there. The number of victims killed in Treblinka has been estimated as 700,000 to 900,000 persons.

The method of murder was relatively simple. The victims arrived by train, mostly in cattle cars, but also in passenger cars if they came from western Europe. They were driven from the cars; men were separated from women. Forced to undress, they had to hand over all their valuables. Those too old or infirm to walk rapidly were taken to a building marked as the "Infirmary" (*Lazarett*); there they were shot and their bodies dropped into a ditch in which a continuous fire consumed them. All others were driven naked toward the gas chambers; urged on with comments like "the water is getting cold," the victims entered a narrow path known as the "tube" (*Schlauch*), and also as "Ascension Boulevard" (*Himmelfahrtsallee*) or "the road without return." From there they entered the gas chambers, which were disguised as shower rooms and used carbon monoxide from a motor to kill the victims.

The Treblinka killing center employed a very small staff. About 35 to 40 Germans, dressed in the uniform of the SS, supervised all operations. They were supported by 90 to 120 Ukrainian auxiliaries, without whose help the killing machine could not have been operated. A fluctuating number of Jewish prisoners, approximately 500 to 1,000, performed all the necessary physical labor.[45]

A West German district court described the functions of the Ukrainian auxiliaries at the first Treblinka trial in Düsseldorf in 1965:

> In addition to the group of German staff members, there were approximately 90 to 120 Ukrainian volunteers (*Hilfsfreiwillige*). They were mainly assigned to guard duty, but to a certain degree they were also used during the killing operations. In contrast to the Germans, they wore a black uniform and were armed with carbines or rifles; the overwhelming majority also carried long leather whips and to some extent revolvers. Further, the guard units had at their disposal machine guns and hand grenades, which were kept in a special armory. In addition, there was also an armored scout car at Treblinka.
>
> Ukrainian troops were divided into platoons (*Züge*). These were commanded by ethnic Germans (*Volksdeutsche*), known as platoon leaders (*Zugführer*). The Ukrainians did mostly guard duty. However, they did not only stand guard at the camp perimeter and on the watch towers, but under the supervision of the German brigade leaders they also guarded the various labor details inside and outside the camp. Finally, they were employed during the arrival and liquidation of transports.[46]

At his trial in Ft. Lauderdale, Fedorenko claimed that he was not involved in the operations of Treblinka; he only served as guard outside the camp, had no dealings with the prisoners, and never harmed anyone. But survivors of Treblinka testified that he had moved inside the camp, had participated in the process of dealing with arriving transports, had shot people in the *Lazarett*, and had been present at the gas chambers during the killings.

Fedorenko left Treblinka after the uprising of August 1943, continuing to serve the Germans as a watchman in various places. By the end of the war, he had made his way to Hamburg. He discarded his uniform and lost himself in the mass of East European refugees. Claiming displaced person status, he worked for the British occupation forces and in 1949 applied for a visa to the United States under the Displaced Persons Act (DPA).

The DPA, passed by Congress in 1948 and amended in 1950, provided for the rapid admission of some of the one million European refugees uprooted by World War II.[47] The Act discriminated against Jewish displaced persons, concentrating instead on the East European refugees who refused to be repatriated to their communist homelands.[48] However, Congress did exclude those East European refugees who refused to be repatriated to their homelands because they had committed war crimes and had collaborated with the Nazis. Congress did this by demanding that each applicant for a visa prove his status as a displaced person. For the purpose of the Act, Congress adopted the definition of displaced persons devised by the International Refugee Organization of the United Nations (IRO). This definition excluded the following:

> 1. War criminals, quislings and traitors,
> 2. Any other person who can be shown:
>
> (a) to have assisted the enemy in persecuting civil populations of countries, members of the United Nations; or
>
> (b) to have voluntarily assisted the enemy forces since the outbreak of the second world war in their operations against the United Nations.[49]

Obviously, Fedorenko did not meet the qualifications for a displaced person and thus could not have obtained a visa under the DPA if he had revealed his service as a Hiwi at Treblinka. He therefore lied about his past, stating that he was born in Poland and spent the war years as a forced factory laborer in Poelitz, Germany. He thus received a visa and entered the United States in 1949. Thereafter, he admitted that he had actually been born in the Ukraine, arguing that he had lied about his place of birth only because he feared repatriation

to his communist homeland. He continued, however, to hide his wartime service as an SS auxiliary. By concealing his wartime activities, he became a citizen of the United States in 1970. During his years in the United States, he lived in Connecticut and worked in a factory; careful not to attract attention to himself by violating American laws, he received only one parking ticket. However, claiming to believe his Russian wife and children dead, he married again, thus becoming a bigamist. Finally, his past caught up with him; in 1977, the Government instituted denaturalization proceedings against him.

The Government argued that the Immigration and Nationality Act of 1952 requires revocation of citizenship "illegally procured" or "procured by concealment of a material fact or willful misrepresentation."[50] By this time, Fedorenko had admitted his wartime activities. Therefore, the Government and Fedorenko agreed upon some issues: that he had been a Treblinka guard, that he had willfully concealed and misrepresented his service as an SS auxiliary, and that he lied about his activities and whereabouts during the war when he initially applied for a visa. These were undisputed questions of fact. But whether he was therefore subject to denaturalization because he had concealed or misrepresented a "material" fact and had illegally procured citizenship were disputed questions of law.

The Government charged that Fedorenko was subject to denaturalization under both prongs of the standards for revocation provided for in the Immigration and Nationality Act:[51] he illegally procured citizenship *and* he procured citizenship by willfully concealing and misrepresenting material facts.

Citizenship is "illegally procured" if the applicant did not possess the qualifications for citizenship at the time he was naturalized. The Government argued that Fedorenko's citizenship was illegally procured because he did not possess the prerequisite of legal residence in the United States at the time of naturalization: he had entered with a displaced persons visa for which he was ineligible because his service at Treblinka and his commission of crimes and atrocities explicitly disqualified him as a displaced person; he did not, therefore, have a legal, unexpired visa, one of the requirements for legal residence.[52]

Although admitting that he had been a guard at Treblinka and that he had lied on his visa about his place of birth and his wartime activities, Fedorenko insisted that he had been a prisoner of war, that his service at Treblinka had been involuntary,[53] that he had committed no atrocities, and he therefore was not excluded by the DPA. His entry and subsequent naturalization were, therefore, lawful.

The Government also charged that the Immigration and Nationality Act required revocation of Fedorenko's naturalization because his

concealment of his service at Treblinka constituted willful concealment and misrepresentation of material facts. Further, he lacked the "good moral character" requirement for naturalization because he had committed atrocities.[54] Fedorenko countered this charge by arguing that his service as a guard at Treblinka was not a material fact because he had served involuntarily and had committed no atrocities.

What constitutes procurement of citizenship by willfully concealing and misrepresenting a material fact is a more difficult statutory standard to define and to apply than is the "illegally procured" standard. That both concealment and misrepresentation must be willful is settled.[55] That concealed or misrepresented fact must be "material" is settled.[56] What constitutes a "material" fact is not so clear.

The Supreme Court's leading answer to the question of materiality was given in the 1960 *Chaunt* opinion.[57] Peter Chaunt, born in Hungary and naturalized as an American citizen in 1942, was stripped of his citizenship in 1953. The Government charged, and the lower courts held, that he had concealed and misrepresented a material fact when he failed to disclose that he had been arrested three times for distributing handbills, making a speech, and causing a breach of the peace. The Government argued that had it known of these arrests, it would have conducted an investigation and its investigation would have uncovered Chaunt's communist connections. His communist affiliation would have disqualified him from citizenship. The Supreme Court restored his citizenship. It concluded that three arrests for such minor violations, which did not even lead to a jail sentence, would not have generated an investigation, especially since Chaunt's admission of membership in the International Worker's Order did not do so. The Supreme Court not only overturned the decisions of the lower courts, but more important, it also set forth two tests that would govern *materiality* in future cases:

> The Government has to show either (1) that facts were suppressed which, if known, would have warranted denial of citizenship or (2) that their disclosure might have been useful in an investigation possibly leading to the discovery of other facts warranting denial of citizenship.[58]

Under the first *Chaunt* test, the Government must present clear, convincing, and unequivocal proof of the existence of suppressed facts "which, if known, would have warranted denial of citizenship."[59] Thus, the Government must prove the ultimate disqualifying fact. If the Government can prove that the concealed fact would have warranted denial of citizenship, there is no need for the second *Chaunt* test.

Under the alternate or second *Chaunt* test, the Government must prove by clear, convincing, unequivocal evidence that disclosure of the suppressed facts at the time of application for citizenship "might have been useful in an investigation possibly leading to the discovery of other facts warranting denial of citizenship."[60]

Lower courts and commentators have differed sharply on the meaning of the second *Chaunt* test.[61] There are essentially four possible interpretations of the second test of *Chaunt* for determining the materiality of a concealed fact. These variations will herein be designated as might-would; might-might; would-would; and would-might:

1. Might-would.
   Under this interpretation, the Government would have to prove that knowledge of the suppressed fact *might* have led to an investigation and that the investigation *would* have revealed a disqualifying fact.
2. Might-might.
   Under this interpretation, the Government would have to prove that knowledge of the suppressed facts *might* have led to an investigation and the investigation *might* have uncovered a disqualifying fact.
3. Would-would.
   Under this interpretation, the Government would have to prove that knowledge of the suppressed facts *would* have led to an investigation and that the investigation *would* have led to discovery of a disqualifying fact.
4. Would-might.
   Under this interpretation, the Government would have to prove that knowledge of the suppressed fact *would* had led to an investigation and the investigation *might* have uncovered a disqualifying fact.

Of these four possible interpretations, the first (might-would) and the third (would-would) are virtually indistinguishable from the first *Chaunt* test: both would impose upon Government the burden of proving the existence of ultimate disqualifying facts. Both would permit retention of citizenship obtained by deceit (at that stage in the process at which the individual bears the burden of proving eligiblity) unless, years after the fact (when the burden of proving ineligibility rests with the Government), the Government could prove by clear, convincing, and unequivocal evidence that the individual was in fact not qualified and had willfully lied to conceal that fact.

The second possibility (might-might) is so speculative that its use contradicts the high value the Court places on both residence in the United States and American citizenship. It would authorize "fishing expeditions," endanger retention of citizenship on the basis of tenuous reasoning, and impose second-class status on naturalized citizens.

The fourth (would-might) strikes a balance between the right of the naturalized citizen against revocation, except for the most serious concealments and misrepresentations, and the integrity of the naturalization process (and the right of a country to determine which aliens will become citizens) against those who deliberately lie to acquire that which probably could not have been acquired legitimately and honestly.

The non-jury trial of Fedorenko took place before Judge Norman Roettger, Jr., in Ft. Lauderdale.[62] Roettger, who appeared to sympathize with Fedorenko,[63] complained about the Jewish demonstrators outside the courthouse[64], the Justice Department's refusal to pay for holding a portion of the trial in Athens or Istanbul,[65] the decision of the Judicial Conference to prohibit American courts from holding court sessions outside the United States,[66] and the Government's expenditure of money for transcripts and translators.[67] Further, in the middle of the trial he held a press conference announcing that he did not believe the Government witnesses.[68] In his final decision, he found for the defendant, rejecting all aspects of the Government's case.

Judge Roettger rejected the Government's claim that it had met its burden of proof under the first *Chaunt* test. That is, he rejected the Government's argument that the fact of Fedorenko's service as a Treblinka guard would, if known, have warranted denial of citizenship. He also rejected the Government's argument that it had met its burden of proof under the second test of *Chaunt*. He adopted the would-would standard, the most stringent of the four possible interpretations of *Chaunt*'s second test: the Government had to prove by clear, convincing, and unequivocal evidence that Fedorenko's concealment of his service at Treblinka *would* have led to an investigation and that the investigation *would* have revealed disqualifying facts. Moreover, his judgment as to what constituted the ultimate disqualifying fact was similarly stringent. He held that the Government had to prove that Fedorenko's service as a Treblinka guard was voluntary and that he had committed atrocities.

Roettger was not persuaded by the Government's expert witness, Kempton Jenkins, a Deputy Assistant Secretary of State, who had served as a vice-consul in Germany after World War II processing visas under the DPA. Jenkins testified for the Government that the vice-consuls administering the DPA in postwar Germany always con-

sidered guards in Nazi camps ineligible for a visa. He further testified that "involuntary" service as a camp guard was a contradiction in terms. Roettger, however, held that the Act excluded only those who "voluntarily" assisted the enemy.[69] He thus read "voluntary" into section 2(a) of the Act, which excluded persons who "assisted the enemy in persecuting civil populations," although the word "voluntary" did not appear there. The word appeared only in section 2(b) of the Act, which excluded those who "voluntarily assisted the enemy forces." The Act thus excluded only those who voluntarily fought in the Axis armies, but excluded all who voluntarily or involuntarily served in the camps or other places of repression.

Roettger, however, reinterpreted the provisions so that voluntariness was demanded in both sections. He argued that to denaturalize those who involuntarily served as guards at Treblinka would also endanger the citizenship of Treblinka survivors, because the Jewish inmates had also assisted the SS in running the camps by performing various tasks necessary to operate the killing center. He thus concluded that the Government had only proved that Fedorenko had served at Treblinka, but not that he had done so voluntarily.[70]

The Government, however, had done more. It had produced witnesses to testify that Fedorenko had committed atrocities, certainly proof of voluntary participation in the killings at Treblinka. But Judge Roettger found the testimony of the Israeli survivors not credible. Although he did not believe Fedorenko's claim that he was unaware of the killings at Treblinka, Roettger accepted Fedorenko's contention that he had served against his will and had harmed no one.

In part, the Government contributed to this conclusion by failing to present a clear and forceful case. It did not present any expert witness testimony concerning the complex historical question of the voluntary nature, command structure, and criminal function of the Ukrainian SS auxiliary units. Further, it withdrew as witnesses the three English-speaking survivors of Treblinka, who resided in the United States and Canada, relying instead solely on survivor witnesses from Israel, with the resulting problems of translation and communication in court.

Roettger did not deny that Treblinka was a killing center, and that the witnesses had observed atrocities committed by Ukrainian guards. He challenged, however, the methods used to identify Fedorenko as the culprit.[71] The Israeli witnesses had originally identified Fedorenko from photographs assembled by the Israeli police. Roettger found the photospread used in Israel "too suggestive." When the Israeli police investigators testified in his court, he accused them of coaching the witnesses. In Ft. Lauderdale, the witnesses also identified Fedorenko in open court, but after the passage of thirty-five years they took some

Reagan Administration, the OSI's strong congressional support survived the departure of both Representatives Eilberg and Holtzman. Staffed by lawyers, investigators, and researchers, the OSI accepts and investigates all complaints lodged against individuals accused of collaboration. If the allegation proves groundless, the file is closed. In some instances, the file may be closed because there is not enough evidence to warrant prosecution in view of the heavy burden of proof borne by the Government in denaturalization and deportation cases. The OSI has actively investigated over two hundred cases thus far, but the first major appellate victory in a Nazi war criminal case was won by its predeccesor, the Special Litigation Unit. The well-argued brief in opposition to Roettger's decision, however, was prepared by those who would later organize and serve as the nucleus of the OSI.

The Government appealed Judge Roettger's decision to the Court of Appeals for the Fifth Circuit in New Orleans.[75] In its brief, the Government argued that it met its burden of proof under both *Chaunt* tests of materiality. It had sustained the burden imposed by the first *Chaunt* test, because it had proved the existence of a suppressed fact — Fedorenko's service at Treblinka — that would in and of itself, had it been known, have denied him a visa and therefore citizenship. First, as Kempton Jenkins had testified, those who had administered the DPA in postwar Germany refused to grant visas as a matter of course to anyone who had staffed the Nazi camps. Fedorenko, therefore, had not been eligible for entry into the United States. Second, the DPA provided that "any person who shall willfully make a misrepresentation for the purpose of gaining admission into the United States as an eligible displaced person shall thereafter not be admissible into the United States."[76] Because Fedorenko had lied about his wartime acivities, he had been inadmissible.

Alternatively, the Government argued that it had borne its burden of proof under a would-might construction of *Chaunt*'s second test. That is, it had proved that disclosure of Fedorenko's service as a concentration camp guard *would* have led to an investigation (and the district court had so found), and that the investigation *might* have revealed the disqualifying facts of commission of crimes or atrocities.

The Court of Appeals for the Fifth Circuit accepted Judge Roettger's findings of fact: Fedorenko had not personally committed atrocities and his service at Treblinka had not been voluntary.[77] Accepting, in addition, Roettger's conclusion that only voluntary service at Treblinka would automatically have disqualified Fedorenko from receiving a visa, it held that the Government had failed to satisfy the first test of *Chaunt*. However, perhaps uncomfortable with the tone of Roettger's opinion, the Court of Appeals added in an aside that Fe-

time to do so. Roettger dismissed all identifications of Fedorenko in Israel and in Ft. Lauderdale; this was the only explanation he offered for finding their testimony against Fedorenko not credible.

Applying the would-would standard of the second test of *Chaunt*, Roettger concluded that the Government had proved that disclosure by Fedorenko of his service at Treblinka *would* have led to an investigation to determine if that service was voluntary or if the defendant had committed atrocities.[72] He held, however, that the Government had failed to prove by clear, convincing, and unequivocal evidence that the investigation *would* have led to the discovery of the ultimate disqualifying fact that the service was voluntary or that atrocities had been committed by Fedorenko. Thus, Roettger ruled that Fedorenko's concealment did not involve material facts and that therefore his visa was valid and his citizenship legal.

Not satisfied with ruling in favor of Fedorenko on the basis of the *Chaunt* test, Roettger exceeded the equitable discretion vested in a federal district court in denaturalization cases to make doubly sure that Fedorenko would not lose his citizenship. Finding that Fedorenko was of good moral character, Roettger concluded that Fedorenko's law-abiding and hardworking years in America balanced, as a matter of equity, his service in the extermination camp of Treblinka. Therefore, as a matter of equity, that is fairness, he resolved all remaining doubts in Fedorenko's favor.[73]

If Judge Roettger's decision in favor of Fedorenko had prevailed, all future attempts to expel Nazi criminals from the United States would probably have come to naught. Fortunately, he was totally reversed by the appellate courts. At the same time, the Government moved to strengthen its capacity to prosecute Nazi criminals.

The Office of Special Investigations was established largely as a result of the efforts of Representatives Joshua Eilberg and Elizabeth Holtzman, who chaired and served on the House Judiciary Committee's Subcommittee on Immigration, Citizenship and International Law. The subcommittee's investigations into allegations that Nazi criminals found haven in the United States and that the Immigration and Naturalization Service in particular and other agencies such as the State Department and NASA in general knew of and condoned or encouraged the immigration and continued presence in the United States of these criminals, brought this question to the forefront. In 1978, moreover, Congress amended the INA specifically to authorize the exclusion and deportation of alien Nazi war criminals.[74] Prior to this amendment, there was no basis upon which to deport alien Nazi war criminals unless the Government could prove that they had lied on their visa applications.

Established during the Carter Administration and supported by the

for naturalization does not posses the prerequisite of a valid visa and lawful residence; and illegally procured citizenship must be revoked.[84]

Under this opinion, the Government would only have to prove that Nazi criminals obtained their visas illegally to revoke their citizenship. Applying this standard to Fedorenko, the majority again went to the heart of the matter. Pointing out that Congress in the DPA had required exclusion of all who "assisted the enemy in persecuting civil populations," regardless of whether this was voluntary or not, it held that the courts did not have the authority to rewrite the congressional mandate.[85] Fedorenko's service at Treblinka, voluntary or not, must be considered assistance to the enemy in persecuting civil populations. He was therefore ineligible to receive a visa, had entered the United States illegally, and the citizenship he thereupon procured was not valid. In addition, Fedorenko lied about his wartime activities when he applied for a visa and thus misrepresented a material fact to gain admission to the United States. By so doing, he became automatically inadmissible under the DPA. For all these reasons, the Supreme Court revoked his citizenship.

Justices Blackmun and White disagreed with the majority concerning the applicability of *Chaunt* in the *Fedorenko* case. Blackmun wanted to apply the most stringent would-would test of *Chaunt*.[86] However, he reached the same conclusion that the majority reached — that Fedorenko had forfeited his citizenship — and only offered his disagreements in a concurring opinion. White wished to apply the less stringent would-might *Chaunt* test but, unlike Blackmun, did not reach the same conclusion as the majority.[87] Wishing to offer Fedorenko another chance to rebut, he asked in a dissenting opinion that the case be returned to the lower court.

Only Justice Stevens offered a substantive dissent to the majority's opinion concerning Fedorenko.[88] Siding with Judge Roettger against the Court of Appeals and the Supreme Court majority, he insisted that the DPA excluded only those who voluntarily assisted the Nazis in persecuting civilians. To Stevens, involuntary service in a Nazi extermination camp such as Treblinka did not constitute a crime. Service as an armed guard at a death camp was thus no barrier to immigration or citizenship. Applying the most stringent would-would construction of *Chaunt*, Stevens held that the Government would have to prove that knowledge of Fedorenko's service *would* have led to an investigation and the investigation *would* have led to discovery of the ultimate disqualifying fact: voluntary service or commission of atrocities. Because the Government had proved neither, Stevens concluded that Fedorenko had obtained his citizenship legally and could not lose it.

Not satisfied with this conclusion, Stevens added what he perceived

dorenko's contention that his service at Treblinka was not voluntary "came thirty years too late."[78]

The Court of Appeals rejected Judge Roettger's stringent would-would construction of *Chaunt*'s second test. Instead, it opted for the Government's would-might interpretation, agreeing with an earlier decision of the Sixth Circuit Court of Appeals that "the issue is not whether naturalization would have been denied . . . but whether . . . the Government was denied the opportunity of investigating . . . eligibility for citizenship."[79] Under this test, the Court of Appeals concluded that the government had proved by clear, convincing, and unequivocal evidence that the undisclosed fact of Fedorenko's service at Treblinka *would* have led to an investigation which *might* have revealed that he committed atrocities. Fedorenko had therefore willfully concealed or misrepresented material facts. On this basis, the Court of Appeals reversed Judge Roettger's decision and revoked Fedorenko's citizenship.

Judge Roettger had based his decision in favor of Fedorenko on two factors, the second of which had been the question of equity: Fedorenko's blameless life in America had balanced his involuntary service at Treblinka. On this point, the Court of Appeals severely reprimanded Roettger. It unanimously held that the district judge had no discretion to apply his standard of fairness in the Fedorenko denaturalization case. The law requires denaturalization if citizenship was illegally procured; the postwar conduct of Nazi criminals in America is irrelevant.[80]

Fedorenko appealed to the Supreme Court of the United States. By this time, the OSI was in charge of Nazi war criminal litigation and submitted a well-argued brief supporting the reasoning of the Court of Appeals. The Attorney General, rather than the Solicitor General, handled the oral argument. The Supreme Court, possibly interested in clarifying the status of Nazi criminals in America, accepted the case.[81] By a vote of 7 to 2, the Court, in a landmark decision on Nazi criminals, upheld the Court of Appeals and irrevocably stripped Fedorenko of his citizenship.[82]

The majority opinion, written by Justice Thurgood Marshall, would govern the course of all future cases involving the denaturalization of Nazi war criminals. The majority opinion sidestepped the complex problems posed by the interpretation of *Chaunt* and went directly to the heart of the matter. Ruling that *Chaunt* did not apply to visa fraud, Justice Marshall concluded that Fedorenko had been ineligible for citizenship because he had obtained his visa illegally.[83] He held that anyone who, like Fedorenko, lacked a valid visa, entered the United States illegally. And citizenship is "illegally procured" if the applicant

No one would deny that some inmate kapos committed crimes. A number of such kapos — incidentally none of them Jewish — have been tried and convicted in West German courts. These convictions, however, were based on the testimony of other inmates that these particular kapos had committed murders not required by their status as inmate functionaries. As Justice Stevens himself noted, no Treblinka survivor has ever made such a charge against any Treblinka kapo. His comments concerning kapos at Treblinka are therefore irrelevant to any finding of guilt under American or any other civilized law. In the case of Fedorenko, however, all witness testimony identified him as someone who committed murders.

Most laymen, and even many lawyers, have assumed that the Supreme Court decision would rid the United States of the Nazi criminal Fedorenko. This, however, has not been true. After his denaturalization, the Government had to institute deportation proceedings against Fedorenko. As we have seen in the case of Artukovic, deportation can take decades. In fact, not a single Nazi criminal residing in the United States as an alien has been deported so far.[90] Deportation hearings are not held in the federal courts; they are administrative proceedings before a hearing officer, called an immigration judge, of the Naturalization and Immigration Service (INS). The procedures governing such hearings are not so tightly controlled by legal rules as in the federal courts. This relative laxity may aid the Government in cases of poverty-stricken undesirable aliens from Asia, Latin America, and the Caribbean. In cases of European Nazi criminals, however, this has tended to work in favor of the defendant.

The Government bears the same heavy burden of proof by clear, convincing, and unequivocal evidence as in denaturalization proceedings in the federal courts. It must convince skeptical immigration judges that these aliens, who led blameless lives in America, had committed atrocities during World War II. Thus, after the lengthy denaturalization proceedings, which in the case of Fedorenko involved two federal appeals, the Government must prove its case all over again. Even if the Government should be successful, the Nazi criminal can appeal to the Board of Immigration Appeals (BIA) and in addition once again to the federal courts. Thus Nazi criminals have far greater latitude in appealing negative decisions than does a simple murderer in the state courts.

In the case of Fedorenko, the Government has succeeded on the first level, perhaps partly because of the notoriety attached to Fedorenko after the Supreme Court decision. Still, it took two years even to obtain a decision in the first step of the deportation process. In February 1983, Immigration Judge Gordon W. Sacks ordered Fedor-

to be a moral justification for this open door to Nazi criminals in the United States. He argued that everyone in the Nazi concentration and extermination camps — members of the SS, Ukrainian auxiliaries, as well as the Jewish inmates — assisted in operating the machinery of destruction. In effect equating the activities of a Ukrainian guard (who carried a gun and shot at prisoners) with that of a Jewish inmate (who cut the hair of women arriving at the camp), he insisted that it was necessary to distinguish between voluntary and involuntary participation. To Stevens, this distinction had to be made in order to protect the Jewish inmates — who had involuntarily served the enemy — from losing their citizenship. He concluded, with a tone of moral indignation, that because of the majority opinion "human suffering will be a consequence of today's venture . . ."[89]

Justice Stevens' argument rests on a profound misunderstanding of the nature of the Nazi camps. Even a non-lawyer can discern the difference between the culpability of an unarmed inmate of Treblinka who cut women's hair or played in the orchestra, and that of a Ukrainian auxiliary who, gun in hand, stood ready to prevent victims from escaping their intended murder. However, the question is indeed more complex. It is of course true that everyone in the camps, including the inmates, became enmeshed in the operation. For this reason, theologians and philosophers may assign degrees of metaphysical guilt to guards and victims. It is, however, inconceivable that jurists would be unable to make legal distinctions. Justice Stevens uses "involuntary" in a crass and unsophisticated manner. Certainly there is a distinction between the involuntary participation of a guard, whose alternative is simply unattractive, and the involuntary participation of the inmate, whose alternative is immediate death. Fedorenko chose to serve at Treblinka, rather than resuming the status of a Russian POW or taking the risk — incumbent upon all prisoners of war — of escape. The Jewish inmates had no choice; they could escape the gas chambers only as long as they performed the menial tasks assigned to them.

The final result proves the validity of these distinctions. The Jewish inmates who performed the physical labor needed to operate the camp were all destined to be murdered as unwelcome witnesses to the crimes committed at Treblinka; only a handful managed to escape that destiny when they joined their fellow inmates in revolt. Fedorenko, according to Justice Stevens also an involuntary participant, was not harmed by his German masters; instead, he was rewarded, transferred to Hamburg after the completion of his grisly tasks, and survived to plead his case before the Supreme Court of the United States.

enko deported, holding that Fedorenko's "action, to assist in thousands of murders, merely to receive better food and treatment from his captors than others of his comrades in arms, demonstrates an immense lack of humanity" and that he "has not shown either remorse or subsequent actions of atonement."[91]

Fedorenko has appealed this decision to the BIA. Unintentionally justifying Immigration Judge Sacks's conclusions about his character, Fedorenko and his attorney, Brian M. Gildea, have argued in their brief to the BIA that the Jewish inmates of Treblinka were more guilty of crimes that were committed than Fedorenko, the Ukrainian auxiliary SS guard.[92] It is to be hoped that the BIA will reject this bizarre defense and return Fedorenko to the Soviet Union and to the justice that may await him there.[93]

NOTES

1. Moscow Declaration, 1 Nov. 1943. The relevant section of the Declaration reads as follows: "At the time of the granting of any armistice to any government which may be set up in Germany, those German officers and men and members of the Nazi party who have been responsible for, or have taken a consenting part in the above atrocities, massacres, and executions, will be sent back to the countries in which their abominable deeds were done in order that they may be judged and punished according to the laws of these liberated countries and of the free governments which will be created therein. Lists will be compiled in all possible detail from all those countries having regard especially to the invaded parts of the Soviet Union, to Poland and Czechoslovakia, to Yugoslavia and Greece, including Crete and other islands, to Norway, Denmark, the Netherlands, Belgium, Luxemburg, France and Italy." Text in *Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals under Control Council Law No. 10* [Green Series], 14 vols. (Washington, 1950–1952), 1:viii [hereafter cited as Green Series].

2. Appointed by President Truman, 2 May 1945: Executive Order 9547, in *Federal Register* 10, no. 89 (4 May 1945): 4961 and in Green Series 1:ix.

3. London Agreement, 8 Aug. 1945, in Green Series 1:ix–x; also in *Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal* [Blue Series], 42 vols. (Nuremberg, 1947–1949), 1:8–9 [hereafter cited as Blue Series] and in Office of United States Chief of Counsel for Prosecution of Axis Criminality, *Nazi Conspiracy and Aggression* [Red Series], 8 vols. and 2 suppl. (Washington, 1946–1948), 1:1–3 [hereafter cited as Red Series].

4. Charter of the IMT, in Blue Series 1:10–16; Red Series 1:4–11; Green Series 1:xi–xv.

5. London Agreement, Article 4: "Nothing in this Agreement shall prejudice the provisions established by the Moscow Declaration concerning the return of war criminals to the countries where they committed their crimes." Article 6: "Nothing in this Agreement shall prejudice the jurisdiction or the powers of any national or occupation court established or to be established in any Allied territory or in Germany for the trial of war criminals."

6. Control Council Law No. 10, 20 Dec. 1945, in Green Series 1:xvi–xix. Signed for the United States by General Joseph T. McNarney.

7. Article II 1(c): "*Crimes against Humanity*. Atrocities and offenses, including but not limited to murder, extermination, enslavement, deportation, imprisonment, torture, rape, or other inhumane acts committed against any civilian population, or persecution on political, racial or religious grounds whether or not in violation of the domestic laws of the country where perpetrated."

8. Article IV 1: "When any person in a Zone in Germany is alleged to have committed a crime, as defined in Article II, in a country other than Germany or in another Zone, the government of that nation or the Commander of the latter Zone, as the case may be, may request the Commander of the Zone in which the person is located for his arrest and delivery for trial to the country or Zone in which the crime was committed."

9. See Karl Loewenstein, "Reconstruction of the Administration of Justice in American-Occupied Germany," *Harvard Law Review* 61 (1948): 419–67; idem, "Law and Legislative Process in Occupied Germany," *Yale Law Journal* 57 (1948): 724–60, 994–1022; Eli E. Nobleman, "The Administration of Justice in the United States Zone of Germany," *Federal Bar Journal* 8 (1946): 70–97; Elmer Plischke, "Denazification Law and Procedure," *American Journal of International Law* 41 (1947): 807–27; John H. Herz, "The Fiasco of Denazification in Germany," *Political Science Quarterly* 63 (1948): 569–94.

10. The proceedings of the Military Commissions have not been published; the records are located in the National Archives branch in Suitland, Maryland. Legal summaries have been issued by the United Nations War Crimes Commission as *Law Reports of Trials of War Criminals*, 15 vols. (London, 1947–1949). The proceedings and documents of the Military Tribunals were issued in mimeographed form and are located in a number of deposit libraries; selections have been published in the 14 vols. of the Green Series.

11. See German Federal Republic, Der Bundesminister der Justiz, Bericht über die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten, Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/3124. Starting in 1946, war criminals were also tried in German courts. See Henry Friedlander, "The Judiciary and Nazi Crimes in Postwar Germany," *SWC Annual* 1 (1984): 27–44.

12. Red Series, Opinion and Judgment, p. 77.

13. United States v. Alfons Klein et al., Case No. 12-449, Review and Recommendation of the Deputy Theater Judge Advocate for War Crimes, 7708 War Crimes Group, European Command (Feb. 1946). This was the first trial held by the United States and took place prior to the proclamation of Law No. 10. The judge advocate was Colonel Leon Jaworski of later Watergate fame.

14. United States v. Otto Ohlendorf et al., Green Series, case 9, vol. 4.

15. United States v. Oswald Pohl et al., Green Series, case 4, vol. 5.

16. See judgment of the IMT: "All who were fit to work were used as slave laborers in the concentration camps; all who were not fit to work were destroyed in gas chambers and their bodies burnt. Certain concentration

camps such as Treblinka and Auschwitz were set aside for this main purpose." Red Series, Opinion and Judgment, p. 81.

17. See "History and Background of the European Displaced Persons Problem," 80th Cong., 2d sess., Senate Report 950, in *U.S. Code Cong. Service and Adm. News, 1948*, p. 2035 [hereafter cited as Senate Rept. 950].

18. See Leonard Dinnerstein, *America and the Survivors of the Holocaust* (New York, 1982).

19. See Nikolai Tolstoy, *The Secret Betrayal* (New York, 1978).

20. See Dinnerstein, *America and the Survivors*, p. 113; also House Committee on the Judiciary, Subcommittee on Immigration, Citizenship, and International Law, *Alleged Nazi War Criminals*, 95th Cong., 1st sess., 1977, serial no. 95-39, pp. 46–67 [hereafter citied as *Alleged Nazi War Criminals*].

21. Act of 25 June 1948, Public Law No. 80-774, 62 Stat. 1009. Act of 16 June 1950, Public Law No. 81-555, 64 Stat. 219.

22. Section 2(a), 62 Stat. 1009; Section 13, 64 Stat. 219.

23. See Department of Justice, Criminal Division, Office of Special Investigations, "Digest of Cases in Litigation" (issued at various times). As of January 1985, the OSI has opened 840 investigations, completed 510, and had 330 pending. The OSI had undertaken litigation for denaturalization in 30 cases, has been successful in 17, and 13 are pending in court or on appeal. It had undertaken litigation for deportation in 22 cases, and 15 are pending in court or on appeal; 5 defendants departed the U.S., 1 died, and 1 is awaiting deportation. Communication from the OSI to the authors, Jan. 1985.

24. *Alleged Nazi War Criminals*, pp. 46–67.

25. United States v. Artukovic, 170 F. Supp. 383 (S.D. Cal. 1959).

26. Ibid.

27. Artukovic v. Immigration Service, No. 81-7415 (9th Cir. 1981), Brief for the United States, p. 1.

28. Decision of the BIA, R 691-93, cited ibid., p. 4.

29. Comptroller General, *Widespread Conspiracy to Obstruct Probes of Alleged War Criminals Not Supported by Available Evidence—Controversy May Continue*, GGD 78-73 (15 May 1978); also *Alleged Nazi War Criminals*. For a popular account, see Howard Blum, *Wanted! The Search for Nazis in America* (New York, 1977).

30. See pp. 69–70 and 77–79.

31. Department of Justice, Attorney General Benjamin R. Civiletti, Order No. 851-79, 4 Sept. 1979.

32. Even for crimes committed within the United States, the states have the basic authority to define and punish crimes. Thus, during the 1960s, the federal government dealt with the violence against blacks and civil rights workers in the South by charging the killers with violations of civil rights statutes, not with murder. United States v. Price, 383 U.S. 787 (1966); United States v. Guest, 383 U.S. 745 (1966). President John F. Kennedy's accused assassin, had he himself not been killed, would have been tried in a Texas, not a federal, court. The constitutional powers of the federal government authorize national protection for federal officials (*In Re* Neagle, 135 U.S. 1 [1890]), although Congress did not exercise that power until the political assassinations of the 1960s. Arguably, Congress could make such atrocities committed abroad crimes; under the Constitution it has the power "to define and punish offenses Against the Law of Nations" (Article I, Section 8). However, such a law might run afoul of the Article VI guarantee that a defendant is entitled to a trial in "the State and district wherein the crime shall have been committed, which district shall been previously ascertained by law." On the other hand, Article III, Section 2, provides that "the trial of all crimes . . . shall be held in the state where the said crimes shall have been committed; *but when not committed within any state, the trial shall be at such place as the Congress may by law have directed*" [emphasis added]. Even without any additional congressional "definition," federal courts might have jurisdiction over offenses against international law. Thus Congress has already specifically conferred upon federal courts authority to hear *civil* suits brought by individuals against aliens in the United States who violate international law. Filartiga v. Pena-Irala, 630 F.2d 876 (2d Cir. 1980).

33. Ryan v. United States, 360 F. Supp. 264 (E.D.N.Y. 1973); United States v. Ryan, 360 F. Supp. 265 (E.D.N.Y. 1973), *aff'd*, Ryan v. United States, 478 F.2d 1397 (2d Cir. 1973). She was extradited, *In re* the Extradition of Ryan, 360 F. Supp. 270 (E.D.N.Y. 1973), *aff'd*, 478 F.2d (2d Cir. 1973).

34. *Washington Post*, 1 July 1981, sect. A, p. 1, col. 6.

35. *Alleged Nazi War Criminals*, pp. 47, 54.

36. Ibid.

37. See Adalbert Rückerl, *NS-Verbrechen vor Gericht* (Heidelberg, 1982), pp. 249 ff.

38. On Nazi language, see Henry Friedlander, "The Manipulation of Language," in *The Holocaust: Ideology, Bureaucracy, and Genocide*, ed. Henry Friedlander and Sybil Milton (Millwood, N.Y., 1980), pp. 103–13.

39. United States v. Walus, 453 F. Supp. 699 (N.D. Ill. 1978).

40. United States v. Walus, 616 F.2d 283, 295 (7th Cir. 1980).

41. Ibid., pp. 286–87, 290.

42. For the court decision, see United States v. Fedorenko, 455 F. Supp. 893 (S.D. Fla. 1978). For the facts of the case, including the details of Fedorenko's life and crimes, we have used the unpublished transcript of the trial: United States v. Feodor Fedorenko, District Court of the United States for the Southern District of Florida, No. 77-2668-Civ-NCR. For details of Fedorenko's life story, see his testimony on direct and cross examination (Fedorenko Transcript, pp. 1254–1591).

43. See Hans-Adolf Jacobsen, "Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener," in *Anatomie des SS-Staates*, 2 vols. (Munich, 1967), 2:137ff.; Christian Streit, *Keine Kameraden: Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, 1941–1945* (Stuttgart, 1978); Alfred Streim, *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im "Fall Babarossa"* (Heidelberg, 1981).

44. These volunteers were also known as *Askaris*, a Swahili term used to describe native African troops serving in the German colonial army during World War I.

45. *Justiz und NS-Verbrechen: Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen*, ed. Adelheid L. Rüter-Ehlermann and C. F. Rüter, 22 vols. (Amsterdam, 1968–1981), 22:34–47. See also Ino Arndt and Wolfgang Scheffler, "Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern," *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 24 (1976): 105–35; and Adalbert Rückerl, *NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse* (Munich, 1977), pp. 197–242.

46. *Justiz und NS-Verbrechen* 22:39.

47. See above, n. 21. About 395,000 persons had actually been admitted when the authorization expired on 21 June 1952. *The Displaced Persons Act Story: The Final Report of the United States Displaced Persons Commission* (Washington, D.C., 1952), p. 242.

48. See President Truman's message on aid to refugees and Displaced Persons, 25 June 1948, in Milton R. Konvitz, *Civil Rights in Immigration* (Ithaca, N.Y., 1953), appendix 2. Although Truman signed the DPA because "it did more good than harm," he objected to the Act's anti-Jewish bias.

49. Constitution of the IRO, Part 2 of Annex I, cited in Senate Rept. 950, p. 2052, defined those "persons who will not be the concern" of the IRO. Eligibility under the IRO and the DPA extended to those persons who were out of their country of nationality or former residence and who were unwilling to return because of fear of persecution and to persons who fled from Germany or Austria because of Nazi persecution and had returned but who had not been resettled.

50. 8 U.S.C.; sec. 1451(a).

51. The Immigration and Nationality Act (INA), 8 U.S.C., sec. 1451(a), requires revocation of citizenship illegally procured or procured by concealment of a material fact or by willful misrepresentation.

52. The INA, 8 U.S.C., sec. 1427(a) and 1429, requires applicants for citizenship to be lawfully admitted to the United States for permanent residence. Lawful admission for permanent residence requires that the individual possess a valid unexpired visa.

53. The question of involuntary participation, or rather the nature of duress, has played an important role in all West German trials of Nazi criminals. Like Fedorenko, almost all Nazis tried in West German courts, including even SS generals, have claimed that they participated in criminal activities only involuntarily under duress. Most West German district and appellate courts have disallowed this defense unless the defendant could prove that he had attempted seriously to escape such duty. As we have seen, Fedorenko made no such attempt. See the discussion of the *Befehlsnotstand* (duress under orders), in Herbert Jäger, *Verbrechen unter totalitärer Herrschaft: Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität* (Olten and Freiburg, 1967), part 2. For a crass example involving an SS general, see Henry Friedlander, "The Deportation of the German Jews: Post-war German Trials of Nazi Criminals," *Leo Baeck Institute Yearbook* 29 (1984): 201–26.

54. The INA, section 316(a)(3), 8 U.S.C., sec. 1427(a)(3), requires a good moral character as a condition for acquisition of citizenship.

55. Costello v. United States, 365 U.S. 265, 271-72, n. 2 (1961), *cited in* Fedorenko v. United States, 449 U.S. 490, 505 (1981).

56. Ibid.

57. Chaunt v. United States, 364 U.S. 350 (1960).

58. Ibid., p. 355.

59. Ibid.

60. Ibid.

61. Emphasizing the right of the individual to retain citizenship, the third and the ninth circuits have tended to see little distinction between the two tests, finding misstatements material only if the true facts, if disclosed, would have required denial of citizenship. See, for example, United States v. Rossi, 299 F.2d 650, 652-53 (9th Cir. 1962); La Madrid-Peraza v. INS, 492 F.2d 1297 (9th Cir. 1974); and United States v. Riela, 337 F.2d 986 (3rd Cir. 1964). The first, second, and sixth circuits, on the other hand, have emphasized the right of the government to full and truthful answers to questions, so that any necessary investigation could be undertaken at the time of application for citizenship, rather than later when it is more difficult to determine the facts; they have tended to view the two tests as distinct, finding it unncessary for the government to prove the existence of the ultimate disqualifying fact. See, for example, Kassab v. INS, 364 F.2d 806 (6th Cir. 1966) and Carrado v. United States, 227 F.2d 780 (6th Cir. 1955). It was the differing interpretations of the second *Chaunt*, according to the Blackmun opinion in *Fedorenko*, which led the

Court to grant *certiorari* so that it could resolve the conflict. For analyses of *Chaunt* and materiality prior to the *Fedorenko* opinion, see Note, "Misrepresentation and Materiality in Immigration Law—Scouring the Melting Pot," *Fordham Law Review* 48 (1980): 471–504; Kristin E. Hennes, "Concealment of Facts Forestalling an Investigation in Denaturalization Proceedings," *University of Chicago Law Review* 47 (1980): 588–603; Note, "Citizenship—Denaturalization—Diminished Protection of Naturalized Citizenship in Denaturalization Proceedings," *Texas International Law Journal* 14 (1979): 453–74; Irving A. Appleman, "Misrepresentation in Immigration Law: Materiality," *Federal Bar Journal* 22 (1962): 267–75. See also United States v. Fedorenko, 597 F.2d 946 (5th Cir. 1979).

62. United States v. Fedorenko, 455 F. Supp. 893 (S.D. Fla. 1978).
63. See, for example, ibid., p. 900.
64. Ibid., p. 899.
65. Ibid., p. 897.
66. Ibid.
67. Ibid, p. 899.
68. Fedorenko Transcript, pp. 1145 ff.
69. United States v. Fedorenko, 455 F. Supp. 913 (S.D. Fla. 1978).
70. Ibid.
71. Ibid., pp. 905–6. See also Debra H. Nesselson and Steven Lubet, "Eyewitness Identification in War Crimes Trials," *Cardozo Law Review* 2 (1980): 71–94.
72. United States v. Fedorenko, 455 F. Supp. 915–16 (S.D. Fla. 1978).
73. Ibid., p. 918.
74. Public Law 95-549, 8 U.S.C., sec. 1182(a), 1182(d)(3), 1251(a).
75. Brief for the United States, United States v. Fedorenko, 597 F.2d 946 (5th Cir. 1979).
76. DPA, sec. 10.
77. United States v. Fedorenko, 597 F.2d 946 (5th Cir. 1979).
78. Ibid., p. 953.
79. Corrado v. United States, 227 F.2d 780, 784 (6th Cir. 1955), *cited in* United States v. Fedorenko, 597 F.2d 946, 951 (5th Cir. 1979).
80. United States v. Fedorenko, 597 F.2d 946, 953-54 (5th Cir. 1979).
81. Fedorenko v. United States, *cert. granted*, 444 U.S. 1070 (1980).

82. Fedorenko v. United States, 449 U.S. 490 (1981). Justice Marshall delivered the opinion of the Court, in which Brennan, Stewart, Powell, and Rehnquist joined. Chief Justice Burger concurred without an opinion. Blackmun filed a concurring opinion. White and Stevens dissented in separate opinions.

83. Ibid., p. 518.

84. 8 U.S.C., sec. 1427(a), 1429, 1451.

85. Fedorenko v. United States, 449 U.S. 490, 512 (1981).

86. Ibid., p. 518.

87. Ibid., p. 526.

88. Ibid., p. 530.

89. Ibid., p. 583.

90. At the time this article was completed in spring 1984. But see below, n. 93.

91. In the Matter of Feodor Fedorenko, Department of Justice, Immigration Court, file A7 333 468—Hartford, Conn.

92. Respondent's Brief in Support of Appeal, 10 May 1983, In the Matter of Feodor Fedorenko, Department of Justice, Immigration Court, file A7 333 468—Hartford, Conn.

93. In April 1984, after the completion of this article, the BIA affirmed the order of deportation. Fedorenko then filed an appeal to the U.S. Court of Appeals for the Third Circuit, but withdrew this appeal in August 1984, thus clearing the way for his actual deportation. After the failure of last-minute legal maneuvers by the defendant and his supporters (petitions for a writ of habeas corpus and for a stay of deportation; all rejected by a U.S. district court, a U.S. court of appeals, the BIA, and two justices of the Supreme Court), Fedorenko was finally deported to the Soviet Union on 21 Dec. 1984.

DIMENSIONS
A JOURNAL OF HOLOCAUST STUDIES

Published by the International Center for Holocaust Studies, Anti-Defamation League of B'nai B'rith Winter 1986 Volume 2, Number 1

Focus: Accounting for the Holocaust

The Trials of the Nazi Criminals: Law, Justice, and History

Henry Friedlander

The question of punishment for the Nazi leaders occupied the Allies even before the end of World War II. Late in 1943, the Allied leaders—Churchill, Roosevelt, and Stalin—issued the Moscow Declaration, warning the "Hitlerite Huns" that there would be retribution for their crimes. They pledged to punish those who had committed "atrocities, massacres, and cold-blooded mass executions." Leading Nazis, whose crimes were not confined to one geographic location, would be dealt with by the Allies, while all others would be extradited for trial in the countries where they had committed their crimes. And they issued a solemn warning: "Let those who have hitherto not imbued their hands with innocent blood beware lest they join the ranks of the guilty, for most assuredly the three allied Powers will pursue them to the uttermost ends of the earth and will deliver them to their accusers in order that justice may be done."

Agreement on how to implement these promises for justice was not easy to reach. The Americans wanted judicial proceedings; the British wanted summary executions. Although the American viewpoint prevailed, the Allies encountered considerable problems in defining the nature of the crimes and the procedures for the trials. These problems were never fully solved. The failure to do so affected and, in part, altered all future prosecutions, interpretations, and documentation of the crimes of the Holocaust.

Those favoring trials faced serious philosophical and procedural difficulties. Traditional war crimes sanctioned by existing international law did not cover all the crimes of the Nazi regime. Specifically, the use of terror by the German government prior to the war (including concentration camps, the Kristallnacht pogrom, and expropriations), and the persecution before or during the war of their own nationals by the Axis powers (including the murder of the Jews), did not contravene international law as it was then practiced. The American planners introduced an innovative concept in international law to solve this dilemma. They proposed to broaden the definition of crimes covered by international law by charging the Nazi leaders with the crime of conspiring to launch and wage a war of aggression. Although conspiracy had long been established as a concept in Anglo-American common law, it was unknown in the continental civil law. Nor had the launching or waging of war, whether aggressive or defensive, ever been designated as a crime under international law. The new charge could now include all crimes by the Nazi leaders—including those prior to the war and those against their own citizens—if these crimes had furthered the conspiracy to launch and wage aggressive war.

The large number of individuals involved in the crimes of the Nazi regime posed another difficulty. Fairness demanded that each defendant have a chance to mount a reasonable defense. But the numbers involved would defeat the objective of rapid justice. Again, the American plan-

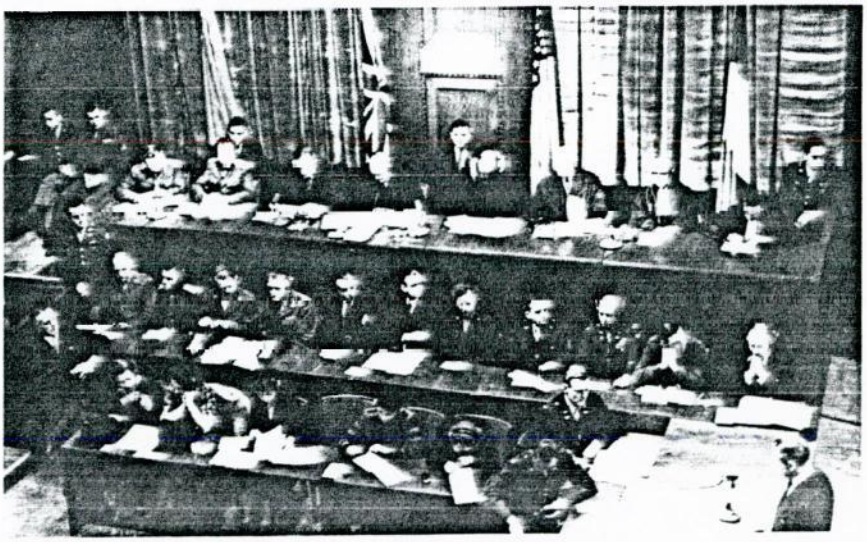
---

Henry Friedlander was born in Berlin, Germany, in 1930, and came to the United States in 1947. He received his Ph.D. in modern German history from the University of Pennsylvania. He is professor of Judaic Studies at Brooklyn College of the City University of New York.

ners introduced a new concept to solve this dilemma. Along with trying the leading Nazis, they proposed to try organizations like the SS. Once the organization was legally declared "criminal," those who had joined it as volunteers could be convicted rapidly without the need to prove in each successive trial the criminality of the organization and its members.

In August 1945, the four Allied powers occupying Germany and Austria—France, Great Britain, the Soviet Union, and the United States—signed the London Agreement creating the International Military Tribunal (IMT) for the trials of the major war criminals. Included in the IMT's charter were the definitions and procedures proposed by the American planners. The IMT, sitting in Nuremberg in 1945-1946, tried 21 leading Nazis (the 22nd defendant, Martin Bormann, was tried and convicted *in absentia*). The Allies selected them as representatives of the major segments of the Nazi regime (the proposed defendant Krupp was too ill to stand trial; the Nazi industrialists were thus not represented). Eleven defendants were hanged, three received life sentences, four received prison terms, and three were found not guilty. The IMT also convicted four organizations: the Nazi party leadership corps, the SS, the SD, and the Gestapo.

The trial of the major war criminals before the International Military Tribunal at Nuremberg focused world opinion on the crimes of the Nazi regime, and assembled for posterity a portion of the evidence historians would later use to document these crimes. But the central crime of the Holocaust—the systematic extermination of the European Jews and other selected groups—did not receive the attention it demanded. The conspiracy to launch and wage aggressive war became the central issue of the trial. This charge, originally formulated to make consideration of prewar persecutions possible, not only overwhelmed the other crucial charges but, ironically, also



The Opening of the International Military Tribunal in November 1945, held at Nuremberg. Here, the indictment against twenty-two leaders of Nazi Germany is read to the tribunal judges (top row). Wide World Photos. From The Holocaust, 1933–1945, *a poster series created by the International Center for Holocaust Studies.*

failed to fulfill its intended purpose. After hearing all the evidence, the tribunal did not agree that prewar persecutions formed part of the aggressive war conspiracy and therefore did not consider them in the judgment.

The Allies introduced the concept of "crimes against humanity," in part to cover the persecution and murder of the Jews. These crimes had been defined as "murder, extermination, enslavement, deportation, and other inhumane acts committed against any civilian population, before or during the war, or persecutions on political, racial or religious grounds." But the definition of these crimes overlapped with the definition of "war crimes," which, in addition to the traditional "violations of the laws of war," also included "the murder, ill-treatment or deportation. . . of civilian population of or in occupied territory." Even the judges could not easily distinguish between these two sets of crimes. This confusion between war crimes and crimes against humanity, as well as the emphasis on aggressive war, has confounded all subsequent discussions about Nazi criminality. In the popular mind the term *war crimes* became permanently attached to the crimes of the Holocaust. But the overwhelming majority of Nazi crimes, including the mass murder of Jews and others far from the front lines, were totally *unconnected* with the necessities and conditions of war; the war served the Nazi leaders merely as an excuse—and their apologists today as a rationalization—to mask the ideological basis of the crimes.

The London Agreement had contemplated for the IMT more than one trial of so-called major war criminals, but only one ever took place. All other Nazi criminals had to be dealt with in another way. One way was extradition, as had been promised in the Moscow Declaration. Thus, thousands of Nazi criminals faced trials in the countries once occupied by Germany. (For example, major criminals, like Rudolf Hoess, Artur Greiser, and Juergen Stroop, were tried in Poland.) But for many reasons, this still left a vast number of persons suspected of committing crimes. These had to be dealt with by each Allied power in its own zone of occupation in Germany.

In December 1945, the Allied Control Council issued Law No. 10 to provide a "uniform legal basis in Germany for the prose-

cution of war criminals." This law covered the same crimes applied by the IMT and defined in the London Agreement. Most trials took place in military courts, similar to courts-martial, with military officers serving as judges and using simplified procedures. The trials involved war crimes committed against Allied soldiers, but they also involved the trials of the concentration camp guards. In the American zone, military commissions, meeting in Wiesbaden, Ludwigshafen, and Dachau, tried guards from Dachau, Buchenwald, Mauthausen, Mittelbau-Dora, and Flossenbuerg. In the British zone, guards from Neuengamme were tried in Hamburg and those from Bergen-Belsen in Lueneburg. Trials in all four zones involved thousands of defendants, resulted in a high percentage of convictions, and led to a large number of death sentences. Almost 500 Nazi criminals were executed by the three Western Allies alone.

Most prominent and widely publicized were the trials held under Law No. 10 at Nuremberg, in the American zone. There, United States military tribunals judged Cabinet and sub-Cabinet Nazi leaders in twelve trials between October 1946 and April 1949. Known as the subsequent Nuremberg proceedings, these trials modeled their procedures on those of the IMT, using American civilian judges and observing strict rules of evidence. But, unlike the IMT, they focused on crimes against humanity. Most of these trials, including those against government Ministers and Secretaries (the Ministries Case), industrialists (the Krupp, Flick, and I.G. Farben Cases), physicians (the Medical Case), and lawyers (the Justice Case), involved the crimes of the Holocaust. This was particularly true in the trials of administrators of the concentration camp system (the Pohl Case) and of the commanders of the *Einsatzgruppen* (the Ohlendorf Case). The evidence gathered for these subsequent trials forms, together with the evidence from the IMT, the Nuremberg documentation: proceedings, interrogations, and documents. For over thirty years, this documentation has been an essential source of knowledge not only about Nazi Germany, but also about the Holocaust.

After disposing of the most prominent criminals, the Allies also had to deal with the rank and file supporters of the criminal Nazi regime. But the failure to establish workable guidelines permitted many criminals to escape from an accounting for their actions. The original intention of the American planners had been to convict the Nazi organizations before the IMT, and then to dispose of their members in summary proceedings. But this did not happen. Allied courts rejected the notion of guilt by association and refused to prosecute crimes solely on the basis of an individual's membership in a criminal organization. Instead, they demanded proof of individual culpability. But, in spite of this decision, the Allies did force the Germans to create special tribunals to affix some kind of punishment—imprisonment or fines—to all members of the Nazi party and its organizations. Still, this procedure, known as denazification, proved a fiasco. The denazification tribunals, understaffed and without adequate resources, were inundated by the vast number of large and small Nazis. Unable to investigate their cases thoroughly, the tribunals could not discover the true criminals among the mass of Nazis. The denazification proceedings were rapidly discredited and soon stopped.

Nazi leaders on trial at Nuremberg, 1945. Hermann Goering is seated to the far left in the center row. Next to him is Rudolf Hess. Wide World Photos.

The conviction of organizations as criminal posed other problems. Singling out the SS, SD, and Gestapo made it appear that other organizations had not participated in the criminal Nazi enterprise. The best example is the Nazi police. The Gestapo was the detective force concerned with political crimes; their counterpart, the detective force concerned with regular crimes, was known as the Kripo. But this division of labor was never complete. For example, the Kripo was responsible for persecuting the

gypsies, and the Kripo crime laboratory did research on how to gas people. Christian Wirth, the commander of the extermination camps of Belzec, Sobibor, and Treblinka, came to this criminal enterprise from the Kripo, not from the Gestapo. Even the uniformed police were involved in Nazi crimes. They regularly guarded deportation trains and conducted round-ups. In the occupied territories especially, the police forces tended to merge. Yet only members of the Gestapo, which had been condemned as a criminal organization, were routinely barred from resuming their careers as police officers, while members of the Kripo and the uniformed police, not even indicted as criminal organizations before the IMT, returned to their jobs in the postwar police without difficulty.

The Cold War also undermined the Allied commitment to prosecute Nazi criminals. Death sentences were commuted to life in prison (the last Nazi criminals were executed by the Americans in 1952), and most prison sentences were substantially reduced. By the end of the 1950s, all incarcerated Nazi criminals, even those who had received life sentences, were released by the Western Allies. The same was true in almost all European countries. Even in the Soviet Union and Poland, most Nazi criminals were released by the middle 1960s. Moreover, Nazi criminals able to escape detection in the immediate postwar years were never tried by the Allies. (Only Adolf Eichmann, kidnapped in Argentina by the Israelis a decade later, faced judgment in Jerusalem.) Except for the sentences imposed by the IMT, which needed agreement from all four Allies for a revision, all prison sentences imposed by the Allies separately were eventually revised. Allied justice for Nazi criminals was therefore either swift or nonexistent. Unable to try all Nazi criminals, the Allies selected some and left others for a later date that never arrived. Over whelmed by the large number of possible defendants, the Allies were unable to prevent many from evading arrest by hiding or fleeing. Indeed, the Allies encouraged some to escape from arrest because they considered them useful and thus protected them. Klaus Barbie, currently held for trial in France, is only the most notorious of these.

The end of the Allied trials did not mean the end of the prosecution of Nazi criminals. Late in 1945, less than one year after the German capitulation, the Allies permitted the newly reconstituted German and Austrian courts to try a few Nazi perpetrators. Alongside the old German and Austrian penal codes, these courts applied special laws issued for this purpose. In Germany this was Control Council Law No. 10, and in Austria it was the *Volksgerichtsbarkeit* that included the charge of treason against the former Austrian state. The courts were not lenient. The rate of conviction was high and the sentences were severe. A number of Nazi criminals were sentenced to death and executed. The Allies did, however, severely restrict the German and Austrian courts. Retaining the most important Nazi criminals for trial in their own courts, the Allies did not permit Germans and Austrians to prosecute crimes committed in the occupied territories or against Allied nationals. The crimes of mass murder of the European Jews was thus removed, during the immediate postwar years, from the jurisdiction of German and Austrian courts.

The trials in the German courts focused on crimes committed inside Germany against German nationals (the same concept applied in Austria). The crimes tried involved political murders during 1933–1934, violence during Kristallnacht in November, 1938, denunciations by informers, murders in concentration camps before the war, and the murder of mental patients in German institutions. In these cases local prosecutors usually knew the perpetrators and the evidence to convict them could usually be obtained on the spot. For example, in the trials involving Kristallnacht, local witnesses and documents usually convicted the perpetrators. But often the prosecution still needed Allied help. In trials involving murders in concentration camps or mental institutions, for example, prosecutors had to obtain Nuremberg documents to build their cases.

The end of the Allied occupation, and the creation of three independent successor states (German Federal Republic, or West Germany; German Democratic Republic, or East Germany; and Republic of Austria), left the prosecution of all remaining Nazi criminals to the German and Austrian courts. Independence also ended the application of the special laws in the trials of Nazi criminals (the Allies revoked Law No. 10), leaving the conduct of the trials to each successor state. After the State Treaty of 1955 granted full independence to

Adolf Eichmann on trial in Jerusalem, 1961.

Austria, the number of trials decreased sharply, as did the percentage of convictions. In trials that did take place (for example, the trial of Franz Novak, one of Eichmann's assistants), the Austrians applied the old Austrian penal code. But no court decisions have been published, and access to trial records is very restricted. Although historians do receive permission to consult the records of a specific trial, this case-by-case system of application for permission makes any overall evaluation extremely difficult. The popular impression thus persists that justice for Nazi criminals has not been vigorously pursued in Austria.

The German Democratic Republic has been the most determined of the three successor states to convict Nazi criminals. In the immediate postwar years it applied Law No. 10 with the utmost severity. And the newly promulgated socialist penal code incorporated the Nuremberg concept of crimes against humanity. But after the large number of convictions during the immediate postwar years, trials have become relatively rare. The reason for this might be that many Nazis fearing criminal prosecution fled to the West from the Soviet zone of occupation and, later, from the Democratic Republic. Court decisions are not published in the German Democratic Republic, either; nor have historians been able to gain access to court records. A definitive evaluation of the overall achievement of the GDR, as of Austria, is therefore not yet possible.

Most post-Nuremberg trials of Nazi criminals have taken place in the German Federal Republic. During the 1950s most prosecutors believed that, after the Allied trials, all important Nazi crimes had already been litigated. However, in the late 1950s the *Einsatzgruppen* trial in Ulm revealed that most of the crimes committed in the East, including the murder of the Jews, had never been brought to trial. To remedy this deficiency, a central office was established in Ludwigsburg for the investigation of Nazi crimes. Attorneys-General in all regions created special departments where prosecutors could try Nazi criminals. These prosecutors assembled the evidence, wrote the indictments, and conducted the trials involving all aspects of Nazi crimes. New evidence from witnesses and documents made possible the trial of Nazis accused of crimes in ghettos, camps, mental institutions, *Einsatzgruppen*, central offices, and during deportations. The prosecutors compiled a record of Nazi criminality already larger than the one assembled for Nuremberg. Many court decisions have been published, and access to the complete record is possible for scholarly research. For the history of Nazi Germany and the Holocaust, historians now can no longer rely only on the Nuremberg documentation. They must, as well, consult the record compiled by prosecutors in the German Federal Republic.

Inspection of inmates' quarters at Auschwitz-Birkenau during the West German Auschwitz Trial, 1963–1965. Shown here is Franz Lucas, formerly a medical officer of the camp, who was eventually sentenced to three years and three months at hard labor. Wide World Photos.

The efforts, and the finances that have been expended on the investigation and prosecution of Nazi crimes in Germany are truly impressive, but the results —if measured by convictions and sentences—are far more ambivalent. Many investigations never led to trials, many trials did not produce convictions, and many convictions resulted in unusually low sentences. A number of factors explain these limited results. Considering the London Agreement as retroactive legislation, the West German judicial system has applied only the penal code that existed at the time the crimes were committed. This has prevented the Nazi criminals from claiming political persecution under a foreign law, i.e., the Allied laws applied at Nuremberg, and has forced them to face their judges in their own courts under their own laws like any other thief or killer. But it has also made conviction more difficult. The penal code was designed for ordinary crimes and criminals; it does not easily lend itself to massive crimes committed by the agents of the state. It is therefore difficult to prove the specific circumstances of the crime, especially when, after so many years, locations have changed, documents have disappeared, and witnesses have died. But this is now necessary for a successful prosecution. Thus investigations take decades and trials take years. Postwar legal interpretations pose further problems. Because the courts have designated Hitler and his immediate associates as the senior perpetrators of the Holocaust, they must determine whether the specific defendant was their fellow perpetrator or their accomplice. To do this, they must probe his motive and intent, which are difficult to reconstruct. Too often, the courts convict defendants only as accomplices, resulting in low sentences.

As time has passed, convictions have become more difficult. The statute of limitations has removed all Nazi crimes, except murder, from prosecution. Many witnesses have died, and those remaining can no longer remember all the

specific details required in a trial. Defendants and their chosen attorneys (not those attorneys appointed by the court) have used all means, including disruption and libel, to drag out the proceedings. Defendants have become old men who have used illness, both real and feigned, to postpone trials and escape convictions.

On balance, the West German judicial system has accomplished much. Surrounded by popular indifference, and even hostility, the judicial system has investigated, indicted, and tried Nazi criminals for 40 years. This accomplishment is primarily due to the commitment of the prosecutors. Risking the loss of rapid promotion, these prosecutors have volunteered to spend years pursuing the politically unpopular goal of bringing Nazi criminals to justice. Judges who were assigned at random to trials of Nazi criminals obviously did not often share this commitment. Still, some were converted, during long and arduous trials, to an equally committed position.

Recently the United States has become involved in the prosecution of Nazi criminals. After the war, while the United States prosecuted Nazi criminals in Europe, large numbers of Nazi criminals illegally entered the United States by hiding their past. A few, like Andrija Artukovic, were known but found shelter from deportation and extradition during the Cold War. Most lived uneventful lives without detection. Only in the 1970s did a new American generation demand action. Congressional pressure moved the Immigration and Naturalization Service to institute litigation against Nazi criminals who had entered the United States illegally. However, the Service was not effective. The Justice Department therefore created the Office of Special Investigations (OSI) to conduct all litigation against Nazi criminals in the United States. The OSI has been most successful. After winning in the Supreme Court the case against Feodor Fedorenko, who had served as a Ukrainian guard in Treblinka, the OSI has been able to denaturalize large numbers of Nazi criminals. Deportation, the final aim of these proceedings, has been more difficult. Unlike federal judges who rule on denaturalization, judges of the Immigration and Naturalization Service ruling on deportation have been less willing to enforce the law against Nazi criminals. Still, the OSI has been successful in a few cases. For example, almost four years after he lost his citizenship (in a ruling of the Supreme Court), Fedorenko was finally deported to the Soviet Union.

The nature of the current American prosecution of Nazi criminals is different from that of previous prosecutions. The defendants are mostly East European collaborators who, though they committed brutal crimes, had served only on the lowest rung of the Nazi chain of command. Moreover, because the laws of the United States do not permit the government to try them for the crimes they committed in Europe, the government can only denaturalize and deport them. Congress and the executive branch want to rid the United States of the embarrassment of Nazi criminals within its borders. Ultimate trial and conviction for crimes have been replaced by deportation for illegal entry. Still, Congressional determination and the commitment of the OSI attorneys have begun to establish a credible record after years of inaction.

Less credible has been Nazi-hunting by a number of Senators. Public hearings on the missing Mengele, shortly before his body was discovered by others, appeared to serve only as publicity for the Senators involved. Such methods are especially untenable since Congress can do something positive to aid in the prosecution of Nazi criminals. It could amend an earlier Allied treaty. When the three Western Allies granted independence to the German Federal Republic, they imposed a condition in the transfer treaty prohibiting the Germans from prosecuting any Nazi criminal already investigated or tried in an Allied court. Thus, leading Nazi perpetrators, including commanders of *Einsatzgruppen*, convicted at Nuremberg and rapidly released, could not be indicted by the Germans. They appeared in court only as witnesses for their former subordinates. In the 1970s, France and Germany signed an amendment to this treaty permitting the trial of some of these criminals. Nothing has prevented the U.S. Congress from doing the same.

After the war, it was widely believed that the Nazis would be swiftly judged and then disappear forever behind prison walls. This did not happen. We must accept the fact that the perpetrators, who have already outlived their victims, will be with us as long as the survivors. The biological clock is now running out on the criminals, and on the witnesses who can testify against them. Still, the trials must continue as long as possible. Justice demands it. No civilized system of laws can survive if it fails to enforce the law against those guilty of mass murder. Our laws and the survival of our civilization—not simply retribution against old men—demands the continuation of these trials. In addition, the record is important for posterity. Already there are men of ill will who deny that these crimes took place. But they will not prevail because the massive record of these crimes, compiled in the postwar trials, will reveal the truth to future generations.

For Further Reading

(Trial Records and Secondary Sources)

For the IMT, the proceedings (in English, including an index) and a selection of documents (mostly in German) have been published as *Trial of the Major War Criminals Before the International Military Tribunal* [Blue Series], 42 vols. (Nuremberg,

1947). Some of these documents, as well as some not published in the Blue Series, have been published in English translation in *Nazi Conspiracy and Aggression* [Red Series], 11 vols. (Washington, 1946–48).

For the subsequent Nuremberg trials, selected proceedings, interrogations, and documents have been published in English translation as *Trials of War Criminals Before the Nuremberg Military Tribunals Under Control Council Law No. 10* [Green Series], 14 vols. (Washington, 1949-50). Short legal summaries of some of these trials, as well as other Allied trials (before military commissions, etc.) have been published as *Law Reports of Trials of War Criminals*, 15 vols. (London, 1947-49). More detailed proceedings for some of the trials before military commissions have also been published in English. Of special interest are *The Hadamar Trial*, ed. E.W. Kitner (London: William Hodge, 1949) and *The Belsen Trial*, ed. R. Phillips (London: William Hodge, 1949).

Most of the Nuremberg documents have never been published. All Nuremberg documents (in German, but often with English summaries) and all interrogations (usually in German) are available in the Modern Military Branch of the National Archives in Washington. Full transcripts of the subsequent Nuremberg proceedings were issued in mimeographed form; the English version can be found in deposit libraries. The record of the trials before U.S. military commissions is available in the Suitland, Maryland, branch of the National Archives. The record of the British military trials is available in the Public Records Office in London.

The full record of the Eichmann trial was never published and is available only in Israel. At the time of the trial, a multilanguage transcript of the proceedings, mimeographed and uncorrected, was issued daily for the press; copies can be found in various libraries.

From postwar West German trials (covering the period to the middle 1960s) selected court decisions have been published as *Justiz und NS-Verbrechen*, 22 vols. (Amsterdam, 1968 ff.). All German trial records still remain with the offices of the state attorneys (in Austria, with the local courts), but some records of trials from the late 1940s have been deposited with state archives.

A guide to the literature about postwar trials is the bibliography compiled by John R. Lewis, *Uncertain Judgment* (Santa Barbara: ABC-Clio, 1979). For a history of the American plans for postwar trials, see Bradley F. Smith, *The Road to Nuremberg* (New York: Basic Books, 1981) and his accompanying volume of documents, *The American Road to Nuremberg: The Documentary Record* (Stanford: Hoover Institution Press, 1982). For an analysis of the IMT trial, see Bradley F. Smith, *Reaching Judgment at Nuremberg* (New York: Basic Books, 1977). Many participants in the Nuremberg trials have written accounts of their experiences. One of the first was G.M. Gilbert, *Nuremberg Diary* (New York: Farrar, Straus & Cudahy, 1947) and one of the most recent has been Airey Neave, *On Trial at Nuremberg* (New York: Little, Brown, 1979). For the Eichmann trial, see Gideon Hausner, *Justice in Jerusalem* (New York: Schocken Books, 1968) and Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem* (New York: Viking Press, 1964).

Almost nothing has been published in English on the postwar German trials. For one survey, published by the chief prosecutor of the Central Office in Ludwigsburg in both English and German and distributed by the German Information Service, see Adalbert Rueckerl, *The Investigation of Nazi Crimes* (Heidelberg and Karlsruhe: C.F. Mueller, 1979). For an analysis, see Henry Friedlander, "The Judiciary and Nazi Crimes in Postwar Germany," *Simon Wiesenthal Center Annual*, vol. 1 (1984), and for one group of trials, see his "The Deportation of the German Jews: Postwar Trials of Nazi Criminals," *Leo Baeck Institute Yearbook*, vol. 29 (1984). Even in German there is not much literature about these trials. Of special interest is the analysis by Herbert Jaeger, *Verbrechen unter totalitaerer Herrschaft* (Olten and Freiburg: Walter Verlag, 1967), the personal account of a Hamburg prosecutor, Helge Grabitz, *NS-Prozesse: Psychogramme der Beteiligten* (Heidelberg: C.F. Mueller, 1985), and a discussion of the importance of these trials for the writing of history by Wolfgang Scheffler, "Der Beitrag der Zeitgeschichte zur Erforschung der NS-Verbrechen," in *Vergangenheitsbewaeltigung durch Strafverfahren* (Munich: Guenter Olzog Verlag, 1984).

The current American proceedings against Nazi criminals in the United States are too recent to expect published documents and detailed histories. A listing summarizing all cases and providing references for all decisions is issued by the OSI at irregular intervals as "Digest of Cases." Denaturalization decisions from the federal courts can be found in published form in any law school library. A personal account has been published by the former chief of the OSI, Allan A. Ryan, Jr., *Quiet Neighbors* (San Diego: Harcourt, Brace, Jovanovich, 1984). For an early analysis, focusing on the case that went to the Supreme Court, see Henry Friedlander and Earlean M. McCarrick, "Nazi Criminals in the United States: The Fedorenko Case," *Simon Wiesenthal Center Annual*, vol. 2 (1985).

Vorgelegt gem. Vfg. [redacted] 177

8/4

2 Monate

(Bl. 178)

1076

8. APR. 1986

– Durchschrift –

bildarchiv preussischer kulturbesitz

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, 1 Berlin 61, Postfach 61 03 17

Postfach 61 03 17
Hallesches Ufer 76
1000 Berlin 61
Telefon: 030/266 24 25/28
Telegramm: Staatsbild Berlin
Telex: 018 31 60 staab d

Ihr Schreiben vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Datum
		drk/a	15.4.86

Betr.: Rückgabe folgender Unterlagen:

1. Lichtbildmappe: Angehörige der Gruppe IV - D 1 Ks 1/69
2. dto.
3. Lichtbildmappe: 1 Js 1/67 (Stl.Bln)
4. Lichtbildmappe: Angehörige der Gruppe IV A 1 Ks 1/69
5. BildmaPPe : 1 Js/65 - RSHA -
6. Polen-Lichtbilder I 1 AR 123.63
7. dto.
8. Polen-Auschwitz-Musem Lichtbilder 1 AR 123.63

Ich bestätige den Empfang der genannten Mappen: 15. APR. 1986

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Am Karlsbad 6-7
1000 Berlin 30

1/ Zum Vorgang
2/ Wieder vorlegen
22. APR. 1986

(Original der Empfangsbestätigung bei Übergabe ausgehändigt.)

Hamburg,den 29.7.86

205

Andreas Seeger
Lüttmelland 30
2 Hamburg 65

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 30. JULI 1986
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

2362

Betr.: Antrag auf Einsicht in die Akten mit den Aktenzeichen:
1 AR 422.60 , 3 P(K) Js 88/63 → 1 Js 1/68 ← 3P(K) Js 54/62 GStA ,
1 Js 1/69 , 3 P(K) AR 3/82 .

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt!

Durch Anfrage bei der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg bin ich auf diese Aktenzeichen,die von den Akten über die Person Heinrich Müller stammen, aufmerksam geworden.
Ich habe die Absicht im Rahmen meines Geschichtsstudiums eine wissenschaftliche Arbeit über H.Müller und die Gestapo im Reichssicherheitshauptamt anzufertigen.Meine Frage ist nun,ob Sie mir die Einsicht in diese Akten ermöglichen könnten.Wenn Sie eine für mich positive Entscheidung gefällt haben, wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir Die Kopien der genannten Akten zuschicken würden.Falls aber das Aktenmaterial zu umfangreich ist oder prinzipiell keine Aktenkopien verschickt werden,würde ich gerne persönlich Einblick in die Akten nehmen wollen.
Vielen Dank im voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Seeger

An
den Generalstaatsanwalt
Kammergericht Berlin
Am Karlsbad 6-7
1000 Berlin 30

Abs.
Andreas Seeger
Lüttmelland 30
2000 Hamburg 65

1 AR 123/63 RSHA

Vfg.

206

1) Zu schreiben (mit Leseschrift):

Herrn
Andreas Seeger
Lüttmelland 30
2000 Hamburg 65

Betrifft: Einsichtnahme in Vorgänge betr.Heinrich M ü ll e r
Bezug: Ihr Schreiben vom 29.Juli 1986

Sehr geehrter Herr Seeger,
aus Gründen des persönlichen Daten- und Geheimschutzes nach dem Datenschutzgesetz und insbesondere im Hinblick auf § 203 Abs. 2 StGB sehe ich mich nicht in der Lage,Ihnen die hiesigen Sachakten zur Einsichtnahme,die nur hier im Hause möglich wäre,zur Verfügung zu stellen.Unbeschadet der noch näher zu prüfenden Frage der Bedeutung Ihres wissenschaftlichen Vorhabens nach Aufgabenstellung und Forschungsinhalt fehlt es derzeit an einer gesetzlichen Grundlage,die mich zu einem positiven Bescheid befugen könnte.

Das in dem Bezugsschreiben genannte Verfahren 3 P (K) AR 3/82 ist am 22.April 1982 an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Heilbronn abgegeben worden.Das dortige Aktenzeichen ist hier nicht bekannt.

Hochachtungsvoll

2) Wieder weglegen

Berlin,den 5.August 1986

Kanzlei
Eingang am 5. 8. 86
Gefertigt am 5.8.86 Nc
3 = 17 Seiten. CZ

n.gl. f-14

5. 8. 86

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

5. August 1986

2171

206 a

1 AR 123/63 RSHA

Herrn
Andreas Seeger
Lüttmelland 30

2000 Hamburg 65

Betrifft: Einsichtnahme in Vorgänge betr. Heinrich M ü l l e r

Bezug: Ihr Schreiben vom 29. Juli 1986

Sehr geehrter Herr Seeger,

aus Gründen des persönlichen Daten- und Geheimschutzes nach dem Datenschutzgesetz und insbesondere im Hinblick auf § 203 Abs. 2 StGB sehe ich mich nicht in der Lage, Ihnen die hiesigen Sachakten zur Einsichtnahme, die nur hier im Hause möglich wäre, zur Verfügung zu stellen. Unbeschadet der noch näher zu prüfenden Frage der Bedeutung Ihres wissenschaftlichen Vorhabens nach Aufgabenstellung und Forschungsinhalt fehlt es derzeit an einer gesetzlichen Grundlage, die mich zu einem positiven Bescheid befugen könnte.

Das in dem Bezugsschreiben genannte Verfahren 3 P (K) AR 3/82 ist am 22. April 1982 an die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Heilbronn abgegeben worden. Das dortige Aktenzeichen ist hier nicht bekannt.

Hochachtungsvoll
B a l k e
Oberstaatsanwalt

Ne

[redacted]
Staatsanwalt,
bei dem Kammergericht Berlin,
Am Karlsbad 6 - 7,
1000 Berlin 30

Senan Molony
56 Cremore Crescent,
Glasnevin,
Dublin 11
Republik Irland.

207

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 03. JULI 1987
mit Akt. Bl. Akten

Re: Einen Deutschen Flüchtling

Sehr geehrter Herr Staatsanwalt,

Ich bin eine irische Journalist, und ich suche Einzelheiten uber:

Kurt Albert Nowack
Geboren 1904
Verstorben 21.8.58

Leiter der Abt. III C b, Sicherheitsdienst, Brüssel 1941-44

N o w a c k wird in dem Verfahren 1 AR (RHSA) 625/64 Staatsanwaltschaft Berlin genannt.

Bitte mir senden alles Information von diese mann, und einige Kriminal spesen verwickelt. Bedaure für die schlechte Deutsch!

Mit freundlichen Grüßen,

Senan Molony

Herr Senan M o l o n y

Kanzlei
Eingang am 6. 7. 87
06.07.87 Gri
Rtuml/Schr. u. 12 Dr.
7. JULI 1987

1 Fr schreiben (Kurt Lebensdauer)
Ihnen
Senan Molony
<.07
Sehr geehrter Herr Molony,
zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß es mir aus Rechtsgründen nicht möglich ist, Ihnen als Privatperson Auskunft aus den hiesigen Akten über Kurt Albert Nowack zu erteilen.
Mit vorzüglicher Hochachtung
(z.L.)
1 Briefkopf

6. JULI 1987

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

6. Juli 1987

2153

208

1 AR (RSHA) 625/64
1 AR 123/63 RSHA

Luftpost!

Herrn
Senan Molony
36 Cremore Crescent
Glasnevin
Dublin 11
Republik Irland

Sehr geehrter Herr Molony,

zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß es mir aus Rechtsgründen nicht möglich ist, Ihnen als Privatperson Auskunft aus den hiesigen Akten über Kurt Albert N o w a c k zu erteilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Balke
Oberstaatsanwalt

Gie

STICHTING 1940-1945

Districtskantoor Zuid-Holland

209

Bezoekadres:
Westersingel 23, Rotterdam-C.
Correspondentie-adres:
Postbus 2948, 3000 CX Rotterdam
Telefoon 010-366266 Niederländе

Staatsanwaltschaft beim KG Berlin
Am Karlsbad 6 - 7
1000 BERLIN 30
B.R.D.

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht
Eing. am 15. OKT. 1987
mit Anl. Blatts Bd. Akten

Soc. dos. :
Reg. nr. :
Stamnr. :
Onze ref. : ER/GR/1036

Datum: 13.10.1987.

Onderwerp:

Sehr geehrte Herren,

Im Zusammenhang einer Anfrage um Zuerkennung einer Besondern Invaliditäts Pension 1940 - 1945 machen wir eine genaue Prüfung nach den Aktivitäten während der Jahre 1940 - 1945 des Herren :

MOLENAAR Constant, Adrianus, Catharinus
geboren 12. November 1918 in Amsterdam
während des Krieges wohnhaft in Schiedam,
Lorentzlaan 43 b.

Kein Vorg. in der RSHA Kartei 15/10

Der Beteiligte, Herr C.A.C. MOLENAAR, soll zusammen mit seinem Bruder W. Molenaar im November 1943 in der Falkenbergerstrasse in Berlin verhaftet sein im Hause einer gewissen Frau Graetz.
Uns ist nicht bekannt ob auch diese Frau verhaftet wurde.
Die Verhaftungen sollten durch den Sicherheits Dienst ausgeführt sein die beide Gefangenen einige Tage am Alexanderplatz in Berlin unterfragt haben.
Beide Gefangenen wären danach 3 Monate im Spandau Gefängnis eingeschlossen.

Ungefähr Februar 1944 sollen beide ins KZ Lager Dachau abtransportiert sein wo der Bruder W. Molenaar gestorben ist. Diese letzte Mitteilung wurde vom Roten Kreuz nachgeprüft.

Wir werden es besonders schätzen wenn Sie uns mitteilen könnten ob Sie in Ihren Archiven diese Mitteilungen bestätigen könnten.
Weiter interessiert es uns besonders was der Grund dieser Verhaftungen war und ob die beiden Brüder Molenaar im Deutschen Dienst waren oder während der Verhaftung in Deutsch Militär Uniform gekleidet waren.

Könnten Sie uns diese Informationen nicht geben würden wir sehr gerne von Ihnen erfahren an welchen Archiv Dienststelle wir uns wenden können.

Ihnen im voraus dankend für Ihre Bemühungen erwarten wir gerne Ihre Nachrichten.
Mit freundlichem Grusz.

Hochachtungsvoll
Stichting 1940-1945 Zuid-Holland

Mw. A.H.Bossers
Direktor
vor diese: K.Noordijk

1 AR 123/63 (RSHA)

210

Vfg.

1) Vermerk:

Fernmündlich Rücksprache gehalten mit Herrn StA Jahntz StA/LG und Herrn JVAR Vitko Sen.Just.

2) Zu schreiben (mit Leseschrift)

Stichting 1940-1945
Districtskantoor Zuid-Holland
Westersingel 23
Postbus 2948,3000 CX
R o t t e r d a m /Niederlande

Betrifft: < Bl.209 >
Bezug: Dortige Anfrage vom 13.Oktober 1987 - ER/GR1036 -

Sehr geehrte Damen und Herren,
zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen,daß Herr Molenaar in den hiesigen Karteien nicht verzeichnet ist,so daß ich über ihn keine Unterlagen auffinden kann.Auch eine Nachfrage bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin erbrachte kein Ergebnis.
~~Nunmehr habe ich~~ die hiesige Vollzugsanstalt für Frauen,bei der im Jahre 1946 die Haftunterlagen aus dem Gefängnis Spandau eingelagert wurden, gebeten, Nachforschungen über Herrn Molenaar anzustellen.Sollten sich dort noch Unterlagen befinden,wird die Vollzugsanstalt Sie unmittelbar benachrichtigen.
Ob in bezug auf das KZ Dachau noch Haftunterlagen verfügbar sind, entzieht sich meiner Kenntnis.Möglicherweise kann insoweit

< Bl. 6 > oder die
< Bl. 35 >

Auskunft geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
(z.U.)

3) Zu schreiben (mit Leseschrift)
- unter Beifügung einer zu fertigenden Ablichtung von Bl. 209 - :

An die
Justizvollzugsanstalt für Frauen
Berlin 13

Unter Bezugnahme auf die in Ablichtung beigefügte Anfrage der Stichting 1940-1945 bitte ich um Prüfung, ob dort noch Haftunterlagen über Herrn Molenaar vorhanden sind.Die Unterlagen aus dem

und 331 Beanstandung

b.w.

aus dem Gefängnis Spandau sind nach einer Auskunft der Senatsverwaltung für Justiz (Herr JVAR Vitko) im Jahre 1946 in dortige Obhut gelangt.
Sollten sich einerseits Hinweise auf ein anhängig gewesenes Strafverfahren ergeben, andererseits die Unterlagen aber an das Landesarchiv abgegeben worden sein, wäre ich für eine kurze Nachricht dankbar.

4/5) Zur persönlichen Abrichtung von Bl. 6 + 35 mit gesondert vorlegen.
Wieder weglegen.

Berlin, den 19. Oktober 1987

Kanzlei
Eingang am: 20. 10. 87
Gefertigt am: 20.10.87 30
zu 2) 1 Schs. + 1 Du
zu 3) 1 Schs. + 1 Du + 1 Abl.
zu 4) Abl. gef.

21. OKT. 1987

Durchschrift

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

19. Oktober 1987

2171

1 AR 123/63 (RSHA)

Stichting 1940-1945
Districtskantoor Zuid-Holland
Westersingel 23
Postbus 2948, 3000 CX

Rotterdam/Niederlande

Betrifft: M o l e n a a r Constant, Adrianus, Catharinus
geboren 12. November 1918 in Amsterdam

Bezug: Dortige Anfrage vom 13. Oktober 1987
- ER/GR 1036 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß Herr Molenaar in den hiesigen Karteien nicht verzeichnet ist, so daß ich über ihn keine Unterlagen auffinden kann. Auch eine Nachfrage bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin erbrachte kein Ergebnis.

Die hiesige Vollzugsanstalt für Frauen, bei der im Jahre 1946 die Haftunterlagen aus dem Gefängnis Spandau eingelagert wurden, habe ich gebeten, Nachforschungen über Herrn Molenaar anzustellen. Sollten sich dort noch Unterlagen befinden, wird die Vollzugsanstalt Sie unmittelbar benachrichtigen.

Ob in bezug auf das KZ Dachau noch Haftunterlagen verfügbar sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Möglicherweise kann insoweit

der Leiter der Zentralstelle im Lande Nordrhein Westfalen
für die Bearbeitung von nationalsozialistischen
Massenverbrechen in Konzentrationslagern
bei der Staatsanwaltschaft Köln
Justizgebäude Krebsgasse 5 - 11
5000 Köln

...

oder die

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
Schorndorfer Straße 58
7140 Ludwigsburg

Auskunft geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Balke
Oberstaatsanwalt

Bo

Durchschrift

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht.

19. Oktober 1987

1 AR 123/63 (RSHA)

2171

An die
Justizvollzugsanstalt
für Frauen

1000 Berlin 13

Unter Bezugnahme auf die in Ablichtung beigefügte Anfrage der Stichting 1940-1945 bitte ich um Prüfung und ggf. Beantwortung, ob dort noch Haftunterlagen über Herrn Molenaar vorhanden sind. Die Unterlagen aus dem Gefängnis Spandau sind nach einer Auskunft der Senatsverwaltung für Justiz (Herr JVAR Vitko) im Jahre 1946 in dortige Obhut gelangt.

Sollten sich einerseits Hinweise auf ein anhängig gewesenes Strafverfahren ergeben, andererseits die Unterlagen aber an das Landesarchiv abgegeben worden sein, wäre ich für eine kurze Nachricht dankbar.

Balke
Oberstaatsanwalt

Bo

PROF HENRY FRIEDLANDER
212 WOODSIDE AVENUE
RIDGEWOOD, NEW JERSEY 07450

211

den 28.9.1987

Herrn OStA Horst Severin
Staatsanwaltschaft b. Kammergericht
Am Karlsbad 6-7
D-1000 Berlin 30
Federal Republic of Germany

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Severin,

ich sende Ihnen beiliegend eine Kopie meines Aufsatzes, der Sie vielleicht interessiert, und der jetzt in Berlin auf deutsch erschienen ist. Er behandelt ein Aspekt der sog. Euthanasiemorde und reiht diese in die Geschichte des Holocaust ein. Der Aufsatz behandelt das Schicksal der jüdischen Patienten, und versucht die NS-Massenmorde als nicht nur vom Antisemitismus hergeleitet zu deuten, und die Beamtentäter als nicht nur fanatische Nazis zu beschreiben. Er ist eine Übersetzung eines Referats den ich im vorigen Jahre auf der Tagung der German Studies Association in Albuquerque gab, und ist daher eine sehr kurze Zusammenfassung meiner Forschungsergebnisse, die ich in meinem Buch über die Euthanasie in größerem Umfang besprechen werde.

Die Übersetzung, für die ich leider selbst keine Zeit hatte, ist m.E. ausgezeichnet gelungen, und ich mußte nur hier und da etwas korregieren oder zusetzen. Aber die Anmerkungen habe ich selbst übersetzt. Im ganzen kann ich sagen, daß ich mit dieser meiner ersten auf deutsch erschienenen Veröffentlichung zufrieden bin.

Bitte erlauben Sie mir auch, mich für Ihre Hilfe bei meiner Forschungsarbeit zu bedanken.

Ich bin für einen Vortrag an der TU zum 8.11.87 eingeladen worden, und werde bis zum 15.11. in Berlin sein, und hoffe daß Sie dann evtl. die Zeit haben mich Am Karlsbad zu einem kurzen Besuch zu empfangen.

Mit besten Grüßen,

Friedlander

Henry Friedlander

2.12

AKTION T4

1939–1945

Die »Euthanasie«-Zentrale in der
Tiergartenstraße 4

Herausgegeben von Götz Aly

EDITION HENTRICH BERLIN

213

Henry Friedlander

Jüdische Anstaltspatienten im NS-Deutschland*

Das Schicksal der jüdischen Patienten in den Heil- und Pflegeanstalten des Dritten Reiches ist bisher völlig unbeachtet geblieben. Die Anzahl dieser Kranken – es waren mindestens 2 000 und höchstens 5 000 Personen – fällt statistisch gesehen kaum ins Gewicht; daß sie Juden *und* Anstaltsinsassen waren, hält man für nicht weiter bedeutsam. Raul Hilberg etwa hat ihnen in seiner großen Arbeit über den Holocaust lediglich einen einzigen Absatz gewidmet.[1] Nur die Kriminalbeamten und Staatsanwälte, die die Verbrechen der sog. Euthanasie zu verfolgen hatten, nahmen ihr Schicksal zur Kenntnis, behandelten es in der Regel jedoch als ein Nebenthema.[2]

Meine eigene Forschung, die auf den Ermittlungen amerikanischer und deutscher Anklagevertreter basiert, zusätzlich aber auch die noch in den Archiven vorhandenen Dokumente heranzieht, bringt mich dazu, im Schicksal dieser Menschen ein entscheidendes Verbindungsstück für die Klärung des Zusammenhangs zwischen ›Euthanasie‹ und ›Endlösung‹ zu erblicken. In der hier gebotenen Knappheit kann ich lediglich eine kurze zusammenfassende Darstellung meiner Forschungsergebnisse vorlegen.

Man kann in unserem Zusammenhang die Tötungsunternehmen des NS-Regimes als Endstadium eines gesellschaftlichen Planungsprozesses deuten. Das Regime wollte eine auf der sog. Volksgemeinschaft basierende Gesellschaft errichten, die »gesund an Geist und Körper« sein sollte wie auch den ideologischen Anforderungen der nationalsozialistischen Revolution entsprechen würde.[3] Und die Vision einer rassisch homogenen, körperlich robusten und geistig gesunden Gesellschaft wurde von vielen Gruppen und Einzelpersonen – nicht nur auf der völkischen Rechten[4] und nicht nur in Deutschland[5] – durchaus geteilt. Für bestimmte Gruppen war in einer solchen utopischen Gesellschaft schlicht kein Platz. Das galt 1. für die Menschen mit geistiger Behinderung bzw. körperlichen Mißbildungen, 2. für Verbrecher und sog. Asoziale, und 3. für die rassisch andersartigen Menschen.

Diese drei Gruppen – also Kranke, sozial »Auffällige« und Juden – hatten eines gemeinsam: Man betrachtete sie als Fremde. Obwohl verschiedene Staatsbehörden – die Gesundheitsverwaltung bzw. die Kripo bzw. die Gestapo – für jede dieser Gruppen zuständig war, zeigte sich, daß die Trennlinien zwischen ihnen verschwommen waren. Insoweit man z. B. sozialen Strukturen den Vorrang vor rassisch definierten gab, wurden die Zigeuner etwa, die wie die Juden als rassisch Fremde galten, in den tagtäglichen Verwaltungsverfahren wie die Gruppe der Gewohnheitsverbrecher behandelt.[6] Und Staatsbehörden wie Parteistellen entwickelten ähnliche Strategien, die auf alle drei Gruppen angewendet werden sollten. Die Ziele waren dabei immer dieselben. Das Streben nach einer homogenen und total gesunden Gesellschaft gebot das Ausschließen des Fremden (wobei wir hier nicht zu unterscheiden haben, ob dieses Ziel in erster Linie von der spezifischen NS-Rassenideologie oder auch weitgehend durch die traditionelle Gesellschaftsplanung der Staatsbehörden vorgegeben war;

* Aus dem Amerikanischen von Niels Kadritzke

womöglich trifft beides zu). Diese Strategie der Ausgrenzung wurde während der dreißiger Jahre zur offiziellen Politik.
Obwohl also die Zielsetzung für alle drei Gruppen identisch war, praktizierte man die Ausschließung auf ganz unterschiedliche Weise. Die Juden wurden gezwungen, aus Deutschland auszuwandern; aus der Sicht der Partei- und Staatsbürokratie erschien dies damals als die erfolgversprechendste und am leichtesten praktizierbare Form der Ausgrenzung.[7] Sie ließ sich auf die beiden anderen Gruppen freilich nicht anwenden. So konnten etwa weder »Gewohnheitsverbrecher« noch geistig Kranke ein Visum für die USA erlangen, und deshalb wurden beide Gruppen innerhalb der Grenze Deutschlands eingesperrt. Die Kranken wurden in Anstalten eingewiesen und, besonders wenn eine Dauerhaft nicht gewährleistet werden konnte, sterilisiert; damit fing man bereits 1933 an.[8] Verbrecher und sog. Asoziale, die manchmal ebenfalls sterilisiert oder sogar kastriert wurden, steckte man in die Konzentrationslager; diese Praxis begann zwar schon 1933, fand aber erst ab 1937 größere Verbreitung.[9] Die Trennungslinien zwischen diesen zwei Gruppen – also zwischen Kranken und sozial »Auffälligen« – waren in keiner Phase klar und präzise gezogen. Und wir dürfen nicht vergessen, daß man auch im Falle der Juden die Auswanderung, besser Austreibung, nie als eine perfekte Lösung angesehen hat und eine Massensterilisation – wäre sie durchführbar gewesen – vorgezogen hätte. Diese Lösung wurde denn auch während des Krieges, als die Auswanderung schon verboten war, erneut vorgeschlagen[10], dann jedoch nur – da immer noch nicht allgemein durchführbar – bei den Grenzfällen der sog. Mischlinge vereinzelt praktiziert.[11]
Die Ähnlichkeit zwischen den Ausschließungsverfahren, die während der dreißiger Jahre bei allen drei Gruppen angewandt wurden, wird auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der Sozialfürsorge am deutlichsten sichtbar. Das NS-Regime erließ recht schnell eingreifende Bestimmungen zur Ausschließung aller Fremden: Kranke, sozial »Auffällige« und Juden wurden durch neue Gesetze deutlich sichtbar isoliert, ausgeschlossen und mit Strafe belegt. Für die Kranken gab es das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom Juli 1933 (RGBl 1, 259) und das »Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)« vom Oktober 1935 (RGBl 1, 1246). Für sozial »Auffällige« wurden »Maßregeln der Sicherung und Besserung« im November 1933 (RGBl 1, 995) in das Strafgesetzbuch eingeführt (RStGB § 42 a-n). Für Juden galt das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom April 1933 (RGBl 1, 175) bzw. dann das »Reichsbürgergesetz« (RGBl 1, 1146) und das »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« (RGBl 1, 1146), die als Nürnberger Rassengesetze im September 1935 verkündet wurden.
Mit der Ausarbeitung aller dieser Gesetze waren dieselben Staats- und Parteibeamten befaßt. Arthur Gütt vom Reichsinnenministerium und Walter Gross vom Rassenamt der NSDAP, die beide eine wichtige Rolle bei der Verabschiedung der Eugenik-Gesetzgebung gespielt hatten, waren beispielsweise auch an der Formulierung der Nürnberger Rassengesetze beteiligt.[12]
Die öffentliche Sozialfürsorge, kostspielig und zentral geleitet, erfüllte eine ähnliche Funktion. Während die örtlichen Fürsorgestellen ihre Belastungen auf andere abzuwälzen suchten, unternahmen die Reichsdienststellen, die für alle die Sozialfürsorge

betreffenden Bestimmungen zuständig waren, ihr möglichstes, um diese im Sinne der Ausschließung aller unerwünschten Gruppen zu benutzen. So finden wir, daß die Beschränkungen, die bei der Fürsorge für Juden galten, auch auf Zigeuner und ähnliche Gruppen ausgedehnt wurden.[13] Und ähnlich wie die Wohlfahrtsleistungen für Juden drastisch beschnitten wurden, verschlechterten sich die Lebensbedingungen für die Kranken in den Heil- und Pflegeanstalten dramatisch während der dreißiger Jahre.[14]

Das nationalsozialistische Rassen- und Eugenikprogramm, das die Staatsbeamten auf Reichs- und Landesebene mit Begeisterung umsetzten, beschränkte sich nie auf nur ein Ziel; immer sollte es der Durchsetzung zweier miteinander verknüpfter Ziele dienen. Die ideologische Zielsetzung propagierte die Reinhaltung der sog. arischen Rasse; sie erforderte den Ausschluß von Juden, Zigeunern und anderen Fremden aus der rassischen und nationalen Gemeinschaft der Deutschen. Aber über dieses ideologische Ziel hinaus ging es den NS-Machthabern um soziale Lenkung durch die Behörden, mit dem Ziel, alle Menschen zu erfassen, die als kriminell, asozial, sozial »auffällig« oder krank eingeschätzt wurden.[15] Die von den Parteikadern durchgesetzte NS-Ideologie und die von der Beamtenschaft initiierte Sozialplanung wirkten also gemeinsam auf das Ziel hin, aus der nationalen Gemeinschaft komplette Gruppen auszuschließen: Juden, Zigeuner, Gewohnheitsverbrecher, Prostituierte, Homosexuelle, Bettler und Landstreicher, dazu die Arbeitsunfähigen, die Behinderten, die Krüppel und die geistig Kranken.

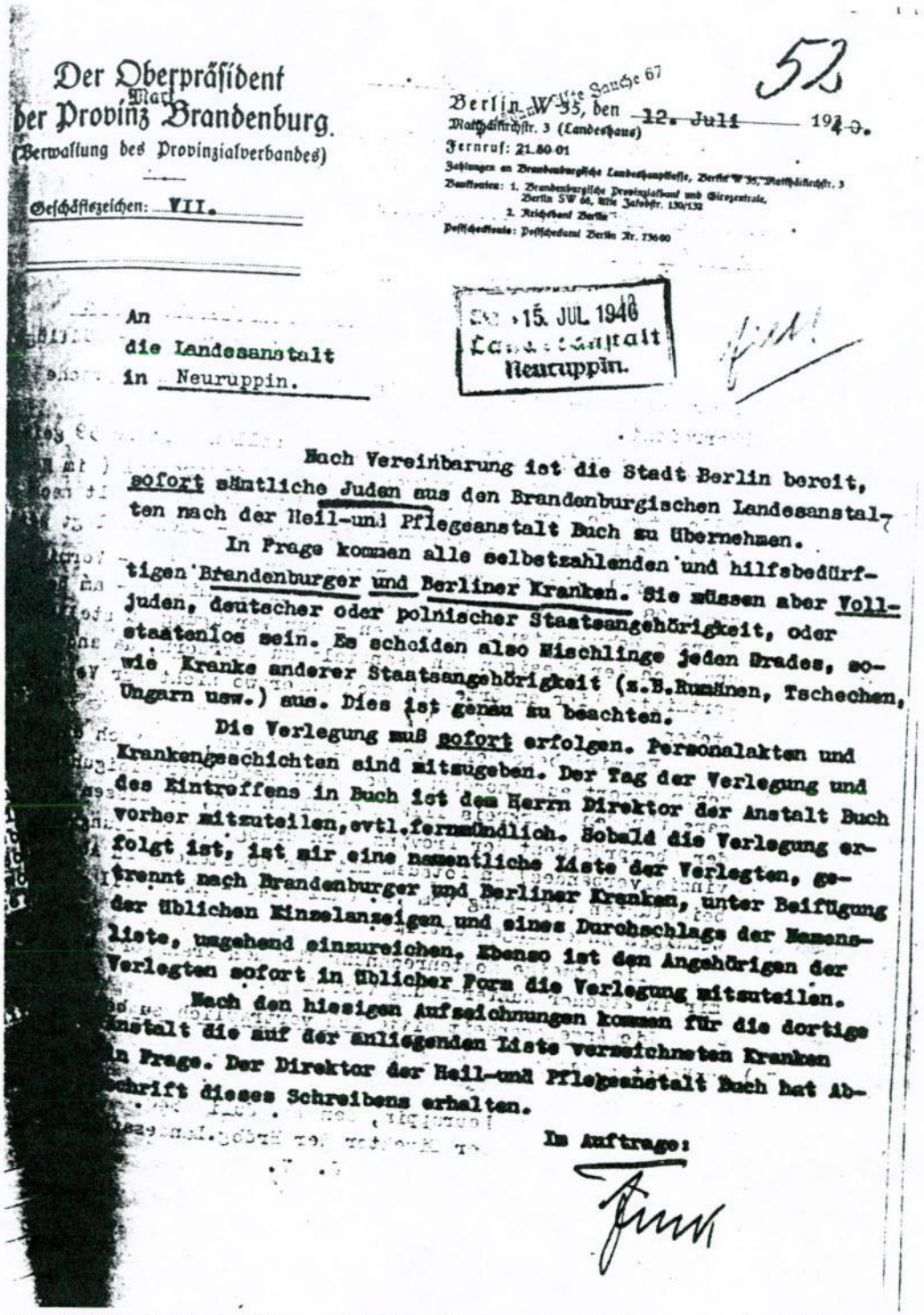
Als sich das NS-Regime dann stabilisierte und auf den Krieg zusteuerte, verlegten sich die Staats- und Parteiplaner von der geschilderten Art des Ausschließens mittels erzwungener Auswanderung, Einweisung in Anstalten und Zwangssterilisation auf die radikalere Lösung des Tötens. Es lag auf der Hand, daß ihr als erste Gruppe die Kranken unterworfen wurden. Sie mußte man in Anstalten betreuen; man konnte sie nicht auf dem Wege der Auswanderung abschieben. Ihr Ausschluß hinter Anstaltsmauern war eine kostspielige Sache; selbst noch bei den stark eingeschränkten Leistungen erschienen ihre Unterbringungskosten als zu hoch. Also führte der Weg in logischer Stufenfolge von der Einweisung in die Anstalt und Zwangssterilisation zum Töten der Kranken im Rahmen der sog. Euthansie-Aktion.

Die zweite Gruppe unerwünschter Personen – Verbrecher, Asoziale, sozial »Auffällige« – konnte bei dieser Aktion ebenfalls erfaßt werden: diejenigen von ihnen, die per Gerichtsbeschluß in eine Anstalt eingewiesen worden waren, gehörten zu den ersten, die umgebracht wurden; weitere Mitglieder dieser Gruppe wurden später durch die Euthanasieärzte im Laufe der sog. Aktion 14 f 13 in den Konzentrationslagern »selektiert«.

Eine Art Brücke zwischen beiden Gruppen bildeten die Zigeuner: Sie sperrte man zunächst als »Verbrecher« ein, um sie am Ende zusammen mit den Juden als »rassisch Minderwertige« umzubringen.

Während die radikale Lösung des Tötens bei den Kranken bereits 1939 und 1940 angewandt wurde, lief bei den Juden noch die Strategie der Ausschließung durch Zwangsauswanderung weiter; die Staats- und SS-Beamten planten auch noch im ersten Kriegsjahr, alle Juden auf die Insel Madagaskar abzuschieben. Aber als dann die internationalen Rahmenbedingungen, das Fortschreiten des Krieges und die Kapazitä-

216



Der Oberpräsident
der Provinz Mark Brandenburg.
(Verwaltung des Provinzialverbandes)

Geschäftszeichen: VII.

Berlin W 35, den 12. Juli 1940.
Matthäikirchstr. 3 (Landeshaus)
Fernruf: 21.80 01
Zahlungen an Brandenburgische Landeshauptkasse, Berlin W 35, Matthäikirchstr. 3
Bankkonten: 1. Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale, Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 130/132
2. Reichsbank Berlin
Postscheckkonto: Postscheckamt Berlin Nr. 13600

15. JUL. 1940
Landesanstalt
Neuruppin.

An
die Landesanstalt
in Neuruppin.

Nach Vereinbarung ist die Stadt Berlin bereit, sofort sämtliche Juden aus den Brandenburgischen Landesanstalten nach der Heil- und Pflegeanstalt Buch zu übernehmen.

In Frage kommen alle selbstzahlenden und hilfsbedürftigen Brandenburger und Berliner Kranken. Sie müssen aber Volljuden, deutscher oder polnischer Staatsangehörigkeit, oder staatenlos sein. Es scheiden also Mischlinge jeden Grades, sowie Kranke anderer Staatsangehörigkeit (z.B. Rumänen, Tschechen, Ungarn usw.) aus. Dies ist genau zu beachten.

Die Verlegung muß sofort erfolgen. Personalakten und Krankengeschichten sind mitzugeben. Der Tag der Verlegung und des Eintreffens in Buch ist dem Herrn Direktor der Anstalt Buch vorher mitzuteilen, evtl. fernmündlich. Sobald die Verlegung erfolgt ist, ist mir eine namentliche Liste der Verlegten, getrennt nach Brandenburger und Berliner Kranken, unter Beifügung der üblichen Einzelanzeigen und eines Durchschlags der Namensliste, umgehend einzureichen. Ebenso ist den Angehörigen der Verlegten sofort in üblicher Form die Verlegung mitzuteilen.

Nach den hiesigen Aufzeichnungen kommen für die dortige Anstalt die auf der anliegenden Liste verzeichneten Kranken in Frage. Der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Buch hat Abschrift dieses Schreibens erhalten.

Im Auftrage:

Die seit Frühjahr 1940 laufende Verlegung der jüdischen Kranken in »Sammelstellen« wurde nachträglich durch Schnellbrief des Reichsministers des Innern vom 20. 9. 1940 »angeordnet«.

ten der Tötungsmaschinerie die radikale Ausschließungsmethode ermöglichten, wurde die Tötungsaktion auf die Juden ausgedehnt.[16]
Auf die revisionistische Behauptung, daß Hitler diese Tötungen nicht befohlen habe, kann ich an dieser Stelle nicht eingehen. Nur so viel möchte ich anmerken: Hitlers Weigerung, einen Befehl zur ›Endlösung‹ zu unterzeichnen, ist vollständig aus den Schwierigkeiten erklärbar, die aus seiner unterschriebenen »Euthanasie-Ermächtigung«[17] entstanden waren. Auch brauche ich mich hier nicht mit den Argumenten der sog. Funktionalisten, die keine zentrale Lenkung im Entscheidungsverfahren der ›Endlösung‹ anerkennen, auseinanderzusetzen. Was das Töten der Kranken betrifft, so hatte Hitler bereits 1935 zum Reichsärzteführer Gerhard Wagner geäußert, daß er die »Vernichtung lebensunwerten Lebens« bis zum Krieg verschieben müsse, aber dann als »Euthanasie« durchführen würde.[18] Wie sich am Schicksal der jüdischen Patienten zeigen wird, ist die Entscheidung, Juden zu töten, auf höchster Ebene gefallen. Und der Versuch, die ›Endlösung‹ als unbeabsichtigt anzusehen, widerspricht den Gesetzen der Logik.[19]
Die hier vorgetragene These über die Ursprünge des Holocaust sieht die entscheidende Ursache in dem Bestreben, eine radikale Form von Sozialplanung durchzusetzen. Insofern legt sie das Hauptgewicht nicht auf die Rolle des Antisemitismus, was allerdings nicht heißen soll, daß sich nicht weite Teile der deutschen Bevölkerung in ihrer Abneigung gegen die Juden einig waren.[20]
Wie Norman Cohn gezeigt hat, waren die gegen die Juden zielenden Stereotypen in der Vergangenheit bereits auf andere als Außenseiter wahrgenommene Gruppen angewandt worden.[21] Dieselbe tiefsitzende psychologische Angst und derselbe Haß, der sich – so Cohn – im Mittelalter gegen Juden und sog. Hexen gerichtet hatte, existierte traditionell auch gegenüber Geisteskranken. Die Nazis benutzten den Antisemitismus, um die Juden als Fremdgruppe zu einer Zielscheibe aufzubauen. Auf dieselbe Weise nutzten sie die traditionellen Einstellungen gegenüber Geisteskranken und Mißgebildeten, um die Anstaltspatienten zur Zielscheibe zu machen. In diesem Zusammenhang erscheint die ›Endlösung‹ als ein Aspekt der deutschen Sozialplanung, zu deren Mitteln auch Maßnahmen wie Zwangssterilisation, Anstalts- und KZ-Haft und die sog. Euthanasie gehörten. Und dieser wechselseitige Zusammenhang zwischen Gesundheits-und Rassenpolitik – also zwischen ›Euthanasie‹ und ›Endlösung‹ – läßt sich am deutlichsten am Schicksal der jüdischen Kranken erkennen, waren sie doch als die ersten Opfer des Holocaust ausersehen.
Obwohl es darüber nur spärliche dokumentarische Unterlagen gibt, wurden die neuen Gesundheitsgesetze, einschließlich der Zwangssterilisation, in den dreißiger Jahren offenkundig auch auf Juden angewandt.[22] Die waren damit zwar von diesen negativen Maßnahmen mitbetroffen, umgekehrt aber blieben sie von allen positiven Gesundheitsleistungen ausgeschlossen. Zum Beispiel wurden viele jüdische Patienten aus den Krankenhäusern und Pflegeanstalten vertrieben und stattdessen in einigen wenigen ausgewählten öffentlichen Anstalten zusammengefaßt, es sei denn, sie fanden Aufnahme in einer entsprechenden jüdischen Anstalt. So wurden z. B. in Baden-Württemberg herausgeworfene »geisteskranke« Juden in der Anstalt Zwiefalten und »geistesschwache« in der Anstalt Heggbach gesammelt.[23] Dabei zogen die Krankenhäuser unterschiedliche Rechtfertigungsgründe heran, um ihre jüdischen Patienten

auszuschließen: die Gefahr der »Rassenschande«, die Weigerung »arischer« Patienten, die Einrichtung mit Juden zu teilen, die Weigerung des deutschen Personals, sich mit Juden abzugeben, und die Gefahr, daß dem Hause wegen der jüdischen Patienten der Status einer steuerfreien »gemeinnützigen Einrichtung« abgesprochen werden könnte.[24] Es kann daher nicht überraschen, daß der Übergang zur Tötungsaktion gegen die Kranken – zur sog. Euthanasie, die Ende 1939 anlief – im Hinblick auf die Einbeziehung der Juden ein Problem darstellte. Wenn nämlich die ›Euthanasie‹ als positive Therapie wahrgenommen wurde, hatte man die Juden auszuschließen; war sie aber als negative Ausschließung zu sehen, mußten auch die Juden darunter fallen.

Das Schicksal der jüdischen Patienten ist lange Zeit verborgen geblieben. Das lag sowohl an der damals von den NS-Beamten betriebenen Irreführung als auch an den Irrtümern, die dieselben NS-Leute später dem Nürnberger Militärgerichtshof mit ihren Lügen aufnötigten. Die Nachwirkungen dieses Etikettenschwindels machen sich in der wissenschaftlichen Literatur noch bis heute bemerkbar. Der Tatbestand ist folgender:

Am 15. April 1940, mehr als sechs Monate, nachdem das Reichsinnenministerium das erste Rundschreiben, das sich auf nicht-jüdische Patienten bezog, verschickt hatte, forderte der für die Heil- und Pflegeanstalten und für die Koordination der »Euthanasie«-Maßnahmen zuständige Minsterialdirigent Dr. Herbert Linden von allen örtlichen Dienststellen Angaben über die Zahl der jüdischen Patienten an.[25] Etwa zur selben Zeit verlangten offenbar die örtlichen Gestapo-Stellen von den jüdischen Gemeinden, daß diese ihnen monatliche Berichte über jüdische Anstaltspatienten vorzulegen hätten.[26]

Im Sommer 1940 erging dann eine Verordnung des Reichsinnenministeriums, die von den Landesregierungen in unterschiedlichen Zeiträumen befolgt wurde, wonach jüdische Patienten, die noch in nicht-jüdischen Anstalten untergebracht waren, in bestimmten öffentlichen Anstalten konzentriert werden mußten[27], z. B. in Berlin-Buch, Eglfing-Haar bei München, Hamburg-Langenhorn und »Am Steinhof« in Wien.

Die Zusammenziehung der jüdischen Kranken war nur der erste Schritt, auf ihn folgte fast unverzüglich der Abtransport. Die jüdischen Patienten wurden von der Gekrat, dem Transportunternehmen der »T 4«, abgeholt, und zwar aus Buch im Juli, aus der Anstalt »Am Steinhof« im August, aus Eglfing-Haar und Langenhorn im September 1940.[28]

Für die darauffolgende Zeit geben die Berichte ein verwirrendes Bild. Offiziell wurde vorgetäuscht, diese jüdischen Patienten seien nach Polen verbracht worden. So wurde in Berlin z. B. allen Wohlfahrts- und Jugendämtern der Bezirke mitgeteilt: »Fast sämtliche geisteskranke Juden aus den Anstalten der Reichshauptstadt und der Provinz Brandenburg sind im Laufe des Monats Juli 1940 durch eine *Sonderaktion* nach dem Generalgouvernement verlegt worden.«[29]

Diese Version der Dinge wurde auch in den Akten vermerkt, nach dem Kriege von den Tätern wiederholt und von dem Nürnberger Militärgerichtshof akzeptiert. In Wirklichkeit wurden diese Kranken jedoch in den Tötungszentren der »Euthanasie«-Aktion, die auf deutschem Boden standen, umgebracht. So verfügen wir über Augen-

zeugenberichte, daß jüdische Patienten aus Berlin-Buch im Juli 1940 in der Tötungsanstalt Brandenburg umgebracht wurden[30]; die Tötung der jüdischen Patienten aus Hamburg-Langenhorn am 23. September 1940 hat Dr. Irmfried Eberl, der aufsichtsführende Arzt in Brandenburg (und später erster Kommandant von Treblinka), in seinem Taschenkalender als »Hamburg-Langenhorn J.« verzeichnet.[31] Um das Verwirrspiel komplett zu machen, ließ man allerdings die Todesurkunden an die Verwandten und die Kostenträger von einer fiktiven Anstalt in Polen namens Chelm oder Cholm abschicken[32] (heute wissen wir aber, daß die Deutschen die polnischen Kranken der psychiatrischen Anstalt in Chelm am 12. Januar 1940 töteten und es danach in Chelm keine Anstalt mehr gab[33]). Dieser Ort stand zugleich als Todesort in den Sterbevermerken, die mit wahrhaft preußischer Gründlichkeit in die Geburtsurkunden der ermordeten deutschen jüdischen Patienten eingetragen wurden.[34]

Das ist also der Tatbestand – wie kann man ihn deuten? Die Interpretationen haben sich im Lauf der Zeit mit dem Auftauchen immer neuer Tatsachen erheblich gewandelt. Im Nürnberger Ärzteprozeß hatten die Angeklagten noch mit mehr oder weniger großem Nachdruck versichert, daß die Juden nicht unter die»Euthanasie«-Aktionen gefallen seien, weil man sie einer derart menschlichen Erlösung nicht für würdig befunden habe; sie seien vielmehr nach Polen abgeschoben worden, d. h. also nicht in den Verantwortungsbereich der »Euthanasie« gefallen. Als dann später im Rahmen der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in der Bundesrepublik die Briefe aus Chelm auftauchten, war klar, daß die jüdischen Patienten doch Opfer der »Euthanasie«-Aktion geworden waren. Allerdings ging man immer noch davon aus, sie seien in Polen von Deutschen umgebracht worden, da verschiedene Forscher glaubten, daß es Belege dafür gibt, daß einige jüdische Kranke letztlich doch nach Polen gelangt sind.[35] Ich selber finde diese Auslegungen aus den nachfolgenden Gründen für nicht zutreffend.

Die Meldebogen, die das Schicksal aller Patienten bestimmt haben und auch Fragen nach Staatsangehörigkeit und Rassenzugehörigkeit enthielten, wurden für Juden und Nicht-Juden ausgefüllt. Auch wenn es von den Tätern in Nürnberg bestritten wurde und in der Literatur nicht zur Kenntnis genommen wird, verhält es sich m. E. so: Ganz offensichtlich wurden Juden am Anfang auch als Einzelpersonen in die »Aktion T 4« einbezogen. Wie Paul Sauer an Hand der Akten aus Baden-Württemberg schon vor zwanzig Jahren bewiesen hat, kamen die Trostbriefe für Verwandte der getöteten jüdischen Patienten – wie für alle anderen – mit der Todesnachricht aus Grafeneck, der erste datiert vom 7. Februar 1940.[36] Das widerlegt die von den Tätern zu ihrer Verteidigung aufgestellte Behauptung, daß am Anfang Juden nicht in die »Euthanasie« mit einbezogen waren.[37] Solche Einzelfälle finden sich zwar noch für das gesamte Jahr 1940 (nicht jedoch für 1941), aber im Sommer 1940 vollzog sich ein Wandel in der Methode. Wie wir gesehen haben, wurden jüdische Patienten von da an zusammengefaßt und dann als Gruppe getötet, und zwar ohne jene oberflächliche ärztliche Begutachtung, der alle anderen getöteten Kranken unterlagen. Ich glaube daher, daß ausdrücklich vorgesehen war, sie einfach verschwinden zu lassen – »nach Polen deportiert und dort vermißt« –, weshalb auch keine Akten geführt werden durften.[38] Aber im weiteren Verlauf des Jahres wurde diese totale Geheimhaltung dann – aus unbekannten Gründen, womöglich aber, um nachfragende Kostenträger zu beruhi-

220

gen und um dabei auch für die »Aktion T 4« Geld zu verdienen[39] – mit den Totenscheinen aus Polen, also den Briefen aus dem fiktiven Chelm, wieder teilweise aufgegeben. Der Tötungsarzt Eberl hat diese Verfahrensänderung in einer Notiz festgehalten, in der er seine Entscheidung, ohne Erlaubnis doch Daten über die jüdischen Opfer in Brandenburg anzulegen, verteidigte: »Ich selbst verweise in diesen Fällen auf meine Erfahrungen mit den Judentransporten im Jahre 1940, wo die Berliner Zentrale auch vorher keine Bearbeitung wünschte, ich dies jedoch damals in B = Brandenburg von mir aus anordnete und sich ergab, daß diese Art der Bearbeitung späterhin richtig war.«[40]

Die Sammeltransporte jüdischer Patienten in den Tod umfaßten jedoch nicht alle jüdischen Kranken. Vereinzelte jüdische Patienten blieben zurück, und diese wurden dann in der Folgezeit wie alle anderen begutachtet und getötet.[41] Aber um zu verhindern, daß neue jüdische Patienten in Anstalten aufgenommen werden, erließ Linden vom Reichsinnenministerium am 12. Dezember 1940 ein Rundschreiben mit der Anweisung, daß in Zukunft jüdische Kranke nur noch in der einzigen von der »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« aufrechterhaltenen Anstalt, Bendorf-Sayn, aufzunehmen sind.[42] Diese Regelung wurde aber nie in größerem Umfang befolgt; Bendorf-Sayn hatte gar nicht die räumlichen Möglichkeiten, um alle jüdischen Patienten aufzunehmen; die Hoffnung, nunmehr könnten alle jüdischen Kranken in einer jüdischen Anstalt untergebracht werden, wurde enttäuscht.[43]

Das Schicksal der übrig gebliebenen jüdischen Patienten, einschließlich derer von Bendorf-Sayn, gibt keine Rätsel mehr auf. Im Oktober 1941 fingen die Deportationen aller deutschen Juden nach dem Osten an.[44] Seitdem brauchte man die jüdischen Kranken nur den regelmäßigen Osttransporten zuzuordnen; so wurden z. B. am 15. Juni 1942 die meisten Patienten aus Bendorf-Sayn mit dem Osttransport aus Koblenz mitgeschickt.[45] Nachrichten über die Ankunft der Patienten und Pfleger aus Bendorf-Sayn in der Gegend von Lublin haben verschiedene Forscher irregeführt.[46] Aber das hatte mit der »Euthanasie« nichts mehr zu tun gehabt; diese jüdischen Patienten sind nicht in dem fiktiven Chelm, sondern in den Lagern der »Aktion Reinhard« umgekommen.[47]

Selbst nach dem Abtransport der Kranken von Bendorf-Sayn fanden sich immer noch jüdische Patienten in deutschen Anstalten wieder, weshalb Linden am 10. November 1942 offiziell mitteilen ließ, daß diese jüdische Anstalt geschlossen ist und daß in Zukunft alle jüdischen Kranken im Berliner Jüdischen Krankenhaus zusammenzulegen sind.[48] Aber selbst diese letzte Anordnung ließ sich nicht durchsetzen: Das Berliner Jüdische Krankenhaus in der Iranischen Straße konnte nicht alle Kranken aufnehmen.[49]

Zusammenfassend: Vor dem Anfang der Deportationen vom Oktober 1941 wurden keine jüdischen Patienten nach dem Osten abtransportiert, sondern sie wurden alle im Deutschen Reich umgebracht; nach dem Oktober 1941 hingegen wurden sie zusammen mit allen anderen deutschen Juden zu den Vernichtungsstätten im Osten deportiert. Für die Ermittler war dies verwirrend, weil ihnen die Bedeutung des Oktobers 1941 als den entscheidenden Einschnitt für die deutschen Juden nicht klar war.

Bereits Ende Juni 1941, vier Monate, bevor dann die Deportationen der deutschen Juden anliefen, hatten die SS Einsatzgruppen damit begonnen, alle Juden in den

besetzten Gebieten der Sowjetunion umzubringen – sie hatten das Tötungsprogramm damit auch auf die Juden ausgedehnt. Bis dahin waren die jüdischen Anstaltspatienten in Deutschland die einzige Gruppe jüdischer Opfer gewesen. Die Entscheidung, sie als Gruppe zu töten – ohne die oberflächliche ärztliche Begutachtung, die in der »Euthanasie«-Aktion sonst vorgesehen war –, fiel im Frühjahr 1940 auf höchster Ebene, da Hitler sich die Entscheidung in wichtigen Fragen der ›Euthanasie‹ selbst vorbehalten hatte.[50] Mit dieser Entscheidung, die jüdischen Patienten umzubringen, ist im Jahre 1940 bereits die ›Endlösungs‹-Entscheidung von 1941 angedeutet – wenn nicht vielleicht sogar schon festgeschrieben.

Anmerkungen

1 Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden: Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, S. 315-16. **2** Vgl. GStA Frankfurt, Anklageschrift gegen Werner Heyde, Gerhard Bohne und Hans Hefelmann, Ks 2/63 (GStA) [Js 17/59 (GStA)], 22. Mai 1962, S. 448-71; Ernst Klee, »Euthanasie« im NS-Staat: Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, Frankfurt 1983, S. 258-63. **3** Vgl. z. B. Götz Aly, Der saubere und der schmutzige Fortschritt, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Heft 2, S. 9-78. **4** Vgl. z. B. über Sozialdemokraten, die diese Ansichten teilten: Karl Heinz Roth, Schein-Alternativen im Gesundheitswesen: Alfred Grotjahn (1869–1931) – Integrationsfigur etablierter Sozialmedizin und nationalsozialistischer »Rassenhygiene«, in: Karl Heinz Roth (Hg.), Erfassung zur Vernichtung: Von der Sozialhygiene zum »Gesetz über Sterbehilfe«, Berlin 1984, S. 31-56. **5** Über die Eugenikbewegung und den Rassismus in den USA vgl. Stephan L. Chorover, From Genesis to Genocide: The Meaning of Human Nature and the Power of Behavior Control, Cambridge (MA) 1980, und C. Vann Woodward, The Strange Career of Jim Crow, New York 1955. **6** Über die Verfolgung der Zigeuner vgl. Selma Steinmetz, Österreichs Zigeuner im NS-Staat, Wien, Frankfurt und Zürich 1966; Erika Thurner, Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich, Wien und Salzburg 1983; Rüdiger Vossen (Hg.), Zigeuner: Katalog zur Ausstellung »Zigeuner zwischen Romantisierung und Verfolgung – Roma, Sinti, Manusch, Calé in Europa« des hamburgischen Museums für Völkerkunde, Frankfurt 1983; Tilman Zülch, Sinti und Roma in Deutschland: Geschichte einer verfolgten Minderheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B43/82 (30. 10. 1982), S. 27-45; Tilman Zülich (Hg.), In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt: Zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa, Reinbek bei Hamburg 1979; und Bericht zur Lage der Rom und Sinti in Hamburg: Versuch einer Dokumentation, Rom und Sinti Union (Hg.), Hamburg 1982. **7** Über die NS-Politik gegenüber den Juden in den dreißiger Jahren vgl. Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1979. **8** Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus: Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986; Kurt Nowak, »Euthanasie« und Sterilisierung im »Dritten Reich«, 2. Aufl., Weimar 1980. **9** Vgl. Martin Broszat, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: Hans Buchheim u. a., Anatomie des SS-Staates, 2 Bde., München 1967, Bd. 2, S. 11-133; Henry Friedlander, The Nazi Concentration Camps, in: Michael Ryan (Hg.), Human Responses to the Holocaust, New York und Toronto 1981, S. 33-69. **10** Vgl. z. B. National Archives and Records Administration (NARA), RG 238, film M-1019, roll 8: Vernehmung von Viktor Brack, 13. 9. 1946. **11** Vgl. John A. S. Grenville, Die »Endlösung« und die »Judenmischlinge« im Dritten Reich, in: Das Unrechtsregime, herausgegeben von Ursula Büttner mit Werner Johe und Angelika Voß, 2 Bde., Hamburg 1986, Bd. 2, S. 91-121. **12** Vgl. Jeremy Noakes, Wohin gehören die »Judenmischlinge«? Die Entstehung der ersten Durchführungsverordnung zu den Nürnberger Gesetzen, in: Das Unrechtsregime, 2. Bd., S. 69-89. **13** Vgl. z. B. die Akten im Bundesarchiv Koblenz (BA), R18/1022 & 1023: Fürsorge für Juden und Zigeuner. **14** Vgl. BA, R36/881: »Verpflegungskosten in Heil- und Pflegeanstalten«, 28. 2. 39. Vgl. auch Angelika Ebbinghaus, Kostensenkung, »Aktive Therapie« und Vernichtung, in: Angelika Ebbinghaus, Heidrun Kaupen-Haas und Karl Heinz Roth (Hg.), Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg: Bevölkerungs-und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, S. 136-46. **15** Vgl. z. B. Karl Heinz Roth, Ein Mustergau gegen die Armen, Leistungsschwachen und »Gemeinschaftsunfähigen«, in: Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg, S. 7-17. **16** Vgl. H. G. Adler, Der verwaltete Mensch: Studien

zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974. **17** Nürnberger Dokument PS-630. **18** GSt Frankfurt, Anklage Heyde, S. 40. **19** Vgl. dazu jetzt Hermann Graml, Zur Genesis der »Endlösung«, in: Das Unrechtsregime, Bd. 2, S. 2-18. **20** Vgl. Gavon I. Langmuir, Prolegomena to any Present Analysis of Hostility against Jews, Social Science Information, Jg. 15 (1976), S. 689-727, der die verschiedenen Stufen der Vorurteile im Judenhaß analysiert. **21** Norman Cohn: Europe's Inner Demons: An Enquiry Inspired by the Great Witch-Hunt, New York 1975. Vgl. auch seine schon früher erschienenen Arbeiten: The Pursuit of the Millenium, New York 1961, und Warrant for Genocide, New York 1969. **22** Vgl. StA Hamburg, Verfahren 147 Js 58/67, Sonderband Alsterdorfer Anstalten betr. Juden-Entlassungen (Entschädigungskammer-Akten); Lanndesarchiv (LA) Berlin, Rep. 214, Acc. 794, Nr. 13: Dienstblatt 1938, VII/395, und Rdschr. des Oberbürgermeisters Berlin, 27. 4. 1938, »Krankenanstaltversorgung der Juden«; RMdI, RdErl. 19. 3. 1942, in: Joseph Walk (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat: Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg und Karlsruhe 1981, Nr. 323 auf S. 367. **23** Hauptstaatsarchiv (HStA) Stuttgart, J 355, Bü 252: Württembergischer Innenminister an Jüdische Nothilfe, 18. 12. 1939. **24** Allgemeines Verwaltungsarchiv Wien, Akte Josef Bürckel, 2361/1: Vermerk betr. Gesonderte Unterbringung von Juden in öffentlichen Krankenhäusern, 18. 7. 1938; StA Hamburg, Verfahren 147 Js 58/67, Sonderband Alsterdorfer Anstalten betr. Juden-Entlassungen: Gesundheits- und Fürsorgebehörde Hamburg an Alsterdorfer Anstalten, 11. 8. 1937 und Antwort 21. 8. 1937; LA Berlin, Rep. 214, Acc. 794, Nr. 13: RdSchr. des Oberbürgermeisters Berlin, 8. 12. 1938, »Hospitalisierung von Juden«. **25** GStA Frankfurt, Slg. Euthanasie, und StA Hamburg, Verfahren 147 Js 58/67, Gesundheitsbehörde, Bd. 1: RMdI, RdErl (IV g 5717/40/5106, Sig. Linden), 15. 4. 1940, mit dem dazu gehörenden Schriftwechsel. **26** GStA Frankfurt, Slg. Euthanasie: Israelitische Kultusverwaltung Aschaffenburg an Heil- und Pflegeanstalt Lohr/Main, 8. 4. 1940. **27** GStA Frankfurt, Slg. Euthanasie: RMdI RdSchr. (IV g 6662/40/5106), 30. 8. 1940. **28** Über Berlin Buch vgl. Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Dok. K891: Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Verband des Provinzialverbandes an Landesanstalt Neuruppin, 12. 7. 1940 (und Mitteilungen von Dr. Günter Wieland, Staatsanwalt bei dem GStA der DDR, 24. 4. 1987 und 1. 6. 1987). Über »Am Steinhof« vgl. Dokumenationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), E19198: Reichsgau Wien, Hauptabteilung E an Hauptgesundheitsamt, 26. 10. 1942; Israelitische Kultusgemeinde Wien, Monatsbericht August 1940 (im Besitz von Dr. Jonny Moser, Wien). Über Eglfing-Haar vgl. U. S. Military Tribunal No. 1, United States vs. Karl Brandt et al. (Case 1), official transcript, S. 7295-97: Aussage von Dr. Hermann Pfannmüller; Nürnberger Dok. NO-1135: Transportliste der jüdischen Patienten; NARA, RG 238, film M-1019, roll 52, Vernehmung von Dr. Hermann Pfannmüller, 4. 10. 1946; GStA Frankfurt, Slg. Euthanasie: Bayerisches Staatsministerium des Innern an Heil- und Pflegeanstalt Lohr/Main, 4. 9. 1940, und die Zusammenfassung der vom GStA Frankfurt gesammelten Daten über die jüdischen Patienten aus Lohr/Main. Über Hamburg-Langenhorn vgl. GStA Frankfurt, Slg. Euthanasie: Oberpräsident Kiel, RdSchr. 3. 9. 1940, und die Zusammenfassung der vom GStA Frankfurt gesammelten Daten über die jüdischen Patienten aus Neustadt-Holstein. **29** LA Berlin, Rep. 214, Acc. 794, Nr. 13: Oberbürgermeister Berlin, Hauptwohlfahrtsamt, RdSchr. an alle Bezirksbürgermeister, Wohlfahrts- und Jugendämter, 7. 11. 1940, »Geisteskranke Juden in öffentlichen Anstalten«. **30** GStA Frankfurt, Anklage Heyde, S. 454-57: Aussage von Herbert Kalisch. **31** Der Taschenkalender für 1940 ist mit den Euthanasieakten beim GStA Frankfurt aufbewahrt. **32** Vgl. z. B. DÖW, 4608: schriftliche Nachrichten von der »Irrenanstalt Chelm« und der »Ortspolizeibehörde Chelm II«. **33** Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg (ZStL), Slg. Polen, Bd. 340: Amtsgericht Chelm, Zeugenvernehmung von Dr. Gizela Langer geb. Madziarska, 18. 9. 1946. **34** Kopien solcher Urkunden mit den »Chelm« oder »Cholm« Eintragungen befinden sich beim GStA Frankfurt und wurden mir dort freundlicherweise vom OStA Johannes Warlo zur Verfügung gestellt. **35** Vgl. z. B. die in anderer Hinsicht ausgezeichnete Arbeit über die Euthanasie von dem Staatsanwalt in der ZStL: Willi Dressen, Euthanasie, in: Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas: Eine Dokumentation, herausgegeben von Eugen Kogon, Hermann Langbein und Adalbert Rückerl, Frankfurt 1983, S. 53-54. **36** Paul Sauer, Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933–1945: Ein Gedenkbuch, Stuttgart 1969, Eintragungen auf S. 41, 46, 59, 60, 68, 70, 75, 85, 102, 118-19, 160, 173, 178, 188, 213, 219, 230, 254, 282, 309, 332, 339, 363, 374, 381, 390, 450, 455. Die erste solche Nachricht betraf Frau Berta Mändle, am 25. 1. 1940 nach Grafeneck verlegt und am 7. 2. 1940 Todesnachricht aus Grafeneck (Sauer, S. 219). Vgl. auch HStA Stuttgart, J 355, Bü 252: Robert Israel Landauer an Landesfürsorgeanstalt Markröningen,

24.9.1940. **37** Vgl. z.B. U.S. Military Tribunal No.1, Case 1, S.7596-99, 7602 (Aussage Viktor Brack). **38** Vgl. Anm.40. **39** Die Unterhaltskosten für die jüdischen Patienten in Polen wurden von den Fürsorgeverbänden eingesammelt, obwohl die Kranken schon lange vorher in Deutschland getötet worden waren: GStA Frankfurt, Slg. Euthanasie: Gemeinnützige Kranken-Transport G.m.b.H. an Heil- und Pflegeanstalt Lohr/Main, 21.2.1941. Vgl. auch GStA Frankfurt, Anklageschrift gegen Georg Renno, Hans-Joachim Becker, Friedrich Lorent, Js 18/61 (GStA), Js 7/63 (GStA), Js 5/65 (GStA), 7.11.1967, S.81. **40** GStA Frankfurt, Eberl Akten: Irmfried Eberl, »Organisation der Anstalt Bernburg«. **41** Vgl. GStA Frankfurt, Schlußvortrag der Staatsanwaltschaft in der Strafsache gegen Dietrich Allers und Reinhold Vorberg, Ks 2/66 (GStA), S.175-76. **42** RMdI, RdErl., 12.12.1940, »Aufnahme jüdischer Geisteskranker in Heil-und Pflegeanstalten«. Kopien befinden sich in BA, R18/3768 und HStA Stuttgart, J 355, Bü 252. **43** Vgl. Dietrich Schabow, Zur Geschichte der Juden in Bendorf, Hrsg. Hedwig-Dransfeld-Haus in Verbindung mit dem ökumenischen Arbeitskreis, Bendorf 1979. Herr Schabow hat mir verschiedene Akten über Bendorf-Sayn freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Vgl. auch BA, R36/1842: Schriftwechsel über den mißglückten Versuch, Uszer Bender aus einer Anstalt im Warthegau nach Bendorf-Sayn zu verlegen. **44** Vgl. Adler, Der verwaltete Mensch, S.168 ff.; Henry Friedlander, The Deportation of the German Jews: Postwar Trials of Nazi Criminals, in: Leo Baeck Institute Yearbook, Jg.29 (1984), S.201-26. **45** Stapostelle Koblenz, Transportliste, 15.6.1942 (im Besitz der jüdischen Gemeinde Koblenz und mir von Herrn Schabow freundlicherweise zur Verfügung gestellt), veröffentlicht in: Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, herausgegeben von der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz in Verbindung mit dem Landesarchiv Saarbrücken, Koblenz 1974, Bd.7, S.264-82. **46** Vgl. Anmerkung 1. **47** Vgl. z.B. Sauer, Gedenkbuch, S.7, 26, 34, 58-59, 75, 84, 95, 105, 108, 178, 216, 279, 298, 312-13, 343, 418, 435 (Kranke, die in Riga, Izbica, Lublin und Auschwitz umgekommen sind). **48** RMdI, RdErl., 10.11.1942, »Aufnahme jüdischer Geisteskranker in Heil- und Pflegeanstalten«. Kopien befinden sich in BA, R18/3768 und HStA Stuttgart, J 355, Bü 252. **49** Leo Baeck Institue, New York: Hermann O. Pineas, Unsere Schicksale seit dem 30.1.1933, S.24, und Interview mit Dr. Herman O. Pineas, New York 1985. **50** U.S. Military Tribunal, Case 1, S.2493 (Aussage Dr. Karl Brandt).

224

GURLAND, ZENZ, WACKERHAGEN, KRÄMER & PARTNER
RECHTSANWÄLTE

DR. HARRO GURLAND
DIETER P. ZENZ
DR. ULRICH WACKERHAGEN
MANFRED KRÄMER
DR. HENNER BORGSTÄDT
RECHTSANWÄLTE

EUGEN-LANGEN-STRASSE 12
D-5000 KÖLN 51 / COLOGNE 51

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
Am Karlsbad 6-7

1ooo Berlin 3o

Köln, den 29.1.1988
3o6/87 W/he

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 01. FEB. 1988
mit 1 Anl. Blatts, Bd. Akten

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit zeigen wir an, daß wir Herrn Werner Höfer, Uferstr. 31, 5ooo Köln 5o anwaltlich vertreten.

Wie Sie aus der Presse sicher entnommen haben, hat Herr Höfer Klage gegen den SPIEGEL-Verlag vor dem Landgericht Köln erhoben. Mit der Klage beantragen wir, den SPIEGEL-Verlag zu verurteilen, die Behauptung in der Ausgabe-Nr. 51 vom 14.12.1987 auf S. 156 zu widerrufen, Werner Höfer sei im Zusammenhang mit Nazi-Opfern ein **Schreibtischtäter.**

Mir ist bekannt, daß der Begriff "Schreibtischtäter" erstmalig 1947 in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen von dem stv. Chefankläger der USA, Robert Kempner, verwendet wurde. Schreibtischtäter sind Personen, die die nationalsozialistische Mordmaschinerie vom Schreibtisch aus in Gang setzten und in Gang hielten, d.h. die vom Schreibtisch aus aktiv durch eigene Tatbeiträge den Tod anderer Menschen herbeigeführt haben.

TELEFON (02 21) 37 50 95 · TELEX 8 883 417 JUS D · TELETEX 2 214 121 GZK JUS D · TELEFAX (02 21) 38 79 57
BAYERISCHE VEREINSBANK KÖLN (BLZ 370 200 90) 3 700 038 · DRESDNER BANK KÖLN (BLZ 370 800 40) 446 561 100
STADTSPARKASSE KÖLN (BLZ 370 501 98) 3 802 956 · POSTGIROAMT KÖLN (BLZ 370 100 50) 3227 76-500

Zur weiteren Aufklärung des Begriffes "Schreibtischtäter" habe ich die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg angeschrieben. Diese haben mir mit beiliegendem Schreiben vom 22.1.1988 geantwortet und mir empfohlen, meine Anfrage an Ihre Behörde zu richten.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir zur Aufklärung dieses Begriffes weitere Anhaltspunkte geben und entsprechende Quellen benennen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wackerhagen
Rechtsanwalt

Anlage

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
- 110 AR 507/88 -
Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

7140 Ludwigsburg, den 22. Januar 1988
Schorndorfer Straße 58
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 141 - 1
bei Durchwahl 141 App. Nr. 2036

226

Zentrale Stelle - Postfach 11 44 - 7140 Ludwigsburg

Herrn
Rechtsanwalt Dr. Wackerhagen
Eugen-Langen-Straße 12

5000 Köln 51

Eingegangen
29. Jan. 1988
RAe. DR. WACKERHAGEN & PARTNER

Sehr geehrter Herr Dr. Wackerhagen,

Herr Streim hat mich mit der Beantwortung Ihrer Anfrage vom 11. 1. 1988 - 306/87 W/he - beauftragt.

Der Begriff "Schreibtischtäter" oder "Schreibtischmörder" spielte und spielt in dem in Ihrem Schreiben genannten Sinne vorwiegend in den Verfahren eine Rolle, in denen Beschuldigte im Rahmen der 'Endlösung der Judenfrage' bei der Anordnung und Organisation der zur Vernichtung der Juden zu ergreifenden Maßnahmen tätig wurden, was vor allem auf Angehörige des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) zutrifft.
Für die Ermittlungen in diesem Komplex ist jedoch ausschließlich die Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin
Am Karlsbad 6 - 7
1000 Berlin 30

zuständig, so daß ich Ihnen eine entsprechende Anfrage an diese Behörde empfehlen möchte.

Indirekt befaßt sich auch das bekannte Staschinskij-Urteil des BGH vom 19. 10. 1962 - 9 StE 4/62 -, abgedruckt in NJW 1963, Heft 8, S. 355 ff, mit dieser Problematik, indem es den eigen-

227

händigen Täter unter den dort gegebenen Umständen lediglich als Gehilfen bestraft und als (mittelbare) Haupttäter seine Auftraggeber beim KGB einstuft.

Auch das Urteil des Schwurgerichts München II vom 30. 9. 1964 - 1 Ks 1/64 - gegen den SS-General Karl W o l f f , den Adjutanten Himmlers, der wegen der Mitwirkung am Abtransport von Juden des Warschauer Ghettos nach Treblinka im Februar 1942 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, beschäftigt sich sinngemäß mit dieser Art Tätigwerden. Das Urteil ist in der Urteilsammlung RÜTER bei Amsterdam Press in Band XX, S. 385 ff, veröffentlicht.

Als typischer Schreibtischtäter bzw. Schreibtischmörder wurde E i c h m a n n in seinem Prozeß vor dem Bezirksgericht Jerusalem klassifiziert.

In dem noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Prozeß gegen den ehemaligen Stabsscharführer in der Kommandantur des Konzentrationslagers Buchenwald, Wolfgang O t t o , wegen der Ermordung Ernst T h ä l m a n n s - 22 StK 15/85 Landgericht Krefeld - hat der Vertreter der Nebenklägerin Irma Gabel-Thälmann, Rechtsanwalt Hannover aus Bremen, sich in seinem Plädoyer im April 1986 eingehend mit dem Begriff des Schreibtischtäters auseinandergesetzt. Möglicherweise kann Ihnen Herr Hannover in dieser Frage etwas weiterhelfen.

Mit freundlichen Grüßen

(D r e ß e n)
Staatsanwalt

1 AR 123/63 (RSHA)

228

Vfg.

1) Zu schreiben (mit Leseschrift)
Herren Rechtsanwälte
Dr. Haaro Gurland & Partner
z.Hd. Herrn Rechtsanwalt
Dr.Wackerhagen
Eugen-Langen-Straße 12
5000 Köln 51

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt Dr. Wackerhagen,
in Sachen Ihres Mandanten,Herrn Werner H ö f e r (306/87 W/he), bedauere ich mitteilen zu müssen,daß ich zur Klärung des Begriffes "Schreibtischtäter" nicht beizutragen vermag.Die Dezernenten der in den 60er Jahren entstandenen Vorgänge zum Komplex Reichssicherheitshauptamt sind,soweit sie noch im aktiven Dienst sind,seit langem mit anderen Aufgaben betraut. Der Aktenbestand umfaßt mehrere Räume.Ein Schlagwortverzeichnis, welches es mir ermöglichen könnte,relevante Aktenbestandteile aufzufinden,ist nicht existent.Ihr Anliegen stellt daher eine personell nicht zu bewältigende Aufgabe dar.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(z.U.)

2) Zum Vorgang.
Berlin,den 3.Februar 1988

Kanzlei
Eingang am: 4. 2. 88
Gefertigt am: 04.02.88
an 1. 1 Schrb + Ds

-5. FEB. 1988

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Durchschrift

3. Februar 1988

2171

1 AR 127/63 (RSHA)

Herren Rechtsanwälte
Dr. Haro Gurland & Partner
z.H. Herrn Rechtsanwalt
Dr. Wackerhagen
Eugen-Langen-Str. 12

5000 Köln 51

Sehrgeehrter Herr Rechtsanwalt Dr. Wackerhagen,

in Schen Ihres Mandanten, Herrn Werner Höfer (306/87 W/he), bedaere ich mitteilen zu müssen, daß ich zur Klärung des Begriffes "Schreibtischtäter" nicht beizutragen vermag. Die Dezernenten der in den 60er Jahren entstandenen Vorgänge zum Komplex Reichssicherheitshauptamt sind, soweit sie noch im aktiven Dienst sind, seit langem mit anderen Aufgaben betraut. Der Aktenbestand umfaßt mehrere Räume. Ein Schlagworverzeichnis, welches es mir ermöglichen könnte, relevare Aktenbestandteile aufzufinden, ist nicht existent. Ihr Anliegen stellt daher eine personell nicht zu bewältigede Aufgabe dar.

Mi vorzüglicher Hochachtung

Falke
Oberstaatsanwalt

Pri

DEPARTMENT OF JUDAIC STUDIES
BROOKLYN COLLEGE of
THE CITY UNIVERSITY OF NEW YORK
BROOKLYN, NEW YORK 11210

FIRST, FAST AND RELIABLE airmail par avion

BROOKLYN FEB-5'85 N.Y. U.S. POSTAGE 4 10

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
Eing. am 17. FEB. 1986
mit Anl. Blatts. Bd. Akten

Herrn Oberstaatsanwalt Severin
Staatsanwaltschaft bei dem
Kammergericht
Am Karlsbad 6-7
D-1000 Berlin 30

Federal Republic of Germany

FIRST, FAST AND RELIABLE airmail par avion

SPHINX CLASP
SUBSTANCE 32
JUTE FINISH
9½ x 12½ No. 93J